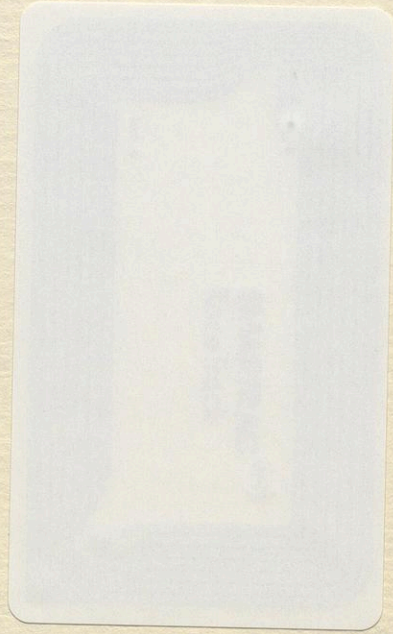




N12<525316709 021



UBTÜBINGEN



Buchbinderei
Schaffhauser
Biberach, Krummer Weg

theol

OOST-WEST

Europäische Perspektiven

*10
Zoo
m. Reg. Zoo Zoo*

Zoo

10. Jahrgang 2009, Heft 1

Identität auf kleinem Raum

Schwerpunkt:
Regionen in Europa –
Vergessene Vielfalt

Das Europa der Regionen

Neun Beispiele

Porträt: Patriarch Kyrill von Moskau

Aktuell



Zentralkomitee der deutschen Katholiken

ZA 9873

Renovabis

Fair-Handels-Bewegung



Markus Raschke

Fairer Handel

Engagement für eine gerechte
Weltwirtschaft

Format 14,5 x 22,5 cm

536 Seiten

Paperback

€ 39,- [D] / sfr 65,90

ISBN 978-3-7867-2764-4

Neuerscheinung Februar 2009

Christen sowie kirchliche Organisationen setzen sich seit fast 40 Jahren für einen gerechteren Welthandel ein, verkaufen fair gehandelte Produkte von Kleinproduzenten aus Entwicklungsländern und versuchen, in der Gesellschaft das Bewusstsein für weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu schärfen.

Mithilfe theologischer und sozialetischer Interpretationskonzepte skizziert der Autor eine Grundlagentheorie dieser engagierten Bewegung: die Verknüpfung von Solidaritäts- und Ordnungsethik begründet den Modellcharakter des Fairen Handels. Darüber hinaus identifiziert der Autor eigene glaubensorientierte Zugänge für die aus christlicher Motivation engagierten Fair-Handels-Aktivisten.



GRÖNEWALD

www.gruenewaldverlag.de
vertrieb@gruenewaldverlag.de
Fax 07 11 / 44 06-177

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

10. Jahrgang 2009

Schwerpunkte

- Heft 1: Regionen in Europa – Vergessene Vielfalt
- Heft 2: Zwanzig Jahre Wende – Gespräche mit Zeitzeugen
- Heft 3: Kirchen der östlichen Traditionen
- Heft 4: Bulgarien

Hauptartikel

- Stefanie Albrecht*
Gore dolu. Zur Situation der Menschen im ländlichen Raum
Bulgariens 274 - 279
- Michael Albus*
Alles noch so nah. Notizen zu den Interviews 96 - 97
- Božidar Andonov*
Die Bulgarische Orthodoxe Kirche – Garant für die
nationale Identität 280 - 287
- Antoine Arjakovsky*
Das Konzept der „Kiewer Kirche“ – ein Weg zur
Annäherung der Konfessionen in der Ukraine 189 - 194
- Hristo P. Berov*
Zum Rechtsstatus der Bulgarischen Orthodoxen Kirche 288 - 294
- Thomas Bremer*
Die östlichen Kirchen – ein Überblick 167 - 178
- Andrzej Brzezicki*
Konfliktregion Wolhynien: Auge um Auge? 71 - 78
- Edgars Cakuls*
Lettgallen – der unbekannte Südosten Lettlands 44 - 50
- Jean David*
Lothringen – vom umstrittenen Gebiet zur
europäischen Region 51 - 57

<i>Piotr Dziekanowski</i>	
Die Kaschubei im Wandel der Zeiten	37 - 43
<i>Metropolit Filaret</i>	
Ostkirchliches Erbe heute	163 - 164
<i>Christian Geiselmann</i>	
Bulgarien – ein Land zwischen Tradition und Moderne	243 - 254
<i>Tim Graewert</i>	
Schlaglichter auf das bulgarische Wahljahr 2009	255 - 261
<i>Maria Tereza Gramova</i>	
Der Karmel „Heiliger Geist“ in Sofia	301 - 305
<i>Gregor Hohmann</i>	
Reichtum für alle. Die Bedeutung der ostkirchlichen Spiritualität für das westliche Christentum	203 - 211
<i>Martin J. Ivanov</i>	
Vergessener Schatz am Rande Europas: Die Dobrudscha – zwischen Bulgarien und Rumänien	20 - 27
<i>Aleksandar Jakir</i>	
Dalmatien – Region an der Adria mit bewegter Geschichte	13 - 19
<i>Erzbischof Jeremiasz</i>	
Die orthodoxe Kirche als Minderheit in Polen	195 - 202
<i>Walter Kardinal Kasper</i>	
Aufeinander angewiesen	165 - 166
<i>Kānčo Kožucharov</i>	
Der schmale Grat zwischen Kriminalität und Recht in Bulgarien	262 - 266
<i>Violeta Kyoseva</i>	
Die Entwicklung des Demokratieverständnisses in Bulgarien seit dem Umbruch	267 - 273
<i>Hans Maier</i>	
Vor zwanzig Jahren: Europas Wiedervereinigung	83 - 95
<i>Johannes Oeldemann</i>	
Die ökumenischen Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken zwanzig Jahre nach der „Wende“	179 - 188
<i>Norbert Randow</i>	
Bulgarische Literatur und ihre Rezeption im deutschen Sprachraum	306 - 313



ZA 9873

<i>Srećko Rimac</i>	
„Eine Kerze für Bulgarien“ – der selige Papst Johannes XXIII. und Bulgarien	295 - 300
<i>Bernardin Schellenberger</i>	
Eine vergessene Gegend Europas: Die Berge des Piemont	65 - 70
<i>Stepan Sharko</i>	
Zur Seelsorge unter ukrainischen griechisch-katholischen Aussiedlern in Deutschland	212 - 216
<i>Philipp Ther</i>	
Das Europa der Regionen	3 - 12
<i>Stefan D. Tiron</i>	
Die Republik Moldau vor dem Umschwung	58 - 64
<i>Timo Vihavainen</i>	
Karelien – eine oder mehrere Regionen? Begegnungen mit „Karelien“	28 - 36

Länderinfo

Bulgarien (<i>Monika Kleck</i>)	314 - 315
-----------------------------------	-----------

Bericht

<i>Monika Kleck</i>	
Projektförderung durch Renovabis in Bulgarien	316 - 319

Erfahrungsberichte

<i>Darko Anev</i>	
Eine östliche Sicht auf westliche Traditionen	222 - 226
<i>Aleksandar Marković</i>	
Orthodoxe und katholische Identität im Dialog	227 - 230
<i>Andrej Mironov</i>	
Mein Weg als orthodoxer Christ in Weißrussland	231 - 235
<i>Irena Pavlović</i>	
Zwischen geistlichen Heimat. Mein Leben in Deutschland als orthodoxe Christin	217 - 221

Interviews

Gespräch mit <i>Władysław Bartoszewski</i>	98 - 107
Gespräch mit <i>Tatjana Goritschewa</i>	108 - 115
Gespräch mit <i>Tomáš Halík</i>	116 - 123
Gespräch mit <i>Jiří Kaplan</i>	124 - 128
Anmerkungen von <i>Myroslav Marynovych</i>	146 - 150
Anmerkungen von <i>Alojzy Orszulik</i>	151 - 154
Gespräch mit <i>Hellmut Puschmann</i>	129 - 137
Anmerkungen von <i>Irina Scherbakowa</i>	155 - 160
Gespräch mit <i>Friedrich Schorlemmer</i>	138 - 145

Porträts

Johannes Oeldemann

Ein Mann des Dialogs. Kyrill wird Patriarch von Moskau	79 - 80
--	---------

Jewgenij Pilipenko

Erzbischof Hilarion (Alfejew), neuer Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats	236 - 239
---	-----------

Editorial

Wo liegt Lettgallen? Oder Wolhynien? Sie erfahren es in dieser Ausgabe.

Wenn über Europa gesprochen, geschrieben oder gesendet wird, dann fast immer nur über die großen Länder. Über kleinere Regionen, die den Kontinent auch ausmachen, erfährt man meist nur etwas, wenn es Konflikte gibt. Und dann oft nur Klischees. Ansonsten bleiben sie weiße Flecken auf der europäischen Landkarte, terra incognita.

Die vergessenen Regionen Europas haben aber auch eine Geschichte, eine Gegenwart, ein Gesicht. Daran wollen wir erinnern und den interessierten Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben, Entdeckungen zu machen. Manche Namen klingen vertraut in den Ohren, aber wir wissen dennoch nichts Genaueres oder sehr wenig über Regionen Europas wie Dalmatien, die Dobrudscha, Karelrien, die Kaschubei, Lothringen, die Republik Moldau, Wolhynien oder die Berge des Piemont. Befasst man sich genauer mit diesen Landstrichen, dann entdeckt man eine Vielfalt des Lebens, eine hohe kulturelle und politische Eigendynamik, die das Gesicht Europas auf vielfache Weise lebendig erscheinen lassen.

In einer Zeit, in der die Träume von großen Räumen und Reichen ausgeträumt sind, ist es wichtig, auf die Nahräume zu schauen. In ihnen wollen und können die Menschen leben. Die großen Gebilde stellen im Endeffekt eine Bedrohung für die Entfaltung der eigenen Kultur dar, auch einen starken Entfremdungsfaktor. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun. Ganz im Gegenteil: Es handelt sich dabei um eine entscheidende Frage der möglichen Zukunft Europas. Wenn es nicht gelingt, das Kleine unter Wahrung seines eigenen Charakters ins Große zu integrieren, dann ist es nicht nur um die Politik und die Wirtschaft schlecht bestellt, sondern auch um das konkrete Leben der Einzelnen und der Gruppen.

Aus aktuellem Anlass können Sie in diesem Heft auch ein Porträt des neuen orthodoxen Patriarchen Kyrill von Moskau und ganz Russland lesen.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Philipp Ther

Das Europa der Regionen 3

Aleksandar Jakir

Dalmatien – Region an der Adria mit bewegter Geschichte .. 13

Martin J. Ivanov

Vergessener Schatz am Rande Europas: Die Dobrudscha –
zwischen Bulgarien und Rumänien 20

Timo Vihavainen

Karelien – eine oder mehrere Regionen? Begegnungen
mit „Karelien“ 28

Piotr Dziekanowski

Die Kaschubei im Wandel der Zeiten 37

Edgar Cakuls

Lettgallen – der unbekannte Südosten Lettlands 44

Jean David

Lothringen – vom umstrittenen Gebiet zur
europäischen Region 51

Stefan D. Tiron

Die Republik Moldau vor dem Umschwung 58

Bernardin Schellenberger

Eine vergessene Gegend Europas: Die Berge des Piemont ... 65

Andrzej Brzezicki

Konfliktregion Wolhynien: Auge um Auge? 71

Porträt

Johannes Oeldemann

Ein Mann des Dialogs. Kyrill wird Patriarch von Moskau ... 79

2A 3873

Das Europa der Regionen

Es gibt wohl kaum eine Wissenschaft, deren Institutionalisierung so eng an das Projekt der Nation geknüpft ist wie die Geschichtswissenschaft.¹ Auch wenn sich die historische Forschung in der Nachkriegszeit weitgehend von ihrer Instrumentalisierung durch verschiedene Nationalismen befreit hat, sind Nation und Nationalstaat bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ihre wichtigsten Untersuchungsgegenstände oder zumindest Referenzpunkte geblieben. Durch die methodische Debatte und die zunehmende Verbreitung von Ansätzen wie der Geschichte von Kulturtransfers, „Entangled History“ und „Histoire Croisée“² sind die mentalen Grenzen von Nationen und Nationalstaaten in jüngster Zeit allerdings zunehmend überschritten worden. Historiker haben die Durchlässigkeit nationaler Grenzen und den gemischten Charakter nationaler Kulturen erkannt und somit die häufig hermetische Nationalgeschichte erweitert.

Das Problem, das sich mit einem „methodischen Nationalismus“ verbindet, wird auf abstrakte Weise in kartographischen Darstellungen Europas bzw. den gängigen historischen Atlanten deutlich. Die modernen (National)Staaten sind in der Regel in *einer* Farbe verbildlicht, es wird also eine hohe sprachliche und ethnische Homogenität suggeriert. Es sind verschieden große und gefärbte, manchmal bizarr geformte, auf je-

¹ Einen kompakten Überblick über die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft im europäischen Vergleich bietet Ronald Grigor Suny: *History and the Making of Nations*, in: *Cultures and Nations of Central and Eastern Europe. Essays in Honor of Roman Szporluk*, hrsg. von Zvy Gitelman u. a., Cambridge 2000, S. 569-589.

² Vgl. zu diesen Ansätzen Michel Espagne: *Les transferts culturels franco-allemands*. Paris 1999; Michael Werner/Bénédicte Zimmermann: *Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 607-636. – Mit Blick auf Ostmitteleuropa vgl. Philipp Ther: *Beyond the Nation. The Relational Basis of a Comparative History of Germany and Europe*, in: *Central European History* 36 (2003), S. 45-74.

Der Autor ist Dozent für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (Forschungsschwerpunkte: u. a. Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Nationalismusforschung, Migrationsforschung und Osteuropa im Sozialismus).

den Fall klar abgegrenzte Nationen abgebildet, die im Laufe ihrer Geschichte in der Lage waren, einen eigenen Staat zu bilden. Eine Schattierung zwischen den einzelnen Farben ist nicht vorgesehen, auch kein Wechsel des Farbtons, obwohl nationale Kategorien wie „deutsch“ oder „polnisch“ vor 200 Jahren etwas anderes bedeuteten als heute.

Diese staatsnationale, modernistische Sicht auf die Geschichte wird insbesondere zahlreichen Regionen an den Randgebieten der europäischen Nationen und Nationalstaaten, den im Englischen so genannten „Borderlands“, nicht gerecht. So war beispielsweise im tschechisch-polnisch-deutschen Dreiländereck bis weit ins 20. Jahrhundert hinein nicht klar zu bestimmen, welcher Nationalität die Bevölkerung angehörte. Ähnliches gilt für das Elsass, die ehemaligen polnischen Ostgebiete, den makedonischen Raum, Teile Bosniens und für zahlreiche weitere Regionen in Europa. Auch nationale Hochsprachen waren außerhalb der urbanen Zentren nur begrenzt verbreitet, da die Bevölkerung größtenteils in lokalen und regionalen Mischdialekten kommunizierte. In den Städten waren die Menschen außerdem häufig mehrsprachig, was nicht nur transnationale Eliten wie den Adel betrifft, sondern häufig auch Bauern, die zuhause im Kreise der Familie, in der Kirche, auf dem Marktplatz und im Kontakt mit Behörden oft verschiedene Sprachen benutzten. Obwohl diese Nuancen den kulturellen und sozialen Alltag der Menschen bestimmten, im 20. Jahrhundert auch die internationale Politik und die Innenpolitik der betreffenden Staaten, können sie kaum wahrgenommen werden, wenn die Geschichte Europas nur in nationale Schubladen verpackt wird. Innerhalb dieser Schubladen finden sich selbstverständlich gewisse Gestaltungsspielräume für Landesgeschichte, für Mikro- und Alltagsgeschichte und viele andere Felder. Dennoch ergibt sich daraus eine europäische Geschichte, die aus der Summe ihrer Nationalgeschichten besteht.

„Zwischenräume“ in der europäischen Geschichte

Aufgrund dieser staatsnationalen Sicht geraten nicht nur kleinere europäische Länder, sondern vor allem auch die Regionen aus dem Blickfeld, die sich im Deutschen als *Zwischenräume*, im Englischen als „Lands in Between“ zusammenfassen lassen. Dieses „Zwischen“ ist nicht nur im geographischen Sinne als eine Lage zwischen den Kerngebieten, also am Rande der jeweiligen Nationen und Staaten zu verstehen. Sämtliche bereits genannten Regionen sind sprachliche, kulturelle und – wenn man es

so erfassen will – ethnische Übergangsgebiete, in denen sich verschiedene Einflüsse überkreuzten, häufig auch vermischten. Ein plastisches Beispiel dafür liefert *Oberschlesien*, wo die tschechische, österreichische, preußische, deutsche und polnische Herrschaft nicht nur die Geschichte prägte, sondern auch die Sprache. Im schlesischen Dialekt fährt man bis heute mit einem alten polnischen Verb und in einer archaischen polnischen Grammatik auf einem tschechisch bezeichneten Fahrrad gegen einen tschechischen Baum, wobei die aus dem Deutschen importierte Lenkstange bricht. Wörtlich lautet der Satz dann „Jechołech na kole, trzasążech się ze stromem i się skrzywiła linksztanga“, während es in korrektem Polnisch heißen müsste „Jechałem na rowerze, zderzyłem się z drzewem i skrzywiła się kierownica“. Dieses kleine Beispiel hat mehr als anekdotische Bedeutung.

Linguisten und Literaturwissenschaftler haben in den letzten Jahren nachgewiesen, dass „kontinuierliche Dialekte“ wie der schlesische nicht nur alltägliche Kommunikationsmittel waren, sondern auch der Abgrenzung zwischen Eigenem und Fremdem dienten, also Fixpunkte von Identität waren. Die Existenz von Übergangsdialekten zwischen benachbarten Hochsprachen im Fall des tschechisch-polnischen oder polnisch-belorussischen Grenzraums ist aufgrund der sprachlichen Verwandtschaft der slawischen Sprachen nicht überraschend. Doch selbst dort, wo unterschiedliche Sprachfamilien einwirkten, wie etwa im slawo-germanischen Grenzraum, bildeten sich Mischdialekte und moderne Kreolsprachen, die Elemente aus beiden benachbarten Hochsprachen aufnahmen.

Wenn man an Oberschlesien oder vergleichbare Regionen nur mit den gängigen staatsnationalen Kategorien herangeht, dann gehen solche Eigenheiten samt ihrer politischen Relevanz leicht verloren. Oft markierten regionale Identitäten in den hier beschriebenen Räumen außerdem eine Position zwischen konkurrierenden Nationalbewegungen und Nationalismen. Es gibt demnach in Europa empirisch nachweisbar eine Transnationalität „diesseits“ und nicht nur jenseits des Nationalstaats.³ Sofern im „kurzen“ 20. Jahrhundert kontinuierliche Dialekte und andere regionale Traditionen wahrgenommen wurden, wertete man sie in der Regel als rückständig und minderwertig ab. Auch Bevölkerungsgrup-

³ Zur Transnationalität „jenseits“ des Nationalstaats vgl. Jürgen Osterhammel: *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*. Göttingen 2001.

pen, die sich einer eindeutigen nationalen Zuordnung bzw. Vereinnahmung widersetzen, galten als vormodern. Das betraf in der Zwischenkriegszeit und der frühen Nachkriegszeit auch die westliche Forschung. Wie die amerikanische Historikerin Celia Applegate, die ein bahnbrechendes Buch über den Heimatbegriff und den Regionalismus in der Pfalz geschrieben hat, treffend kritisiert, wurde Modernisierung häufig mit Nationalisierung gleichgesetzt. Die historische Forschung über Regionen wie Oberschlesien diene außerdem lange Zeit Legitimationszwecken von Nationalstaaten und deren Nationalismen.

Zahlreiche Zwischenräume haben im Laufe ihrer Geschichte eine hohe kulturelle und politische Eigendynamik entwickelt.

Es ist ein Merkmal zahlreicher Zwischenräume, dass sie im Laufe ihrer Geschichte eine hohe kulturelle und politische Eigendynamik entwickelten. Man

kann diese Zwischenräume daher nicht als eine Randerscheinung der europäischen oder der jeweiligen nationalen Geschichten Europas betrachten. Gerade ihre Lage an wechselnden Grenzen bedingte neben einer scheinbaren Peripherität auch eine Zentralität, da sich in den Zwischenräumen wichtige Verkehrsadern und Kommunikationswege kreuzten. Dies gilt für das späte 19. Jahrhundert als einer ersten Phase der Europäisierung und Globalisierung ebenso wie heute. Bozen oder Katowice liegen in gesamteuropäischer Sicht zentraler als Rom oder Warschau. Celia Applegate hat vor ein paar Jahren in ihrem programmatischen Aufsatz über „A Europe of Regions“ festgestellt, wie sehr Regionen die wirtschaftliche und politische Entwicklung der einzelnen europäischen Nationen und Staaten prägten. Sie meinte damit eher zentrale Regionen, aber das Fazit gilt auch für die meisten hier untersuchten Zwischenräume, deren Lage an umstrittenen Grenzen sie zu symbolischen Orten der jeweiligen Nationalbewegungen und Nationalstaaten werden ließ.⁴

In der Konzentration auf den „Erfolg“ des Nationalismus liegt ein hermeneutisches Problem. Gerade weil sich die Forschung vorwiegend mit der schrittweisen Ausbreitung und der Durchsetzung des Nationalismus gegenüber anderen Ideologien befasst hat, und dies mit einem Schwerpunkt auf den heute existierenden Staatsnationen Europas, wur-

⁴ Vgl. Celia Applegate: A Europe of Regions. Reflections on the Historiography of Sub-National Places in Modern Times, in: American Historical Review 104 (1999), S. 1157-1182.

den die alten Grundannahmen zwar differenziert, aber letztlich doch immer wieder bestätigt. Dies gilt insbesondere für die Nationalismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland, die von jeher von einer starken Assimilationskraft des deutschen Nationsprojektes und einer weitgehenden Nationalisierung der Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende ausging.⁵ Jüngere Forschungen, die unter anderem von dem Hallenser Historiker Michael G. Müller angeregt wurden, haben Kritik an diesen Theorien der Nationalismusforschung geübt. Müller kommt in einem Sammelband über regionale und nationale Identitäten in Europa zu dem Schluss, dass „es nicht länger möglich ist, lange gemachte, implizite Annahmen aufrechtzuerhalten, dass die Wirkung nationaler Propaganda mit ihrer Intensität steigt und dass ein Fortschreiten von Nationsbildungsprozessen bedeutet, dass das Denken in nationalen Kategorien über regionale und lokale Loyalitäten vorherrschen würde“.⁶ Ein möglicher Weg, das hermeneutische Problem der Nationalismusforschung zu lösen, liegt darin, auf politik-, sozial- und kulturgeschichtlicher Ebene potenziell konkurrierende Identitätsangebote zu analysieren. Bei näherer Betrachtung stellt sich oft heraus, dass Konfession, politische Überzeugung, die soziale Stellung, eine Dynastie oder der monarchische Staat vielen Menschen wichtiger waren als nationale Bekenntnisse und Identitäten. Das Problem einer derartigen Relativierung liegt aber einerseits in ihrer fehlenden Messbarkeit, andererseits darin, dass sich z. B. Nation und Konfession oft wirkungsvoll ergänzten.

Eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entkommen, ist die, den Nationalismus zunächst von den Grenzen seiner Reichweite her zu untersuchen und sich mit konkurrierenden Identitätsangeboten zu beschäftigen, wobei zu bedenken ist, dass sich regionale und nationale Identitäten vielfach auch ergänzten. Daraus folgt die Ausgangsfrage, inwieweit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in verschiedenen „Zwischenräumen“ regionale Identitäten eine Konkurrenz zu nationalen Identitäten darstell-

⁵ Jüngere Publikationen haben die Annahme einer weitgehenden Assimilation der Minderheiten modifiziert oder revidiert. Vgl. Hans Henning Hahn/Peter Kunze: (Hrsg.): *Nationale Minderheiten und Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert*. Berlin 1999; speziell zu Oberschlesien Philipp Ther: *Die Grenzen des Nationalismus: Der Wandel von Identitäten in Oberschlesien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1939*, in: Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hrsg.): *Nationalismen in Europa: West- und Osteuropa im Vergleich*. Göttingen 2001, S. 322-346.

⁶ Heinz-Gerhard Haupt/Michael G. Müller/Stuart Woolf (Hrsg.): *Regional and National Identities in Europe in the 19th and 20th Centuries*. Den Haag u. a. 1998, S. 4 und 14. (Übersetzung des Zitats durch den Autor).

ten, regionale Bewegungen die Massen mobilisieren konnten und welche politischen Programme daraus entstanden.

Der Forschungsansatz des Regionalismus

In Anlehnung an den theoretischen Erkenntnisstand der Nationalismusforschung sind Regionen als Konstrukte, nicht als vorgegebene Einheiten anzusehen, da sich damit häufig falsche Annahmen territorialer Kontinuität und ethnischer Homogenität verbinden.⁷ Sofern man Re-

Die Region Oberschlesien – Beispiel für den Forschungsansatz des Regionalismus.

gionen nicht als feststehende Einheiten begreift, führt kein Weg an Diskursen und an einer Betrachtung von Regionen in der politischen, sozialen und kulturellen Praxis vorbei. Ein besonders instruk-

tives empirisches Fallbeispiel ist hierbei das bereits erwähnte Oberschlesien, das im Folgenden etwas näher betrachtet wird. Die Frage lautet, warum diese und andere Regionen zeitweise eine wichtige Rolle in politischen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen spielten oder sogar als alternative Projekte zu bereits existierenden Staatsnationen und Nationalstaaten galten.

Regionale Bewegungen sind diesem Ansatz zufolge als moderne Massenbewegungen zu verstehen, die sich für die Autonomie der jeweiligen Regionen im Verhältnis zu übergeordneten Einheiten wie Imperien und Nationalstaaten einsetzen. Regionalismus umschreibt die Programme und Ideologien, mit denen die jeweilige Konstruktion von Regionen begründet wurde. Gleichzeitig hat der Begriff eine sozialhistorische Dimension, denn ohne eine Kenntnis der sozialen Reichweite des Regionalismus lässt sich seine ideelle Veränderung nicht verstehen.

Ein wichtiger Unterschied des Regionalismus zum Nationalismus liegt darin, dass der Regionalismus nicht auf eine volle Souveränität oder Eigenstaatlichkeit für das von ihm beanspruchte Gebiet hinstrebt. Während die Zugehörigkeit von Bürgern zu einem Nationalstaat mit klar identifizierbaren Kriterien wie der Staatsbürgerschaft, dem Wahlrecht und in Kontinentaleuropa der Wehrpflicht zu bestimmen ist, verfügen Regionen nicht über derlei Legitimationsquellen und Institutionen ihrer

⁷ Gegen die Neigung, Regionen und Städte als gegeben oder essenziell anzusehen, richtet sich u. a. Jaques Revel: *La Région*, in: Pierre Nora (Hrsg.), *Les Lieux de Mémoire*, III. *Les France*, 1. *conflicts et partages*, Paris 1992, S. 851-883, hier S. 854.

Macht. Das Zugehörigkeitsgefühl zu Regionen bestimmt sich daher überwiegend aus „weichen“ kulturellen Elementen wie dem Dialekt, Sitten, Bräuchen, personalen Beziehungen, spezifischen historischen Erfahrungen und „Erinnerungen“. Dabei spielt die kognitive Affinität des Menschen zu Räumen überschaubarer Größe eine Rolle. Während größere Nationalstaaten stärker auf einer „Invention“ beruhen, sind Regionen gerade von ihrer relativen Überschaubarkeit geprägt. Aus diesen Unterschieden ergibt sich, dass Regionalismus und Nationalismus nicht nur als konkurrierende Konzepte und soziale Bewegungen gedacht werden sollten. Das gilt nicht nur für Regionen in den Zentren von Nationalstaaten wie etwa der *Île-de-France* in Frankreich, wo sich regionale und nationale Identitäten gegenseitig ergänzen oder sogar verstärken, sondern auch für die hier behandelten Zwischenräume. Auch im Zeitalter des Nationalismus waren multiple Identitäten verbreitet, waren das Bekenntnis zu einer Region und zu einer Nation häufig im Sinne einer Mehrfachidentität komplementär. Zu fragen wäre eher, warum es unter bestimmten Umständen zu einem Konkurrenzverhältnis kam.

Periodisierung

Dabei ist es wichtig, zwischen verschiedenen Abschnitten der europäischen Moderne zu unterscheiden. In der Zeit zwischen 1848 und 1918 bildeten sich nicht nur nationale, sondern auch regionale Identitäten aus. Das lag zum einen an der zunehmenden Politisierung der Bevölkerung Europas, die wesentlich mit der Einführung der Schulpflicht und der Bildung der breiten Masse zusammenhing. Die Region war eine wichtige Arena der Politik, insbesondere in föderalen Staaten mit regionalen Parlamenten und Verwaltungen. Zum anderen stießen die Nationalbewegungen an Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Insbesondere auf dem Land und im Arbeitermilieu erfuhren sie nur begrenzte Akzeptanz, was mit dem bürgerlichen Kern der meisten Nationalbewegungen zusammenhängt. Ein wichtiger Faktor waren außerdem konfessionelle Differenzen, so etwa in Oberschlesien. Allerdings konnten regionale Bewegungen in den hier behandelten Zwischenräumen nur in wenigen Fällen eine schlagkräftige Elite bilden. Daher verloren die Regionen an Einfluss gegenüber den Nationalstaaten. Erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges veränderte sich insbesondere in Deutschland die Balance der Macht. In etlichen Regionen kam es zu Absetzbewegungen vom Nationalstaat, regionale Bewegungen gewannen massiv an Zulauf.

Die zweite Periode des Regionalismus liegt zwischen 1918 und 1939 und war noch mehr als zuvor durch die Nationalstaaten geprägt. Diese unterschieden sich von den multinationalen Imperien, wozu auch das Deutsche Reich von 1871 gehört, dadurch, dass sie eine ausschließliche Identifikation mit ihrer Trägnation und ihrem Staat verlangten. Dabei gibt es keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen vermeintlich „zivilen“ und „ethnischen“ Nationalismen und Nationalstaaten in West- bzw. Osteuropa. Auf dem gesamten Kontinent gerieten die „nationalisierenden Nationalstaaten“ in Konflikt

Nach 1918 kamen Regionalismen oft in den Verdacht, ein trojanisches Pferd des verfeindeten Nachbarlandes zu sein.

mit regionalen Identitätsangeboten und ihren Trägern. Insbesondere in Grenzregionen, die nach 1918 ihre staatliche Zugehörigkeit gewechselt hatten oder von nationalen Minderheiten bewohnt

wurden, kamen Regionalismen in den Verdacht, ein trojanisches Pferd des verfeindeten Nachbarlandes zu sein. Die Einstellung der französischen Behörden gegenüber der Autonomiebewegung im Elsass, der rumänischen Regierung gegenüber den verschiedenen Minderheiten in Siebenbürgen oder der italienischen in Südtirol sind Beispiele hierfür. Anstatt die Eigenheiten der Regionen wenigstens teilweise zu akzeptieren, wurde jegliches Autonomiestreben als Separatismus und potenzielle Gefahr interpretiert. Die nationalisierenden Nationalstaaten setzten auf Unterdrückung statt auf Kompromiss. Zwischen den Regionen und den Nationalstaaten entstanden tiefe Konflikte, die man nicht nur als Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit, sondern auch zwischen Zentrum und marginalisierten Regionen interpretieren kann.

Die Unterdrückung regionaler Identitäten und Bewegungen bewirkte in den meisten Fällen das Gegenteil. Ein Beispiel dafür ist das Elsass. Wie Christiane Kohser-Spohn gezeigt hat, hieß ein Großteil der elsässischen Bevölkerung 1918 die einrückenden Franzosen zunächst willkommen. Wegen der Assimilationspolitik distanzierte sich jedoch bald ein erheblicher Teil der Bevölkerung von Frankreich. Ähnliches trifft auf andere Nationalstaaten zu.⁸ Allerdings konnten sich die Regionalismen

⁸ Vgl. zum Elsass Karl-Heinz Rothenberger: Die elsäß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen. Bern 1976; außerdem den Aufsatz von Kohser-Spohn in Philipp Ther/Holm Sundhaussen (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003.

in den Zwischenräumen kaum gegen die jeweiligen Nationalismen durchsetzen. Dies lag nicht nur an der Stärke der staatlich geförderten Nationalismen, sondern auch am relativ späten Aufkommen und der spezifischen Schwäche der Regionalismen. Sie entstanden alle zu einer Zeit, als die Nationsbildung in den jeweiligen Teilen Europas bereits weit vorangeschritten war. Der Partizipationsverheißung der Nationalismen und ihrem Versprechen von mehr Gleichheit hatten die Regionalbewegungen wenig entgegenzusetzen. Entweder richtete sich die jeweilige regionale Bewegung dezidiert gegen eine bestimmte Nation, schreckte damit aber all jene Mitbürger ab, die sich jener Nation zumindest teilweise als zugehörig oder verbunden empfanden, oder der Regionalismus war bewusst transnational, auf die Vermittlung zwischen verschiedenen nationalen Einflüssen ausgerichtet. Dies war aber in einem Zeitalter gewaltsamer Nationalitätenkonflikte und zweier Weltkriege nur schwer möglich.

In Oberschlesien zeigt sich klar dieses Dilemma. Eine antideutsche Stoßrichtung der Regionalbewegung kam nach 1918 kaum in Frage, weil das Kaiserreich und die lange preußische Herrschaft die Bevölkerung geprägt hatten. Leichter ließen sich antipolnische Ressentiments zur Bestimmung der eigenen Identität abrufen, aber damit verprellte man all jene slawophonen Mitbürger, die zu Hause den oberschlesischen Dialekt sprachen, der dem Polnischen weit näher war als dem Deutschen. Der „Bund der Oberschlesier“ suchte einen Ausweg aus dem Dilemma, indem er 1919 behauptete, die Oberschlesier seien ein multilinguales Einheitsvolk und eine „slavo-germanische Blutmischung“.⁹ Damit wurde eine multikulturelle mit einer ethnischen, auf Abstammung orientierten Herleitung der regionalen Gemeinschaft verknüpft. Der deutsch-polnische Konflikt um Oberschlesien brachte es aber mit sich, dass jenes „Einheitsvolk“ sich für eine der beiden Seiten entscheiden musste. Einen dritten bzw. schlesischen Weg zwischen dem deutschen und polnischen Nationalismus sah auch der Völkerbund nicht vor, der schließlich zwischen Deutschland und Polen vermittelte. In den dreißiger Jahren gerieten die Autonomiebewegungen, ob in Oberschlesien, im Elsass oder auch in Mähren, zunehmend unter den Einfluss des Nationalsozialismus und seiner völkischen Ideologie. Dadurch war der Regionalismus in vielen

⁹ Zit. nach dem Schriftgut des „Bundes der Oberschlesier“ in Andrea Schmidt-Rösler: Autonomie- und Separatismusbestrebungen in Oberschlesien 1918-1922, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 48 (1999), S. 1-49, hier S. 11.

Teilen Europas diskreditiert und konnte nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch Unterstützer gewinnen. West- und Osteuropa waren nach 1945 in gewaltsam homogenisierte Nationalstaaten gegliedert, die ihren Regionen nur noch wenig politischen oder kulturellen Spielraum ließen.

Zu etwa der gleichen Zeit entstand in Westeuropa eine Renaissance der Region. Die 1968er Bewegung hatte eine in der Forschung wenig beachtete regionalistische Komponente. Insbesondere im Elsass, in anderen französischen Regionen wie Korsika, der Bretagne, auch in

Die 1968er Bewegung hatte eine in der Forschung wenig beachtete regionalistische Komponente.

Südtirol, in Schottland und Wales, nach dem Ende des Franco-Regimes in Katalonien und Galizien entstanden neue regionale Bewegungen, die aber nunmehr „von links“ inspiriert waren und das anti-

koloniale Gedankengut der Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ aufnahmen. Der Regionalismus manifestierte sich auf kultureller Ebene mit einer bewussten Hinwendung zum Dialekt und der Gründung vieler kultureller Institutionen. Die westeuropäischen Nationalstaaten reagierten auf diese Herausforderung klüger als in der Zwischenkriegszeit. Sie unterdrückten die regionalen Bewegungen nicht mehr, sondern gaben ihren Forderungen mit einer Dezentralisierung teilweise nach.

Für eine bis heute ungebrochene Dynamik des Regionalismus sorgte dann die Europäische Gemeinschaft bzw. Union. Die Förderprogramme in der Landwirtschaft, für bestimmte Industrien und in den Strukturfonds sind so ausgelegt, dass sich eine Interessenbündelung auf regionaler Ebene als effektiver Weg erweist, um Mittel aus Brüssel zu bekommen. In Brüssel etablierte sich der Ausschuss der Regionen, der eine Verlagerung politischer Diskurse in Europa ermöglichte. Während es auf globaler Ebene zur Durchsetzung kollektiver Interessen unausweichlich ist, sich als Nation oder als nationale Bewegung zu definieren – schließlich ist die Welt als *United Nations* organisiert –, ist es in Europa aussichtsreich, sich als *Region* zu artikulieren. Allerdings ist der Regionalismus auf europäischer Ebene seit der EU-Erweiterung wieder in den Hintergrund getreten, was auch darin liegen mag, dass die neuen Mitglieder sich mehr um ihre nationale Souveränität sorgen als um die Selbstständigkeit der Regionen. So ist es nach wie vor offen, inwieweit sich das „Europa der Vaterländer“ wieder mehr zu einem „Europa der Regionen“ entwickelt.

Dalmatien – Region an der Adria mit bewegter Geschichte



Ein in Dalmatien sehr bekanntes Lied besingt diese geographische und historische Region an der Ostküste der Adria als durch die Geschichte erschöpft und ausgezehrt.¹ Der stark gegliederte Küstenstreifen des adriatischen Meeres mit den mehr als 1.000 vorgelagerten Inseln, von denen knapp 60 ständig bewohnt sind, erfreut sich als Urlaubsziel nach dem Krieg zu Beginn der 1990er Jahre wieder steigender Beliebtheit. Dalmatiens Geschichte hingegen ist wenig bekannt. Möchte man sich in deutscher Sprache über dieses Gebiet näher informieren, in dem heute ca. 860.000 Menschen leben, bieten sich in erster Linie gute Reiseführer oder historische Lexika an.²

Geographische und historische Grundlagen

Die Bezeichnung Dalmatien ist seit dem 1. Jahrhundert belegt und bedeutet wahrscheinlich „Schäferland“. Sie leitet sich ab von dem illyrischen Stamm der Delmatae. Die Römer errichteten eine von der Adria bis an den Rand des Savetals reichende Provinz unter dem Namen „Dal-

¹ Vgl. Text und Musik „Dalmatino, povišću pritrujena“ von Ljubo Stipišić (Hörbeispiel eines typischen Mehrton A-cappella-Gesangs von der Gesangsgruppe „klapa“, mit Bildern dalmatinischer Landschaften unterlegt; vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=kNatY74GidI&feature=related> oder <http://www.youtube.com/watch?v=p0q-7nr-Q3X8> (letzter Zugriff: 22.01.2009) – Allgemeine Hinweise zu Dalmatien: <http://de.wikipedia.org/wiki/dalmatien> (letzter Zugriff: 22.01.2009).

² Vgl. z. B. Andreas Braun: Kroatische Adriaküste, Dalmatien. (Baedeker/Allianz Reiseführer). Ostfildern, 2. Aufl. 2006. Historischer Überblick bei Ludwig Steindorff: Stichwort „Dalmatien“, in: Edgar Hösch/Karl Nehring/Holm Sundhausen (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Wien, Köln, Weimar 2004, S. 176-180.

Der Autor hat an der Abteilung für Geschichte der Philosophischen Fakultät der Universität Split (Kroatien) die Professur für Geschichte des 20. Jahrhunderts inne.

matia“. Seit dem 18. Jahrhundert versteht man unter der Region Dalmatien den östlichen Küstenstreifen der Adria, der dem Dinarischen Karstgebirge vorgelagert ist, von der Insel Grgur bei Rab im Norden bis zur Bucht von Kotor bzw. der Mündung des Flusses Neretva im Süden, mitsamt zwanzig größeren und mehreren hundert kleineren Inseln vor diesem Küstenabschnitt. Die kontinentale Grenze im Hinterland zieht sich von Obrovac über Knin, wo sich Dalmatien an seiner breitesten Stelle knapp 60 km tief ins Festland erstreckt, bis Imotski und von dort an der Neretva entlang bis Metković. Der kontinentale Teil Dalmatiens, durch die Berge Kozjak, Mosor, Dinara und Rilić von der Küste getrennt, unterscheidet sich mit seinen Hauptorten Sinj, Imotski, Vrgorac und Vrlika deutlich vom mediterranen Küstengebiet. Dessen wichtigste Städte sind Split (das jahrhundertlang kirchliche Metropole der Region war und heute die größte Stadt und das wirtschaftliche Zentrum ist), Zadar (das zu venezianischer und österreichischer Zeit Hauptstadt war), Šibenik (zeitweilige Hauptstadt des mittelalterlichen Königreichs Kroatien) und Dubrovnik (der ehemalige Stadtstaat Ragusa).

Geprägt werden die Inseln und der Küstenstrich durch ein Mittelmeerklima, dem eine mediterrane Flora entspricht. Die noch im frühen Mittelalter bewaldeten küstennahen Hochkarstflächen sind aufgrund von Abholzung für den Schiffs- und Städtebau und Viehverbiß durch Ziegen und Schafe nur spärlich bewachsen oder kahl verkarstet. Nur in den mit Schwemmerde bedeckten Dolinen und Poljen, den natürlichen Mulden der Karstlandschaft, ist Feldwirtschaft (Obst, Getreide) möglich. Einzig im Norden Dalmatiens, zwischen Nin und dem See von Vrana, erstreckt sich ein größeres zusammenhängendes Stück flachen Landes (Ravni Kotari), das landwirtschaftlich von einiger Bedeutung ist.

Von den Zeiten der früheren Bewohner Dalmatiens, den Illyrern, Griechen und Römern über die Kroaten, Ungarn und Osmanen bis zu den Venezianern, Österreichern, Serben oder Italienern, lassen sich in Dalmatien vielfältige Einflüsse und gegenseitiger Austausch feststellen. Bei der Teilung des Römischen Reiches (395) kam Dalmatien zunächst zum Westreich, 535 jedoch zum Oströmischen Reich. Die seit dem Ende des 6. Jahrhunderts einfallenden Slawen eroberten im 7. Jahrhundert Dalmatien bis auf die zum byzantinischen Exarchat von Ravenna gehörenden Städte (Zadar, Trogir, Split, Dubrovnik, Kotor) und Inseln (Krk, Cres, Rab). Im 10. und 11. Jahrhundert ging die mittelalterliche kroatische Staatsbildung von Dalmatien aus. Bald trat als neuer Konkurrent um Dalmatien Venedig auf, das die Küstenstädte als Stützpunkte für

seinen Levantehandel zu erobern suchte. Später griffen neben Ungarn noch Bosnien und Serbien in den Konflikt ein. Aus den Auseinandersetzungen um die Herrschaft in dieser Region ging im 15. Jahrhundert die reiche Lagunenstadt als Sieger hervor. Die venezianischen Besitzungen an der Küste wurden dann im 17. und 18. Jahrhundert auf Kosten des Osmanischen Reiches erweitert

Entwicklung seit der Neuzeit

Die verschiedenen historischen Territorien, aus denen Dalmatien besteht, unterscheiden sich in Bezug auf ihre geschichtliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung erheblich voneinander. Selbst innerhalb des ehemaligen venezianischen Dalmatiens kann man von zwei Regionen sprechen. Manche Historiker schreiben sogar, es gebe „zwei Dalmatien“: Das erste umfasse die venezianischen Erwerbungen aus der Zeit des 15. Jahrhunderts bis 1669 („Acquisto vecchio“), das zweite Gebiet das nach 1699 bzw. nach 1718 erworbene Hinterland („Acquisto nuovo e novissimo“). Im Gebiet des „Acquisto vecchio“ hatten sich die alten kommunalen Strukturen und eine städtische Gesellschaft mediterranen Typs erhalten. Die Agrarverhältnisse waren durch das Kolonat gekennzeichnet (mit Kolonen, d. h. Bauern, die gegenüber den landbesitzenden Patriziern in den Städten abgabepflichtig waren). Auf dem Gebiet der späteren Erwerbungen Venedigs dagegen hatte die Markusrepublik dieses Verwaltungs- und Rechtssystem nicht eingeführt, sondern aus strategischen Überlegungen heraus zum Zweck der Abwehr gegen das Osmanische Reich ein System, das dem der Militärgrenze in der Habsburgermonarchie entsprach. Die Bauern dort waren von Abgaben befreit und stattdessen in halb-militärischen/halb-zivilen Strukturen zur Verteidigung („Forze territoriali“) strukturiert und erhielten als Lohn staatliches Land zur Bearbeitung. Hinzu kamen die Besonderheiten des Gebiets der ehemaligen Republik Ragusa/Dubrovnik. Daher bestanden in Dalmatien, nachdem Österreich 1815 die Herrschaft übernommen hatte, mindestens zwei Arten von Gesellschaften, die sich anschickten, den beschwerlichen Weg in die Moderne anzutreten: eine „städtische“ an der Küste und auf den Inseln und eine „dörfliche“ im Gebiet des dalmatinischen Hinterlandes, des Küstenlandes von Makarska und am Flusslauf der Neretva.

Die dalmatinische Gesellschaft war in starkem Maße polarisiert: Von den ca. 416.000 Einwohnern Mitte des 19. Jahrhunderts waren 90 Pro-

zent Bauern, was sich noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts kaum ändern sollte.³ Das „Bürgertum“ bestand hauptsächlich aus Landeigentümern/Patriziern und Beamten, die größtenteils in den Städten lebten. Dazu kam eine überaus dünne Schicht von Gebildeten, die sich aus den höheren Schichten bzw. dem Klerus rekrutierte. Ein Bürgertum im Sinne jener sozialen Kategorie, wie sie in anderen Teilen der Habsburgermonarchie in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bereits existierte, gab es in Dalmatien nicht. Die traditionelle Elite hatte aufgrund ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung einen dominanten Status und gab im gesellschaftlichen Leben den Ton an. Religiös überwog als Folge der osmanischen Eroberungen, der Schaffung der Militärgrenze und der Ansiedlung von orthodoxen Wehrbauern im dünnbesiedelten kontinentalen Teil Dalmatiens, im Hinterland von Zadar und um Knin herum die Zugehörigkeit zur orthodoxen Kirche, während an der Küste und auf den Inseln die Bevölkerung fast ausschließlich katholisch war. Die unterschiedliche Konfession spielte bei der Schaffung der modernen kroatischen wie serbischen Nation eine signifikante Rolle. Historisch hat die orthodoxe Kirche ein serbisch-nationales Zusammengehörigkeitsbewusstsein in Abgrenzung zum Islam und zum Katholizismus symbolisiert und propagiert.

Nach der napoleonischen Epoche, in der Dalmatien zeitweise die Bezeichnung „illyrische Provinzen“ trug, schlug der Wiener Kongress 1815 die Region Österreich zu, dessen „Kronland“ Dalmatien bis zum Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918 blieb. Zu Zeiten Österreichs reichten die Interessen des Zentrums an seinem – so Theodor Schiff 1875 – „halbvergessenen“ südlichsten Kronland Dalmatien kaum über den strategischen Wert der Region und über die direkte Kontrolle der Verwaltung hinaus. Die in der Bildungsschicht vorhandenen Vorstellungen von einer staatlichen Hauptverantwortung für die Entwicklung führten zu wachsender Unzufriedenheit; insbesondere die Bevorzugung des Italienischen rief innerhalb der übergroßen slawischsprachigen Mehrheit zunehmende Verbitterung hervor. Wien bemühte sich zwar, Dalmatien in die Strukturen der Habsburgermonarchie zu integrieren, Hauptrichtung in der Politik gegenüber Dalmatien war jedoch keineswegs die

³ Vgl. Aleksandar Jakir: Dalmatien zwischen den Weltkriegen. Agrarische und urbane Lebenswelt und das Scheitern der jugoslawischen Integration. (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 104). München 1999.

Änderung, sondern vielmehr das Beibehalten der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Konstant blieben das ganze 19. und über die Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus die überaus schlechten Lebensbedingungen für die große Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Die katastrophalen Zustände in der nach Meinung vieler rückständigsten Provinz der Monarchie fasste 1910 der Spliter Abgeordnete Josip Smodlaka in einer Rede vor dem Wiener Parlament in folgenden Worten zusammen: „Dalmatien ist ein Bauernland ... ohne Industrie, Brot, Fleisch, Kartoffeln, Holz; mehr als die Hälfte der Dörfer haben kein Trinkwasser ...“ Weiter beklagte er die katastrophalen Verkehrsverbindungen, die grassierenden Seuchen, die ungelöste Agrarfrage, Missernten, die Auswanderungswelle und vieles mehr. Ländliche Überbevölkerung, geringer Industrialisierungsgrad, niedriges Bildungsniveau, Abhängigkeit vom Auslandskapital und geringe Produktivität waren die für die schlechten Lebensbedingungen in Dalmatien bis in die jüngste Zeit ausschlaggebenden Faktoren.

Dalmatien als Region innerhalb Kroatiens und Jugoslawiens

Im blutigen 20. Jahrhundert, das die Bezeichnung „Zeitalter der Extreme“ sicher auch in Dalmatien zu Recht trägt, änderten sich Staaten, Regime und territoriale Grenzen auch hier in atemberaubender Geschwindigkeit. Selbst diejenigen, die ihr Fischerdorf an der Küste niemals verließen, wechselten mindestens ein halbes Dutzend Mal die Staatszugehörigkeit, wobei manche Krisen außerhalb der Region kaum bekannt wurden.⁴

Nach dem Untergang Österreich-Ungarns gehörte Dalmatien zunächst zum kurzlebigen, die Südslawen der Donaumonarchie umfassenden Staat der Slowenen, Serben und Kroaten, dann zum vom serbischen Monarchen beherrschten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

⁴ So besetzten ab dem 19.11.1918 italienische Truppen das Territorium von 31 der 88 dalmatinischen Gemeinden (379 von insgesamt 875 Ortschaften) und begannen mancherorts mit einer rigiden Italianisierungspolitik. Bis Anfang Juli 1921 räumte die italienische Armee jedoch die meisten Orte; bis März 1923 blieb nur noch Zadar/Zara als Enklave unter italienischer Kontrolle, das nach dem Zweiten Weltkrieg dann an das sozialistische Jugoslawien fiel. In Dalmatien selbst stießen die italienischen Expansionsbestrebungen auf geschlossene Ablehnung. In zahlreichen Gemeinden wurden geheime Volksabstimmungen durchgeführt, bei denen sich fast hundert Prozent für den Anschluss Dalmatiens an das Königreich SHS aussprachen.

(SHS), das nach der Ausrufung der offenen Königsdiktatur 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt wurde. Nach dem Angriff des Deutschen Reiches und Italiens am 6. April 1941 zerfiel dieses Königreich, das aufgrund der Belgrader Dominanz die Kroaten nicht als das ihre empfanden, innerhalb weniger Tage. Große Teile Dalmatiens – der Küstenstreifen von Zadar bis Split und fast alle Inseln – wurden von Italien annektiert.⁵ Von den größeren Orten verblieben nur Makarska und Dubrovnik, von den Inseln nur Pag, Brač und Hvar im Gebiet des so genannten „Unabhängigen Staates Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska/NDH, 1941–1945), der dort seine genozidale antiserbische Politik umsetzte. Seit Ende Juni 1941 formierte sich in Dalmatien eine starke antifaschistische Guerilla mit kommunistischen Partisaneneinheiten; dadurch entwickelte sich der Zweite Weltkrieg auf dem Boden Kroatiens zugleich zu einem blutigen Bürgerkrieg.

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition und der so genannten Volksbefreiungsarmee unter der Führung Josip Broz Titos, die Ende Oktober 1944 das Küstengebiet und das Hinterland einnahm, wurde Anfang 1945 in Split die Regierung des neuen antifaschistischen Kroatien gebildet. Die verbliebene italienischsprachige Minderheit wurde in die Emigration gezwungen, die antikommunistischen Kräfte nach dem Sieg der Partisanen unterdrückt. Die neue Macht rechnete blutig mit allen wirklichen oder vermeintlichen Feinden ab. Ganz Dalmatien (bis auf die Bucht von Kotor und Budva, die Montenegro zugeschlagen wurden) wurde nun Teil der sozialistischen kroatischen Teilrepublik innerhalb des neu gegründeten föderativen Jugoslawien. Zu Zeiten des Sozialismus verstärkten sich Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse in Dalmatien (Schiffbau, verarbeitende und Zementindustrie); der Tourismus entwickelt sich zu einem starken Wirtschaftszweig.

Nach Titos Tod und einsetzender Verschuldungs- und Wirtschaftskrise eskalierten die Konflikte innerhalb der Föderation und führten 1990/91 zum Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien; Dalmatien wurde Bestandteil der Republik Kroatien. Die weiter schwelenden politischen Auseinandersetzungen mündeten schließlich in

⁵ Auf der Insel Molat in der Bucht Jaz vor Zadar befand sich von Juni 1942 bis zur Kapitulation der italienischen Truppen 1943 das größte italienische faschistische Lager in Dalmatien während des Krieges. An die 20.000 Gefangene durchliefen das Lager während dieses Zeitraums, hunderte kamen ums Leben. Mehr als 40.000 Zivilisten aus Dalmatien wurden während des Krieges von den Alliierten evakuiert, die meisten nach Ägypten.

den offenen Krieg. Die Instrumentalisierung der serbischen Minderheit in Dalmatien durch Belgrad führte dazu, dass deren politische Führung in Knin eine Republik „Serbische Krajina“ ausrief, die auch die vormalig mehrheitlich serbisch besiedelten Teile Norddalmatiens umfasste. Im September 1991 befand sich mehr als ein Viertel Dalmatiens in der Hand der serbischen Kräfte.

Die Vertreibung der dortigen Kroaten im Zuge der Umsetzung der Politik der „ethnischen Säuberung“ (wobei es auch zu furchtbaren Massakern wie am 18. November 1991 im Dorf Škabrnja im Hinterland von Zadar kam), infolge des Granatbeschusses und der Zerstörung von zahlreichen Dörfern und Städten wie Zadar, Šibenik, Biograd und besonders Dubrovnik führte dazu, dass das Verhältnis zwischen Serben und Kroaten in Dalmatien einen neuen Tiefpunkt erreichte. Im Krieg Kroatiens gegen die militärische Aggression der ehemaligen jugoslawischen Volksarmee und der serbischen und montenegrinischen paramilitärischen Verbände kam es dann 1995 zur militärischen Rückeroberung und zur Flucht eines großen Teils der dalmatinischen Serben, von denen ein Teil bis heute nicht wieder zurückgekehrt ist. Die Situation hat sich allerdings mittlerweile erheblich entspannt, wozu auch die Politik mehrerer Koalitionsregierungen unter Einschluss der politischen Vertreter der serbischen Minderheit beigetragen hat.

Festzuhalten ist, dass in der kleinen Region an der Adria bis heute auf engem Raum verschiedene prägende historische Traditionen mit gesellschaftlichen Langzeitwirkungen nebeneinander existieren. Auch für die angestrebte gemeinsame europäische Zukunft ist das Wissen über diese geschichtlichen Wurzeln unerlässlich.

Dalmatien („Schäferland“) liegt an der Ostküste der Adria und bezeichnet heute den Südostteil Kroatiens (inkl. zahlreicher Inseln). Die Region umfasst ca. 13.000 km² mit ungefähr 860.000 Einwohnern (religiöse Verteilung: 76 Prozent römisch-katholisch, 11 Prozent serbisch-orthodox, 13 Prozent Muslime, Protestanten u. a.). Verwaltungsmäßig ist Dalmatien in die vier Gespanschaften (Bezirke, kroatisch „županije“) Zadar, Šibenik-Knin, Split-Dalmatien und Dubrovnik-Neretva aufgeteilt. Die größte Stadt ist Split (ca. 190.000 Einwohner); ein weiteres wichtiges Zentrum, besonders für den Tourismus, ist Dubrovnik (historische Altstadt). – In der Antike gehörte die Region zum Römischen Reich, in der frühen Neuzeit zu Venedig, seit 1815 zu Österreich. Nach 1918 teilte Dalmatien das Schicksal Kroatiens und ist heute ein Teil der Republik Kroatien.

Vergessener Schatz am Rande Europas: Die Dobrudscha – zwischen Bulgarien und Rumänien



Einleitung

Dobrudscha – ein Name, den ich mit meinen frühesten Kindheitserinnerungen verbinde. Ein Name, der für mich damals magisch und geheimnisvoll klang. Ein Name, den ich mit etwas Gutem assoziierte, weil das Wort „dobro“ (gut) darin vorkommt, aber auch mit Freiheit, Natur und weiter Ferne. Ich hatte als Kind die Sommerferien bei meiner Oma in der Dobrudscha verbracht, weg von der Großstadt Russe, von der schlechten Luft, den hitzigen Asphaltstraßen und schwülen Plattenbauten. Von der Oma erfuhr ich, dass ein Despot mit dem Namen Dobrotitza im 14. Jahrhundert dieses Gebiet verwaltet hatte und die Region so zu ihrem Namen gekommen war. Dobrotitza verteidigte seine Heimat Dobrudscha vor den osmanischen Invasoren, erzählte die Oma, als der Rest von Bulgarien schon unterjocht worden war. In mir, dem kleinen Jungen, erwuchs das Bild eines guten Herrschers, der sein Land und seine Leute liebte und sein Leben für sie opferte, genauso wie es im übrigen der Krali Marko – eine andere Gestalt der bulgarischen Folklore – tat, der jedoch in Wirklichkeit ein Vasalle der Osmanen war und in der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) auf deren Seite kämpfte. So verband sich in meiner Kindheit mit der Dobrudscha ein Gemisch aus Fiktion und Wirklichkeit, aus Erzählungen über böse Kreaturen (Werwölfe und Vampire) und sagenhafte Helden, genauso wie es Elias Canetti in seinem autobiographischen Werk „Die gerettete Zunge“ beschreibt. Diese Märchen und Sagen haben die armen ermüdeten Menschen in der Do-

Der Autor ist Leiter des Bereichs Politische Bildung der Internationalen Elias Canetti Gesellschaft in Russe (Bulgarien) und Doktorand an der Freien Universität Berlin.

brudscha seit jeher träumen lassen und sie vom schweren Alltag abgelenkt, denn die Geschichte und Gegenwart dieses Grenzgebietes sind wie eine Achterbahn, voller Gegensätze und ständigem Neuanfang.

Geschichtlicher Abriss

Schon während der Jungsteinzeit (ca. 4.000 Jahre vor Christus) war diese Region besiedelt, wie archäologische Ausgrabungen in der Nähe von Varna mit dem Fund des ersten vom Menschen verarbeiteten Goldschatzes in Europa bestätigen. Zahlreiche Bewohner kamen und gingen; lange Zeit galt die Dobrudscha als „Wanderweg der Völker“, weil man durch die weiten Schwarzmeer-Steppen über die Donau in Richtung Süden nach Konstantinopel gelangte. Die ersten christlichen Gemeinden führen sich auf den Apostel Andreas zurück, der in dieser Region missioniert und Ampliatus, den ersten Bischof von Odessos (das heutige Varna) geweiht haben soll. Im 6. Jahrhundert fielen die Slawen ein. Von 671 bis 971 gehörte das Gebiet zum Ersten Bulgarischen Reich, dann wurde es byzantinisch (971-1186), um danach wieder ein Teil des Zweiten Bulgarischen Reiches zu werden. Die Osmanen eroberten das Gebiet endgültig um 1410. Nach dem Russisch-Osmanischen Krieg von 1877-1878 wurde der deutlich größere nördliche Teil der Dobrudscha Rumänien zuerkannt. Der bulgarische Südteil wurde 1913 als Folge des Zweiten Balkankrieges von Rumänien annektiert, 1940 im Vertrag von Craiova aber an Bulgarien zurückgegeben. Seitdem ist die Dobrudscha zwischen Bulgarien und Rumänien aufgeteilt, wobei der rumänische Teil flächen- und bevölkerungsmäßig mehr als doppelt so groß ist wie der bulgarische.¹

Ein anderes interessantes Kapitel aus der Entwicklung der Region ist die Geschichte der *Dobrudscha-Deutschen*. Die ersten deutschen Ansiedler kamen im 19. Jahrhundert hauptsächlich aus Russland in die Dobrudscha, einfache Bauernfamilien aus den benachbarten Regionen Besarabien und Cherson.² Auch deutsche Auswanderer aus Schwaben haben sich einige Jahre später dort angesiedelt. Grund für ihre Auswande-

¹ Übergreifend dazu Josef Sallanz (Hrsg.): Die Dobrudscha. Ethnische Minderheiten, Kulturlandschaft, Transformation. Ergebnisse eines Geländekurses des Instituts für Geographie der Universität Potsdam im Südosten Rumäniens. (Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Bd. 35). Potsdam, 2. durchges. Aufl. 2005.

² Vgl. Horia Stinghe: Despre germanii din Dobrogea (Über die Dobrudscha-Deutschen). Constanța 2003, S. 16.

rung war zum einen die instabile wirtschaftliche Situation in ihren Heimatgebieten, zum anderen das fruchtbare und menschenleere Steppengebiet am Schwarzen Meer. Etwa 100 Jahre später mussten sie jedoch wieder umsiedeln. Nach dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Friedensvertrag von 1940 wurden viele Dobrudscha-Deutsche zusammen mit den Deutschen aus Bessarabien und der Bukowina in die besetzten Territorien Polens und nach Österreich umgesiedelt, von wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges nach Westdeutschland flüchteten. Aus Bulgarien stammten außerdem etwa 2.100 Deutsche, deren Vorfahren sich nach dem Russisch-Osmanischen Krieg von 1877-78 und vor der Jahrhundertwende dort angesiedelt hatten; sie kamen vor allem aus den Dörfern Bardarski geran (Nordwestbulgarien, Region Vratsa), Tsarev brod (Nordostbulgarien, Region Schumen) und Dobrovo (Nordostbulgarien, Region Dobritsch).

Ökonomische Situation

Die Dobrudscha zählt sowohl im bulgarischen als auch im rumänischen Teil heute zu den strukturschwächsten Regionen Europas.³ Die Folgen der fast 50 Jahre andauernden sozialistischen Epoche und des darauf folgenden politischen und ökonomischen Transformationsprozesses haben dieses Gebiet besonders hart getroffen. Als zentraler ökonomischer Zweig litt die Agrarwirtschaft unter der Auflösung der landwirtschaftlichen staatlichen Produktionsgenossenschaften. Rückgang in der Agrarproduktion, Lebensmittelknappheit, Zerfall von Wirtschaftsstrukturen, Massenarbeitslosigkeit und Migration waren die Folge; sogar vom „Bankrott der Agrarwirtschaft“ war die Rede. Mittlerweile hat sich die Lage durch die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union entspannt, vor allem durch die Vor-Beitrittsinstrumente ISPA (Infrastruktur) und SAPARD (Landwirtschaft). Zunehmend bewirtschaften wieder größere Privatbetriebe die landwirtschaftliche Fläche. Die „goldene“ Dobrudscha hat ihren Ruf als Kornkammer zurück-erlangt.

In Rumänien bildet Constanța ein wichtiges ökonomisches Zentrum für das Umland. Constanța ist eine der größten Städte Rumäniens mit dem sechstgrößten binneneuropäischen Hafen, was das Handelsvolu-

³ Vgl. Sallanz (wie Anm. 1), S. 122.

men betrifft.⁴ Außerdem bietet die Schwarzmeerküste in beiden Teilen der Dobrudscha hervorragende Möglichkeiten für die Entwicklung des Tourismus. Die Orte Mamaia, Mangalia, Eforie, Vama Veche usw. in Rumänien und Albena, Baltschik, Schabla und Kavarna in Bulgarien sind mittlerweile weithin bekannt. Außerhalb der touristischen Zentren ist die Region beiderseits der Grenze jedoch noch weitgehend unterentwickelt. Das Donaudelta ist für die ökonomische Entwicklung im rumänischen Teil der Dobrudscha von enormer Bedeutung nicht nur als Anziehungsort für Touristen, sondern vor allem aufgrund des Fischfangs, der dort die wichtigste Einnahmequelle darstellt. Dagegen scheint die südliche Dobrudscha mit der eher spröde aussehenden Landschaft nicht so anziehungsfähig, wobei hier versucht wird, den Agrar- bzw. Ökotourismus zu etablieren. Generell bleibt festzustellen, dass das Potenzial für die Entwicklung des Tourismus in der Dobrudscha noch längst nicht ausgeschöpft ist. Negativ fällt leider auf, dass man eher auf den „unökologischen“ Massentourismus mit dem Bau riesiger Hotelanlagen statt auf den so genannten „sanften“ Tourismus setzt.

Ein weiteres Problem liegt in der schwach entwickelten Infrastruktur dieser Region. Wenn es gelingt, die Standortvorteile durch die Lage an Donau und Schwarzem Meer auszunutzen, könnte die Dobrudscha den Anschluss an Westeuropa schaffen. Zudem bieten sich Chancen für eine ökologische Modernisierung, vor allem mit der Entwicklung erneuerbarer Energien. In Bulgarien entstehen momentan an mehreren Orten Windkraftparks. Für die Nutzung der Sonnenenergie sind die Klimabedingungen optimal. Dies gilt auch für Rumänien, wo der tschechische Energieversorger CEZ, der eine starke Marktposition in Südosteuropa hat, den größten Windpark Europas in der Nähe von Constanța aufbauen will.⁵ Seitens der Politik werden diese Innovationen zunehmend unterstützt, um einerseits die Abhängigkeit vom russischen Gas und Erdöl zu verringern und andererseits den ökologischen Zielen der EU zu entsprechen, die bis 2020 20 Prozent der Energienachfrage mit erneuerbaren Energien decken will.

⁴ Vgl. Radu Barbulescu: Eine Stadt in Rumänien: Konstanza. In: archenoah 11 (2004), Nr. 1-4 (38-41), S. 89.

⁵ <http://www.reuters.com/article/environmentNews/idUSLR9325920080827> (letzter Zugriff: 26.01.2009).

Aktuelle politische Verhältnisse

In der Dobrudscha spielen sich die gleichen Prozesse ab wie in der Gesamtregion. Politikverdrossenheit sowie populistische und nationalistische Strömungen sind die akuten Symptome der schwachen Demokratien in Südosteuropa.

In der Süddobrudscha gibt es eine starke Präsenz der Partei der türkischen Minderheit, der so genannten „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, die vor allem in den ländlichen Gebieten bei den Wahlen dominiert. Traditionell stark bleibt auch die ehemalige kommunistische, jetzt sozialistische Partei. Ein relativ neues Phänomen stellt die nationalistische Partei „Atacke“ dar, die sich gerne als Gegenspieler der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ sieht. Populistisch bis nationalpopulistisch argumentiert die neugegründete Rechtspartei GERB („Bürger für europäische Entwicklung Bulgariens“; das Akronym bedeutet „Staatswappen“). Mit ihrem charismatischen Vorsitzenden Boyko Borissov, dem ehemaligen Bodyguard des kommunistischen Führers Bulgariens Todor Shivkov, gewinnt die Partei auch in der Dobrudscha Anhänger. Bei den letzten Kommunalwahlen 2007, bei der diese Partei zum ersten Mal kandidierte, gewann GERB auf Anhieb die Bürgermeisterstelle der größten Stadt der Süddobrudscha, Dobritsch, und verlor nur knapp die Stichwahl in der anderen großen Stadt der Region, Silistra. Ein neues und interessantes Phänomen auf Lokalebene bilden die so genannten unabhängigen Kandidaten für Bürgermeister und Stadträte, die meistens aus örtlichen Initiativen hervorgehen. Diese parteiähnlichen Bewegungen werden von lokalen Privatunternehmern unterstützt; nicht selten sind diese Kandidaten selbst Unternehmer. Kommentatoren bezeichnen diese Initiativen als „Business-Parteien“. Eine von ihnen mit dem aussagekräftigen Namen LIDER wurde kürzlich auch auf nationaler Ebene gegründet, mit der finanziellen Unterstützung von Christo Kovatschki, dem vielleicht größten inländischen Unternehmer und Investor in der bulgarischen Energiebranche. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese neuen Gruppierungen weiter entwickeln und vor allem wie sie sich mit den traditionellen Parteien arrangieren. Schon jetzt steht aber fest, dass sie großen Einfluss auf die lokale Politik ausüben. Weniger erfreulich ist der auf lokaler Ebene vielfach praktizierte Handel mit Wahlstimmen, bei dem besonders Angehörige ethnischer Minderheiten (Roma, Türken usw.) regelrecht geködert werden.

In der Norddobrudscha zeichnen sich ähnliche parteipolitische Ent-

wicklungen ab. Die rumänische nationalistische Partei nennt sich „Großrumänien-Partei“ (Partidul România Mare). Sie schneidet in der Dobrudscha vor allem im Kreis Tulcea gut ab und besetzte bis vor kurzem sogar die Position des Landkreispräsidenten. Die Wahlbeteiligung ist generell niedrig. Stärkste Kraft der letzten Kommunalwahlen (2008) im Kreis Constanța war die PSD (Sozialdemokratische Partei), im Kreis Tulcea die PD-L (Demokratisch-Liberale Partei).⁶

Sowohl Bulgarien als auch Rumänien haben, wie aus den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission hervorgeht, immer noch erhebliche Defizite in den Bereichen Justizreform, Korruptionsbekämpfung und Kampf gegen organisierte Kriminalität. Beide Länder müssen sich weiterhin strengen Kontrollen der EU-Beamten unterziehen; Bulgarien musste sogar einen Stopp von Hilfgeldern in Höhe von fast 500 Millionen Euro hinnehmen, die nun in Infrastruktur- und Landwirtschaftsprojekten fehlen. Darunter leidet natürlich auch die Dobrudscha.

Umwelt

Die Dobrudscha bietet hervorragende Voraussetzungen zur Entwicklung von Ökotourismus. Das Donaudelta ist ein einzigartiges Terrain, dessen Schutz und Erhalt ganz hoch auf der Prioritätenliste sowohl europäischer als auch nationaler sowie regionaler Politik stehen sollte. Deshalb darf die wirtschaftliche Entwicklung der Dobrudscha nicht, wie Umweltschützer anmahnen, zu Lasten der Natur geschehen. Immerhin wurden im Naturschutzbereich mit EU-Hilfe einige Projekte umgesetzt. Mithilfe des EU-Programms „Natura 2000“ werden Schutzgebiete eingerichtet, um die Artenvielfalt dieser einzigartigen Region dauerhaft zu erhalten. In der Süddobrudscha sind das die Gebiete um den Seenkomples Schabla an der Schwarzmeerküste, der südöstliche Teil des Dobrudscha-Plateaus um Horn Kaliakra sowie das Ufergebiet des Flusses Batova reka, die vor allem aus ornithologischer Sicht von Bedeutung sind. In der Norddobrudscha umfassen die geschützten Gebiete eine wesentlich größere Fläche, insgesamt 34 Areale im Kreis Constanța und 18 im Kreis Tulcea mit einer Gesamtfläche von über 20.000 Hektar.⁷ Diese ökologischen Projekte sind allerdings nicht unumstritten. Private

⁶ Detailergebnisse unter <http://www.beclocale2008.ro> (letzter Zugriff: 26.01.2009).

⁷ Vgl. <http://www.apmtl.ro> (letzter Zugriff: 26.01.2009).

Landbesitzer befürchten einen Wertverlust ihrer Grundstücke; illegale Baumaßnahmen in Naturschutzgebieten kommen immer wieder vor.

Kultur- und Religionsvielfalt

Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieb der große rumänische Schriftsteller Nicolae Iorga die Dobrudscha als ein besonderes Land mit einzigartiger Landschaft und Menschen.⁸ Sie ist ein Mosaik aus Kulturen und Religionen zwischen Orient und Okzident, Christentum und Islam. Hier lebten Rumänen, Bulgaren, Türken, Tataren, Roma, Juden, Armenier, Deutsche, Griechen, Ukrainer usw. Mit der Aufteilung der Dobrudscha zwischen Bulgarien und Rumänien fand ein „Bevölkerungstausch“ zwischen den beiden Ländern statt, sodass die Bulgaren im südlichen Teil dominieren und die Rumänen im nördlichen. Die Juden, die Deutschen und zum Teil die Tataren und die Türken mussten aus verschiedenen Gründen auswandern bzw. zwangsläufig das Land verlassen. Zwei seltene ethnische Gruppen, Lipowaner und Aromunen, die noch immer in der heutigen Norddobrudscha leben, seien im Folgenden kurz vorgestellt.

Die *Lipowaner* sind eine russischsprachige Minderheit, die etwa 20.000 Personen umfasst und damit die fünftgrößte nationale Minderheit Rumäniens bildet. Konfessionell handelt es sich bei ihnen um altgläubige orthodoxe Christen, die Russland nach der Kirchenreform von 1654 verließen. Die Mehrzahl floh bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, um der Verfolgung als „Raskolniki“ (von raskol „Kirchenspaltung“) zu entgehen. Die Lipowaner sprechen eine altertümliche Version der russischen Sprache. Sie leben überwiegend von Fischfang und Ackerbau, ihre größte Ansiedlung ist mit etwa 16.000 Einwohnern die Stadt Tulcea.

Die *Aromunen* bilden eine eigene romanische Volksgruppe, die auch als Mazedorumänen oder Kutzowalachen bekannt ist. Ihre eigentliche Heimat ist Nordgriechenland, Südbulgarien, Albanien und Mazedonien, von wo sie durch Abwanderung zwischen den beiden Weltkriegen in die Norddobrudscha gelangt sind. Sie sprechen eine eigene, eng mit dem Rumänischen verwandte Sprache und sind orthodoxen Glaubens. Ihre Herkunft ist wissenschaftlich bis heute umstritten. Manche Experten bezeichnen die Aromunen als Nachfahren der in den ersten nachchrist-

⁸ Zum Folgenden Alexandra Iordachescu (u. a.): *The Eco-Ethno-Cultural Diversity of Dobrogea Region*. Constanța 2007.

lichen Jahrhunderten romanisierten Thraker der südlichen Balkanhalbinsel. Zur Zeit leben in der Norddobrudscha nach Angaben der letzten Volkszählung von 2002 etwa über 40.000 Aromunen, die jedoch keinen offiziellen Status als Minderheit haben. Wegen ihrer ethnischen Nähe zu den Rumänen bezeichnen sie sich selber als eine „kulturelle“ Minderheit. Seit einiger Zeit gibt es in Rumänien Bestrebungen, den Aromunen die gleichen Rechte zu gewähren, die die anderen Minderheiten genießen, und zwar muttersprachliche Bildung und Vertretung im Parlament.

Fazit

Abschließend können wir festhalten, dass die Dobrudscha auf Grund ihrer geographischen Lage und ökologischen Charakteristika eine europäische Region mit großem geostrategischem, politischem und ökonomischem Potenzial ist. Zudem bietet sie ein Modell des friedlichen interkonfessionellen und multikulturellen Zusammenlebens, das aus einer konfliktreichen Vergangenheit erwachsen ist. Für die Entwicklung der Dobrudscha wird von enormer Bedeutung sein, wie die lokalen Eliten das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die Praxis umsetzen. Der Europäischen Union kommt dabei eine wichtige Rolle zu, indem sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft und als einer der größten Geldgeber in der Region investiert.

Dobrudscha (rumänisch Dobrogea, bulgarisch Добруджа [Dobrudža]; Ableitung umstritten) ist der Name des zum Schwarzen Meer vorspringenden Landesteils von Rumänien (Norddobrudscha) sowie des unmittelbar südlich anschließenden Gebietes von Bulgarien (Süddobrudscha). Die Region umfasst ca. 23.000 km² mit ungefähr 1,3 Millionen Einwohnern (Fläche: ca. zwei Drittel zu Rumänien, ein Drittel zu Bulgarien; Einwohner: in Rumänien ca. 960.000, in Bulgarien ca. 350.000). Neben Rumänen und Bulgaren leben in beiden Teilen zahlreiche kleinere Minderheiten (Aromunen, Lipowaner, Tataren, Türken u. a., vor 1945 auch Deutsche). Die Dobrudscha ist landschaftlich überwiegend flach und wird vom Unterlauf der Donau geprägt. Verwaltungsmäßig ist die Norddobrudscha in die Bezirke Constanța und Tulcea, die Süddobrudscha in die Bezirke Dobritsch und Silistra gegliedert. Die bedeutendsten Städte sind Constanța (ca. 300.000 Einwohner, Haupthafen Rumäniens) und Dobritsch (ca. 100.000 Einwohner). – Seit dem Altertum ist die Region ein Durchgangsland am Schwarzen Meer. Die heutige Grenzziehung geht auf das Jahr 1940 zurück.

Karelien – eine oder mehrere Regionen?

Begegnungen mit „Karelien“

Jedem, der schon einmal etwas mit Finnland zu tun hatte, sagt der Name „Karelien“ etwas. Viele waren schon einmal in Südkarelien und seiner „Hauptstadt“ Lappeenranta, einige haben Joensuu, das Zentrum Nordkareliens, besucht. Vielleicht kennt auch manch einer Ilomantsi, wo die letzten Sänger des finnischen Nationalepos Kalevala noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dessen Verse beherrschten. Jene, die sich mit der Vergangenheit und Gegenwart Finnlands auskennen, haben vielleicht schon von einer Vereinigung ehemaliger Bewohner des Vorkriegs-Finnisch-Kareliens gehört, die kürzlich noch immer ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, Karelien von den Russen zurückzuerhalten, die es im Laufe des Zweiten Weltkrieges annektiert haben.



Sprachliche und begriffliche Vielfalt

All dies ist kompliziert genug, um Verwirrung über die Bedeutung des Namens „Karelien“ zu stiften. So sprechen die Menschen im *finnischen Südkarelien* (Lappeenranta, Imatra usw.) den so genannten karelischen Dialekt, der ganz anders als der im *finnischen Nordkarelien* klingt. Tatsächlich aber sprechen die meisten Menschen im finnischen Nordkarelien überhaupt keinen karelischen Dialekt, sondern eindeutig den Dialekt der historischen Region Savo, der der Sprache großer Teile Ostfinnlands stark ähnelt. Die meisten Flüchtlinge (oder Migranten, finnisch „siirtolaiset“), die aus dem Finnisch-Karelien der Vorkriegszeit stammen (der karelischen Landenge und den Gebieten rund um den Ladogasee), sprechen den karelischen Dialekt, der in Lappeenranta und Imatra

Der Autor ist Professor für Russische Studien am Renvall-Institut der Universität von Helsinki.

gesprochen wird. Linguisten stellten fest, dass dieser dem Savo-Dialekt sehr nahe kommt, wobei eine Differenzierung sehr leicht fällt. Er ist wesentlich „heller“, „fließender“ und „musikalischer“. Traditionell wird auch vermutet, dass die Sprecher des „karelischen“ Dialekts einen fröhlichen, verspielten Charakter haben und bestimmte künstlerische Talente besitzen.

Das finnische „Nordkarelien“ und das finnische „Süd-karelien“ sind also ganz unterschiedlich und weder durch einen gemeinsamen Dialekt noch durch eine gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Süd-karelien war seit dem 13. Jahrhundert ein Teil von Finnland, Nord-karelien jedoch wurde vom schwedischen Reich, zu dem Finnland seit dem Mittelalter gehörte, erst im 17. Jahrhundert annektiert. Aber dies ist nur ein Teil der Geschichte. Zufällig gibt es auch in Russland ein Karelien – vielmehr mehrere „Karelien“. Eines, das jeder kennt, nennt sich heutzutage *Karelische Republik* (Respublika Karelija). Es ist das Staatsgebiet jener „karelischen“ Volksstämme, die die nordrussischen Wälder zwischen dem Ladogasee und dem Weißmeer seit Menschengedenken bewohnen. Ihr Schicksal hängt mit dem der orthodoxen Russen zusammen, sie befanden sich niemals unter schwedischer oder finnischer Herrschaft.

Ein weiteres „Karelien“ befindet sich im Bezirk Twer, einer Region unweit von Moskau, in die orthodoxe Bewohner aus den schwedischen Territorien im 17. Jahrhundert auswanderten, nachdem ein Teil Russisch-Kareliens vom schwedischen Staat annektiert worden war. Diese Menschen wollten damit der zwangsweisen Bekehrung zum Luthertum entgehen.

Aber auch das ist noch nicht alles. Das Gebiet der heutigen Kareli-schen Republik ist linguistisch gesehen sehr vielfältig. So ist die kareli-sche Sprache kein finnischer Dialekt, sondern durchaus eigenständig innerhalb der finno-ugrischen Sprachfamilie und setzt sich aus drei Haupt-komponenten zusammen: im Norden sprechen die Menschen das eigentliche Karelisch (varsinaiskarjala), im Süden die Lyydi- und Livvi-Dialekte, die ihrerseits vom Wepsischen¹ und Russischen beeinflusst sind.

Diese Übersicht verdeutlicht, dass „Karelien“ und „karelisch“ viele

¹ Die wepsische Sprache (vepsan kel') gehört zum ostseefinnischen Zweig der finno-ugrischen Sprachen und wird nur noch von rund 9.000 Menschen östlich von Sankt Petersburg und am Ladogasee gesprochen wurde (Anm. d. Redaktion).

verschiedene Dinge bezeichnen. Ein vereintes Karelien gab es nie und wird es wahrscheinlich auch nie geben. Wenn wir dem Wort „Karelien“ Beiworte wie „Finnisch, Nord/Süd“ oder „Russisch/Ost“ hinzufügen, so werden wir das Wort vermutlich missbräuchlich verwenden. Sehr häufig geschieht es, dass Menschen – selbst solche, die in Finnland oder Russland leben – einfach nicht die Fülle an Bedeutungen verstehen, die das Wort Karelien trägt. Statt dessen denken die Menschen in den meisten Fällen, dass es ein vereintes Karelien gibt oder gab. Missverständnisse, politische wie auch wissenschaftliche Streitigkeiten sind die Folge.

Die „Karelien-Frage“ als Politikum

Als der Gründer der schwedischen Wasa-Dynastie, Gustav I., 1560 starb, enthielt der Festschmuck zu seinem Begräbnis unter anderem das karelische Wappen, das zwei bewaffnete Hände zeigte, die gegeneinander gerichtet sind. Eine hielt ein gerades – westliches – Schwert, die andere einen – morgenländischen – gebogenen Säbel. Die Waffen der Karelrier (natürlich des Schwedisch-Kareliens) symbolisierten den Konflikt zwischen Ost und West an der östlichen Grenze des Königreichs Schweden. Seit 1323 verlief die Grenze zwischen Schweden und Russland vom Finnischen bis zum Bottnischen Meerbusen, sodass finnisch sprechende Volksstämme beiderseits der Grenze lebten. Jene, die unter russischer Herrschaft standen, waren orthodoxe Christen, die auf der schwedischen Seite Katholiken und seit dem 16. Jahrhundert Lutheraner.

König Gustav II. Adolf (reg. 1611-1632) gewann im Krieg gegen Russland einen Großteil des russischen Territoriums, der damals von orthodoxen Kareliern bewohnt wurde, die ganze karelische Landenge und das Umland des Ladogasees. Schweden hatte damit zehntausende neuer Staatsbürger, die sich zum orthodoxen Glauben bekannten. Wie oben erwähnt, wanderte ein Teil dieser Bürger nach Russland aus, einige blieben jedoch. Auf diese Weise kam Finnland zu seiner orthodoxen Bevölkerung. Diese Menschen sprachen ebenfalls die karelische Sprache (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Dialekt) und waren größtenteils Bewohner der Nordseite des Ladogasees. 1809 wurde ganz Finnland russisches Großfürstentum.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich dann unter Duldung der russischen Obrigkeit ein finnisches Nationalbewusstsein, das als Gegengewicht zu separatistischen Bestrebungen der schwedischen Minderheit innerhalb Finnlands angesehen wurde. In der ro-

mantischen Atmosphäre jener Zeit sahen viele Finnen im rückständigen, archaischen Karelien ein halbmythisches „Heiliges Land“, das einige zentrale Elemente des ursprünglichen finnischen Nationalgeistes zu repräsentieren schien. So entstand die Idee eines „Großfinnlands“, also einer Vereinigung des eigentlichen Finnlands mit dem orthodoxen Ostkarelien.

In den Wirren des Russischen Bürgerkrieges (ab 1917) unternahm Finnland einige Anstrengungen, um Ostkarelien zu gewinnen, jedoch letztlich erfolglos. Der Friedensvertrag von Tartu (1920) beließ Ostkarelien bei Russland, jedoch wurde ihm nationale Autonomie versprochen.

Aufstieg und Niedergang des finnisch-sowjetischen Kareliens

Im Sommer 1920 wurde eine „Karelische Arbeiter-Kommune“ gegründet, mit Petrozavodsk als Hauptstadt. Damit hatten die Russen ihr Versprechen, ein autonomes Karelien einzurichten, erfüllt. Nun gehörten die Karelrier einer einzigen administrativen Einheit an, ein nationales Sowjet-Karelien war entstanden. Allerdings waren die führenden Persönlichkeiten hauptsächlich finnischer und nicht karelischer Nationalität. Zu erklären ist dies als Folge der Flucht zehntausender bolschewistisch gesinnter Finnen nach Sowjetrußland nach dem Finnischen Bürgerkrieg von 1918, von denen nach und nach viele in Sowjet-Karelien angesiedelt wurden, das als Basis für die erwartete Revolution in Finnland und ganz Skandinavien dienen sollte.

Von der Weltwirtschaftskrise in den frühen dreißiger Jahren war auch Finnland stark betroffen, während die Sowjetunion wirtschaftlich florierende und ausländische Arbeitskräfte anwarb, um die Errichtung der „sozialistischen Gesellschaft“ zu forcieren. Nicht weniger als 15.000 Menschen aus Finnland überschritten damals die Grenze Richtung Osten. Die meisten von ihnen taten dies illegal; größtenteils ließen sie sich im „finnischen“ Ostkarelien nieder. Insgesamt stieg die Zahl der Finnen in Sowjet-Karelien von rund 2.500 im Jahre 1926 bis auf 20.000 Mitte der dreißiger Jahre.

Zufällig war die Führung in Karelien, die fest in den Händen finnischer Immigranten lag, der Meinung, dass die Karelrier als finnischer Volksstamm Dialekte der finnischen Sprache sprächen. Deshalb wurde die finnische Sprache in Schulen, der Literatur und anderen kulturellen Institutionen eingeführt. In der Presse und innerhalb der Behörden fanden Finnisch und Russisch Verwendung. Die Gründe waren offensicht-

lich: Ein beträchtlicher Anteil der Einwohner in Karelien sprach inzwischen Finnisch. Während es keine einheitliche karelische Sprache gab, war das Finnische als Hochsprache entwickelt und einsatzbereit. Fast nichts wurde in Karelisch veröffentlicht, und es wäre äußerst schwierig gewesen, eine gesamte nationale Kultur auf Karelisch einzurichten.

Karelisch: eigene Sprache oder nur Dialekt des Finnischen?

Dennoch sahen nicht alle das Karelische als einen Dialekt der finnischen Sprache an. Der angesehene Linguist Dmitrii Bubrich, Professor in Leningrad und später in Petrozavodsk, betrachtete Karelisch und Finnisch als zwei eindeutig verschiedene Sprachen, so unterschiedlich wie Polnisch und Russisch. Ferner lehrte Bubrich, dass das Finnische die Sprache eines bürgerlichen („bourgeois“) Landes wäre, und der führende sowjetische Linguist und Akademiker Nikolai Marr hatte bewiesen, dass alle Sprachen eine Klassennatur besitzen. Wäre es dann richtig, die finnische Sprache als bürgerliches Element in Karelien einzuführen? Offensichtlich nicht. Eine solche Politik könnte nur in die Hände der finnischen Nationalisten spielen, die sich immer noch nach der Angliederung Sowjet-Kareliens an das bürgerliche, „faschistische“ Finnland sehnten. Statt das Finnische weiterzuentwickeln, schlug Dmitrii Bubrich vor, eine einheitliche karelische Sprache zu schaffen, die sowohl in den südlichen und nördlichen Teilen der „Autonomen Republik Karelien“ (so der Name seit 1923) als auch im Bezirk Twer – wo tatsächlich die meisten Karelrier lebten – verstanden werden würde.

Bubrichs Ideen erlangten zunächst keine politische Bedeutung, bis dann ab Mitte der dreißiger Jahre die Nationalitätenpolitik in der gesamten Sowjetunion eine völlig neue Richtung einschlug. An die Stelle einer Förderung der einheimischen Bevölkerung und ihrer Sprachen trat eine konsequente Russifizierung. Das Schicksal der Finnen in der Autonomen Republik Karelien war sogar noch brutaler. In der düsteren Zeit zwischen 1937 und 1938 wurden tausende Finnen als mutmaßliche Spione und „Strandräuber“ des sozialistischen Wirtschaftssystems erschossen. Die komplette ehemalige finnische Führung der Republik wurde ermordet, der Gebrauch der finnischen Sprache Ende des Jahres 1937 gänzlich eingestellt. Aufgrund von Massenverhaftungen und Deportationen ging die Zahl der Finnen in Sowjet-Karelien stark zurück; 1939 waren es nur noch etwa 8.000. Das Schicksal der finnischen Nationalität in Sowjet-Karelien schien besiegelt. Finnen hätten – so eine feierliche

Proklamation – in Karelien, das zur Familie der Sowjet-Nationen gehörte, in der die Russen die „ältesten Brüder“ waren, nichts zu suchen.

Die neue, von Professor Bubrich entwickelte karelische Sprache, geschrieben mit kyrillischen Buchstaben, erwies sich – wie kaum anders zu erwarten – als ein ziemlich plumpes und kaum gebrauchsfähiges Medium zur kulturellen Entwicklung der Karelrier. Niemand war sich über eine angemessene Grammatik und das geeignete Vokabular im Klaren, und die meisten Menschen verstanden die Sprache überhaupt nicht. Ihr Schöpfer fiel in Ungnade und verschwand von der Bildfläche. Zur Regel wurde nun das lexikalische Entleihen aus dem Russischen. Die neue karelische Sprache wurde mehr oder weniger einfach zur russischen, die sich der karelischen Grammatik bediente.

Der Krieg im Winter 1939/1940: Wiederauferstehung des finnischen Volkstums in Sowjet-Karelien

Nur selten erinnern sich die Menschen daran, dass die Sowjetunion während ihres Angriffs auf Finnland am letzten Novembertag 1939 vorgab, nicht der Angreifer zu sein, sondern ein Helfer und Verbündeter der so genannten finnischen „Volksregierung“. Diese war jedoch eine von Moskau gebildete Marionettenregierung. Um zu zeigen, dass der Propaganda auch Taten folgten, unterzeichneten die sowjetische Regierung und die Volksregierung, die Moskau als einzig rechtmäßige Regierung Finnlands ausrief, ein Abkommen, in dem die Sowjetunion die Schenkung eines umfangreichen ostkarelischen Gebietes an Finnland in Aussicht stellte. Offiziell wurde verkündet, dass der „jahrhundertealte Traum der finnischen und karelischen Nationen einer Wiedervereinigung hin zu einem unabhängigen finnischen Staat“ nun endlich zur Wirklichkeit geworden war. Finnland erhielt von der Sowjetunion all jene Teile Sowjet-Kareliens, in denen die karelische Nationalität eine Mehrheit darstellte. Vom ideologischen Standpunkt aus betrachtet und in scharfem Kontrast zu dem, was noch vor einigen Monaten die offizielle sowjetische Grundhaltung gewesen war, galten Finnen und Karelrier nun als enge Verwandte mit dem Recht, im gleichen Staat vereint zu sein.

Dieser sowjetisch-finnische Vertrag war keinesfalls ein propagandistischer Kunstgriff. Hätte die Sowjetunion den Krieg gewonnen und wäre sie in der Lage gewesen, mit der Roten Armee in Helsinki einzumarschieren, so wäre das Abkommen ordnungsgemäß ratifiziert und Finnlands Hoheitsgebiet wäre vergrößert worden. Es hätte sich ein

„Großfinnland“ unter kommunistischer Schirmherrschaft gebildet, das für immer Bestand gehabt hätte. Statt dessen verlor Finnland an der karelischen Landenge und in Ladoga-Karelien beträchtlich an Territorium. In Finnland heißen diese Landstriche bis heute das „zedierte Karelien“; sie wurden vollständig evakuiert, die gesamte Bevölkerung (über 400.000 Menschen) nach Finnland umgesiedelt.

Was nun in der Sowjetunion geschah, war vielleicht der seltsamste Abschnitt in der gesamten absonderlichen Geschichte Kareliens. Die sowjetische Regierung gliederte das abgetretene, ehemals finnisch-karelische Gebiet nicht an Russland an, sondern an die Autonome Karelische Republik. Außerdem wurde diese Republik nun zum Status einer *Sowjetrepublik* erhoben, also zu einem scheinbaren Nationalstaat, der im Prinzip auch das Recht auf eine Abspaltung von der Sowjetunion hatte. Aber das Seltsamste von allem war, dass das finnische Volkstum in der neuen Republik unverzüglich wiederbelebt wurde. Professor Bubrichs karelische Sprache wurde nun plötzlich aufgegeben, um nie mehr wieder aufzuerstehen. Schulen stellten erneut ihren Betrieb auf Finnisch um, und die finnische Presse trat wieder in Erscheinung, während die karelische verschwand. Einmal mehr war Finnisch nun die zweite Verwaltungssprache.

Während des finnisch-sowjetischen Krieges von 1941 bis 1944 besetzten finnische Truppen fast das gesamte Gebiet der neuen Karelo-Finnischen Republik. Finnland gab offiziell nicht zu, dass es das Gebiet in sein Territorium eingliedern würde, doch wurde dies tatsächlich vorbereitet. Ursache der offiziellen finnischen Zurückhaltung war die Tatsache, dass die westlichen Alliierten der Sowjetunion keinerlei finnische Gebietsansprüche akzeptierten.

Am Ende des Krieges hatte Finnland ungefähr die gleichen Grenzen, die ihm im Moskauer Friedensvertrag von 1940 blieben. Man sagte, Finnland hätte „Karelien verloren“. Die über 400.000 Einwohner des „abgetretenen Gebietes“ kamen nie wieder in ihre Heimat zurück. Wenn bestimmte finnische Senioren-Organisationen manchmal über ihren Wunsch sprechen, Karelien zurückzubekommen, beziehen sie sich auf dieses verlorene ehemals finnische Gebiet und nicht auf Sowjet-Karelien, das während des Krieges von den Finnen besetzt war, aber niemals zu Finnland gehört hat.

„Karelien“ heute. Wiederherstellen einer geteilten Region oder mehrere Gesellschaften mit gleichem Namen?

Die 1940 mit großem Pomp gegründete Karelo-Finnische Sowjetrepublik existierte ab 1956 nicht mehr. Die Finnen sahen darin ein Zeichen, dass der große östliche Nachbar keine Pläne mehr hatte, sich seinen kleinen Nachbarn einzuverleiben. Dennoch bestanden die finnische Sprache und das kulturelle Leben weiterhin in Sowjet-Karelien, das einmal mehr den Status einer Autonomen Republik erhielt. Die geringe Anzahl der Finnen nahm durch die Zuwanderung ethnischer Finnen aus dem so genannten Ingermanland (Bezirk Leningrad) zu, in dem das Finnische nach 1937 nie mehr wiederbelebt worden ist. Gleichwohl verblieb die Anzahl der Finnen in bescheidener Größe (1959 ungefähr 28.000), und der Schulunterricht in Finnisch wurde erneut eingestellt.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg schritt die Assimilierung der karelischen und finnischen Minderheiten äußerst rasant voran; sie war die schnellste in der gesamten Sowjetunion. Im Ergebnis ist die „Karelische Republik“, wie sie seit dem Fall der Sowjetunion genannt wurde, fast vollständig russifiziert. Es gibt zwar eine echte karelische Sprache, einige ältere Menschen sprechen sie immer noch, aber man kann mit Sicherheit sagen, dass es keine ernsthaften Forderungen gibt, das Karelische zur Zweitsprache in Schulen und in der Verwaltung zu machen. Die Zahl der Veröffentlichungen in Karelisch ist gering, und ebenso verschwindet allmählich die finnische Sprache.

Was die „Karelische Frage“ anbetrifft, so gibt es seit dem Zweiten Weltkrieg keine öffentlichen Äußerungen in Richtung eines Anschlusses an Finnland. Eine Bewegung, die Karelien von Russland zurückhaben wollte, hatte immer jenes Gebiet im Sinn, das 1940 – und dann erneut 1944 – an die Sowjetunion abgetreten wurde. Jedoch konnte sie sich bezüglich der offiziellen finnisch-sowjetischen Beziehungen niemals das entsprechende Gehör verschaffen; auch politisch gesehen ist sie ohne Einfluss.

Existiert *ein* Karelien überhaupt? Die Antwort lautet eindeutig „Nein“. In der Geschichte gab es niemals ein vereintes Karelien; auch bestand nie das Verlangen, Finnisch- und Russisch-Karelien zu „vereinigen“. Der 1617 geschlossene Friedensvertrag zwischen Schweden und Russland führte zu einer gewissen Überlappung der zwei Karelien und hinterließ orthodoxe und karelisch-sprechende Bevölkerungssteile auf der finnischen Seite. Im Gegenzug dazu vertrieb der Zweite Weltkrieg

einige tausend Finnisch-Karelier und ebenso hunderttausende Finnisch-sprechende Finnen aus Finnisch-Karelien, das danach von russischen, belarussischen und ukrainischen Zuwanderern besiedelt wurde. Nichts mehr außer den landschaftlichen Besonderheiten und einigen Gebäuden erinnert in diesem Gebiet an das ehemalige Finnisch-„Karelien“. Ein Teil des Territoriums gehört nun zum Bezirk Leningrad, ein anderer zur Karelischen Republik.

Nach dem Fall der Sowjetunion entwickelten sich sehr schnell grenzüberschreitende Kooperationen. So wurde im Jahre 2000 zwischen der Karelischen Republik und den finnischen Regionen Nord-Kareliens, Kainuu und Pohjois-Pohjanmaa (wo die Menschen überhaupt kein Karelisch sprechen) eine neue institutionelle Verbindung, die „Euregio Karelia“, gegründet. Unter ihrer Schirmherrschaft werden gemeinsame wirtschaftliche, ökologische, touristische und kulturelle Projekte durchgeführt. Die Menschen auf beiden Seiten der Grenze profitieren davon. Dennoch kann man nicht von einer Art Erneuerung eines ehemals vereinten, grenzenlosen Kareliens sprechen. Die Grenze spaltet tatsächlich keineswegs eine homogene karelische Nation – solch ein Karelien hat es niemals gegeben. Man spricht nicht von einem östlichen und einem westlichen Teil des gleichen Kareliens, sondern von verschiedenen Finnlands und Russlands, die sich nun heutzutage über die Grenze hinweg treffen.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Karelien (karelisch und finnisch Karjala, russisch Карелия [Karelija] liegt in Nordosteuropa und verteilt sich auf Finnland und Russland. Der wesentlich größere russische Teil (ca. 85 Prozent von ca. 200.000 km²) bildet die Republik Karelien (vom Ladogasee und Onegasee bis zum Weißen Meer) mit ca. 700.000 Einwohnern (Hauptstadt: Petrozavodsk, 265.000 Einwohner). Die Bevölkerung setzt sich überwiegend aus Russen, Kareliern, Samen sowie kleineren Gruppen (Wepsen, Finnen u. a.) zusammen; im finnischen Teil leben große Teile der infolge des Zweiten Weltkriegs vertriebenen 400.000 Einwohner Ostkareliens. Landschaftlich zeichnet sich die dünnbesiedelte Region durch zahlreiche Seen und große Wälder aus. – Historisch bildete Karelien nie eine Einheit, sondern war immer zwischen Schweden bzw. Finnland und Russland geteilt. Die heutige Grenzziehung besteht seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Kaschubei im Wandel der Zeiten

Gibt es in einer wie verrückt vor sich hin jagenden Welt noch einen Ort für eine kleine Regionalsprache? Oder wird die kulturelle Globalisierung das Kaschubische im Namen der Moderne vertilgen?



Beschleunigung

Zwei Stunden genügen, von denen eine gute halbe Stunde im Großstadtau verstreicht, um von Danzig in den fernsten Winkel der Kaschubei zu gelangen. Noch vor zwanzig Jahren zeigte sich uns schon gleich jenseits der Stadtgrenzen die Hügellandschaft mit ihren sorgfältig bestellten Feldern. Dazwischen lagen Buchen- und Kiefernwälder sowie überaus zahlreiche Seen. Die schöne, wenn auch anderen Seenplatten ähnelnde Landschaft ist vor mehr als zehntausend Jahren durch die skandinavischen Gletscher geformt worden. Was aber unser kleines Ländchen wirklich auszeichnete, das waren die Menschen, in denen man vor allem Bauern sah, am Meer auch Fischer mit einer ganz eigenen Tradition. Ihre größte Eigenart war ihre Sprache – unsere ehrwürdige *rodna mowa* (Heimatsprache) –, die für die übrigen Bewohner Polens nicht immer verständlich war.

Seit dieser Zeit hat sich viel verändert. Heute kann man kaum mehr von einem scharfen Kontrast sprechen. Danzig sprengt seine Grenzen, die Danziger flüchten in immer größerer Zahl aus der Stadt und suchen ein Haus in der ruhigen Umgebung. Dadurch entsteht eine von Jahr zu Jahr sich vergrößernde Übergangszone. Doch auch die fernen Winkel verändern sich. Immer mehr Menschen verkaufen ihre Felder als Bau-

Der Autor ist der leitende Redakteur der Wochenschrift „Kurier Bytowski“ (Bytów/Polen) und schreibt auf polnisch und kaschubisch.

plätze und zu Zwecken des Fremdenverkehrs. Die so genannten Abbauten, also die kleinen bäuerlichen Siedlungen, entvölkern sich, während überall Ferienhäuschen aus dem Boden wachsen, oft ganze Siedlungen, die sich nicht immer gut in die Landschaft einfügen. Auch die größeren Dörfer und kaschubischen Kleinstädte wachsen.

Einschneidende Entwicklungen sind nicht nur in der Landschaft festzustellen. Nicht mehr aktuell ist die vielerorts anzutreffende Meinung, die Kaschuben seien nur Bauern. Heute lebt die große Mehrheit von der Industrie, dem Handel, Dienstleistungen und dem Fremdenverkehr; weit mehr als die Hälfte lebt in Städten, darunter rund 130.000, also über 25 Prozent der Kaschuben, in der Metropole Danzig-Gdingen. Wenn wir das steigende Lebensniveau, die immer bessere Ausbildung und den sich mehrenden Wohlstand berücksichtigen, so wird uns langsam klar, was wir soeben in der Kaschubei erleben. Doch die Entwicklung hat auch bei uns ihre Schattenseiten. Neben der teilweisen Schwächung sozialer und familiärer Bindekräfte ist eines der offensichtlichen, zugleich aber auch betrüblichsten Anzeichen das Verschwinden der kaschubischen Sprache innerhalb der Familien, wo sie bisher ihren festesten Rückhalt besaß. Die Eltern sprechen mit ihren Kindern immer seltener Kaschubisch. Ich habe einige Menschen aus der Gegend von Bytów (westliche Kaschubei) danach gefragt. Und was antworteten sie? „Das Kaschubische wird den Kindern in der Schule nur schaden. Auch ich hatte Probleme. Ich habe polnische und kaschubische Ausdrücke durcheinander gebracht, was von unseren Lehrern nicht gerne gesehen wurde“ – so lautete die häufigste Antwort, motiviert durch die schlechten persönlichen Erinnerungen und die in vielen Kreisen vorherrschende Ansicht, dass die Sprache der Eltern in der heutigen Welt ein Anachronismus sei, noch dazu oft einer, für den man sich schämen müsse.

Die Wissenschaft hat dies bislang nicht umfassend untersucht, doch muss man nicht weit suchen, um sich davon zu überzeugen. „Heute sprechen in unserer Schule die aus kleinen Dörfern stammenden Kinder am besten Kaschubisch. Diejenigen aus Lipnica, einem der größten Dörfer und dem Sitz der Gemeindeverwaltung, können es viel schlechter“, sagt Andrzej Lemańczyk, der Direktor der Schule in Lipnica in der „Gochy“ genannten Gegend im Südwesten der Kaschubei. Sie liegt weit entfernt von größeren Städten, wird von fest mit der Region verwurzelten Menschen bewohnt und war stets eine Heimstatt des Kaschubischen. Doch vielerorts ist es nicht anders. Die Sprache, die Haupteigenart und der Stolz der Kaschuben, erlebt in ihrer traditionellen Form, also als

Sprache der Familie und der Nachbarschaft, eine Krise. Und das betrifft nicht nur ihre gesprochene Form. Auch die Literatur versucht sich erst langsam an die neue Situation anzupassen. „Bei uns haben martyrologische Erinnerungen und kleine Formen wie Lyrik noch den größten Erfolg. Ein wenig deshalb, weil hier die Erinnerung an das Vergangene bewahrt werden kann, ein wenig auch wegen des ‚non omnis moriar‘¹, wenn man etwas geschrieben hat. Doch diese Vergangenheitsfixierung führt dazu, dass sich unser Bild von der heutigen Realität verdüstert und wir überhaupt nicht mehr in die Zukunft blicken. Wenn wir sie nicht sehen, dann denken wir auch nicht an sie, wie also sollten wir über sie schreiben?“, sagt die Dichterin und Übersetzerin Bożena Ugowska-Szymańska aus Nowa Karczma am Südostrand der Kaschubei.

Eine neue Welle

Doch würde ich nicht verzweifeln. Die letzten zwanzig Jahre im Leben der kaschubischen Bevölkerung sind auch aufgrund mancher positiver Entwicklungen als außergewöhnlich zu bezeichnen. Die Anpassung des polnischen Rechts für die sprachlichen Minderheiten an das Vorbild der anderen Staaten der Europäischen Union ist in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen. Zum Beispiel hat in diesem Jahr der polnische Sejm die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen angenommen. Damit hat die *rodna mowa* – die einzige Sprache mit dem Status einer „Regionalsprache“ in unserem Land – eine stärkere rechtliche Stellung erhalten. Wir schauen uns auch einiges von anderen, uns ähnelnden europäischen Bevölkerungsgruppen ab. Besonders nahe sind uns die niederländischen Friesen sowie, auch wegen ihrer slawischen Herkunft, die deutschen Sorben. Letztlich haben wir im spanischen Katalonien neue Partner gefunden. Diese Kontakte dienen dem Erfahrungsaustausch, vor allem darüber, wie Regionalsprachen erhalten und unterrichtet werden können und wie man Eltern davon überzeugen kann, ihre Kinder zum Kaschubischunterricht zu schicken. Das sind für uns unschätzbare Erfahrungen, zumal noch vor zwanzig Jahren Kaschubisch nirgendwo unterrichtet wurde und man nicht viel früher eins auf die Finger bekommen konnte, wenn man in der Pause Kaschubisch sprach. Unter anderem durch das bei diesen Kontakten gewonnene Wissen ist es gelungen, die kaschubische Sprache an immer mehr Schulen

¹ Lateinisch „Ich werde nicht ganz sterben“ im Sinne von „etwas bleibt von mir übrig“.

zum Unterrichtsfach werden zu lassen. Im Schuljahr 2008/2009 wird sie von über 10.000 Kindern und Jugendlichen gelernt (meist in der Grundschule, also bis zur 6. Klasse). Es erscheinen Schul- und Wörterbücher, mehrere hundert Lehrer haben besondere Sprachkurse durchlaufen. Und sowohl die Zahl der Kaschubischschüler als auch der Lehrer wächst unaufhörlich. Einer der Faktoren, die die Gemeinden dazu bewegen, Kaschubischkurse anzubieten, ist das Geld. Die von den Gemeinden verwalteten Schulen, in denen Kaschubisch unterrichtet wird, erhalten von der Regierung höhere Zuschüsse.

Auch kaschubischsprachige Massenmedien sind entstanden. Es handelt sich zwar nur um vereinzelte Radiosendungen, die aber eine relativ große Hörerschaft haben, und zwar täglich. Mit dem Fernsehen experimentieren wir immer noch, obschon ein bis vor kurzem von TV Gdańsk ausgestrahltes Programm rund 100.000 Zuschauer hatte. Kaschubisch taucht immer häufiger auch in der Presse und im Internet auf. So veröffentlichen zum Beispiel die jungen Literaten der Gruppe „Zmyk“ (was auf Kaschubisch soviel wie „Frühling“ bedeutet) Informationen über sich und Auszüge aus ihren Werken auf einer ausschließlich kaschubischen Seite (www.zmyk.net). „Wir veröffentlichen Texte junger Autoren, Lyrik und Prosa. Die einen sind besser, andere nicht ganz so gut. Und nicht nur Menschen aus der Kaschubei, sondern aus der ganzen Welt schauen bei uns vorbei“, sagt einer der führenden Köpfe dieser Gruppe, der Feuilletonist, Dichter und Kabarettist Roman Dreżdżon aus Puck (nördliche Kaschubei). Sein Hamburger Bekannter Marek Kwidzyński verwaltet die Seite von „Zmyk“ aus der Ferne und betreibt außerdem eine Internetseite mit Informationen aus der Heimat in vier Sprachen – polnisch, deutsch, englisch und natürlich auch in unserer Muttersprache (www.kaszubia.com). Aus dem Internet kann man zudem kostenlose Sprachmodule für die PC-Betriebssysteme herunterladen, um ohne unnötige Fingerverrenkungen die kaschubischen Sonderzeichen auf die Tastatur legen zu können. Für Menschen, die „große“ Sprachen sprechen, mag das banal erscheinen, ja sogar lächerlich, doch in der heutigen Zeit kommt man ohne digitales Werkzeug kaum mehr aus. Ja, nun kann man ganz normal schreiben oder im Internet miteinander korrespondieren, sogar an Auseinandersetzungen in den Internetforen teilnehmen. Ich habe nach verschiedenen Versuchen und langer Suche von Marek Kwidzyńskis Seite eine Tastaturbelegung für meinen Mac heruntergeladen, und man kann sich kaum vorstellen, wie sehr mir das das Leben im kaschubischen Mikrokosmos erleichtert.

Eine wahre Renaissance erlebt aber eine andere alte Bastion der kaschubischen Literatursprache – das Buch. Die Zahl der Publikationen ist im Vergleich zur kommunistischen Zeit ungemein angestiegen. Früher war dafür fast ausschließlich die Kaschubisch-Pommersche Vereinigung zuständig. Heute gibt es neben dieser verdienten Organisation eine ganze Reihe anderer Verlage, von dem wissenschaftlich arbeitenden Kaschubischen Institut bis hin zu privaten Verlagen wie „Czec“, „Rost“ oder „Region“ und einigen anderen. Jahr für Jahr wachsen die Buchhandelsregale um einige Dutzend bis zu über hundert Neuerscheinungen zu Geschichte, Gegenwart, Fremdenverkehr oder Literatur auf Kaschubisch. Die kaschubische Literatur lebt auf und ist auf der Suche nach einem neuen Platz. Neben traditionellen, engagierten, hochtrabenden, mit regionaler Ideologie gesättigten Werken, die immer weniger Käufer finden, gibt es Versuche, einen neuen, viel moderneren Weg zu begehen. Wir können mittlerweile Liebesgedichte, ja sogar erotische Lyrik, Fantasy oder auch klassische Science-Fiction-Romane lesen. „Jetzt warte ich noch auf einen guten Kriminalroman und einen guten Zeitroman“, sagt nicht ohne Hoffnung Jarosław Ellwart, der Leiter des Verlags „Region“.

Auch andere Schaffensgebiete versuchen, sich aus den Fallschlingen der Volkstümelei oder der sentimental-ideologischen Vergangenheit zu befreien. Dies ist ganz deutlich in der Musik zu beobachten. Jazz, Pop, Rock, Folk (meistens irischer, aber auch jüdischer oder solcher von der Balkanhalbinsel), selbst klassische Musik werden immer häufiger auf kaschubische Texte gesungen. Auch traditionelle Werke werden modern umgearbeitet, vor allem die beliebtesten. Einige Ältere finden das ziemlich befremdlich, doch die meisten unterstützen diese Entwicklung mit großer Sympathie. Die Jungen entdecken nun langsam, dass die kaschubische Sprache für sie zu etwas Besonderem werden kann, was sie von anderen unterscheidet, zu einer Möglichkeit, ihre eigene Individualität auszudrücken, auch wenn sie noch keinen charakteristischen Stil erarbeitet haben und gelegentlich blindlings globale Trends kopieren. Vielleicht entwickelt sich aber auch hier bald etwas Neues.

Die *rodna mowa* hat außerdem Einzug in die katholische Liturgie gehalten. In vielen Kirchen wird immer wieder die heilige Messe auf Kaschubisch gehalten, auch Gebetbücher und Predigtsammlungen erscheinen in der Regionalsprache.

Das Kaschubische wird zudem touristisch immer mehr ausgeschlachtet. Vor wenigen Wochen habe ich mich mit einigen Freunden aus Studentenzeiten in Szymbark (mittlere Kaschubei) getroffen. Eine Attrak-

tion war eine Fahrt mit einem traditionellen kaschubischen Bauernwagen, der zu diesen Zwecken etwas verlängert und mit einem Dach versehen wurde. Ich war erstaunt, als mir der Kaschubisch sprechende Besitzer stolz erzählte, er halte über 20 Pferde und sein Onkel habe mehr als 40! Kaum zu glauben, aber in der Saison sind alle beschäftigt und fahren Touristen umher. Das Interesse an der kaschubischen Kultur ist Teil einer ganz Polen erfassenden Mode für regionale Traditionen. Man sieht es auch auf vielen Festen und Festivals. Hier ist es fast schon Standard, dass auf Ständen Brot mit Schmalz, Räucherfisch, T-Shirts mit der Aufschrift Kaszëbë, Autoaufkleber mit dem Greif (ein schwarzer Greif auf gelbem Grund ist unser Wappentier) oder auch traditionelle Keramik mit einfachen, meist pflanzlichen Motiven angeboten werden. Zudem wächst die Besucherzahl der kaschubischen Museen, vor allem des Freilichtmuseums in Wdzydze Kiszewskie (südliche Kaschubei) mit seinen Gutshäusern, einfachen Bauernkaten, Scheunen, Ställen, Backöfen, ja sogar einer Schule und einer Kirche, die aus der ganzen Region zusammengetragen worden sind.

Ein erheblicher Anteil der Besucher unserer Gegend sind Nachfahren jener Menschen, die einst aus der Kaschubei ausgewandert sind. Besonders viele kommen aus Deutschland, den USA und Kanada. Das ist nicht verwunderlich, denn in diese Länder sind vor allem im 19. Jahrhundert viele Kaschuben auf der Suche nach einem besseren Leben ausgewandert. „Für mich ist es ein besonderes Gefühl, wenn ich auf denselben Pfaden und Straßen wandeln kann, auf denen einst meine Vorfahren gingen“, sagte mir vor einigen Jahren Pfarrer Paul Breza aus Winona, einer kleinen Stadt in Minnesota, während seines Aufenthalts in Bytów, von wo mehr als hundert Jahre zuvor sein Urgroßvater ausgewandert war. Schön, nicht wahr? Trotz dieser ganzen neuen Welle ist aber nicht gesagt, dass die Zukunft nur in rosaroten Farben gemalt werden kann.

Ja, und was wird sein?

Nach der Zukunft fragen wir einen in Bytów lebenden Historiker und Soziologen von der Universität Danzig, Prof. Dr. Cezary Obracht-Prondzyński: „Das weiß niemand“, sagt er kurz und fügt hinzu: „Es sind zwei Szenarien möglich. Im ersten wird die Abkehr von der kaschubischen Sprache in der Familie zu einem bestimmten Grad rekompensiert durch eine steigende Zahl von Kindern, die unsere Sprache in den Schulen lernen werden. Dadurch wird sich das Kaschubische, wenn auch in

vereinheitlichter Form ohne dialektale Unterschiede, als Regionalsprache erhalten. Im zweiten Fall wird die familiäre Weitergabe der Sprache schneller verschwinden, als die Zahl der Kaschubisch lernenden Kinder in den Schulen wachsen wird. Dann wird die *rodna mowa* der Geschichte angehören.“ Der Wissenschaftler will jedoch nicht voraussagen, welche Entwicklung seiner Meinung nach wahrscheinlicher sein wird. Nicht nur deshalb, um kein Unglück heraufzubeschwören – er selbst ist der kaschubischen Kultur schließlich eng verbunden. Sondern auch, weil in den letzten hundert Jahren viele Forscher unserer Sprache einen raschen Niedergang vorausgesagt haben. Dennoch überlebte sie, und sie lebt immer noch, man spricht sie und schreibt sie. Ich habe die Hoffnung, diese merkwürdige, sie am Leben erhaltende Kraft wird auch in Zukunft verhindern, dass sie dem Vergessen anheim fällt.

Aus dem Polnischen übersetzt von Zenona Choderny-Loew.

Die Kaschuben leben im Norden und in der Mitte der Wojewodschaft Pommern (Nordpolen). Ihre wichtigsten Städte sind heute Gdańsk/Danzig, Gdynia/Gdynia, Puck/Putzig, Wejherowo/Neustadt, Łębork/Lauenburg, Bytów/Bütow, Kartuzy/Karthaus und Kościerzyna/Berent. Als ihre Hauptstadt gilt Danzig, auch wenn die Kaschuben hier weniger als 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Insgesamt wird die Zahl der in ihrem historischen Siedlungsgebiet lebenden Kaschuben auf 300.000 bis 600.000 Personen geschätzt. Einige zehntausend Einwohner Deutschlands, der USA und Kanadas bekennen sich zu ihren kaschubischen Wurzeln. – Das Kaschubische gehört zur westslawischen Sprachgruppe, genauer gesagt zur lechitischen Untergruppe (gemeinsam mit dem Polnischen und dem ausgestorbenen Polabischen). Es besitzt viele regionale Unterschiede und über 50 lokale Sprachvarianten. In den Medien und Schulen wird eine nicht ganz standardisierte Hochsprache verwendet. Heute sind die meisten Kaschuben Katholiken; der Marienkult genießt bei ihnen eine besondere Verehrung (Heiligtümer in Sianów und Swarzewo).

Lettgallen – der unbekannte Südosten Lettlands



Eine der beliebtesten Sehenswürdigkeiten in Riga ist das Ethnographische Freilichtmuseum. Vor Jahren wurden Gebäude, die in den vier größten Landesteilen Lettlands, in Kurland (*Kurzeme*), Semgallen (*Zemgale*), Livland (*Vidzeme*) und Lettgallen (*Latgale*), als typisch lettische Baumuster anerkannt worden waren, dorthin gebracht und in der Originalfassung wieder aufgebaut. Dabei ging man nach dem Prinzip der Landesteile vor, um das jeweils Besondere hervorzuheben. Bei Lettgallen finden sich zwei Elemente, die sonst nicht auftauchen: das Kruzifix am Straßenrand und Heiligenbilder in den Zimmern. Auch das Kreuz als Element in der Volkstracht gibt es nur in Lettgallen. Dies hängt mit dem tiefen katholischen Glauben zusammen, der sich dort trotz aller historischer Wechselfälle erhalten hat.

Lettgallen liegt im Osten und Südosten Lettlands; die Fläche der Region beträgt 14.547 km² (ein knappes Viertel Lettlands), die Bevölkerung umfasste 2001 ca. 380.000 Einwohner (ca. ein Sechstel der Bewohner Lettlands). Lettgallen trägt auch den Namen „Land der Blauen Seen“, da man dort 972 Seen zählt. Man könnte Lettgallen aber auch als „Land der Kirchen“ bezeichnen, da sich von 290 lettischen katholischen Gemeinden 116 in Lettgallen befinden.

Historische Wurzeln

Wir müssen zunächst in die Geschichte schauen, um zu verstehen, worin sich Lettgallen vom übrigen Lettland unterscheidet. Die ersten baltischen Stämme, darunter auch die Vorfahren der Lettgallen, ließen sich im 6. und 7. Jahrhundert n. Chr. an der Ostseeküste nieder und drängten die bis dahin dort lebenden finno-ugrischen Stämme nach Norden ab. Im

Der Autor ist Generalsekretär der Caritas Lettland.

10. Jahrhundert bildeten sich dann unter diesen Stämmen größere baltische Kulturen heraus, unter denen die Lettgallen den höchsten Grad an Staatlichkeit erreichten.

Schon früh gab es Versuche zur Christianisierung, zunächst von Seiten Dänemarks (1048 Errichtung der ersten Kirche auf lettischem Boden), bald aber auch von Osten. Beides blieb Episode. Im 12. Jahrhundert setzte dann die systematische Missionierung ein, zunächst an der Küste unter den Liven. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Augustinermönch Meinhard, der 1186 in Ikšķile (Uexküll) zum Bischof geweiht wurde und bis heute große Verehrung genießt. Sein zweiter Nachfolger war der Kanoniker Albert von Bremen, der entscheidend sowohl die Christianisierung der lettischen Stämme als auch die Entwicklung staatlicher Strukturen in Livonia (Livland) vorantrieb. Livonia umfasste das heutige Territorium von Lettland und Estland und wurde damit zur Keimzelle beider Staaten. 1201 gründete Bischof Albert die Stadt Riga, die heutige Hauptstadt Lettlands und größte Stadt des Baltikums.

Umstritten ist, ob man von einer Missionierung mit „Feuer und Schwert“ sprechen kann, da in Lettland der Schwertbrüderorden, ein Zweig des Deutschen Ordens, eine wichtige Rolle spielte. Nach Ansicht vieler Historiker gäbe es heute ohne den Einsatz der Ritter weder Lettland noch Estland; obwohl sie oft gewalttätig waren, schützten sie die Grenzen von Livland gegen slawische Stämme und somit auch die Einheimischen vor der Assimilation, die sonst sicher erfolgt wäre. Somit bleibt festzuhalten, dass das unter Bischof Meinhard begonnene Werk letzten Endes nur auf Gott hin ausgerichtet war – selbst die sowjetische, atheistische Propaganda konnte ihm nichts vorwerfen. Als Papst Johannes Paul II. 1993 Riga besuchte, hat er die Verehrung des hl. Meinhard erneuert. Sein Grab befindet sich in der heute lutherischen Domkirche.

Im 16. Jahrhundert kam es dann zu einschneidenden politischen und religiösen Veränderungen. Durch die Zugehörigkeit Rigas zur Hanse gewann die Reformation in der Küstenregion rasch an Zulauf und setzte sich in großen Teilen Livlands durch. Das alte Staatsgebilde brach endgültig im so genannten livländischen Krieg (1558-1583) zusammen. Für die weitere Entwicklung waren dann die polnisch-schwedischen Auseinandersetzungen zwischen 1600 und 1629 entscheidend. Kurland, Livland und Riga fielen an die schwedische Krone und erlebten eine wirtschaftliche Blütezeit; Lettgallen, das Polen-Litauen zugeschlagen wurde, blieb katholisch und arm.

Lettgallen im Russischen Reich

Nach dem Großen Nordischen Krieg (1700-1721) besetzte Russland Livland und Riga, später auch das Herzogtum Kurland; Lettgallen fiel infolge der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert an Russland. Seit dieser Zeit war Lettgallen wie die übrigen Gebiete einer starken Russifizierung ausgesetzt, sowohl durch Zuwanderer aus dem Inneren des Zarenreiches als auch durch staatlich geförderte Versuche, den orthodoxen Glauben zu verbreiten. Dies geschah durch zahlreiche verführerische Anreize. Trat z. B. ein Bauer zur orthodoxen Kirche über, so bekam er ein Grundstück zu günstigeren Bedingungen als andere. Viele nahmen in Livland diese Angebote an, die Bewohner Lettgallens zogen es jedoch vor, lieber in Armut zu bleiben, als die Religion zu wechseln. Jedoch gab es viele Lettgallen, die ein anderes Angebot der Russen annahmen: Bis zu 60.000 wanderten freiwillig nach Sibirien aus, wo der Zar ihnen kostenlose Grundstücke anbot. Leider wurden viele Siedlungen während der stalinistischen Diktatur vernichtet. Bemerkenswert ist aber, dass Russland als einziger Staat der Welt die Lettgallen als eigene Nation anerkannt hat, denn die lettgallische Sprache genießt dort den offiziellen Status einer Minderheitssprache.

Da Lettgallen sehr lange unter der russischen Herrschaft stand, war das Fortleben der Lettgallen als Nation stark gefährdet; auch blieb die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zurück. So wurde beispielsweise das erste gedruckte Buch in Lettgallen 150 Jahre später herausgegeben als Bücher in anderen Landesteilen Lettlands. Ebenso wurde die Leibeigenschaft 50 Jahre später abgeschafft als anderswo in Lettland. Mitte des 19. Jahrhunderts begann dann im Baltikum die Zeit des nationalen Erwachens. Die gesellschaftlich und kulturell aktivsten Menschen (die so genannten „Neuletten“) forderten für das lettische Volk die gleichen Rechte, die für andere Völker seit langem eine Selbstverständlichkeit waren – in Lettgallen war dies gar kein Thema! Als Ende des 19. Jahrhunderts die russische Regierung die Unruhen unterdrückte, verbot sie in Lettgallen sogar den Buchdruck, sodass die kulturelle Entwicklung Lettgallens für weitere 40 Jahre blockiert blieb.

Trotz der schlechten Bedingungen bewahrten sich die Lettgallen ihre eigene Sprache und Kultur, wobei der Katholizismus eine große Rolle spielte. Die übrigen Landesteile Lettlands gingen andere Wege und „entdeckten“ diese Region eigentlich erst nach dem ersten Lettgallischen Kongress 1917, und zwar aus politischen Gründen. Während dieses

Kongresses wurde die Entscheidung getroffen, Lettgallen in den neuen selbstständigen lettischen Staat einzugliedern. Der Priester Francis Trasūns und andere katholische Priester, die aktive Mitglieder der nationalen lettgallischen Bewegung waren, haben bei der Gründung des neuen Staates eine bedeutende Rolle gespielt, denn damals machten die Lettgallen ca. 30 Prozent der Einwohner Lettlands aus.

Lettgallen innerhalb der Republik Lettland

Als am 18. November 1918 das unabhängige Lettland proklamiert wurde, war das auch eine Chance für Lettgallen. Zwischen 1920 und 1940 spielten sich große sozio-ökonomische Veränderungen ab: Ausbau des Schulnetzes, vielfältige kulturelle Aktivitäten, Abschaffung des russischen Dorfsystems und Übergang zu Einzelbauernhöfen auf dem Lande. Allerdings blieben die Bemühungen der Lettgallen um Kulturautonomie – Sprache, Tradition und Religion unterschieden sich erheblich von denen in den anderen lettischen Landesteilen – während der ersten lettischen Republik ohne Erfolg. Die lettgallische Sprache erhielt keinen offiziellen Status auf der Staatsebene.

Zur gleichen Zeit war die Übervölkerung Lettgallens Ursache für hohe Arbeitslosigkeit, die dann eine Migrationswelle auslöste. Die Lettgallen zogen als Knechte in andere Landesteile, wo sie oft wegen unterschiedlicher Sprache, Religion und äußerer Armut von den übrigen Letten verachtet und ausgelacht wurden. Bis heute gibt es in der lettischen Umgangssprache eine verächtliche Bezeichnung für Lettgallen „čangali“, worauf die Lettgallen mit „čiuļi“ antworten, eine Bezeichnung für Letten, die aus anderen Landesteilen kommen und lutherisch sind.

1940 wurde Lettland zusammen mit Litauen und Estland von der Sowjetunion annektiert. Im Zweiten Weltkrieg und direkt danach verlor Lettland viele Menschen nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch aufgrund der Repressionen der Kommunisten und der nachfolgenden Emigration in den Westen. Viele Bewohner wurden auch nach Sibirien verschleppt. Besonders zu leiden hatten Geistliche und aktive Gemeindeglieder; das setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort.¹ Die sowjetischen Jahre hatten allerdings auch etwas Positives. Viele Lettgallen zogen wieder in andere Regionen Lettlands, diesmal aber nicht als

¹ Vgl. dazu Arvaldis Andrejs Brumanis: Die baltischen Länder und ihr Exil am Beispiel Lettlands. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), S. 50-56.

Knechte, sondern als gleichberechtigte Bewohner. Leider kamen an ihrer Stelle Russen und Weissrussen. Insgesamt ging es wirtschaftlich und kulturell langsam aufwärts.

1991 wurde die Unabhängigkeit Lettlands wiederhergestellt. Das brachte neue Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen für Lettgallen mit sich.

Lettgallen heute

Lettgallen ist immer noch eines der schönsten Gebiete Lettlands. Sein größter Schatz sind die Menschen, die sich seit Generationen ihre besondere herzliche Mentalität bewahrt haben. Natürlich gibt es auch Probleme, und die große Arbeitslosigkeit verschärft noch die Situation. Dank der Unterstützung der EU erlebte Lettland einige Jahre eine rasche Entwicklung, die allerdings aktuell in eine ernste Krise umgeschlagen ist. In solchen Fällen besteht immer die Tendenz, Lettgallen zu benachteiligen und dort weniger zu investieren. Leider gehört die Region zu den ärmsten Gebieten in der EU. Schwerpunkte der Produktion sind Holz- und Milchwirtschaft. Mit beiden Produkten lassen sich aber gegenwärtig kaum Gewinne erzielen. Viele Fabriken und Werke wurden nach 1991 geschlossen, der Aufbau kleiner Unternehmen ist sehr schwierig.

Lettland ist heute Transitland, in gewissem Maße Brücke zwischen der EU und Russland. Lettgallen nimmt einen wichtigen Platz ein, da es an Russland und Weißrussland grenzt, profitiert jedoch kaum davon. Die wirtschaftliche Situation führt wieder zur Migration: Die jungen Leute verlassen Lettgallen und suchen Arbeit entweder in Riga, in anderen Regionen Lettlands oder entscheiden sich dafür, ins Ausland, nach Irland, England, Schottland oder Norwegen, arbeiten zu gehen. Natürlich ist Lettland ein kleines Land, daher kann man nicht sagen, dass Leute, die in anderen Regionen Lettlands arbeiten, für Lettgallen verloren seien. An den Wochenenden verlassen beträchtliche Autoschlangen die Hauptstadt und fahren in den Osten des Landes. Junge Lettgallen besuchen regelmäßig ihre Heimat. Somit entwickelt sich Lettgallen langsam zur Ferienregion. Der Tourismus insgesamt ist noch schwach ausgebildet; dennoch gibt es Touristen, die gerne ihren Urlaub in einem ökologisch reinen, naturbelassenen Gebiet verbringen wollen. In einer Werbung wird Lettgallen als Urlaubsregion gepriesen, die „reich an Wäldern und Seen ist und wo man Europa wie vor 1000 Jahren besichtigen kann“ – ein Kompliment, das zum Nachdenken anregt.

Gibt es eine lettgallische Identität?

Nach 1991 hat sich, ähnlich wie in der ersten Republik, die lettgallische Kulturidentität stärker zu Wort gemeldet. Nun gab es immer Diskussionen darüber, ob sich die Lettgallen von den übrigen Letten wesentlich unterscheiden. Ohne die oben dargelegte historische Entwicklung wäre dies sicher nicht der Fall. Zwei besondere Faktoren sind auf jeden Fall zu nennen:

- der tiefverwurzelte katholische Glaube und
- die lettgallische Sprache.

Wenn man über den *katholischen Glauben* spricht, muss man feststellen, dass die religiöse Identität oft über die nationale Identität dominiert hat. Es gab sogar seltsame Fälle bei Volkszählungen, wo einige Lettgallen ihre Nationalität mit „Katholik“ umschrieben haben. Tiefere Ursache für diese Einstellung ist die starke religiöse Prägung durch Ordensgeistliche, besonders Dominikaner und Jesuiten, die zu einer tiefen Verwurzelung der katholischen Identität geführt hat. Dies erklärt auch, warum Lettgallen heute das Zentrum der Katholiken Lettlands ist und eine eigene Diözese bildet. Hier befindet sich der meistbesuchte Wallfahrtsort Lettlands, Aglona, der von Dominikanern betreut wird. Jedes Jahr kommen hierher am 15. August Hunderttausende von Pilgern, nicht nur Katholiken, sondern auch Vertreter anderer Konfessionen. Lettland ist ein Land vieler Konfessionen, die sehr friedlich miteinander umgehen. Grund für diese praktizierte Ökumene ist die Erinnerung an das gemeinsame Verfolgungsschicksal in der sowjetischen Vergangenheit.

Das zweite Merkmal der Identität der Lettgallen ist die *Sprache*. Die Philologen haben lange gekämpft und diskutiert, um zu beweisen, ob sich die lettgallische Sprache wesentlich vom Hochlettischen unterscheidet oder ob sie nur ein Dialekt der lettischen Sprache ist. Letztlich hat sich die erste Ansicht durchgesetzt. Da die Lettgallen in Lettland in sowjetischer Zeit oft Bürger zweiter Klasse waren, haben sich vor der Wende viele geschämt, lettgallisch zu sprechen. Sie haben lettisch gesprochen, aber einen echten Lettgallen kann man sofort an seinem Akzent erkennen. Nach der Wende hat sich alles geändert. Die lettgallische Sprache ist zum Element des Nationalbewusstseins geworden, sogar die jungen lettgallischen Rockstars treten damit auf. Immer mehr Bücher erscheinen in Lettgallisch. Ein Exillette hat einen Sender „Latgales radio“ gegründet, der sich großer Beliebtheit erfreut. Nicht vergessen darf man die Rolle der katholischen Kirche: Viele Jahre lang war sie die einzige Institution,

in der man lettgallisch sprechen konnte. Heute werden in vielen Kirchen die Hl. Messen auf Lettgallisch gefeiert, auch in Riga.

Lettgallen in Lettland und in Europa

In der Epoche der Globalisierung, die auch Bedrohungen für die Identität der kleineren Völker birgt, könnten die Erfahrungen der Lettgallen bei der Bewahrung ihrer Identität ein positives Beispiel für andere Völker sein. Die Kraft der lettgallischen Kultur beruht auf ihrer Verankerung im christlichen Glauben – das ist wesentlich. Die Lettgallen schauen mit christlichem Optimismus in die Zukunft und sind zugleich sehr patriotisch.

Gastfreundschaft ist eine der Haupttugenden der Lettgallen, die immer wieder beeindruckt und überrascht. Daher hoffe ich, liebe Leserinnen und Leser, dass Sie auch einmal nach Lettgallen kommen und selbst die Schönheit dieser Region und die bescheidene Herzlichkeit ihrer Bewohner erleben dürfen.

Aus dem Lettischen übersetzt von Inese Mičule.

Lettgallen (lettgallisch: Latgola, lettisch: Latgale) liegt im Osten und Südosten Lettlands (Fläche: 14.547 km², ein knappes Viertel Lettlands; Bevölkerung 2001: ca. 380.000 Einwohner, ca. ein Sechstel der Bewohner Lettlands). Die größte Städte ist Daugavpils (ca. 110.000 Einwohner), von großer Bedeutung ist auch der Wallfahrtsort Aglona. Nach 1945 sind viele Russen und Weißrussen zugewandert. Die einheimische Bevölkerung ist ganz überwiegend katholisch. Lettgallen ist industriell kaum entwickelt, zählt jedoch landschaftlich zu den schönsten Regionen des Baltikums (zahlreiche Seen). – Die Region gehörte seit dem 16. Jahrhundert zu Polen-Litauen und blieb katholisch, was auch zur besonderen kulturellen und sprachlichen Identität der Lettgallen gegenüber den übrigen Letten beigetragen hat.

Lothringen – vom umstrittenen Gebiet zur europäischen Region

Eine wechselvolle Geschichte

Ursprung und Ende des Herzogtums Lothringen

Bekanntlich haben der deutsche Name „Lothringen“ und die französische Benennung „Lorraine“ einen gemeinsamen Ursprung. Beide stammen von „Lotharii Regnum“, d. h. dem Reich Lothars. Dieser Ausdruck bezeichnete den mittleren Teil des unter den drei Enkeln Karls des Großen aufgeteilten Reiches, über das ihr Großvater regiert hatte. Dieses Mittelreich, in der Franksprache „Lotharingen“ genannt, erstreckte sich ursprünglich von den Niederlanden bis nach Rom. Infolge weiterer Aufteilungen und territorialer Abtretungen schrumpfte es zu einem viel kleineren Gebiet, dem Herzogtum Lothringen im Herrschaftsbereich des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, zusammen. Eine Besonderheit des Herzogtums war, dass die Sprachgrenze zwischen romanischen und germanischen Dialekten quer durch seinen nordöstlichen Teil verlief und die so genannte „Deutsche Ballei Lothringens“ im Herzogtum abgrenzte. Nach wechselvoller Geschichte war das Herzogtum ab Mitte des 18. Jahrhunderts ein Teil des Königreichs Frankreich.

Die lothringischen Departements

Die Französische Revolution löste die bisherigen Provinzen auf und gliederte Frankreich in „Departements“. Das frühere Herzogtum Lothringen wurde sozusagen gevierteilt. Von den vier aus dieser Neuordnung



Der Autor (geb. 1932) war Professor für deutsche Sprache und Linguistik an der Universität Metz (1968-1996) und Gründungspräsident der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken (1998-2001).

entstandenen Departements waren drei fast ausschließlich Teile des aufgelösten Herzogtums. Das vierte aber, das Departement Moselle, war von Anfang an ein komplexes Gebilde. Es setzte sich aus zwei annähernd gleich großen Hälften zusammen, die durch die Sprachgrenze geteilt waren. Im Nordosten befand sich ein Teil der deutschsprachigen „Deutschen Ballei Lothringens“ nebst einigen kleineren deutschsprachigen Landschaften (ein kleiner Rest dieses Gebietes liegt heute in Rheinland-Pfalz und im Saarland).

Reichsland Elsass-Lothringen

Außer seinem westlichen Ende um die Stadt Briey wurde das Departement Moselle zusammen mit den zwei elsässischen Departements 1871 nach dem Sieg Preußens über Frankreich an das eben gegründete Deutsche Reich angeschlossen. Das Prinzip „eine Sprache, eine Nation“ rechtfertigte die Annexion der deutschsprachigen Gebiete. Metz und seine Umgebung waren jedoch französischsprachig, weshalb strategische Gründe für den Anschluss dieses Teils an das Deutsche Reich angeführt wurden. Die annektierten Gebiete bildeten zusammen das „Reichsland Elsass-Lothringen“. Die Benennung war übrigens irreführend, denn sie vertuschte die Tatsache, dass es weiterhin eine französische „Lorraine“ gab, die viel größer war als der annektierte Teil.

Die „annektierten Departements“

Die 48 Jahre unter der Verwaltung des Deutschen Reichs verliehen diesen Gebieten besondere Merkmale, auf die unten noch eingegangen wird. So war es erforderlich, dass nach der Rückgliederung nach Frankreich (1919) die so genannten „annektierten Departments“ in mancher Hinsicht, insbesondere in Bezug auf öffentlich-rechtliche Fragen, als Einheit betrachtet wurden. Von 1940 bis 1944 wurden die „annektierten Departements“ von der Besatzungsmacht de facto wieder als Teil des Deutschen Reichs angesehen und entsprechend behandelt.

„Région Lorraine“

Als in den siebziger Jahren Frankreich die Departements in „régions“ gruppierte, wurde die „Region Lorraine“ aus den vier Departements zusammengesetzt, die aus der Teilung des Herzogtums Lothringen hervorgegangen waren. Wie oben erläutert, unterschied sich das Departement Moselle von den drei anderen in mehrfacher Hinsicht, was sich auf die Bildung einer regionalen Identität erschwerend auswirkte. In den

letzten Jahren zeichnen sich aber auch verbindende Faktoren ab, die zu einer Bewusstseinsbildung in europäischem Rahmen beitragen.

Differenzierende Faktoren

Die Zweisprachigkeit des Departements Moselle

Als das Departement Moselle 1871 annektiert wurde, war Deutsch die Mehrheitssprache. Nach der Annexion wurde die deutsche Sprache natürlich Schul- und Amtssprache in den deutschsprachigen Gebieten. Hinsichtlich des frankophonen Gebiets um Metz setzten die deutschen Behörden auf Zeit und tolerierten die französische Sprache, denn man rechnete mit einem ständigen Zuwachs des „altdeutschen“ Anteils der Bevölkerung. In der Tat sprach 1918 über die Hälfte der Bevölkerung von Metz Deutsch. Diese Zweisprachigkeit war nach der Rückkehr nach Frankreich den Behörden unerträglich, weil sie mit der französischen Auffassung der Beziehung zwischen Nation und Sprache unvereinbar war. Im Unterschied zum Prinzip „eine Sprache, eine Nation“ hielt die Französische Republik – insbesondere seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht nach 1870 – am Prinzip „eine Nation, eine Sprache“ fest. Dementsprechend wurde der Gebrauch der Regionalsprachen, wie z. B. in der Bretagne und im Baskenland, und sogar der Gebrauch der französischen Dialekte in der Schule (auch in der Pause!) strengstens verboten.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde diese Sprachpolitik auf die rückgegliederten Gebiete schrittweise angewandt, was man an und für sich nicht als eine Folge der damals tatsächlich existierenden Deutschfeindlichkeit auslegen darf. Der Versuch der Naziherrschaft, die de facto annektierten Gebiete zwischen 1940 und 1944 Gebiete zu germanisieren, was mit massiven Ausweisungen von französischsprachigen Mosellanern verbunden war, endete mit der Befreiung; die Verdrängung der deutschen Dialekte durch die Schule und die Medien setzte sich fort.

Heute ist das „Platt“ in Lothringen im Schwund begriffen. Ein in Frankreich erkennbares neues Interesse an Regionalsprachen könnte Rettungsversuchen durch Vereine und auch durch die Schulbehörden zugute kommen. Die Erfolge werden dennoch nur beschränkt bleiben. Die Tatsache, dass der Deutschunterricht in der Schule hier merklich stärker besucht wird als in den anderen Regionen Frankreichs, stellt nur eine marginale Korrektur an diesem Sachverhalt dar.

Jahrzehntelang nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Franzosen anderer Herkunft Mosellaner Deutsch sprechen hören. Das machte sie zu Franzosen „nicht ganz wie wir“. Andererseits entwickelten viele Mosellaner – im Unterschied zu den Elsässern, die meistens auf ihr doppeltes Kulturerbe stolz sind – eine Art von Minderwertigkeitskomplex wegen ihres nicht immer einwandfreien Französisch. Beide Haltungen nährten ein Gefühl der gegenseitigen Distanz, das sich auf die Bildung einer gesamtlothringischen Identität stark hemmend ausgewirkt hat. Obwohl Stereotypen zählebig sind, kann man davon ausgehen, dass dieses Hindernis inzwischen aus dem Weg geräumt ist.

Das Lokalrecht

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Departement Moselle innerhalb Lothringens juristische Besonderheiten aufweist, die es mit dem Elsass teilt. Diese Besonderheiten rühren von dem Fortbestand von Gesetzen und Verordnungen aus der Zeit des „Reichslands Elsass-Lothringen“ her, die nach der Rückgliederung im Jahre 1918 von Frankreich unter der Bezeichnung „Lokalrecht“ aufrecht erhalten wurden. Dies geschah deshalb, weil z. B. viele Bestimmungen im Sozialbereich günstiger waren als das französische Pendant. Die bekannteste Besonderheit des Lokalrechts ist allerdings das *Konkordat*, das eine eigentlich seltsame Ausnahme in der Französischen Republik darstellt, die auf das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat großen Wert legt. Es handelt sich um das 1802 unterzeichnete Napoleonische Konkordat, das zwischen 1871 und 1918 als Landesgesetz unangetastet blieb. Ihm zufolge werden die Bischöfe von Metz und Straßburg vom Präsidenten der Französischen Republik im Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl ernannt.

Die Rivalität Metz-Nancy

Innerhalb Lothringens haben sich zwei voneinander unabhängige Zentren um *Metz* (ursprünglich Bistumssitz, erst seit dem 16. Jahrhundert zu Frankreich, nach 1871 wieder getrennt) und um *Nancy*, die alte Hauptstadt des Herzogtums, gebildet. Nach 1871 war Nancy die einzige Großstadt im französischen Lothringen. Heute weist die Region Lothringen zwei gleich große Ballungsräume um Metz und Nancy mit je annähernd 250.000 Einwohnern auf, von denen keiner sich als unbestreitbare regionale Metropole behaupten kann, wenn auch Metz mit dem Sitz der Regionalpräfektur und des Regionalrats die Funktion der Verwaltungshauptstadt ausübt. Die Rivalität zwischen Metz und Nancy

hat insbesondere nach der Gründung der Region Lothringen akute Krisen durchgemacht. Den Höhepunkt stellte die Festlegung der Trasse der Autobahn Paris-Straßburg über Metz statt über Nancy dar. Zur gleichen Zeit geriet das lothringische Wirtschaftsmodell, das allein auf der Montanindustrie (Kohle und Stahl) basierte, ins Wanken. In den letzten dreißig Jahren hat die lothringische Wirtschaft dann eine Umwandlung erfahren, die die Einigung der Region unerlässlich macht und die beiden Städte zwingt, das Kriegsbeil zu begraben.

Verbindende Faktoren

Wirtschaftliche Transformation

Die Nachbarschaft riesiger Eisenerzvorkommen und ausgedehnter Kohlenreviere ermöglichte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Entwicklung einer mächtigen Eisen- und Stahlindustrie im Reichsland Elsass-Lothringen, im französischen Teil Lothringens, im Großherzogtum Luxemburg und in dem deutschen Gebiet, das nach 1918 Saarland genannt wurde. Ab den siebziger Jahren erlag das lothringische Eisenerz jedoch allmählich der Konkurrenz reichhaltigerer Erze aus Übersee, und die Stahlindustrie wurde zum großen Teil nach hafennahen Standorten verlagert. In Lothringen geblieben ist nur die Produktion hochwertiger Stahlsorten. Gleichzeitig machte die Konkurrenz aus Übersee auch die Steinkohle immer unwirtschaftlicher. Die letzte Zeche in Lothringen (sie war die letzte in Frankreich) wurde 2007 stillgelegt.

Die Pfeiler der lothringischen Wirtschaft waren standortgebunden. Hochtechnologische Industrien, die in der Wirtschaft der entwickelten Länder einen immer größeren Platz einnehmen, können an beliebigen Standorten angesiedelt werden. Lothringen hatte ein Jahrhundert lang von seinen Bodenschätzen gelebt. Es sieht sich also heute vor eine ganz neue Aufgabe gestellt.

Für die neuen Industrien sind Forschung, Entwicklung und qualifizierte Arbeitskräfte Schlüssel zum Erfolg. Städte mit anerkannten Hochschulen und Labors sind besonders attraktiv. So geraten die Universitätsstädte miteinander in Wettbewerb oder müssen sich entschließen, ihre Kräfte zu bündeln. In Lothringen sind Metz und Nancy auf Kooperation angewiesen, denn nur auf sich gestellt kann keine ihrer Universitäten mit Straßburg konkurrieren, wo sich die Hochschulen bereits zusammen geschlossen haben. Für die Universitäten Metz und Nancy ist

dies bis 2012 vorgesehen. Die daraus resultierende „Universität Lothringens“ wird dann zu den zehn größten Universitäten Frankreichs zählen.

Grenzüberschreitende Öffnung

Der Untergang der Schwerindustrie verursachte einen enormen Stellenabbau. Insgesamt fielen über 100.000 Arbeitsplätze weg. Diese Verluste konnten durch eine Verstärkung der Metall- und Mechanikindustrie und noch mehr durch die Entwicklung des Dienstleistungssektors wenigstens zum Teil ausgeglichen werden. Die Arbeitslosenquote wäre in Lothringen, insbesondere im Departement Moselle, unerträglich hoch gestiegen, wenn die Grenznahe, die der Region sooft geschadet hat, ihr dieses Mal nicht zur Chance geworden wäre.

Innerhalb eines Staates sind die Städte dem Wettbewerb ausgesetzt. Aber die Staaten konkurrieren auch miteinander, um Investitionen anzuziehen. In diesem Spiel hat das Großherzogtum Luxemburg gute Karten in der Hand. Mehrsprachigkeit und Steuerrecht stellen Rahmenbedingungen dar, die für Geldanleger und Unternehmen sehr attraktiv sind. Die luxemburgische Wirtschaft, insbesondere im Dienstleistungssektor, hat sich dermaßen entwickelt, dass sie die nötigen Arbeitskräfte aus den benachbarten Regionen anwerben muss. In geringerem Ausmaß bietet auch das Saarland im Ballungsraum um Saarbrücken Arbeitsplätze für zweisprachige Mitarbeiter an. Daraus folgt ein spektakulärer Anstieg der Pendlerzahlen in der so genannten „Großregion“. Aus Lothringen pendeln werktags ca. 70.000 Arbeitnehmer nach Luxemburg und über 20.000 ins Saarland. Insgesamt zählt der Raum Luxemburg-Lothringen-Saarland über 160.000 Pendler. Nirgendwo sonst in Europa pendeln so viele Menschen zu ihren Arbeitsplätzen über Grenzen hinweg. So hat sich ein „Alltagseuropa“ einwickelt, wo man in einem Land wohnt, in einem anderen arbeitet und gelegentlich in einem dritten einkaufen geht oder eine Ausstellung besucht.

Dieses Alltagsleben ohne Grenzen ist eine Folge der europäischen Integration, gewissermaßen eine Verwirklichung des Aussöhnungsraums von Robert Schuman (1886-1963), selber lothringischer Herkunft, in Luxemburg geboren, Rechtsanwalt im „Reichsland“ und später französischer Staatsmann.

Mit diesem Europa des Alltags gehen Alltagsprobleme einher, die ein Mindestmaß an grenzüberschreitender Abstimmung und Kooperation der Behörden und der Politik erfordern. So ist auf institutioneller Ebene eine Großregion „Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz -Wallonien“ entstan-

den mit Instanzen (Regionalkommission, Parlamentarierrat usw.), wo Probleme angegangen werden, die nicht nur das Departement Moselle betreffen, sondern zwei bzw. drei der lothringischen Departements. Gegenüber den deutschen und luxemburgischen Nachbarn muss Lothringen als *ein* Partner auftreten.

Durch das Aufkommen einer neuen, auf Städte zentrierten Wirtschaft und durch die Aufhebung der Wirtschaftsgrenzen verschwinden überkommene Differenzen und Spannungen in Lothringen. Nun findet die Region, die oft nur mühsam ihre Identität innerhalb Frankreichs behaupten konnte, den Weg zu dieser Identität im Rahmen eines neuen Europa.

Lothringen (französisch Lorraine) bezeichnet heute eine Region in Nordostfrankreich, die verwaltungsmäßig den vier Departements Moselle, Meuse, Meurthe-et-Moselle und Vosges entspricht (Fläche: ca. 23.000 km²; Einwohnerzahl: ca. 2,3 Millionen). Verwaltungs- und Umgangssprache ist Französisch, in den an Deutschland angrenzenden Gebieten wird noch vereinzelt ein deutscher Dialekt (Moselfränkisch) gesprochen. Die größten Städte sind Metz und Nancy (jeweils als Ballungsraum ca. 250.000 Einwohner). Wirtschaftlich war die Region bis in die siebziger Jahre von der Montanindustrie geprägt; die Konversion in Richtung kleinerer verarbeitender Betriebe und Dienstleistungssektor ist noch nicht abgeschlossen. Große Chancen eröffnen sich durch den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt Großregion („Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz-Wallonien“). – Historisch bezeichnete Lothringen zunächst das wesentlich größere Mittelreich des Enkels Karls des Großen („Lotharingen“, 9. Jahrhundert), später das Herzogtum Lothringen (Ober- und Niederlothringen, seit dem 10. Jahrhundert). Seit dem 18. Jahrhundert sind die Teile des heutigen Lothringen („Lorraine“) Bestandteil Frankreichs, unterbrochen von der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich (1871-1918 und 1940-1944; aus dieser Zeit stammen einige lokale Sonderrechte).

Die Republik Moldau vor dem Umschwung

Die im Südosten Europas zwischen Rumänien und der Ukraine gelegene Republik Moldau war von 1940 bis 1991 unter dem Namen „Sozialistische Moldawische Sowjetrepublik“ eine der 15 Republiken der UdSSR. Vor 1940 gehörte das heutige Territorium zwischen Prut und Dnjestr (rumänisch „Nistru“) zu Rumänien. Nach dem Zerfall der Sowjetunion tauchte es 1991 als eigenständiger Staat auf der Weltkarte auf, 1992 wurde es Mitglied der Vereinten Nationen und gehört seit 1993 auch der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) an.



Politische Strukturen

Staatssprache ist gemäß der Verfassung das Rumänische – nach einem 1994 verabschiedeten Beschluss des Parlaments, das damals mehrheitlich kommunistisch orientiert war, „Moldawisch“ genannt. Die Hauptstadt Chişinău mit (2008) ca. 785.100 Einwohnern liegt etwa 100 km von der rumänischen Grenze entfernt. Im Osten der Republik hat sich 1990 ein schmaler Streifen entlang des linken Dnjestr-Ufers zusammen mit einigen Ortschaften auf der rechten Flussseite zur „Unabhängigen Republik Transnistrien“ (ca. 560.000 Einwohner) mit der Hauptstadt Tiraspol ausgerufen, der jedoch bisher die internationale Anerkennung fehlt.

Seit 1999 ist die Republik Moldau eine parlamentarische Republik mit einem Parlament mit 101 Abgeordneten, die alle 4 Jahre über Parteilisten gewählt werden. Das Parlament wählt den Staatspräsidenten als Staats-

Stefan D. Tiron war von 1990-2002 als Berater des Erziehungsministers tätig und ist heute Leiter der Abteilung Europäische Integration an der Staatlichen Universität in Chişinău.

chef für 4 Jahre; der Präsident legt dem Parlament seinen Kandidatenvorschlag für das Amt des Premierministers (= Regierungschef) zur Genehmigung vor; der Premierminister wiederum lässt das von ihm zusammengestellte Regierungskabinett vom Parlament bestätigen. Im gegenwärtigen, am 6. März 2005 gewählten Parlament gehört eine Mehrheit von 55 Abgeordneten der Kommunistischen Partei (PCRM) an. Die alte kommunistische Partei war 1991 als verfassungsfeindlich verboten worden, sie wurde jedoch im November 1993 unter dem Namen „Partidul Comunistilor din Republica Moldova“ wiederbelebt und kam bei den Wahlen 2001 an die Regierung.

Die parlamentarische Opposition repräsentieren vier politische Gruppierungen: das „Bündnis Moldova Noastra“ (AMN), die Demokratische Partei (PDM), die Christlich Demokratische Volkspartei (PPCD) und die Sozialliberale Partei (PSL) sowie einige parteiunabhängige Abgeordnete. Die politische Zersplitterung wird daran erkennbar, dass es noch weitere, nicht im Parlament vertretene Parteien gibt.

Am 4. April 2005 wurde der Vorsitzende der kommunistischen PCRM, Vladimir Voronin, mit den Stimmen der eigentlich der Opposition angehörenden Abgeordneten von PPCD, PDM und PSL im Widerspruch zu deren antikommunistischen Wahlversprechen zum zweiten Mal zum Staatspräsident gewählt. Dieses zugunsten der Kommunisten abgegebene Votum löste in der Wählerschaft große Enttäuschung aus und zog eine jahrelange politische Apathie nach sich. Die gegenwärtige Regierung gibt zwar vor, rein „technokratisch“ zu handeln, tatsächlich aber sind Premierminister und Kabinett überzeugte PCRM-Anhänger.

Rückblick auf die Zeit der Wende

Nach beinahe acht Jahren neokommunistischer Regierung befindet sich die Republik Moldau heute in einer akuten wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere die nichtkommunistische Wählerschaft, ist zutiefst frustriert, hatte doch das Land, bis es am 27. August 1991 unabhängig wurde, eine bereits 1988 mit Gorbatschows Perestroika einsetzende dramatische Phase nationaler Wiedergeburt durchlaufen, in der die fortschrittlichen Kreise der Gesellschaft in einer Volksfront die unter der Sowjetherrschaft verlorenen Rechte eingefordert hatten, in erster Linie das Recht auf den Gebrauch der eigenen (rumänischen) Muttersprache in Schulen, Rechtssystem, Gesundheits-

wesen, öffentlichem Dienst usw., das Recht auf Benutzung des lateinischen Alphabets anstelle des von den Sowjets verordneten kyrillischen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit und vieles andere mehr.

Obgleich sie sich dem massiven Widerstand seitens der Sowjetmacht ausgesetzt sahen, beteiligten sich Hunderttausende an den Protest- und Solidaritätskundgebungen; ein grenzenloser Enthusiasmus hatte die Aufständischen gepackt. Tatsächlich fasste die Legislative – der Oberste Sowjet, ab 1990 das Parlament – zahlreiche Entscheidungen von nationaler Bedeutung: Rumänisch als Staatssprache in lateinischer Schrift (1989), eine neue dreifarbige Flagge anstelle der sowjetischen rot-grünen (1990), eine neue Hymne (1991) sowie Beschlüsse hinsichtlich Demokratisierung und Entideologisierung von Unterricht und Kultur. Diese Erfolge beflügelten die Menschen. Ihre Erwartungen hinsichtlich der Durchsetzung demokratischer Reformen richteten sich auf das erste, 1990 demokratisch gewählte Parlament. Nur stammten leider die meisten Abgeordneten nicht aus den Reihen der demokratischen Volksfront, sondern aus politischen Formationen der ehemaligen Nomenklatur und sowjetischer Funktionäre und hatten sich vorgenommen, die Ausführung demokratischer Parlamentsbeschlüsse zu verschleppen und zu torpedieren. Dennoch kam es bis 1994 zur Verabschiedung und Umsetzung tiefgreifender demokratischer Reformen, u. a. im Rechtswesen, in der Verwaltung, in der Wirtschaft und im Bildungsbereich.

Selbstverständlich hofften die Menschen, dass sich mit den politischen Reformen und der Demokratisierung der sozialen Beziehungen auch ihre ökonomische Situation und ihr Lebensstandard verbessern würden. In dieser Hoffnung wurden sie jedoch getäuscht, weil einerseits die Vertreter der Marktwirtschaft aus Unkenntnis viele Fehler begingen, andererseits deren Gegner die entsprechenden Maßnahmen oft behinderten.

Auch die Lage in *Transnistrien* trägt zur Destabilisierung bei. Nach der von der Russischen Föderation 1990 unterstützten Ausrufung der Unabhängigen Republik verfolgte die Separatistenregierung eine derart isolationistische und destruktive Politik, dass sie sogar einen Bruderkrieg zwischen den Bewohnern des linken und des rechten Dnjestrufers provozierte, der sich über vier Monate hinzog. Der Konflikt ist bis heute nicht beigelegt, sodass die Region an der Grenze zur EU einen andauernden nicht nur regionalen, sondern auch europäischen Krisenherd sozialpolitischer und wirtschaftlicher Instabilität darstellt. Hier werden immer

wieder Menschenrechte verletzt, wird Kindern moldavischer Herkunft Schulunterricht in rumänischer Sprache verwehrt und den Moldaviern aus den benachbarten Ortschaften untersagt, ihre Äcker und Felder zu bestellen, weil sich diese auf transnistrischem Gebiet befinden.

Die Krise der neunziger Jahre

So kam es zu einer langanhaltenden Stagnation des gesamten Wirtschaftsgeschehens, einer Krise mit galoppierender Inflation und rapider Verarmung eines Großteils der Bevölkerung. Für den „kleinen Mann“ war das derart enttäuschend, dass die Wahlen von 1994 eine parlamentarische Mehrheit für den Revanchisten-Flügel (frühere kommunistische Parteisekretäre, Kolchosenvorsitzende u. a., die sich in der Demokratischen Landwirtschaftspartei PDAM zusammengefunden hatten) erbrachten. Anstatt sich aber ernsthaft um die Probleme der Bevölkerung zu kümmern, setzte die PDAM alles daran, die Reformen der letzten Wahlperiode wieder rückgängig zu machen, vor allem die besonders sensiblen Bereiche wie Staatssprache, Hymne usw. In Reaktion darauf kam es zu heftigen Studentenunruhen, die von weiten Kreisen der Bevölkerung unterstützt wurden und dazu führten, dass bei den Wahlen von 1998 die Landwirtschaftspartei die 4-Prozent-Hürde ins Parlament nicht mehr schaffte und von der politischen Bühne verschwand. Gewinner war die „Allianz für Demokratie und Reformen“ (ADR), die eine proeuropäische Regierung mit einem jungen, energischen Premierminister, Ion Sturza, an der Spitze einsetzte. Doch dann gelang es den antieuropäisch orientierten Abgeordneten um die kommunistische Partei, ganze Gruppen aus der „Allianz“ zu sich hinüberzuziehen und so zu beeinflussen, dass 1999 ein Gesetz verabschiedet werden konnte, das aus der Präsidentialrepublik eine parlamentarische Republik machte. Die antieuropäischen Kräfte erzwangen dann im November 1999 auch den Rücktritt von Premierminister Ion Sturza, wenige Tage bevor er nach Helsinki fahren und offiziell die Aufnahme der Republik Moldau in die EU und die NATO beantragen sollte. Die Chance auf eine Annäherung an die Europäische Union war damit verspielt.

Nach einem aggressiven Wahlkampf, in dem unrealistische wirtschaftliche und politische Versprechungen dominierten, errang die Kommunistische Partei bei den Wahlen 2001 „auf demokratische Weise“ die konstitutionelle Mehrheit im Parlament. Seither zielt die neokom-

munistische Offensive darauf ab, die Errungenschaften der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts wieder rückgängig zu machen.

Schlaglichter zur gegenwärtigen Lage

Da die Regierung ihre Wahlversprechen – Lösung der drängendsten wirtschaftlichen Probleme durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung ausländischer Investitionen und Beendigung des Transnistrienkonflikts – nicht eingehalten hat, hat sich die ökonomische Lage der Bevölkerung seither weiter verschlechtert. Zugenommen haben Korruption und Arbeitslosigkeit, letztere vor allem bei Jugendlichen, die gezwungenermaßen (und häufiger illegal als legal) in anderen europäischen Ländern – Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern usw. – Arbeit suchen mussten. Zur Zeit beläuft sich die Zahl derer, die im Ausland arbeiten, auf etwa eine Million Menschen. Dieser Massensexodus von Arbeitskräften brachte große soziale Probleme mit sich: Entvölkerung der Dörfer, sinkende Geburtenraten, Kinder, die in der Obhut der Großeltern zurückgelassen wurden, Schulen ohne Lehrer, weil auch diese jetzt im Ausland ihr Geld verdienen, Menschenhandel – Mädchen zur sexuellen Ausbeutung, Jungen für den Organhandel. Unter derart schlechten Bedingungen müsste, da die Wirtschaft überhaupt nicht mehr funktioniert, eigentlich alles längst zusammengebrochen sein, aber paradoxerweise halten nun gerade die, die im Land keine Zukunft hatten und jetzt für finanzielle Rückflüsse aus dem Ausland sorgen, den Staat aufrecht. Die Summe der solchermaßen – legal – ins Land transferierten Gelder macht mit ca. 1,7 Milliarden US-Dollar den größten Teil des Sozialprodukts aus. Die Folge davon war eine künstliche Hochbewertung der Landeswährung, die Kaufkraft des Leu sank und die Preise schossen in die Höhe – die Moldavier sagen dazu: „Europäische Preise gibt es schon bei uns, europäische Löhne noch nicht.“ Bei extrem niedrigen Einkommen, überhöhten Preisen für Lebensmittel, Waren aller Art und Dienstleistungen ist der Lebensstandard auf ein nie zuvor gekanntes Niveau abgesunken.

Wie unpopulär die Regierung inzwischen ist, zeigte sich bei den Kommunalwahlen 2007, bei denen sowohl im Stadtrat der Hauptstadt Chişinău als auch in den meisten Rathäusern der ländlichen Bezirke die kommunistischen Kandidaten ihre Mandate an die Oppositionsparteien verloren. Aus Rache kürzte die Regierung den mit Oppositionspoliti-

kern besetzten Gemeinderäten daraufhin die Finanzmittel. Der Kampf gegen den Bürgermeister von Chişinău, den zweiten Vorsitzenden der Liberalen Partei, wird bis heute mit unwürdigen Mitteln weitergeführt – mit Verleumdungen in den regierungstreuen Medien, gezielten Falschmeldungen in der Öffentlichkeit und mit Reduzierung der Mittelzuwendungen für die Stadt, womit letztlich die Bürger dafür bestraft werden, dass sie für Kandidaten der Opposition gestimmt haben.

Am 5. April 2009 werden die nächsten Parlamentswahlen stattfinden, und das neue Parlament wird auch einen neuen Staatspräsidenten wählen. Meinungsumfragen zeigen, dass die Menschen politisch dazugelernt haben und einen Wechsel anstreben. Es zeichnet sich eine Tendenz zu den Parteien ab, die sich nicht auf Kompromisse eingelassen haben und deshalb den Wandel herbeiführen könnten: das „Bündnis Moldova Noastră“, die Liberale Partei, die Liberaldemokratische Partei, die Nationalliberale Partei und die „Europäische Aktion“. Auch in der bürgerlichen Gesellschaft tut sich etwas: So hat das vor einigen Jahren gegründete „Demokratische Forum für Rumänen in Moldova“, eine an sich unpolitische Organisation mit etwa 200.000 Anhängern, im Dezember 2006 den Antrag gestellt, die Republik Moldau als EU-Beitrittskandidat aufzunehmen. Doch noch gibt es in der Wählerschaft auch Rückhalt für Kommunisten und Gruppierungen, die einen Wandel ablehnen, und zwar insbesondere bei den Bürgern russischer, ukrainischer und gagausischer Herkunft mit Muttersprache Russisch.

Im übrigen haben Regierungspartei und Christdemokraten sich bestens auf die Wahlen vorbereitet, zum einen durch eine Änderung des Wahlgesetzes, das nun Wahlbündnisse verbietet und die bisherige 4-Prozent-Klausel auf 6 Prozent erhöht. Beide Maßnahmen machen es kleineren Parteien praktisch unmöglich, ihre Kandidaten künftig ins Parlament zu bringen. Außerdem wurde im Dezember 2007 ein Gesetz verabschiedet, das Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft das passive Wahlrecht nimmt. Davon betroffen sind sämtliche Moldavier rumänischer, russischer, ukrainischer oder bulgarischer Herkunft – und das sind nicht wenige. Der Europäische Gerichtshof in Straßburg stellte mit Urteil vom November 2008 im Namen der stellvertretenden Vorsitzenden der Liberalen und der Liberaldemokratischen Partei den diskriminierenden Charakter dieser Einschränkungen fest und verlangte eine Revision des Gesetzes.

Da außerdem die Berichterstattung der freien Presse mit Verfahren überzogen wird und praktisch alle Presseorgane inklusive der öffent-

lichen Radio- und Fernsehsender den Machthabern unterstehen, haben Vertreter der Opposition keinen Zugang zu den Medien. Es gibt einen einzigen privaten TV- und Radio-Sender, die wenigen regierungsunabhängigen Zeitungen laufen ständig Gefahr, verboten zu werden. In Reaktion darauf organisiert der moldavische Journalistenverband seit letztem Jahr Sonntag für Sonntag eine *speakers' corner*-Veranstaltung im Freien, wo Mitgliedern und Anhängern der Opposition die Möglichkeit gegeben wird, sich frei zu aktuellen Problemen zu äußern.

In letzter Zeit werden auch die jungen Leute verstärkt aktiv. So haben sich praktisch in allen demokratischen Parteien Jugendorganisationen gebildet, die sich mit friedlichen Kundgebungen für die Pressefreiheit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die moldavische Jugend will Hand in Hand mit der älteren Generation ihr Land unbedingt in Europa integrieren.

Nach eineinhalb Jahrzehnten mühsamen Vorwärtsschreitens auf dem Weg zur Demokratisierung, nach Auseinandersetzungen und Experimenten, Erfolgen und Rückschlägen sieht es nun also so aus, als würden die Moldavier allmählich doch ihre frühere Sowjetnostalgie und Mentalität ablegen und sich entschließen, 2009 den Wandel herbeizuführen – einen Wandel, der sie mit Sicherheit glücklicher machen wird, als sie heute sind.

Aus dem Rumänischen übersetzt von Elfi Hartenstein.

Die Republik Moldau (offizielle Bezeichnung „Republica Moldova“, nicht zu verwechseln mit der rumänischen Region Moldau) liegt zwischen Rumänien und der Ukraine und umfasst 33.700 km² mit ca. 3,6 Millionen Einwohnern (gegliedert in 32 Bezirke und das autonome Gebiet der Gagausen; 78 Prozent der Bevölkerung sind rumänischstämmig, daneben Russen, Ukrainer und Gagausen, eine christianisierte türkische Volksgruppe). Hauptstadt (und größte Stadt) ist Chişinău (ca. 785.000 Einwohner). Politisch und wirtschaftlich ist das Land trotz vieler Reformansätze in den neunziger Jahre recht instabil, was u. a. zur Massenabwanderung junger Arbeitssuchender ins westliche Ausland geführt hat. Zu den wichtigsten Erzeugnissen gehören Obst, Gemüse, Wein und Tabak, die nach Russland und in andere Länder der GUS exportiert werden. – Bis 1940 gehörte die Region zu Rumänien, danach zur Sowjetunion. Bereits 1990 spaltete sich Transnistrien (Hauptstadt Tiraspol; Bevölkerung zu zwei Dritteln russisch und ukrainisch) ab; der Konflikt ist bis heute nicht gelöst.

Bernardin Schellenberger

Eine vergessene Gegend Europas: Die Berge des Piemont



Ab Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde in Norditalien ein rund fünfzig Tagesetappen langer Fernwanderweg durch den Bogen der Westalpen angelegt, die *Grande Traversata delle Alpi* (GTA, „Große Alpendurchquerung“). Er beginnt am Griespass an der Schweizer Grenze und führt vorwiegend auf Höhen zwischen 900 und 1.800 Metern durch die Walsertäler am Monte Rosa und Gran Paradiso vorbei und dann durch die Grajischen und Cottischen Alpen und die Seealpen, um schließlich am Ende der Ligurischen Alpen bei Ventimiglia am Mittelmeer zu enden. Mit der Anlage des Wanderwegs durch abwechslungsreiche, zauberhafte und weithin leere Landschaften hatte man beabsichtigt, diese vergessene, zunehmend aussterbende Region durch einen sanften Tourismus zu beleben. Die Wanderung führt im Wesentlichen über uralte Hirten- und Maultierpfade, die man wiederherstellte, miteinander verknüpfte und in bestimmten Abständen mit Übernachtungsmöglichkeiten versah. Im ersten Jahrzehnt erfreute sich der Weg namentlich bei deutschen Bergwanderern einiger Beliebtheit; inzwischen ist das Interesse spürbar zurückgegangen.

Bereits im Herbst 1995 bin ich auf einer der ersten Etappen in dieser wunderbaren Gegend hängen geblieben und habe mir auf 1.400 Meter Höhe in einem leer stehenden, verfallenen Dorf (20 Häuser, eine Kirche) ein verfallendes Haus erworben und im Laufe etlicher Jahre ausgebaut. Damals erzählten mir meine Nachbarn, die alten Leute im Dorf gute hundert Meter darunter (50 Häuser, 18 ständige Einwohner), voller Freude, sie seien auch „Deutsche“. Es stellte sich heraus, dass sie „Tittschu“ sprachen, einen schweizerischen Dialekt, der sich seit dem 13.

Bernardin Schellenberger (geb. 1944), lange Jahre Mönch und Seelsorger, arbeitet seit 1991 als freier Schriftsteller und Übersetzer und lebt in Bad Tölz und zeitweise im Piemont.

Jahrhundert fast nicht mehr verändert hatte. So kam ich mit der interessanten Geschichte der Volksgruppe der Walser in Berührung, die vor fast 800 Jahren die Gebirgsgegend im oberen Sesia- und Aostatal besiedelten. Unglaublich viele verfallende „Alpen“ – Gruppen von Häusern aus dicken Trockensteinmauern und mit Granitplatten-Dächern – in großer Höhe und in steilen Lagen erinnern an eine ehemals dichte Besiedlung.

Die Walser waren auf der Suche nach neuen Existenzmöglichkeiten von der Schweiz her über die Berge gezogen und hatten in den Regionen zwischen 1.000 und 1.800 Metern Höhe ihre Wiesen und Felder angelegt. Im zeitweise wärmeren Klima des Mittelalters hatten sie dort sogar Roggen anbauen können. Als es wieder kälter wurde, führten sie das System der „transhumanza“ ein, um die Gebirgsflächen optimal nutzen zu können: Sie überwinterten mit ihrem Vieh in ihren Dörfern auf 1.000 bis 1.200 Meter Höhe, zogen im Frühjahr auf eine „Alpe“ in 1.400 oder 1.500 Meter Höhe um, in den wärmsten Sommermonaten auf eine weitere „Alpe“ in 1.800 oder 1.900 Meter Höhe, im Herbst die gleichen Stationen wieder zurück.

Der Kontakt der Bergbauern zur italienisch sprechenden Bevölkerung in der Ebene war Jahrhunderte lang gering. Eine Straße von der Stadt her, die 30 Kilometer von „meinem“ Dorf entfernt und 1.000 Meter tiefer liegt, wurde erst 1886 bis auf 1.100 Meter hinauf geführt; 1988 erst bis zum Dorf unter mir. Für die steilen letzten hundert Höhenmeter gibt es bis heute nur den alten Bergsteig. Infolge dieser Isolation haben sich bis vor wenigen Jahrzehnten etliche Sprachinseln erhalten können, die aber in den beiden letzten Jahrzehnten fast verschwunden sind. Sprachwissenschaftler haben in jüngster Zeit etliche Dialekte noch rasch archiviert. Bald nach der Errichtung des Königreichs Italien im Jahr 1861 waren im Zuge einer rigorosen Verwaltungsreform alle alten Familien- und Ortsnamen italianisiert worden; das Italienische wurde Amtssprache. Auch auf den Bergen kam das in Gebrauch, Titschu blieb aber bis in die sechziger Jahre Umgangssprache.

Das Piemont, das Land „ad pedes montium“, „zu Füßen der Berge“, ist mit 25.400 Quadratkilometern Fläche nach Sizilien die zweitgrößte Region Italiens und zählt heute zu den reichsten und am besten industrialisierten: In der Hauptstadt Turin bauen Fiat und Lancia ihre Autos, in Alba sitzt der Lebensmittelproduzent Ferrero, in Ivrea der Elektronikhersteller Olivetti. Zudem ist es das größte Reisanbaugebiet Europas. Aber das alles spielt sich im Tal ab; die Menschen auf den Bergen ringsum

haben davon kaum etwas mitbekommen. Hier ist die Zeit stehen geblieben.

Das Leben der Bergbauern in dieser Gegend war immer sehr karg. Die Hänge sind steil; in aufwändiger Arbeit wurden viele hohe Trockensteinmauern errichtet, um Terrassen für Gärten anzulegen. Ein paar Tiere – Kühe und Ziegen, vielleicht ein Schwein – und kleine Äcker konnten kaum die Familien ernähren. Deshalb ging ein Großteil der Männer bereits seit Jahrhunderten auf Wanderarbeit. Von Frühjahr bis Herbst versorgten die Alten, Frauen und Kinder die Landwirtschaft, während die Männer in den Reisanbaugebieten in der Poebene und in der Schweiz, in Frankreich und Deutschland Geld verdienten. Aus den Bergen des Piemont kamen namentlich viele Stuckateure, Kirchenmaler und Maurer. Sie müssen zum Teil recht gut verdient haben, denn auch zuhause bauten sie stattliche Häuser. Man kann noch heute überall die zahlreichen vier- oder fünfstöckigen Häuser bestaunen, die hoch oben an steilen Hängen auf winzigen Plateaus kleben und zum Teil noch Spuren ihrer kunstvollen Bemalung tragen. Außerdem erhielt jeder kleine Weiler seine eigene Kirche und dazu gleich noch ein paar Kapellen längs der Wege, alle einst kunstvoll ausgemalt.

Datumsinschriften an Kirchen und Wohnhäusern verraten, dass diese Gegend gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihre letzte Blüte erlebte. Dann setzte rasch der Zerfall ein. Bis 1911 war aus dem Bezirk, in dem ich wohne, bereits ein Fünftel der Bewohner ausgewandert. Nach und nach wurden immer mehr Alpen aufgegeben. „Mein“ Dorf auf 1.400 Meter Höhe war das höchstgelegene, das ganzjährig bewohnt war. Es stand seit den sechziger Jahren leer. Das große Dorf unter dem meinigen hatte bis zu 200 Einwohner, einen eigenen Pfarrer und eine Grundschule. Den Pfarrer gibt es längst nicht mehr, die Grundschule wurde 1975 geschlossen. 2008 hat das Dorf noch 14 ständige Einwohner, davon eine Familie mit zwei Kindern, deren Grundschule 20 Kilometer entfernt im Tal liegt. Wer kann, bringt die Kinder während der Woche bei Verwandten im Tal unter. Die Wochenenden verbringen sie dann als einzige Kinder unter einer Handvoll alter Leute in ihrem weit abgelegenen Dorf – spätestens für Teenager ein Intensivkurs in „Verdruss am Leben im Gebirge“. Nach dem Schulabschluss gibt es für sie vor Ort keine Erwerbsmöglichkeiten. Täglich dreißig, vierzig Kilometer bis zu Arbeit zu fahren, ist heutzutage zwar nichts Unzumutbares mehr; aber dabei auf Serpentine n tausend Höhenmeter bis ins Tal zu überwinden, ist noch einmal etwas anderes, namentlich im Winterhalbjahr. So wandern fast alle Jüngeren ab und

siedeln sich in den Tälern an, wo sie nicht nur Arbeit, sondern auch alle Vorzüge eines heutigen Lebens finden, vom rasch erreichbaren Einkaufszentrum und Arzt bis zum breiten Spektrum von Freizeitangeboten. Die heute aus einem guten Dutzend kleiner Dörfer bestehende Gesamtgemeinde zählte 1900 1.232 Einwohner; 2004 waren es noch 142.

In den letzten dreizehn Jahren war die weitere Schrumpfung deutlich spürbar. Das kulturelle Brauchtum und kirchliche Leben dieser Region sind dem Verfall preisgegeben, sogar das soziale und womöglich auch genetische. Es gibt auffallend viele ledige Männer und Frauen mittleren Alters; nicht wenige Männer finden im Alkohol Trost. Die paar Alten in den Dörfern kommen untereinander kaum zusammen oder sind sogar zerstritten. Selbst Ostern und Weihnachten sind normale Arbeitstage, die sich in nichts von den Werktagen unterscheiden. Ein katholischer Pfarrer ist für sechzig Kirchen und Kapellen in zwei Tälern zuständig. Er hält an zwei Hauptorten schlecht besuchte Sonntagsgottesdienste und in jeder der anderen Kirchen und Kapellen zum Patrozinium eine Messe. Man spürt, dass er mit Überzeugung und Herz für die Menschen engagiert ist, aber die Gottesdienste sind kläglich; gemeinsame Lieder gibt es kaum.

Offensichtlich ist es versäumt worden, diese ganze Region rechtzeitig ins Zeitalter der Industrialisierung zu überführen, wie das in Bergregionen anderer Länder einigermaßen gelungen ist, namentlich in der Schweiz. Hier hingegen haben sich Organisation und Arbeitsmethoden des Mittelalters so gut wie nicht geändert. Die wenigen verbleibenden Familien, die noch Kühe und Ziegen halten, haben ihre Bestände aufgestockt, weil es pro Tier einen Zuschuss von der EU gibt. Sie mähen die Hangwiesen zum Teil noch von Hand und tragen das Heu in riesigen Säcken heim. Sie stellen zum Teil sehr guten Käse her, ohne ihn recht vermarkten zu können. Manche scheinen ihre Kühe und Ziegen gar nicht mehr zu melken, sondern von den Zuschüssen der EU und vom Verkauf der Tiere zu leben. Die Zahl der Bergbauern schrumpft weiterhin rapide. Besonders augenfällig wird das daran, dass die Berghänge zunehmend verbuschen. Der Wald, den die Walser vor 800 Jahren rodeten, kehrt zurück. Wege, künstliche Wasserkanäle und Ruinen verschwinden im Dickicht.

2001 wurde ein dicker Farbbildband neu aufgelegt, in dem das Leben und der Alltag der Walser aufwändig dokumentiert werden. Für den Fotografen stellte man dazu zahlreiche frühere Alltagsszenen nach. Der Band trägt den Titel „Lassù gli ultimi“, „Da oben die Letzten“. Seinen

pathetischen Titel kann man als Motto über die verblüffende Fülle von Publikationen stellen, die seit einem Jahrzehnt über die Walser auf den Markt kommen: Bildbände, Ortsgeschichten, Spezialstudien, Sprachforschungen, Kalender. Es ist paradox: Seit die Kultur der Walser so gut wie erloschen ist, findet sie großes Interesse. Der Hauptort, zu dem „mein“ Dorf gehört, ist sogar Sitz eines „Zentrums für Walserstudien“, das alljährlich eine Zeitschrift mit historischen Spezialuntersuchungen und Bildmaterial über die Gegend herausgibt. Man hat die alte Tracht der Walser wieder hervorgeholt; eine größere Gruppe von Männern und Frauen tritt bei verschiedenen Anlässen darin auf, etwa am Patrozinium oder Hauptfest der Kirche, bei traditionellen Festen und vor allem auch am „Internationalen Walsertreffen“, das alle paar Jahre in der Schweiz oder in Italien stattfindet.

Das Eigenartige an dieser Renaissance der Walser-Kultur ist, dass sie nicht von den vor Ort Lebenden getragen wird, sondern im Wesentlichen von den „oriundi“, den „Abstammenden“, also den Nachfahren der Bergbewohner, die oft schon in zweiter oder dritter Generation in Turin, Mailand und anderen Städten bis nach Ravenna und natürlich auch überall im Tal weit verstreut leben. Akademiker und Geschäftsleute in ganz Norditalien haben ihre Walser-Wurzeln entdeckt und stellen ein ganzes Programm auf die Beine, um sie vor Augen zu führen: Studien, Vorträge, Ausstellungen, Kongresse, die gut besucht sind, aber nur von wenigen aus den fast leeren Bergdörfern. Zum Gemeindefest des Dorfes unter mir alljährlich am 14. August kommen bis zu 150 Besucher, aber nur etwa die Hälfte der heute 14 Einwohner.

Wer die Dörfer unterhalb von ungefähr 1.400 Metern – also die ganzjährig bewohnbaren; die anderen sind meistens verfallen – besucht, wird weithin feststellen, dass sie baulich überraschend gut intakt sind. Unter den fünfzig Häusern des Dorfes unter mir gibt es höchstens drei oder vier Ruinen. Bei den meisten anderen sind alle Türen und Läden geschlossen, aber sie wirken nicht vernachlässigt. Zunehmend wird beinahe in jedem Ort renoviert und gebaut. Maurer, die sich auf die Arbeiten an den traditionellen Häusern verstehen, sind gefragt. Meistens sind die Häuser noch im Besitz der „oriundi“, die an ein paar Wochenenden im Jahr oder um den *ferragosto* im August, d. h. die Zeit um Mariä Himmelfahrt, für ein bis zwei Wochen in Ferien kommen. In einem Nachbar-tal verstarb 1980 in einem stattlichen Dorf mit sicher auch fünfzig großen Häusern der (ab 1973) letzte Einwohner. Neun Monate im Jahr ist das Dorf völlig verlassen. In den drei Sommermonaten aber erwacht es zum

Leben. Die Bewohner bringen aus ihren Städten Haustiere, Blumen und Gartenpflanzen mit, und sogar ein kleiner Laden wird geöffnet.

Seit ungefähr zehn Jahren scheinen Fördergelder der EU zu fließen, mit denen etliches für die Gegend getan wird. 1999 bekamen sämtliche Weiler erstmals eine Ortsbeleuchtung, überall mit den gleichen Lampen. Straßen und Wege wurden ausgebaut, um viele Orte besser zugänglich zu machen und den Wandertourismus zu fördern. Wanderwege wurden ausgeschildert; vor jedem Weiler stehen inzwischen gleich drei, vier große Informationstafeln über Geschichte, Kultur und Sehenswürdigkeiten. Wer in seinem Haus ein paar alte Möbel und Geräte ausstellt und es als „Museum“ deklariert oder angibt, es als „Albergo“ einrichten zu wollen, bekommt auch an den abgelegensten Orten großzügige Fördermittel für die Sanierung, selbst wenn dort kaum Besucher hinkommen werden. Die künstliche Walser-Renaissance treibt ihre Blüten: Die Ortsschilder sind wieder zweisprachig – auf Tittschu und Italienisch – und seit 2007 hängt die Gemeindeverwaltung ihre Bekanntmachungen nicht nur auf Italienisch, sondern auch wieder auf Tittschu aus. Derweil sterben die letzten Muttersprachler aus. Zunehmend erwerben sich Italiener aus den Städten im Tal ein Haus oder eine Ruine, um sich dort ein Feriendomizil zu schaffen. So beleben sich etliche Dörfer an Wochenenden oder im Sommer saisonal kurz einmal, schlummern jedoch die meiste Zeit so gut wie leer vor sich hin. Die Bergregion verändert sich also, aber um die Zukunft der Walser sieht es schlecht aus.

Die italienische Region Piemont (vom Lateinischen „ad pedes montium“, „zu Füßen der Berge“) umfasst 25.400 km² Fläche mit ca. 4,3 Millionen Einwohnern und bildet mit der Hauptstadt Turin (Ballungsraum: 1,7 Millionen Einwohner) das industrielle Herzland Italiens. Die Bergregionen im Norden und Westen (bis über 4.000 Meter aufsteigend) sind hingegen wirtschaftlich zurückgeblieben; auch der Tourismus steckt erst in den Anfängen. Dort leben auch Restgruppen der im Mittelalter zugewanderten Walser, die zum Teil noch einen schweizerischen Dialekt („Tittschu“) sprechen.

Konflikt-Region Wolhynien: Auge um Auge?



In der Geschichte Wolhyniens gab es einen nationalen Konflikt zwischen Polen und Ukrainern, einen Konflikt zwischen Zentralgewalt und separatistischen Kräften, einen sozialen Konflikt (polnische Grundbesitzer gegen arme ukrainische Bauern), einen religiösen und einen ideologischen Konflikt (die Zweite Polnische Republik gegen den Kommunismus und später Faschismus gegen Kommunismus). Hinzu kommen noch die Weltkriege, insbesondere der Zweite Weltkrieg, der sich hier mit aller Abscheulichkeit auswirkte (das Gebiet war auch von Juden bewohnt), nationale Säuberungen und Aktionen zur Aussiedlung.

Schatten der Vergangenheit

Die von Ukrainern in Wolhynien während des Zweiten Weltkriegs durchgeführte antipolnische Aktion hat – wie jede derartige Erscheinung – ihre Wurzeln in der Vergangenheit, auch in der weiter zurückliegenden. Man muss hier jedoch nicht in die Zeit vor den Teilungen Polens zurückgehen, in der es die polnische Adelsrepublik trotz all ihrer Toleranz nicht vermochte, dem ruthenischen Volk (aus ihm entstand später die ukrainische Nation) die legitimen politischen Rechte zu garantieren und dadurch dessen Loyalität zu gewinnen. Genügen mag der Hinweis, dass Ursache für die Kämpfe im 20. Jahrhundert sowohl jene Staaten waren, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden sind (wie Polen, mit dessen Existenz sich weder die Deutschen noch die Bolschewiki abfinden mochten), als auch jene, die auf der Landkarte Europas fehlten (wie eben die Ukraine). Polen erstand nach 1918 wieder als eigener Staat, jedoch mit einer großen ukrainischen Minderheit. Die ukrainischen Na-

Andrzej Brzeziecki ist Chefredakteur der Zweimonatszeitschrift „Nowa Europa Wschodnia“ (Das neue Osteuropa; www.new.org.pl) und ständiger Mitarbeiter der Krakauer katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“.

tionalisten lernten seit Anfang des 20. Jahrhunderts Politik und Organisation von den Polen, wobei sie dieses Wissen bereits um eigene, auch antipolnische Losungen ergänzten. Dennoch waren die Ukrainer – trotz entsprechender Versuche – nicht imstande, einen eigenen Staat auf den Trümmern des Zarenreiches und des Habsburger Reiches zu errichten. Behindert wurden sie dabei auch von den Polen. Der damalige polnisch-ukrainische Konflikt in Galizien, dessen Symbol die dramatischen Kämpfe um Lwów/Lwiw/Lemberg im November 1918 wurden, war unlösbar. Dies war ein Zusammenstoß zweier gleichrangiger nationaler Rechtfertigungsgründe, aus dem die Polen als Sieger hervorgingen.

Chancen für eine andere Lösung brachte der polnisch-bolschewistische Krieg, als sich an der Seite der Polen und unter dem Befehl des bürgerlichen Nationalistenführers Semen Petljura jene Ukrainer zum Kampf erhoben, die sich zwar mit dem Verlust Lembergs abfinden mussten, aber damit rechneten, dass es ihnen gelingen werde, einen eigenen Staat mit der Hauptstadt Kiew zu errichten. Das war vereinbar mit der Vision Józef Piłsudskis, der danach strebte, Polen von Sowjetrussland durch einen Puffer unabhängiger Staaten zu trennen. Der Einmarsch polnischer und ukrainischer Truppen am 7. Mai 1920 in Kiew war der Höhepunkt dieses Bündnisses, zugleich aber auch schon der Schwanengesang. Einige Wochen später steckten diese Truppen in der tiefsten Defensive, und Polen wurde gezwungen, die eigene Hauptstadt Warschau im August 1920 zu verteidigen.

Im Verlauf der polnisch-sowjetrussischen Verhandlungen in Riga, die im März 1921 abgeschlossen wurden, war von einer unabhängigen Ukraine keine Rede mehr. Die bei Warschau geschlagenen Bolschewiki waren bereit, den Polen viel weiter nach Osten reichende Gebiete zu überlassen, aber unter den polnischen Unterhändlern setzte sich die Konzeption durch, nicht zu viele Gebiete an Polen anzugliedern, auf denen die Polen in der Minderheit lebten. Die Furcht vor den Minderheiten war verständlich; dennoch befanden sich auf sowjetischem Gebiet auch viele tausende Polen, die bald darauf ein Opfer der stalinistischen Repressionen werden sollten. Traurig war auch das Schicksal der Ukrainer, mit denen man in diesem Krieg verbündet gewesen war. Sie verloren den Krieg, wenngleich sie auf der Seite waren, die gewonnen hatte. Sie wurden in Polen interniert, Piłsudski selber bat sie um Verzeihung, aber diese Worte der Reue konnten ihren Schmerz nicht stillen. Petljura wurde 1926 in Paris von einem Sowjetagenten ermordet.

Minderheitenpolitik: zwei Konzeptionen

Polen befand sich einerseits zwischen zwei Staaten, die die Festlegungen des Versailler Vertrags revidieren wollten, und andererseits einer ukrainischen Minderheit, die einen eigenen Staat anstrebte. Die Zweite Polnische Republik kam mit diesem Problem nicht zurecht. Vereinfacht kann man sagen: In den polnischen Eliten kollidierten zwei Konzeptionen. Die erste war die der Nationaldemokraten, der zufolge man eine nationale Assimilation anstreben sollte, indem man die Ukrainer polonisierte und den Osten des Landes mit Polen besiedelte. Die zweite ging auf Piłsudski zurück und hob auf staatsbürgerliche Assimilation ab: Die Ukrainer sollten loyale polnische Staatsbürger unter Beibehaltung ihrer nationalen Besonderheit werden. Das Problem bestand darin, dass Piłsudski selber diese Politik nicht realisierte, nicht einmal nach seinem Mai-Umsturz im Jahre 1926, mit dem er in Polen die Fülle der Macht errang. Nach seinem Tod schmückten sich seine Nachfolger immer mehr mit nationalen Federn, und ihr Programm ähnelte in der Minderheitenpolitik immer mehr dem der Nationaldemokraten. Welche Politik auch immer Warschau jedoch gegenüber den Ukrainern betrieb, sie hätte zwei entschiedene Gegner gehabt: den russischen Bolschewismus und den ukrainischen Nationalismus. Die zwanziger Jahre waren in der Sowjetukraine eine Zeit nationalen Erwachens, und Moskau machte den Ukrainern umfassende Zugeständnisse, insbesondere im kulturellen Bereich. Gleichzeitig starteten die ukrainischen Kommunisten, die in den Ostgebieten der damaligen Polnischen Republik sehr aktiv waren, eine umfassende Propagandaaktion für eine Vereinigung der ukrainischen Nation im Rahmen der Sowjetukraine.

Für Warschau löste die Zeit das Problem. In den dreißiger Jahren drehte sich die Nationalitätenpolitik des Kremls um 180 Grad, die Väter der ukrainischen Wiedergeburt wurden in der Mehrzahl auf Befehl Stalins ermordet. Einen noch größeren Eindruck auf die in Polen lebenden Ukrainer machten die Nachrichten über die große Hungersnot in der Ukraine (1932-33). Den Rest erledigten die polnischen „Spezialdienste“, die es bis 1934 schafften, die ukrainischen Kommunisten im polnischen Staat zu zerschlagen.

Versöhnung nicht gefragt?

Es blieb jedoch die ukrainische Nationalbewegung, die ab 1929 die formelle Bezeichnung „Organisation der Ukrainischen Nationalisten“

(OUN) trug. Für diese Organisation stellten die Polen ebenso wie die zu einem Kompromiss und zur Verständigung neigenden Ukrainer eine Bedrohung dar. Ziel der OUN war es, einen eigenen Staat zu erhalten, nicht aber Rechte und Freiheiten im Rahmen der Zweiten Polnischen Republik. Daher fielen sowohl polnische Staatsbeamte, die mit der ukrainischen Bewegung sympathisierten, als auch ukrainische politisch und gesellschaftlich aktive Personen terroristischen Anschlägen der OUN zum Opfer. So starb zum Beispiel im August 1931 bei einem Attentat der polnische Abgeordnete Tadeusz Hołowko, ein Mitarbeiter Piłsudskis und Befürworter von Gesprächen mit den Ukrainern. 1934 fiel Innenminister Bronisław Pieracki einem Anschlag zum Opfer. Beide Vorfälle führten zu einer Verschärfung des polnischen Kurses gegenüber den Ukrainern – und genau darum ging es den ukrainischen Nationalisten: Warschaus repressive Politik bewirkte, dass der bisher passive Teil der ukrainischen Bevölkerung sich den Nationalisten zuwandte.

In den dreißiger Jahren betrat ein weiterer Akteur die Bühne des Konflikts, der einige Jahre später eine erstrangige Rolle spielen sollte: Deutschland. Die OUN arbeitete mit der deutschen Abwehr zusammen und hatte Niederlassungen in Gdańsk/Danzig und Sopot/Zoppot. Die Deutschen sahen im ukrainischen Nationalismus ein ausgezeichnetes Instrument, um Polen zu destabilisieren.

Das größte Paradox der Geschichte ist die Tatsache, dass es zu polenfeindlichen Aktionen auf Gebieten kam, auf denen die Republik Polen sich mit einer liberalen Politik gegenüber den Ukrainern versuchte. Diese Politik war nicht konsequent und wurde auch nicht die ganzen zwanzig Jahre der Zwischenkriegszeit über durchgehalten; dennoch war sie ein Vorschlag zur Lösung des Problems. Zu ihrem Symbol wurde der Woiwode für Wolhynien, Henryk Józewski. Er glaubte daran, dass man die Ukrainer für die polnische Sache gewinnen könnte, und versuchte, ihnen auf vielen Gebieten Autonomie zu gewähren. Die als „wolphynisches Experiment“ bezeichnete Politik war ein Ereignis in europäischem Maßstab. Diese Politik hatte jedoch aus heutiger Perspektive betrachtet einen Hauptfehler: Sie ging davon aus, dass man den ganzen Prozess der staatsbürgerlichen Assimilation der Ukrainer von oben steuern könne, und ließ für eine echte ukrainische Selbstständigkeit nicht viel Raum.

Ohnehin wurde Józewski bald zu einer bei den ukrainischen Nationalisten verhassten Gestalt (er habe „die Trennungslinien verwischt“), aber auch bei den Polen, die ihm übermäßige Ukrainophilie, Vernachlässigung, ja geradezu Verrat polnischer Interessen vorwarfen. Nach ei-

nigen Jahren politischer Tätigkeit gab Józewski seinen Posten auf und wurde ins Landesinnere versetzt. Wenn man die Periode der Zweiten Polnischen Republik bilanziert, so muss man feststellen, dass die Warschauer Politik damals – mit geringen Ausnahmen – antiukrainisch war. Die ukrainische Minderheit war Repressionen ausgesetzt, und Polen respektierte die internationalen Festlegungen über Minderheiten nicht. Damals wuchsen auch schon die zukünftigen Beteiligten am ukrainischen Partisanenkampf heran; Polen selbst hatte sie erzogen.

Józewski und andere Politiker aus dem Wirkkreis von „Prometheus“ (einer Organisation, die es sich zum Ziel setzte, die von der UdSSR versklavten Völker zu unterstützen) glaubten, die in Wolhynien propagierten Ideen würden Ausstrahlungskraft gewinnen und es dereinst den Ukrainern ermöglichen, für einen eigenen Staat zu kämpfen. Die ukrainischen nationalen Ansprüche sollten sich gegen die Sowjets richten. Es kam anders. Die Schneide des ukrainischen Nationalismus wandte sich gegen die Polen.

Enttäuschte Hoffnungen

Der Zweite Weltkrieg, insbesondere die deutsche Offensive gegen die UdSSR im Jahre 1941, ließ die Ukrainer neue Hoffnungen auf einen eigenen Staat schöpfen – diese Erwartungen wurden von den Deutschen geschickt genährt, bald jedoch zum Erlöschen gebracht: Als die ukrainischen Nationalisten 1941 gleich nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Lemberg einen eigenen Staat ausriefen, wurden die Mitglieder dieser Regierung von den Deutschen verhaftet. Die Ukrainer wussten bereits, dass keinerlei internationales Abkommen ihnen helfen würde, wenn sie nicht aus eigener Kraft ihre Rechte auf das Land bezeugten. 1942 entstanden die Partisanenstrukturen der OUN, die unter dem ihnen später gegebenen Namen Ukrainische Aufständischen-Armee (UPA) in die Geschichte eingehen sollten. Die Reihen der Partisanenarmee wurden verstärkt durch Funktionäre der von den Deutschen geschaffenen Hilfspolizei – dazu gehörten auch die Mitglieder der Bataillone „Roland“ und „Nachtigall“, militärische Einheiten, die unter dem Patronat des Dritten Reiches entstanden waren. 1943 errangen die Anhänger Stepan Banderas die Kontrolle über die in verschiedene Fraktionen zersplitterte OUN; oft verübten sie Gewalttaten an Ukrainern selbst, und nicht selten liquidierten sie Führer anderer Fraktionen.

Um den Jahreswechsel 1942/1943 reifte unter den ukrainischen Na-

tionalisten der Gedanke an eine Vernichtung der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. 1943 ging die Kontrolle über Wolhynien de facto aus deutschen in ukrainische Hände über. Die OUN genoss die Unterstützung der Bevölkerung sowie der örtlichen Verwaltung. Zu dieser Zeit waren die Deutschen schon auf der Verliererstraße, und dies war der Aufmerksamkeit der Führer von OUN-UPA nicht entgangen. Mit Blick auf die Geschichte konnten sie erwarten, dass die Grenzen der zukünftigen Staaten sich sowohl unter Kämpfen als auch unter Anwendung von Plebisziten herausbilden würden. Ihrer Ansicht nach sollte die Zugehörigkeit Wolhyniens zur Ukraine keiner Diskussion ausgesetzt sein. Leider begriffen sie nicht, dass auch der zukünftige Sieger des Krieges, Josef Stalin, keine Diskussion vorsah und dass er es war, der die Grenzen in diesem Teil Europas vorgab. Die Ukrainer forderten also die Polen auf, die Gebiete zu verlassen, gleichzeitig gingen sie zu gut vorbereiteten bewaffneten Aktionen über.

Auge um Auge: das Gemetzel

Man weiß nicht genau, wann die Entscheidung über die Ausrottung der Polen fiel. Der erste Überfall auf polnische Bewohner, bei dem 50 Menschen starben, ereignete sich am 13. November 1942 im Dorf Obórki. Von Anfang Februar 1943 bis Juli 1944 starben etwa 100.000 Polen, allein in Wolhynien ungefähr 50.000. Die antipolnische Aktion in Wolhynien erreichte ihr größtes Ausmaß am 11. Juli 1943. Die zur UPA gehörenden Ukrainer fielen an diesem Tag über fast 100 Ortschaften her. Wenngleich ein Befehl der UPA von einer Liquidierung der Bevölkerung zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr sprach, so unterschieden die Angreifer nicht zwischen Männern und Frauen, Kindern und Erwachsenen. An den Überfällen waren auch einberufene ukrainische Bauern beteiligt, die mit Forken und Äxten bewaffnet waren. Schilderungen jener Ereignisse kann man auch nach vielen Jahren nicht ohne Entsetzen lesen. Der polnische Untergrundstaat verbot Vergeltungsaktionen, war aber nicht immer imstande, sie zu verhindern. So starben in den Kämpfen zwischen Polen und Ukrainern auch etwa 10.000 Ukrainer. Abteilungen der polnischen bürgerlichen Untergrundarmee AK oder daraus hervorgegangene Gruppierungen verübten Mordtaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung im Vorkarpatengebiet, zum Beispiel im Frühjahr 1945 in Pawlokom. Es sollte aber auch daran erinnert werden, dass sich auf beiden Seiten Menschen fanden, für die diese Mordaktionen eine Schande wa-

ren. Mancher Ukrainer rettete, häufig unter Einsatz des eigenen Lebens, polnischen Mitbürgern das Leben, sei es auch nur dadurch, dass er sie über eine bevorstehende Aktion informierte.

Dieser Konflikt kam den Deutschen ebenso gut zupass wie den vorrückenden Sowjets, die voll Zufriedenheit sahen, wie zwei fremde, ihnen feindlich gesinnte Elemente sich gegenseitig vernichteten. Das Geschehen in Wolhynien war für die Deutschen kein Geheimnis. Bereits am 13. Juli 1943 berichtete die deutsche Gegenspionage, dass die Ukrainer eine Politik der Liquidierung (deutsch wörtlich „Ausrottung“) der polnischen Bevölkerung betrieben. Die Deutschen trieben ein böses Doppelspiel: Einerseits benutzten sie Einheiten der ihnen unterstehenden, aus dem Generalgouvernement herangeführten polnischen Polizei, um ukrainische Dörfer zu pazifizieren. Andererseits hetzten sie die Ukrainer dazu auf, mit den Polen abzurechnen – und veröffentlichten gleichzeitig in der Presse Fotos ermordeter Polen. Das drehte die Spirale des wechselseitigen Hasses nur noch höher. Vor einigen Jahren sagte der polnische Historiker Ryszard Torzecki in einem Interview der Zeitung „Gazeta Wyborcza“: „Man kann fragen, wer mehr Verantwortung trug. Meiner Meinung nach jener, der die Macht hat. Vor dem Krieg waren das die Polen, im Krieg die Sowjets und die Deutschen.“

Die Aktion „Wisła“

Wie der Zweite Weltkrieg endete und was aus den Plänen der ukrainischen Nationalisten wurde, ist nur zu gut bekannt. Heute wird in der Ukraine eine heftige Diskussion darüber geführt, ob Mitglieder der UPA den Namen von „Veteranen“, also von patriotischen Kriegsteilnehmern verdienen, denn für die Hälfte der Ukrainer waren sie lediglich Bundesgenossen der deutschen Faschisten. Nach dem Krieg wurde die Ukraine zur Sowjetrepublik, zu der nun auch Wolhynien gehörte. Polen errang erneut seine Unabhängigkeit, wenngleich es kein souveränes Land war. Eine der ersten Entscheidungen, die mit Billigung Moskaus getroffen wurde, war die Aussiedlung der Ukrainer aus den Ostgebieten des neuen Polens in seine Westgebiete, aus denen man gerade die Deutschen vertrieben hatte. Die polnische Aktion „Wisła“ (Weichsel) – unter diesem Namen verliefen diese Deportationen – bedeutete eine Verfolgung der Ukrainer. Denn hier wandte man das Prinzip der kollektiven Verantwortung an. Das Argument einer vorgeblichen Bedrohung durch die UPA diente nur der Propaganda. Im Frühjahr und Sommer 1947, auf

dem Höhepunkt der Aktion „Wisła“, stellte die UPA keine reale Kraft mehr dar.

Und heute?

Der polnisch-ukrainische Konflikt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergiftete die Beziehungen zwischen beiden Völkern für lange Jahrzehnte. Dennoch hatten die Polen sowohl in Zeiten des Kommunismus als auch in den letzten Jahren größere Möglichkeiten, über die schmerzhafteste Geschichte zu diskutieren, zuerst im Rahmen der illegalen Untergrundpresse und in der Emigration, nach 1989 in auflagenstarken Zeitungen und über Bücher. Die Ukrainer hingegen haben ihre eigene Geschichte bisher noch nicht bewältigt. Sie brauchen noch Zeit, bis sie bereit sein werden, über die Beziehungen zu anderen Völkern zu diskutieren.

Von radikalen Gruppierungen abgesehen, die es leider in jedem Land gibt, sind die polnische Gesellschaft und die polnischen Eliten glücklicherweise in der Lage, sich tolerant zu zeigen. Für die Polen diente als Muster zur Lösung historischer Konflikte die französisch-deutsche Versöhnung. Auch sollte man daran denken, dass es gerade Polen war, das als erstes Land 1991 die unabhängige Ukraine anerkannte.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.

Wolhynien (polnisch Wołyń, ukrainisch Волинь [Wolynj]; in österreichischer Zeit auch latinisiert „Lodomerien“) ist eine historische Landschaft an der Nordwestgrenze der heutigen Ukraine, deren Fläche z. T. dem heutigen Bezirk Wolynj in der Ukraine entspricht; kleine Teile liegen in Polen und Weißrussland. Der Name leitet sich vermutlich von Schloss Wołyń am Bug ab. Die Landschaft liegt im Einzugsgebiet des Bug und mehrerer Dnepr-Nebenflüsse. Die größte Stadt ist Луцьк [Luzk], polnisch Łuck; ca. 200.000 Einwohner. – Seit dem Spätmittelalter gehörte die Region zu Polen-Litauen und fiel 1793 an das Russische Reich, ein kleiner Teil auch an Österreich. Im wiedererstandenen Polen (nach 1918) bildete Wolhynien eine eigene Woiwodschaft (ca. 36.000 km²; 1931: ca. 2 Millionen Einwohner, darunter 1,4 Millionen Ukrainer, 350.000 Polen, 210.000 Juden, Deutsche u. a.). Während des Zweiten Weltkriegs und danach veränderte sich jedoch die ethnische Zusammensetzung durch Massenmord und gezielte Aussiedlung fast vollständig.

Ein Mann des Dialogs

Kyrill wird Patriarch von Moskau

Am 27. Januar 2009 hat das Landeskonzil der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) Metropolit Kyrill von Smolensk und Kaliningrad zum 16. Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus' gewählt. Mit 508 Stimmen erzielte er bereits im ersten Wahlgang eine 2/3-Mehrheit. Das zeugt von dem großen Vertrauen, das viele in den neuen Patriarchen setzen. Der 62-jährige galt schon lange als „zweiter Mann“ hinter Patriarch Alexij. Kyrill stand seit 1989 an der Spitze des Kirchlichen Außenamtes und gehört damit seit fast 20 Jahren zur Führungsspitze des Moskauer Patriarchats.

Die kirchliche Laufbahn Kyrills, der am 20. November 1946 in Leningrad geboren und auf den Namen Wladimir getauft wurde, begann früh. Noch während des Theologiestudiums in seiner Heimatstadt (1965-70) legte er 1969 die Mönchsgelübde ab und nahm den Namen Kyrill an. Metropolit Nikodim von Leningrad weihte ihn zum Diakon und wenig später zum Priester. Zwei Jahre war der junge Mönch Privatsekretär von



Porträt

Metropolit Nikodim, mit dessen Wirken die ökumenische Öffnung der ROK unlösbar verbunden ist. Bis heute merkt man Kyrill die Prägung durch seinen geistlichen Lehrer an. Von 1971-74 war er Vertreter des Moskauer Patriarchats beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, bevor er von 1974-84 die Leitung der Leningrader Geistlichen Lehranstalten übernahm. Am 14. März 1976 wurde Kyrill im Alter von 29 Jahren zum Bischof geweiht. Im Dezember 1984 wurde er Erzbischof von Smolensk, übernahm 1986 auch die Leitung der Gemeinden im Kaliningrader Gebiet und wurde 1991 in den Rang eines Metropoliten erhoben.

Obwohl Metropolit Kyrill als Leiter des Kirchlichen Außenamtes vor allem für die Außenkontakte seiner Kirche zuständig war, hat er auch den Kurs seiner Kirche im Innern wesent-

Dr. Johannes Oeldemann ist Direktor am Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik in Paderborn und Mitglied der Arbeitsgruppe „Kirchen des Ostens“ der Deutschen Bischofskonferenz.

lich mitbestimmt. Er sorgte für Reformen in der Ausbildung des Klerus und setzte als erster die Studienreform im Smolensker Seminar um. In seinen wöchentlichen Fernsehansprachen vermittelte er der Öffentlichkeit die Grundlagen des orthodoxen Glaubens. Im Blick auf das Verhältnis zum Staat plädierte er für eine deutliche Trennung bei gleichzeitiger Kooperation. Dies zeigt sich in den unter seiner Leitung erarbeiteten „Grundlagen der Soziallehre der ROK“ (2000), in denen – erstmals im orthodoxen Bereich – von der Möglichkeit „zivilen Ungehorsams“ gegenüber dem Staat die Rede ist. Die oft kritisierten Aussagen des Textes im Blick auf die Menschenrechte ließ Kyrill präzisieren und in einem neuen Dokument (2008) erläutern.

Im Bereich der Ökumene konnte Metropolit Kyrill trotz mancher Krisen immer wieder Ansatzpunkte zur Fortführung des Gesprächs finden. Im Jahr 2000 verabschiedeten die Bischöfe ein von ihm konzipiertes Grundsatzpapier zur Ökumene, in dem zwar deutlich der Wahrheitsanspruch der orthodoxen Kirche zum Ausdruck gebracht, aber zugleich die Notwendigkeit des ökumenischen

Dialogs bekräftigt wird. So hat sich Kyrill Rückendeckung gegenüber seinen Kritikern verschafft, die lautstark den Ausstieg der ROK aus allen ökumenischen Kontakten forderten. Die im Mai 2007 erfolgte Wiederaufnahme der vollen Gemeinschaft mit der Auslandskirche zählt zu seinen größten Erfolgen im Blick auf die russische Diaspora.

Die Aufgaben, vor denen er nun als Patriarch steht, sind immens: Kyrill muss sich um die innere Konsolidierung seiner Kirche kümmern, die in den letzten 20 Jahren rasant gewachsen ist, nun aber einer Vertiefung und Festigung ihres geistlichen Lebens bedarf. Er muss sich den Problemen in den Beziehungen zwischen den orthodoxen Kirchen stellen, wobei die Überwindung der Spaltung unter den Orthodoxen in der Ukraine und in Estland im Mittelpunkt stehen wird. Schließlich muss er die Position seiner Kirche im Geflecht der weltweiten Christenheit für die Zukunft justieren. Dass er dabei große Gemeinsamkeiten mit der katholischen Kirche sieht, ist offensichtlich und stimmt optimistisch im Blick auf die Zukunft des orthodox-katholischen Dialogs.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Zwanzig Jahre Wende – Gespräche mit Zeitzeugen

Editorial

Sind erst – oder schon – zwei Jahrzehnte vergangen seit dem großen gewaltlosen Umsturz, den man die friedliche, die sanfte, die samtene Revolution genannt hat und der das Gesicht Europas von Grund auf veränderte? Nah sind jene Ereignisse vor allem durch die Bilder, die sich unauslöschlich ins Gedächtnis eingebrannt haben. Fern und tief im vergangenen Jahrhundert abgelegt scheint dagegen die Epoche, die sie beendet haben: Europa mittendurch geteilt in zwei Hälften, zwei sich diametral unterscheidende politische Systeme, zwei Machtblöcke mit dem Kernstück der Spaltung Deutschlands und seiner Hauptstadt.

Ost und West hatten sich auseinandergelebt. Dennoch drangen vernehmlich für alle, die sie hören wollten, die Stimmen derjenigen von Ost nach West, die die Unveränderlichkeit der Unfreiheit in Frage stellten. Männer und Frauen unterschiedlichster Herkunft wagten es, die persönliche Entfaltung des einzelnen Menschen über die Ansprüche des herrschenden Systems zu stellen. Sie waren am wenigsten überrascht, als dieses zusammenbrach, da sie seine Schwächen am frühesten erkannt hatte – gerade da, wo es ihnen selbst Unrecht zufügte. Es überrascht nicht, dass die meisten von ihnen bekennende Christen sind, boten doch oft die Kirchen den Schutzraum für viele, denen der real existierende Sozialismus als Lebenserfüllung nicht genügte.

Diese Nummer unserer Zeitschrift umfasst neun Gespräche mit Menschen aus Mittel- und Osteuropa, die durch ihr persönliches Zeugnis und ihr öffentliches Wirken die „Wende“ vorbereiteten und mitgestalteten. Prof. Dr. Michael Albus führte sechs Interviews zwischen November 2008 und Januar 2009; in drei weiteren Fällen antworteten die Gesprächspartner schriftlich.

Wie blicken sie heute auf die Zeit davor und auf die aufwühlenden Ereignisse des Umbruchs? Sind sie noch erfüllt von den Erwartungen der ersten Stunde? Können sie den Menschen von heute aus ihrer Erfahrung heraus Rat geben? Wie blicken sie auf die Zukunft des zusammenwachsenden Europas? Die Überwindung der Spaltung von damals ist nach wie vor eine unvollendete Aufgabe, weil in Europa die gemeinsame Sprache über das Geschehene noch nicht gefunden wurde. Unser Heft versucht, einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Hans Maier

Vor zwanzig Jahren: Europas Wiedervereinigung 83

Michael Albus

Alles noch so nah. Notizen zu den Interviews 96

Gespräch mit Władysław Bartoszewski 98

Gespräch mit Tatjana Goritschewa 108

Gespräch mit Tomáš Hálik 116

Gespräch mit Jiří Kaplan 124

Gespräch mit Hellmut Puschmann 129

Gespräch mit Friedrich Schorlemmer 138

Anmerkungen von Myroslav Marynovych 146

Anmerkungen von Alojzy Orszulik 151

Anmerkungen von Irina Scherbakowa 155

Vor zwanzig Jahren: Europas Wiedervereinigung

I.

Jahrzehntelang waren unsere östlichen Nachbarn von der freien Welt abgeschnitten. Sie lebten zwar dicht vor unserer Haustür, aber wir konnten kaum zu ihnen kommen. Der Kalte Krieg hatte Europa gespalten. Der weite Raum zwischen Fichtelgebirge, Schwarzem Meer, Ural, zwischen der Ostsee und dem nördlichen Karst schien nur noch ein Glacis, ein Aufmarschgelände der sowjetischen Weltmacht zu sein. Für westliche Reiselust und Neugier war er fast unzugänglich. Mittel- und Osteuropa lagen im Schatten der Geschichte.

Dann geschah das von vielen, ja den meisten Unerwartete: Das kommunistische Weltreich zerbrach. Die wirtschaftlichen, militärischen, politischen Blocksysteme des Ostens lösten sich auf. Die Völker Mitteleuropas, voran Polen und Ungarn, befreiten sich aus der Solidarhaft von Warschauer Pakt und COMECON. Das führte 1989 zum Zusammenbruch des SED-Regimes der DDR und machte 1990 die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands möglich. Es zog 1991 die Auflösung der Sowjetunion nach sich und setzte die auseinanderfallenden Glieder des einstigen Riesenreiches dem doppelten Druck internationaler Konkurrenz und innerer ethnischer Spannungen aus.

Mit dem Sturz des Kommunismus war die Teilung Europas beendet. Die kulturelle Einheit des Kontinents begann aufs Neue sichtbar zu werden. Gorbatschows Wort vom gemeinsamen „Europäischen Haus“ machte die Runde. Papst Johannes Paul II. sprach von den „beiden Lungen“, mit denen Europa künftig wieder atmen müsse. Der Alte Kontinent war dabei, seine Spaltung zu überwinden, seine Handlungsfreiheit wiederzugewinnen. Man konnte zwischen Ost und West wieder in wachsendem Maß reisen, telefonieren, korrespondieren, Verbindungen knüpfen. Erste gemeinsame Unternehmungen wurden geplant. Der

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, langjähriger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Kultusminister von Bayern a. D., ist Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

größere Teil der mittel- und osteuropäischen Länder begann sich nach Westen hin zu orientieren. Polen und Ungarn, Tschechien und die Slowakei (damals noch vereint!), die baltischen Staaten, die sich bald von der zerfallenden Sowjetunion losrissen, und – nach der Auflösung Jugoslawiens – Slowenien und Kroatien, endlich Rumänien und Bulgarien bemühten sich um Aufnahme in die Europäische Union.

Wie sieht die Bilanz nach zwei Jahrzehnten aus? Welche Hoffnungen haben sich erfüllt – und welche Befürchtungen sind wahr geworden? Wie war die Position der Christen in diesem Prozess der Wiedervereinigung Europas? Beteiligen sie sich am Aufbau der neuen Ordnung? Bleiben sie abseits? Worin sehen sie ihre besonderen Aufgaben? Darüber handelt dieses Heft in Gesprächen mit Zeitzeugen, die die Wende selbst miterlebt haben und die heute, zwanzig Jahre später, nachdenklich auf das Jahr 1989 zurückblicken.

II.

Eine Beobachtung zieht sich durch fast alle Beiträge hindurch: Diejenigen, die hier sprechen, „hatten es schon früher kommen sehen“. „Die Wende ist nicht über Nacht gekommen. Sie hat eine ziemlich lange Geschichte und begann für mich schon sehr früh“ (Jiří Kaplan). „Ich habe gewusst, es wird nichts so bleiben, wie es ist“ (Władysław Bartoszewski). Die einen sahen den Beginn der Wende im Prager Frühling (1968), die anderen in der Wahl des polnischen Papstes (1978). Andere gingen noch weiter zurück, in die Zeit nach Stalins Tod (1953). Gewiss, viele wurden von den Ereignissen von 1989 ebenso überrascht wie die meisten anderen Zeitgenossen. Aber sie waren nicht gänzlich unvorbereitet, wurden durch die Geschehnisse nicht einfach überrumpelt. Hatten doch die meisten mit persönlichem Einsatz versucht, das in manchen Ländern schon früh einsetzende Tauwetter zu nutzen, um das Eis aufzubrechen, um in der Diktatur, die erste Risse zeigte, für den Rechtsstaat, die Menschenrechte zu kämpfen (den einen gelang es, andere bezahlten es mit Verfolgung und Haft). Aktiv handelnd oder aufmerksam beobachtend nahmen sie an dem Geschehen der Jahre vor und nach 1989 teil. Damit sind sie Zeitzeugen im Wortsinn, Menschen, die etwas bezeugt haben, die für etwas stehen. Sie sind zu Sprechern des östlichen Europa geworden – in einem Augenblick, in dem dieses Europa seine Stummheit überwand und seine Handlungsfähigkeit zurückgewann.

Allen, die hier zu Wort kommen, eignet ein illusionsloser Blick auf die kommunistische Herrschaft. Kaum jemand von ihnen hielt sie für dauerhaft, endgültig, unumstößlich (wie damals viele Politiker im Westen, aber auch manche Prälaten in Rom während der kurzen Phase der vaticanischen Ostpolitik). Die Zeitzeugen hatten ja die Pathologie des Systems aus unmittelbarer Nähe erlebt. Was vor aller Augen zerfiel, war ein *Glaube* – der Glaube an den Marxismus-Leninismus; ein Prozess, der in Russland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien schon seit den sechziger Jahren zu beobachten war. Aufschlussreich sind die Biographien und Bekenntnisse ehemals kommunistischer Intellektueller wie Djilas, Kolakowski, Machovec, Sacharow: sie alle wandten sich in jenen Jahren ab von dem „Gott, der keiner war“ (Arthur Koestler). In den siebziger Jahren war der Kommunismus keine siegreich voranschreitende Bewegung mehr. Er war nur noch ein Machterhaltungskartell, von Skepsis und Augurenlächeln umgeben. Der marxistische Glaube stand zwar noch in den Parteiprogrammen und wurde in den jährlich bei Jugendweißen und anderen Gelegenheiten überreichten „Katechismen“ in allen Einzelheiten durchbuchstabiert. Aber er fand keine verlässlichen persönlichen Zeugen mehr.

Dem geistigen Offenbarungseid folgte der Zusammenbruch der *Wirtschaft*. Hatte Chruschtschow in den sechziger Jahren noch die Russen dazu aufgerufen, den Westen wirtschaftlich zu überholen, so fiel die Sowjetunion in den siebziger Jahren auf den Status eines Entwicklungslandes zurück. Eine Ausnahme bildete der militärische Sektor; aber auch hier wurde der Wettlauf mit der westlichen Welt immer schwieriger, vor allem in der Zeit des Gegenübers von SS-20 und SDI¹. Vor allem beim Umweltschutz holte der ideologisch halbierte Fortschritt die Industrialisierung wieder ein. Der Produktionsfaktor Natur wurde überbelastet, seine Regenerationskraft überfordert. Die natürliche Umwelt wurde an vielen Orten zerstört.

Innerhalb des geistig und wirtschaftlich geschwächten kommunisti-

¹ „SS-20“ ist die US-amerikanische Bezeichnung einer sowjetischen Mittelstreckenrakete; die sowjetische Bezeichnung lautet „RSD 10 Pioneer“. Ihre Stationierung in der westlichen Sowjetunion (ab 1976) löste Gegenmaßnahmen der NATO aus (so genannter NATO-Doppelbeschluss 1979). Ab 1983 wurden Pershing II-Raketen und Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Westeuropa aufgestellt. Im gleichen Jahr verkündete der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan das SDI-Programm (SDI steht für „Strategic Defense Defensive“) mit dem Ziel, in Westeuropa einen Abwehrschirm gegen mögliche Raketenangriffe aus dem Osten zu errichten (Anm. d. Redaktion).

schen Reiches erwachte die *Opposition*. Hier setzte sich Polen mit der Solidarność-Bewegung an die Spitze jener Kräfte, die auf eine Befreiung Osteuropas von der sowjetischen Herrschaft abzielten. Das war neu. Denn die polnischen Reformer wollten nicht einen revisionistischen, einen liberalisierten Kommunismus, wie in den fünfziger Jahren Tito, später Ceaușescu, sie wollten überhaupt keinen Kommunismus mehr. Lech Wałęsa, der Gründer der ersten freien Gewerkschaft im Ostblock, ging aufs Ganze – ohne Zweifel gestärkt und beflügelt durch seinen polnischen Landsmann, den Papst. Neue, in Deutschland wenig bekannte Einzelheiten dazu können die Leser von *OST-WEST. Europäische Perspektiven* den Aufzeichnungen und dem Gespräch mit Bischof Alojzy Orszulik entnehmen, der damals als Vertreter der Polnischen Bischofskonferenz eine wichtige Rolle bei den Gesprächen führte, die zum „Runden Tisch“ führten. Für alle Europäer sichtbar übernahm 1989 mit Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Regierungschef in einem Land des Warschauer Paktes die Macht. Er musste sie freilich anfangs noch mit den Kommunisten teilen.

Man sollte es festhalten: Der Aufbruch der Solidarność-Bewegung unter Lech Wałęsa 1980 in der Danziger Werft war das auslösende Moment für den Freiheitssturm in Osteuropa. (Gorbatschow kam ja erst fünf Jahre später!). Bewegungen in den baltischen Ländern und in Russland, in Rumänien, der Tschechoslowakei, später in Ungarn und der DDR schlossen sich an; sie erreichten ihren Höhepunkt im „annus mirabilis“ 1989. Als symbolisches Zeichen für diesen europäischen Aufbruch stehen bis heute die drei riesigen Kreuze in der Danziger Werft (von der Solidarność 1980 durch Druck auf die Regierung erzwungen, als Gedenken an die 1970 erschossenen Werftarbeiter!). Weltweit das bekannteste Symbol für die friedliche Revolution von 1989 – eine Revolution ohne Blutvergießen! – wurde der Fall der Berliner Mauer am 9. November und das mit fröhlichen singenden Menschen besetzte, endlich wieder zwischen Ost und West begehbbare Brandenburger Tor. Auch dazu bringen die folgenden Seiten persönliche Zeugnisse aus der Sicht der (Ost-)Deutschen (Friedrich Schorlemmer, Hellmut Puschmann).

III.

Wie reagierte Russland? Dort hatte 1985 nach zwei blassen Übergangsfiguren Michail Gorbatschow die Führung übernommen. Der neue Mann war von Anfang an mit einer lebensbedrohlichen Krise des Sys-

tems konfrontiert. Er wirkte wie ein von den Ereignissen Getriebener. Der innere Zerfall war längst im Gang. Mit taktischem Geschick und ohne die ideologischen Bedenken der alten Nomenklatura suchte Gorbatschow den Prozess der Emanzipation und Auflösung im Ostblock und in der Sowjetunion teils durch Zugeständnisse zu beherrschen – typisch dafür waren die Namen „Glasnost“ und „Perestroika“ –, teils sich selbst an die Spitze der fälligen Reformbewegung zu setzen. Vor allem außenpolitisch ging er daran, nicht mehr haltbare Positionen aus dem Kalten Krieg und der Ost-West-Konfrontation Schritt um Schritt zurückzunehmen. Doch die stürmischen Wandlungen in Ost- und Mitteleuropa warfen bald alle Voraussagen und Steuerungsversuche über den Haufen. Mit unerwarteter Schnelligkeit überholte der Prozess der Perestroika seinen Protagonisten. Seit 1991 war Gorbatschow nur noch ein Beobachter der politischen Szene. Im Rückblick war es sein bleibendes Verdienst, dass er im Strudel der Ereignisse von 1989/90 militärische Macht *nicht* eingesetzt hat, dass er auf eine sowjetische Intervention (wie 1968 in Prag) oder gar auf eine „chinesische Lösung“ (wie am Tian’anmenplatz in Peking)² in Europa bewusst verzichtete.

Die Dialoge mit Tatjana Goritschewa (St. Petersburg) und Irina Scherbakowa (Moskau) bieten faszinierende Einblicke in die damaligen Vorgänge in der Sowjetunion. Kann man sich heute noch vorstellen, dass die linientreue SED-Führung in jenen Jahren sogar ein Lektüreverbot für die „Prawda“ in der DDR erwog? 1985 hatte Gorbatschow seinen Vertrauten Alexander Jakowlew in die Staaten des Warschauer Paktes entsandt, um für die Perestroika zu werben. An vielen Orten fand er Zustimmung, auf die stärkste Ablehnung stieß er bei Honecker. Später, bei einem Besuch in Moskau im April 1992, konnte ich Jakowlew fragen, wie Gorbatschow seinen Bericht über die Gespräche mit Honecker aufgenommen habe. „Seine Antwort war ganz einfach“, sagte er. „Wenn die uns nicht brauchen, dann brauchen wir sie auch nicht.“ Vieles an den späteren Ereignissen erklärt sich aus diesem Zusammenprall zwischen den Reformwilligen und den Reformscheuen zu Beginn der Gorbatschow-Ära. Gorbatschows Diktum bei der 40-Jahr-Feier der DDR „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ wirkt heute wie ein Echo auf die Ablehnung der Perestroika durch die deutschen Kommunisten.

2 Anspielung auf die gewaltsame Niederschlagung der von Studenten angeführten Demokratiebewegung in der Volksrepublik China auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ (Tian’anmen) in Peking durch das Militär im Juni 1989 (Anm. d. Redaktion).

Man versteht im Nachhinein auch besser, warum Gorbatschow bei den Demonstrationen in Leipzig und anderswo jede militärische Intervention ablehnte, obwohl die SED-Führung insgeheim mit einer „chinesischen Lösung“ rechnete (die Krankenhäuser in Leipzig und Dresden hatten bereits die Anweisung, zwei Drittel der Betten für Notfälle freizuhalten!).

IV.

Die Ereignisse von 1989 weckten im befreiten Osteuropa große Erwartungen. Das Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung, aber auch das Bedürfnis nach Hilfen aller Art war gewaltig. Die wenigsten der befreiten Länder waren in der Lage, sich ihre Wünsche aus eigenen Kräften zu erfüllen. Der Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte sich nur langsam. Anfangs bestand Gefahr, dass die politische Befreiung Osteuropas in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken bleiben würde. Vierzig Jahre kommunistischer Herrschaft – in Russland waren es sogar siebenzig Jahre! – ließen sich eben nicht über Nacht abschütteln. Woher sollten plötzlich die Initiativen kommen, das Unternehmerische, der Mut zum Risiko, die nötige Zähigkeit beim Aufbau neuer wirtschaftlicher und politischer Ordnungen? So folgte dem Tausel der Befreiung an vielen Stellen die Ernüchterung, nach dem euphorischen Gipfelsturm erlebte man die „Mühen der Ebene“.

Vor allem die neu aufbrechenden Nationalitätenprobleme in Ost- und Südosteuropa hielten in den achtziger und neunziger Jahren, ja bis zur Gegenwart, die Welt in Atem: eine Serie blutiger Überraschungen, vom Zerfall Jugoslawiens bis zu den Kriegen in Tschetschenien, in Daghستان, in Kaukasien. Es war eine historisch durchaus begreifliche Reaktion auf die jahrzehntelange Unterdrückung von Regionen, Nationen, Minderheiten im sowjetischen Imperium, dass der Nationalstaat im postkommunistischen Osteuropa neue Kraft und neues Ansehen gewann. Freiheit hieß für viele Menschen zunächst einmal: Befreiung von der bisherigen Übermacht. Schon früher hatten Völker, die sich unterdrückt fühlten, von den Polen bis zu den Ukrainern, von den Ungarn bis zu den Esten, Letten, Litauern, der sowjetischen Hegemonie ihre eigene Geschichte entgegengesetzt als etwas, das nur ihnen gehörte. Diese Entwicklung setzte sich nach 1989 beschleunigt fort. Aber wohin trieb sie? Konnte der neue Nationalismus in Grenzen gehalten, konnte er durch

stabilisierende föderalistische Ordnungen, durch ein sich neu bildendes Staatensystem verstetigt werden?

Der Nationalstaat hat sich inzwischen in den Ländern Osteuropas überall durchgesetzt. Die Frage war freilich von Anfang an, wie groß er sein musste (und wie klein er sein durfte), um lebensfähig zu sein. Wo wurden die Referenzen geprüft? Als die Sowjetunion in viele Völker zerfiel: Welche der Völker sollten Völker bleiben, welche Staaten werden? Dass Russen, Ukrainer, Weißrussen, Usbeken, Kirgisen, Tataren, Aserbaidzchaner heute in eigenen staatlichen Organisationen leben und leben wollen, leuchtet ein. Aber Jakuten, Dolganen, Rutulen, Tschuktschen, Itelmenen, Dunganen, Jugakiren? Wie steht es mit dem Ruf „Tatarstan den Tataren!“, wenn in Tatarstan nur 26 Prozent der Bevölkerung Tataren sind? Ähnlich sieht es mit den Nachfolgestaaten des einstigen Jugoslawien aus. Kann ein Gebilde wie das Kosovo aus sich heraus Stabilität gewinnen? Wie sind die Grenzen zwischen den rivalisierenden Ethnien zu ziehen? Wie kann der Schutz der Minderheiten gesichert werden? Fragen über Fragen, die der Lösung harren, nachdem die Blöcke zerfallen sind und die länderübergreifenden Ideologien nicht mehr existieren.

Im Westen war „Europa“ die große Alternative zum endlosen Streit der Nationalstaaten, der in zwei Weltkriegen den Kontinent in Trümmer legte. Im Osten dagegen war umgekehrt der Nationalstaat die Alternative zum ungeliebten, von der Sowjetmacht erzwungenen „proletarischen Internationalismus“. Heimat und Nation haben im Osten einen anderen, höheren Stellenwert als in vielen westeuropäischen Ländern. Das kann zu Ungleichzeitigkeiten, zu Missverständnissen im innereuropäischen Ost-West-Dialog führen. In Osteuropa ist auch die Sympathie für den US-amerikanischen Patriotismus weit größer als in Westeuropa, und dies nicht erst seit dem 11. September 2001. Die Zugehörigkeit zur NATO ist für die westlich orientierten Politiker Mitteleuropas sehr viel wichtiger als die Zugehörigkeit zur Europäischen Union.

Dies alles kann man aus den Interviews vor allem mit polnischen und ukrainischen Gesprächspartnern lernen. Dabei muss man als „Westler“ die spezifischen Längen- und Breitengrade, die geschichtlich-politischen Hintergründe beachten. Lapidar stellt z. B. Myroslaw Marynovych in seinen Bemerkungen fest, dass der „unvorstellbare Traum“, der nach 1989 möglich geworden war, „einfach die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine“ war. Und so wie er dürften viele Mitteleuropäer bis heute denken.

In der gegenwärtigen Welt schwinden die Imperien, die Reiche dahin. Nationalsozialismus und Kommunismus sind – zumindest in Europa – untergegangen. Verschwunden sind auch die Kolonialreiche britischer, französischer, niederländischer und anderer Observanz. Viele Staaten sind neu entstanden. Überblickt man die letzten Jahrzehnte, so geht die Tendenz eher zum Kleinstaat als zum Weltstaat. Das ist zunächst einmal etwas Positives. Ein Kleinstaat ängstigt nicht. Aus einem Weltstaat dagegen kann man nicht mehr emigrieren. „Föderalistische“ Staaten – in einem weiten Sinn verstanden – sind überall auf der Welt im Vordringen. Das ist kein Wunder: Die technische und mediale „One World“ – das große Welt-Dorf vor unseren Fernsehaugen – verlangt gebieterisch ein Gegengewicht. Je mehr die Globalisierung fortschreitet, je einheitlich-uniformer die Welt wird, desto stärker macht sich ein Verlangen nach „Heimat“, nach überschaubaren, erlebbaren Verhältnissen bemerkbar. Nur in solchen begrenzten Räumen kann sich ja Verantwortung bilden, kann Verantwortungsgefühl entstehen.

Wenn aber einerseits die Imperien verschwinden, andererseits die „Basis“ der Staaten tiefer gelegt wird, dann bedarf es einer Auffangstellung – und das dürfte ein reformierter, kooperativer, durch Grundrechte und Minderheitenschutz domestizierter Nationalstaat sein. Denn der Prozess der Zersplitterung darf nicht bis zur völligen politischen Atomisierung führen – sonst schüfe man nur einen Anreiz für die Entstehung neuer Hegemonialstaaten.

So wird die gegenwärtige Lage Europas von allen Beteiligten Fantasie und Gestaltungskraft erfordern. Eine umfassende Analyse der sozialen und politischen Tatsachen ist erforderlich. Dabei sollte man das vorige Jahrhundert als Ganzes im Blick haben und die Erfahrungen der Vergangenheit bedenken. Vor allem sollte man weit mehr als bisher miteinander sprechen und voneinander lernen – Osteuropäer wie Westeuropäer.

V.

Die Gespräche, Interviews und schriftlichen Stellungnahmen ziehen eine Bilanz der letzten zwanzig Jahre. Was hat sich verändert in dieser Zeit, was ist anders, was ist besser oder schlechter geworden?

Verschieden fallen die Antworten aus. Das Spektrum reicht von optimistischen Einschätzungen bis zu pessimistischen, ja schon fast apokalyptischen Visionen. Was Russland angeht, so stellt Irina Scherbakowa

fest, dass man bis zu den Jahren 1993/94 eine „auf die russischen Gegebenheiten zugeschnittene Form der Demokratie“ erstrebt habe. Inzwischen habe sich Russland aber von den liberal-demokratischen Idealen immer weiter entfernt. Viele Eigenschaften des so genannten sowjetischen Menschen seien auch in postkommunistischer Zeit geblieben, nämlich „die Unmündigkeit, das Erwarten von staatlichen Almosen, der Glaube an das russische Wunder und an schnelle Bereicherung“. Dann kam das Heimweh nach dem Zarenreich – und rascher als gedacht die Sehnsucht nach der starken Hand, gefolgt von einer historischen Verklärung des Stalinismus und neuerlichem Liebäugeln mit den alten russisch-imperialen Traditionen. Tatjana Goritschewa meint, dass der „alte Teufel“ noch nicht weggegangen sei. „Sieben neue Teufel sind sofort eingetreten in dieses Haus, das leer geworden ist. In Russland herrscht ein barbarischer Kapitalismus, die Oligarchie ... Die neuen Reichen sind hässlich, geschmacklos, ungebildet, einfach satanisch. Die Kluft zwischen den Reichen und den Armen ist viel tiefer als in anderen Ländern. Die Arroganz der Reichen ist schrecklich. Sie haben kein Mitleid. In Russland wird den Armen sehr wenig geholfen.“

Positiver ist das Bild, das die Mitteleuropäer zeichnen. Sie haben mit der Osterweiterung der EU im Mai 2004 einen „Sprung nach vorn“ gemacht. In vielen Staaten zeichnen sich auch deutlichere demokratische Konturen als in Russland ab. Ein neues Parteiensystem ist entstanden. Die rechtsstaatlichen Sicherungen funktionieren zufriedenstellend. Die Neuen im Osten verdanken der Europäischen Union einen kräftigen Wachstumsschub. Die ökonomische Leistungskraft stieg im ersten Jahr der Zugehörigkeit zur EU um durchschnittlich fünf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in dieser Zeit bei einem Prozent, in Großbritannien bei 3,1 Prozent. Freilich fällt auf diese positive Entwicklung in den letzten Jahren der Schatten der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Vielfach wird beklagt, dass die „befreiten Länder“ sich in den letzten zwanzig Jahren kaum mit ihrer jüngsten Vergangenheit auseinandergesetzt hätten. Oft wurde die nötige Auseinandersetzung durch eine bewusste „Schlussstrich“-Politik verhindert und manchmal in einer Flut von Amnestien ertränkt (Ausnahme: die neuen Länder in Deutschland mit dem Stasiunterlagen-Gesetz und der Gauck- und Birthlerbehörde!). So konnten die Anhänger („Gläubigen“) des Sozialismus, die anfangs verunsichert waren, bald wieder neue Hoffnung schöpfen. In nahezu allen Ländern des einstigen Warschauer Pakts haben „postkommunisti-

sche“ Parteien inzwischen breiten Anteil am politischen Leben – zumeist freilich in einem sich einspielenden Wechsel mit westlich orientierten, liberal-konservativen Kräften.

Und wie steht es mit den Christen, den „Andersgläubigen“ von einst? Inmitten der Geschlossenheit der marxistischen Glaubenswelt waren sie ein geistiger Widerpart, eine Kraft der Opposition. Wiederholt wird in den Interviews betont, wie stark der Glaube die politische Haltung der Opponierenden geformt und bestimmt hat. Allen war eine größere oder geringere Resistenz gegenüber den kommunistischen Heilslehren zu eigen. So lag es nahe, im Ende des falschen Glaubens den Triumph des wahren Glaubens zu sehen – im Niedergang des Sozialismus einen neuen Aufgang des Christentums. Bei der Bischofssynode von 1991 in Rom und bei der „Europäischen Protestantischen Versammlung“ in Budapest herrschte denn auch eine zuversichtliche Stimmung, was die Zukunft des Christentums in Europa betraf (sehr im Unterschied zum Panorthodoxen Treffen 1992 im Phanar in Istanbul).

Inzwischen sind die Töne leiser, die Äußerungen vorsichtiger geworden. War das östliche Europa in seinen orthodoxen, katholischen und evangelischen Formen früher die „frömmere“ Alternative zum säkularisierten West- und Nordeuropa, so gleichen sich Kirchennähe und -ferne in ganz Europa in den letzten Jahrzehnten einander immer stärker an. Kräfte der Säkularisierung sind heute auch in Osteuropa wirksam – zumal in Ländern, in denen die Kirchen den „Schritt in die Moderne“ noch vor sich haben oder ihn nur zögernd wagen. Das verändert auch die Bedingungen des kirchlichen Dialogs mit den Menschen in der nachkommunistischen Zeit. Tomáš Halík umschreibt diese Situation präzise wie folgt: „Für viele Leute, für die jungen Intellektuellen, die Studenten, die Künstler war die Kirche eine Art ‚Insel der geistigen Freiheit‘ und ein Signal der Hoffnung. Es gab viele Kreise von Sympathisanten mit der Kirche. Bis heute ist mein Hauptakzent, mit diesen Sympathisanten zu arbeiten und auch diesen Leuten etwas anzubieten. Die Kirche muss offene Arme haben auch für Menschen, die sich nicht hundertprozentig mit ihr identifizieren wollen oder können ... Es muss einen Dialog mit den Menschen geben. Eine monologische Evangelisierung ist und bleibt wirkungslos. Die Leute sind seit der Zeit des Kommunismus allergisch gegen ideologische Indoktrination. Und wenn dann diese aggressive Evangelisation im amerikanischen Stil kommt, dann verschließen sich die Menschen völlig.“

In der Tat wird das Christentum der osteuropäischen Welt nur helfen

können, wenn es selbst ein paar Lektionen Pluralismus lernt. Dazu gehört die Einsicht, dass die Unbedingtheit des Glaubens nicht auf alle Dinge des Alltags übertragen werden kann, dass es in der Politik meist nicht eine, sondern viele Möglichkeiten gibt, dass darüber gestritten werden kann und muss, ohne dass die notwendige Einheit in den Grundsätzen der Verfassung und des Rechts verloren geht – kurz dass Konsens und Konflikt in der Demokratie keine Gegensätze, sondern sich ergänzende Prinzipien sind. Zu lernen ist auch, dass in politischen Fragen keine vorgegebene Harmonie existiert und man die Gegenwart weder der Utopie des Noch-Nicht aufopfern darf (wie im Kommunismus) noch einem Traditionalismus des (angeblich) Immer-schon-Gültigen.

VI.

Zwanzig Jahre sind vergangen seit der „Wiedervereinigung Europas“. Ist Osteuropa inzwischen bei uns im Westen angekommen? Rücken die Kirchen in Ost und West einander näher? Stellen wir in Gedanken Kyrill und Method als Patrone Europas neben Benedikt und Kolumban, wie es Papst Johannes Paul II. den Gläubigen empfahl? Machen wir in Europa ernst mit der Einsicht, dass es nicht nur den lateinischen Westen, sondern auch den griechisch-slawischen Osten gibt?

Auf unseren Geldscheinen, immerhin, steht das Wort Euro auch in griechischen Buchstaben – EYPO. Aber sind wir uns beim Umgang mit dem europäischen Erbe schon hinreichend bewusst, dass es nicht nur „Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter“ gibt, wie der bekannte Curtius-Titel lautet, sondern auch das östliche Gegenstück: Europäische Literatur und griechisches (kirchenslawisches, bulgarisches, russisches, serbisches) Mittelalter? (Wobei ich die katholischen Mitteleuropäer – Polen, Litauer, Tschechen, Ungarn, Slowaken, Westukrainer, Slowenen und Kroaten – beileibe nicht vereinnahmen will, die sich bekanntlich nicht zum griechisch-kyrillischen, sondern zum lateinischen Kulturkreis zählen – aber Osteuropa ist nun einmal vielgestaltig!).

Immer waren Religion und Kirchen in Osteuropa starke Kräfte, vielfältig ins öffentliche Leben einbezogen, sei es, dass sie die Autorität der herrschenden Mächte (Russland, Habsburg, das Osmanische Reich) stützten, sei es, dass sie umgekehrt eine Stütze für die Beherrschten waren (wie der Katholizismus in Polen oder das Hussitentum in Böhmen). Mehr oder minder überall haben die Kirchen die Identität der osteuropä-

ischen Völker geprägt. So kennt der europäische Osten zwar die Verwandlung religiöser Energien in politische Programme und Bewegungen (am ausgeprägtesten in den Anfängen der russischen Revolution), doch die in Westeuropa herrschenden Lehren vom „Absterben der Religion“ im Zuge wachsender Aufklärung und Bildung haben die Denker des Ostens nie übernommen. Osteuropa ist – weltweit gesehen – auch heute noch keine Säkularisierungsregion. Die Kirchenzugehörigkeit liegt in diesen Ländern weit über dem europäischen Durchschnitt – Ausnahmen wie Tschechien bestätigen die Regel.

Freilich: Über das einzelne Volk, den einzelnen Staat greift solcher Kircheneinfluss kaum hinaus, sieht man von den Katholiken und den Protestanten ab, die selbstverständlich auch im Osten in den gewohnten weltkirchlichen Verbindungen leben. Insbesondere die Orthodoxie als die in Osteuropa vorherrschende Kirche existiert nach wie vor in den traditionellen autokephalen Formen: Sie ist auf das jeweilige Volk, den jeweiligen Staat bezogen; ein panorthodoxes Bewusstsein existiert kaum. Und auch wenn orthodoxe Kirchen nicht überall eine so ausgeprägte Staatsnähe aufweisen wie in Russland, so erscheinen sie doch von außen gesehen fast an allen Orten als Landes-, ja als Staatskirchen. Es fällt schwer, sie sich als entwicklungsfähige Keime einer Bürgergesellschaft vorzustellen (wie etwa die katholische Kirche Polens in der Solidarność-Zeit oder evangelische und katholische Christen in der DDR 1989/90).

Die „Wiedervereinigung Europas“ in den Jahren nach 1989 hat für das Zusammenleben der drei christlichen Kirchen im östlichen Europa neue Anstöße gegeben. Sie hat aber auch ökumenische Rückschläge ausgelöst. Angesichts der neuen Lage versicherten sich Katholiken, Protestanten und Orthodoxe zunächst einmal ihrer spezifischen Eigenarten, betonten und bestätigten sie ihren konfessionsspezifischen Besitz. Seither haben sich die evangelisch-orthodoxen wie besonders die katholisch-orthodoxen Beziehungen im östlichen Europa eher verschlechtert. Einen unbefangenen Umgang der Kirchen miteinander wie im Westen gibt es kaum. Regelrechte Kirchenkämpfe herrschen vor allem zwischen der Orthodoxie und den Unierten – aber auch zwischen rivalisierenden Orthodoxien wie in der Ukraine. Das relativiert zweifellos den Einfluss der Religion auf breite Schichten.

VII.

Auch in Zukunft bleibt genug zu tun, um den „unbekannten Kontinent“, das östliche Europa, zu erforschen und zu durchleuchten. Das zeigen die in diesem Heft versammelten Beiträge. Es wäre ein Irrtum zu meinen, diese Aufgabe habe zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus an Aktualität verloren. Die Epoche der Transformation, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist kein flüchtiges Zwischenspiel. Sie wird wohl noch lange andauern. Es gilt, Osteuropa wieder in die gesamteuropäische geistige Ökonomie, den kulturellen und religiösen Austausch einzufügen (also die „beiden Lungen“ Papst Johannes Pauls II. wieder zu beleben!). Zugleich sollte nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie man das spezifische osteuropäische Erbe mit den in der westeuropäischen Integration gesammelten Erfahrungen verbinden kann. Genug Aufgaben also für das Europa der Zukunft – und Arbeit für weitere Jahre und Jahrzehnte!

Alles noch so nah

Notizen zu den Interviews

Das Interview, das oft ganz unvermittelt auch zu einem Gespräch werden kann, ist eine journalistische Form eigener Art. Es muss gut vorbereitet werden, ein klares Konzept im Hintergrund haben und doch ganz offen sein für das, was der Austausch von Frage und Antwort ungeplant „bringt“, und es in das Konzept einbauen. Hinzu kommt, dass ein Unterschied darin besteht, ob der Austausch „nur“ schriftlich geschieht oder Auge in Auge stattfindet.

Im Verlauf der Interviews, die ich für diese OWEP-Ausgabe gemacht habe, verspürte ich mehr als einmal den Wunsch, die Gespräche selber, die Umstände, die sie zu Stande kommen ließen, in einer eigenen Reportage festzuhalten. Doch das hätte den Rahmen, der vorgegeben war, gesprengt. Schließlich sollten ja die Zeitzeugen selber zu Wort kommen. Wichtig war für mich, die Menschen, von denen ich etwas erfahren wollte, persönlich aufzusuchen. Schon die Fahrten nach Paris, Dresden, Prag, Wittenberg und Warschau waren für sich Reisen in eine Vergangenheit, die nicht nur zwanzig Jahre zurückliegt, deren Wurzeln vielmehr in den Boden einer ganz anderen Vergangenheit reichen. Dies wurde mir bewusst, wenn ich, meist zu Fuß, von den Bahnhöfen zu den Wohnungen der Gesprächspartner ging. Ich ging an Orten vorbei, die vor zwanzig Jahren Schauplätze eines im wahrsten Sinne des Wortes revolutionären Geschehens waren, an denen heute alles so ist, als ob nie etwas gewesen wäre.

Den Interviewpartnern war keine Frage vorgegeben. Sie wussten vorher lediglich, dass ich mit ihnen für diese Zeitschrift, die sie meist kannten, über das Thema „Zwanzig Jahre Wende“ reden wollte. Die Arten der Zustimmungen zu diesem Vorhaben waren ganz unterschiedlich. Sie erfolgten spontan, skeptisch und zögerlich. Die Interviews wurden, außer in zwei Fällen, in den Wohnungen der Befragten geführt. Das

Prof. Dr. Michael Albus ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

verlieh den Gesprächen eine persönliche Aura. War doch die Wohnung in den Jahren vor der Wende für viele meist ein Zufluchtsort, der Platz, an dem man mehr oder weniger Atem holen konnte nach den Atemlosigkeiten des öffentlichen und verborgenen Lebens in einem System, das ganz auf Kontrolle und Herrschaft ausgerichtet war.

Wichtig war für den Interviewer auch, dass er alle Interviewten schon persönlich lange Jahre kannte, mit ihnen mancherlei journalistische und persönliche Begegnungen hatte, dass die Interviewten auch die Person kannten, auf die sie sich einließen. Das kann zu einem entscheidenden Faktor im Prozess der Suche nach dem, was war, werden, vor allem angesichts der Thematik, die in diesen Interviews anstand. Sie war ja nicht nur mit einfachen Erinnerungen an interessante Zeiten verbunden. Sie war und ist auch mit Ängsten und Nöten besetzt, die nach wie vor, meist unter der Oberfläche der Gedanken, präsent sind.

Jetzt erst wirklich, aus der zeitlichen Entfernung zu dem, was wir heute „die Wende“ nennen, wurde mir die Dramatik jener Jahre bewusst. Viele Einzelheiten, Daten und Fakten, Aussagen und Äußerungen aus jener Zeit hatte ich im Kopf. Nun aber spürte ich ganz intensiv, dass es für die damals Handelnden und Betroffenen auch eine Herzenssache war, so zu denken und zu handeln, wie sie es auf ganz unterschiedliche und individuell ganz verschiedene Weise taten. Mir wurde auch klar, wie wichtig es ist, die Erinnerungen für jene festzuhalten, die nicht unmittelbar daran beteiligt waren – im Osten wie im Westen. Sich mit den Fakten von damals zu konfrontieren, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sich von ihnen bedrängen und beunruhigen zu lassen, ist ein Ferment, ein Gärstoff für die heutige politische und gesellschaftliche Kultur, ein Medikament gegen die geistige Unbeweglichkeit und die politische, gesellschaftliche, religiöse und kirchliche Schläfrigkeit, die uns, die europäischen Gesellschaften, wie ein gefährlicher Virus befallen hat, der sich immer weiter ausbreitet und etwa in ständig sinkenden Beteiligungen an demokratischen Wahlen seine unheilvolle Wirkung entfaltet.

Die Antworten, die in den Interviews dieser OWEP-Ausgabe mündlich und schriftlich gegeben wurden, sind so etwas wie Vermächtnisse, die es zu bewahren, weiter zu geben – und die es lebendig zu erhalten gilt. Sie können uns lehren, wenn wir wollen, dass es unerlässlich ist, die eigene Person ins Spiel der Mächte und Gewalten zu bringen. Das klingt pathetischer, als es in der Wirklichkeit ist.

Gespräch mit Władysław Bartoszewski

Herr Professor Bartoszewski, wie haben Sie die Wende vor zwanzig Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?

Natürlich war das für einen Menschen meiner Generation eine Erlösung, nach langen in der Unfreiheit überlebten Jahren ab 1939 bis 1989, also die längste Zeit des Lebens. Ich war wie Millionen andere Bürger der mittel- und osteuropäischen Staaten gezwungen, die besonderen Wege der Geschichte in diesem Teil Europas zu erleben und zu überleben, mehr oder weniger bewusst.

Die Menschen waren weltanschaulich, politisch, polizeilich und auf jede Weise getrennt vom normalen Leben und von dem, was wir als normales Leben verstanden haben. Als ich mit Richard von Weizsäcker, der damals Regierender Bürgermeister von Berlin war – ich war damals als Gast der Deutschen Bischofskonferenz in Berlin – über unsere Lebenswege gesprochen habe, stellten wir fest, dass wir in unserer Jugend dieselbe Literatur, dieselben Bücher gelesen, dieselben Schauspiele und Filme angeschaut haben. Und wir haben in unserer Lebenszeit Hitler und Stalin erlebt und überlebt. Ein solches Ausmaß des Bösen bedingt



Prof. Dr. Władysław Bartoszewski (geb. 1922) war während des Zweiten Weltkrieges als politischer Häftling in Auschwitz inhaftiert (1940/41) und kämpfte danach im Untergrund gegen die deutsche Besatzung. 1946 wurde er von den kommunistischen Machthabern verhaftet und saß bis 1954 im Gefängnis. Ab 1955 war er als Journalist und Publizist tätig (ca. 50 Bücher und 1.500 Beiträge zur Politik und Geschichte Europas). Zwischen 1974 und 1990 wirkte er als Dozent an den Universitäten von Lublin (Polen), München, Eichstätt und Augsburg. 1990-1995 war er Botschafter Polens in Österreich, zwischen März und September 1995 sowie Juli 2000 bis Oktober 2001 Außenminister der Republik Polen. Seit November 2007 ist er Staatssekretär und Beauftragter des Premierministers für internationalen Dialog.

auch Gefühle der Erlösung. Wenn jemand so hart betroffen worden ist, denkt er in anderen Kategorien.

Die Ereignisse in Polen 1989 haben wir gesehen als Kontinuität eines Prozesses, der für uns Polen am 16. Oktober 1978 mit der Wahl des Krakauer Kardinals Karol Woityła zum Papst angefangen hat. Natürlich haben wir „gewusst“, dass alles nicht so bleiben wird, wie es bisher gewesen ist. Wir haben gewusst, dass der Papst keine Revolution machen wird. Er war kein Revolutionär im üblichen Alltagssinn, aber im Denken schon. So habe ich gewusst: Es wird nichts so bleiben, wie es ist. Ich erinnere an seinen ersten Aufruf „Habt keine Angst, habt keine Angst!“ bei der Amtseinführung in Rom. Dann an seine Reise nach Polen im Juni 1979, neun Monate nach der Wahl. Ich war dabei, als Journalist des katholischen Wochenblattes „Tygodnik Powszechny“. Ich war in Deutschland, ich war in Krakau, ich war in Auschwitz – mit ihm. Ich habe ihn genau beobachtet bei seinen Aktionen, in seiner Umgebung, sowohl im Vatikan als auch in Polen.

Man soll nicht übertreiben: Aber in Polen, das katholisch geprägt war, hat die Mehrzahl der Leute aus diesem Grund „Nein“ zu Kommunismus und Atheismus gesagt. Diese Motivation hat bei uns eine viel stärkere Rolle gespielt als beispielsweise in der DDR. Teilweise war es in Litauen, teilweise in der Slowakei ähnlich. Insgesamt aber war das eine Erscheinung, die sich mit der in den anderen Ländern nicht vergleichen lässt.

Das war neben der ersten päpstlichen Reise nach Polen 1979 auch möglich geworden durch die 1980 erfolgte Gründung der Solidarność-Bewegung, der ersten freien Gewerkschaft in einem kommunistischen Land. Mit großer Hilfe vieler Europäer, mit geistiger, aber auch materieller Hilfe der beiden großen Kirchen in Deutschland, die 1980, 1981, 1982 und in den weiteren Jahren dem polnischen Volk geholfen haben. Nicht nur materiell, sondern indirekt auch psychologisch, kamen wir dann voran.

Sie sagten vorhin, Sie haben das empfunden wie eine Erlösung. Erlösung ist ja ein religiöser Begriff ...

Für mich war das Leben im Kommunismus eine Bürde. Bitte vergessen wir nicht: Ich war in diesem Kommunismus sechseinhalb Jahre in polnischen kommunistischen Gefängnissen, vorher unter Hitler Häftling in Auschwitz, sieben Monate. Ich habe beide totalitären Systeme am eigenen Leib erfahren. Ich habe gesehen, was geschah, und die Geschich-

te wurde gestaltet ohne meine Entscheidung. Als Angehöriger der polnischen Oberschicht habe ich erlebt, dass Leute, die nur die Mittlere Reife erreicht hatten, durch Hitler und Himmler schon in Lebensgefahr gerieten. Diese Gruppe der polnischen Gesellschaft wurde unterdrückt und hat den Krieg mit großen Verlusten überlebt. Große Teile der Eliten, ungefähr ein Viertel der Priester, über 50 Prozent der Juristen, fast 30 Prozent der Lehrer und Gelehrten wurden ermordet. Damit wurden wir schwächer und bluteten biologisch aus.

Sie müssen einen starken und tiefen Glauben gehabt haben, um das zu überleben. Könnten Sie ein wenig davon erzählen, wie Ihr Glaube in dieser Zeit aussah und auf was Sie vertraut haben?

Man muss nicht einen Sinn für einen fundierten Glauben haben, sondern man muss einen kindlichen Glauben an die moralische Ordnung der Welt haben. Eine Ordnung, die uns in der Volksschulzeit durch die Eltern als Christen und durch Nonnen gelehrt wurde und geblieben ist. Es kann sein, dass das kindlich ist, aber ich habe sie oft als die „heilige Ordnung“ bezeichnet. Wenn man die Heiligenbiographien studiert, kann man erkennen, wo die Ideengebung herkommt. Die Polen haben genau diese Motive gehabt. Wir haben unsere Motive über die Kirche bekommen. Bekanntlich waren die meisten Priester in Dachau polnischer Nationalität. Warum sind sie umgebracht worden, ebenso wie die Kommunisten? Das Blut der Märtyrer hat uns gestärkt.

Natürlich macht sich heute die Säkularisierungswelle auch in Polen bemerkbar wie überall in Europa. Natürlich sind die Polen kein Volk der Heiligen, Sündelosen und Engel. Aber die christliche Grundhaltung und Loyalität zur Kirche sind noch immer sehr groß, auch bei den jungen Leuten.

Ich würde mich als Journalist heute mit den mir bekannten Fakten scheuen zu sagen, dass die Kirche in Polen noch genau dieselbe Stärke hat wie früher.

Meiner Meinung nach ist die Kirche weiter sehr einflussreich in unserem Land und materiell abgesichert, obwohl wir keine Kirchensteuer haben. Es gibt Probleme, wenn in einem kleinen Orden ungefähr zehn Nonnen irgendwo in einem Haus wohnen und man das Haus renovieren muss. Das sind so Kleinigkeiten. Aber die Diözesen und Orden haben keine grundsätzlichen Probleme.

Die Aktivitäten der polnischen Dominikaner und der Jesuiten haben sich bereits auf das Territorium der Russischen Föderation, auf Weißrussland und die Ukraine ausgedehnt. Papst Johannes Paul II. hat dort weitsichtig die gesamte Hierarchie erneuert, und das in einem Gebiet, wo es keine Hierarchie gab. Dies sind Spuren, die geblieben sind. Unsere Priester dort bekommen Aufträge aus der Kirche. Sie nehmen alle die weißrussische, die ukrainische und die russische Staatsbürgerschaft an, um bleiben zu können.

In der Kirche Polens sehe ich in den letzten Jahren aber auch gewisse bedrohliche Symptome einer fundamentalistischen Entwicklung. Ich möchte hier keine Beispiele nennen und werde dies auch nicht tun, weil ich zwar kritisch, aber loyal gegenüber meiner Kirche bin. Ich wünsche der Kirche hervorragende Bischöfe und Kardinäle.

Was ist seit der Wende in der polnischen Gesellschaft noch unerledigt geblieben?

Ich muss sagen, wir sind hier keine Ausnahme. Wir waren wie die übrigen Mittel- und Osteuropäer relativ ratlos im Blick auf die freie Marktwirtschaft, in der praktischen Demokratie bzw. in der demokratischen Praxis, bei Entscheidungs- und Wahlprozeduren, angesichts der totalen Veränderungen des Alltags.

Man hat bei uns auch gefragt, wie es nun gehen soll. Schaut man nach „oben“ – wo sind Zentralkomitee, Politbüro und all das geblieben? So etwas gibt es nicht mehr. Es gibt mehrere Parteien, die sich voneinander unterscheiden; es gibt aber keine gesunde Linke. Es gibt zwar eine christliche Partei, aber keine sozialdemokratische! Und dann ist die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Ein Beispiel: In der kommunistischen Zeit musste man an die Wahlurne gehen und ein Zettelchen abgeben für die Nationale Front. Ich muss heute nicht mehr wählen gehen. Ich kann zuhause bleiben. Man zieht sich auf die Kultur zurück, wird unpolitisch!

Nach über drei Generationen der Unmöglichkeit, politisch frei zu wählen, können die Polen wieder wählen. Aber wollen sie es? Diese Fakten begründen schon irgendwie, wie es um uns steht. Wie kann man von den Menschen erwarten, dass sie politisch zwischen Programmen unterscheiden und für die eine oder andere Seite stimmen werden? So haben auch Rechtspopulisten die Chance bekommen und wie alle Populisten in der Welt unbarmherzig die Menschen ausgenutzt. Kriminelle Skandale passieren aber auch in Italien, in Frankreich, in Asien,

natürlich. Und Aggressivität gibt es bei uns auch schon, auch wenn noch nicht geschossen wurde.

Die Kirche hat unterschiedliche Wege gesucht. In einem Fall hat sie sogar eine katholische Wahlliste bestätigt.

Die Polen sind ein Volk der Widerspenstigen: Wir wollen keinen Druck, auch keinen geistigen Druck. Wir wollen nicht, dass irgendwer uns sagt oder befiehlt: „Du sollst das und das tun und wenn Du es nicht tust oder etwas anderes tust, dann erschieße ich Dich!“ Der frühere polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki hat auf die Frage bzw. die Behauptung, er sei ein christlicher Demokrat aus Polen, so reagiert: „Ich bin Christ und ich bin Demokrat.“ In diesem Sinne sind die Polen immer wieder zuerst Christen. Und sie sind, auch wenn sie theologisch gesehen nicht sehr fest im Glauben verankert sind, Demokraten. Sie mögen keinen Druck und keinen Zwang. Und der Populismus hat vor allem dann keine Chance, wenn es den Menschen materiell relativ gut geht.

Im Augenblick geht es bei uns etwas besser als in vielen anderen Ländern. Im Vergleich mit der Ausgangsposition ist es so in Ordnung. Aber bei einer wirtschaftlichen Bedrohung der Stabilität wird es sich zeigen, wie sich die Polen entscheiden und welche Propheten sie dann als falsche bzw. richtige Propheten anerkennen werden.

Hier hat die Kirche mindestens etwas erreicht, weil sie nicht mehr eindeutig für eine Partei votiert. Bei 35 Millionen römisch-katholisch Getauften haben die Polen momentan 30.000 Priester, Diözesanpriester und andere Priester. Natürlich ist das Niveau bei dieser Gruppe unterschiedlich. Viele von ihnen sind oft politisch naiv, gelegentlich auch unklug. Aber gut, die Priester müssen in erster Linie Katechese betreiben. Im Grunde genommen ist für uns jede Tradition von Bedeutung. Es gibt in Polen keine starke, gut fundierte laizistische Tradition oder, sagen wir bewusst nicht Gottgläubige oder nicht in der Kirche bleibende Menschen, die etwas vorschlagen können, was programmatisch ein Bild schafft. So etwas gibt es nicht.

Sie gehören zu denen, die von Anfang an, ganz früh, für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen, zwischen Deutschen und Polen eingetreten sind ...

... Das war im polnischen Interesse, im menschlichen Interesse, im europäischen Interesse ...

... aber für viele nicht nur politisch Interessierte in Deutschland waren manche „Töne“ aus Polen in den letzten Jahren sehr verstörend, sage ich jetzt einmal. Wie sehen Sie die polnisch-deutschen Beziehungen heute aufgrund der letzten vier oder fünf Jahre in Polen?

Ich will nicht die Leute, die auf der polnischen Seite für den härteren Kurs gegenüber den Deutschen verantwortlich sind, einseitig für schuldig erklären. Ab ungefähr 2001 hat man in der deutschen Geschichtspolitik begonnen, Ursachen und Folgen ein bisschen zu verwischen, sicher nicht bewusst, und Unwissenheit mag auch eine Rolle gespielt haben. Aber gewisse Leute sind aus Deutschland gekommen, die gestört haben. Die Reaktionen auf der polnischen Seite waren überzogen und wurden in Deutschland übertrieben dargestellt.

Ich will darauf hinweisen, dass wir in Polen jetzt als Premierminister einen Kaschuben, Donald Tusk, haben. Das ist für Nichtpolen ein wenig kompliziert zu verstehen.¹ Aber für die Menschen hier ist er ein polnischer Politiker, geboren nach dem Krieg, der bewusst Geschichte erlebt hat, polnische Geschichte. Er ist konservativ liberal, nicht liberal im philosophischen, sondern in wirtschaftlichem Sinne. Er war mein junger Kollege im Parlament. Er kam damals aus Danzig, von der kaschubischen Liste. Während einer Legislaturperiode waren wir beide im polnischen Senat; das war für mich eine interessante Zeit. Die nächste Generation, die Generation unserer Söhne und Töchter, meine Generation, Kaschuben und Polen im polnischen Parlament: das war natürlich interessant. Donald Tusk hat mich für die politische Position, die ich jetzt inne habe, gewonnen. Meine Bewertung der Lage hat mir ermöglicht, über den Dingen zu stehen. Ich war immer parteilos. Ich war in der Kirche engagiert, im „roten“ und im „schwarzen Kabinett“, ohne in der roten oder schwarzen Partei aktiv zu werden. Heute bin ich parteiloser Staatsminister, zuständig für die schwierigen Probleme der Kontakte mit den Deutschen und die jüdischen Probleme.

Ich beobachte gegenwärtig in Deutschland in allen Bereichen, sowohl auf der intellektuellen Ebene als auch im Volk, das Wiedererstehen neuer Vorurteile gegen Polen. Das finde ich schlimm. Wie beurteilen Sie das:

¹ Zur Situation der Kaschuben, eines kleinen slawischen Volkes in Nordpolen, vgl. auch Piotr Dziekanowski: Die Kaschubei im Wandel der Zeiten. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), S. 37-43.

Wird das noch eine Zeitlang so weitergehen oder könnte das noch heftiger werden? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass wir Deutsche mit Polen auf die Dauer in einem ungeklärten Verhältnis leben.

Ich habe immer gesagt, egal zu welchem Anlass, so auch schon am 28. April 1995 als polnischer Außenminister – ob die Deutschen das wollen und verstehen oder nicht und ob die Polen das wollen und verstehen oder nicht –, dass es keine europäische Stabilität ohne die Achse Paris-Berlin-Warschau geben wird. Euer ehemaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich in den schönen Putin verliebt, er hat viel Geschmack.

Man kann und muss in der Politik mit allen Faktoren der Macht verhandeln, man muss Recherchen machen, sie entsprechend auch bewerten – im Notfall auch negativ – aber man darf sich nie von Stereotypen lenken lassen. Europa ist jetzt zum letzten Mal – oder zum vorletzten Mal, ich weiß es nicht – im Jahr 2008 davor gewarnt worden, Macht nicht gegen schwächere Völker anzuwenden, bloß weil man von Größe und Stärke fasziniert ist. Wir wissen das. Wir Polen haben viel weniger Vertrauen gegenüber der Faszination der Stärke als Ihr Deutschen. Das hat uns die Geschichte gelehrt. Weder die Nachbarn im Osten noch die im Westen waren Engel für uns. Russland und Preußen haben 1772 und später zusammengespield. Katharina die Große war im Endeffekt eine deutsche Aristokratin und Adelige. Natürlich haben wir gelernt, historisch zu denken. Man darf nichts verharmlosen und gewisse Beispiele des Denkens nicht vergessen, die lange Kette der Ursachen und Folgen in der Geschichte Europas. Ursachen haben auch Folgen, Folgen haben auch Ursachen.

Man soll das auch nicht am Beispiel einer Person verharmlosen, etwa an Frau Steinbach, der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, die als Kind eines Besatzungssoldaten geboren wurde. Ich habe auch nichts gegen die Familie von Bundespräsident Köhler. Aber er hat sich persönlich noch nicht zu einem symbolischen Zeichen gegenüber den Verfolgten und Toten bewegen können. Ich kenne ihn persönlich, schätze ihn, habe mehrmals mit ihm gesprochen.

Anfang der 1960er Jahre habe ich sehr freundliche und sehr enge Beziehungen mit verschiedenen Menschen in Deutschland entwickelt. Ich war vom Verstand und vom Herzen her überzeugt: Man muss das tun. Ich habe auch andere Menschen in unserem Land dazu motiviert. Und ich möchte in Erinnerung bringen: Die letzte pastorale Reise des

polnischen Papstes führte ihn nach Deutschland, und seine erste Äußerung in deutscher Sprache geschah in der Frauenkirche in München im September 1978 als Erzbischof von Krakau bei Erzbischof Ratzinger, einen Monat vor seiner Wahl zum Papst. Damals habe ich gestaunt und gedacht: Welche Vision tut sich da in dieser Kirche, in diesem unserem Leben auf!

Ich begegne – nicht nur an der Universität in Deutschland – jungen Menschen, die rein gar nichts mehr wissen von dem, was vor zwanzig Jahren in Europa geschehen ist. Dies ist insgesamt ein europäisches Problem ...

... aber sie wissen leider überhaupt so wenig über die Geschichte ...!

... unter anderem deswegen machen wir ja auch diese Interview-Reihe in dieser Zeitschrift, sozusagen als einen kleinen Beitrag zur Gedächtnissicherung.

Wenn Sie einen jungen Menschen vor sich haben, der geschichtlich kaum mehr davon weiß, was würden Sie ihm sagen, woraufes im privaten, politischen und öffentlichen Leben ankommt, aus Ihrer Lebenserfahrung heraus?

Man muss immer Halt finden in der Tradition des eigenen Hauses. Nicht jeder hat eine entsprechend interessierte Familie gehabt oder konnte im täglichen Leben, in der Volksschule, im Gymnasium oder irgendwo, etwa über die Familie oder durch Freunde, etwas über die Geschichte durch Zuhören erfahren.

Ich schreibe viele Bücher. Meine neuen Bücher sind in Polen im Jahre 2008 in fast 300.000 Exemplaren verkauft worden. Ich verlege, ich schreibe – und die Jugendlichen sind die Leser, nicht die Alten, diese sind zu arm, um Bücher zu kaufen. Der Büchermarkt ist auch etwas für die Leute bis dreißig, bis vierzig und nicht nur für die Leute bis achtzig Jahre. Ich mache auch viele Autorenreisen im Land. Wenn ich nach Krakau, Posen oder Breslau komme, habe ich 800, 1.000, 1.500 Zuhörer, das hängt nur von der Größe des Raumes ab, in dem die Lesung stattfindet. Und was mich ganz besonders freut: Zu 90 Prozent sind die Leute unter dreißig Jahre. Das bedeutet: Es sind ganz überwiegend junge Leute, die mich hören und die mich etwas fragen wollen. Ich habe keine Wunderrezepte, ich bin kein Notheiler, war das auch nie gewesen. Ich werde und kann

niemandem sagen: „Du musst an die Kandidaten in deinem Wahlkreis denken, an die Seriosität, an Glaubwürdigkeit, an das Niveau und an die Klugheit des Menschen.“ Ich denke in Kategorien des Anstandes ...

... Ich erinnere an Ihr Buch „Der Herbst der Hoffnungen – Es lohnt sich, anständig zu sein“, das 1983 erschienen ist und in dem Sie den Anstand als eine Grundkategorie des Menschen beschreiben – und dies angesichts Ihres Lebens: nach jahrzehntelanger Verfolgung, nach Lagerhaft, Einzelzelle, Gewalt und Folter – es lohnt sich, anständig zu sein!

... und das Gute ist: Die deutsche Version erschien vor der polnischen, in der mich keiner verlegen wollte. Das Buch läuft bis heute, und es gibt immer neue nachgedruckte Auflagen. Ich habe mich schon gefragt, wie viel Gewinn die Dominikaner in ihrem Verlag damit gemacht haben. Es lohnt sich sicher.

Noch einmal: Was sagen Sie jungen Leuten?

Ich mache sie darauf aufmerksam: Es ist viel wert, anständig zu sein. Es lohnt sich! Es lohnt sich wirklich!

Ich wurde vom Elternhaus entsprechend erzogen. Ich habe immer gesagt bekommen: „Mein Sohn, du sollst nie Schulden machen, sollst nie leichtsinnig dich verpflichten und etwas unterschreiben.“ Und hat man dem Knaben nicht auch gesagt: „Weißt du, wer lügt, der kann gelegentlich auch stehlen. Und wer stehlen kann – Gott behüte – kann auch jemanden ermorden?“ Am Anfang der Kette nimmt man eine falsche Position ein, ohne dass man ein Bewusstsein dafür hat, dass sie schlimm ist. Zu diesem Zeitpunkt ist die Kette noch nicht böse. Generationen von Bauernsöhnen sind in der einfachen Philosophie der Zehn Gebote und des Gebotes der Nächstenliebe erzogen worden. Im Grunde genommen soll man Gott lieben und seinen Nächsten wie sich selbst. Dies ist genug. Dann kann man sogar alles verlieren und kann doch weiterleben.

Oft schon bin ich in Polen gefragt worden: „Wie konntest Du mehrere Jahre in Deutschland leben, in einem Land, in dem man Dich als 18-Jährigen ins Konzentrationslager gebracht hat?“ Ich habe gesagt, dass ich diejenigen, die das getan haben, nie getroffen habe. Hätte ich sie getroffen, so hätten diese gesagt: „Wir haben damals gehandelt, wie wir handeln mussten.“ Das wäre ein Thema zu einem Gespräch gewesen. Aber niemand hat sich gemeldet. Warum soll ich ihre nächste Generation beschuldigen?

Und dann habe ich im Kommunismus gelebt und aus polnischen Büchern erfahren, dass es entsprechende Unterlagen über mich gab. In meinen Akten habe ich festgestellt, dass 418 Funktionäre sich kürzer oder länger mit mir beschäftigt haben und außerdem noch 56 inoffizielle, geheime Mitarbeiter des Geheimdienstes. Also fast 500 Leute! An keinem einzigen Tag habe ich einen anonymen Brief bekommen, in dem stand: „Herr Bartoszewski, ich weiß über Sie sehr viel, in der Vergangenheit war ich einmal anderer Meinung, ich habe gegen Sie gehandelt und das war falsch.“ Niemand hat sich gemeldet, mit keinem Wort! Also: Haben die Polen besser gehandelt?

Und weil ich am 19. Februar dieses Jahres 2009 siebenundachtzig Jahre alt werde, falls ich das überhaupt erleben sollte, dann muss ich aus einer langen Perspektive heraus, aus der Erinnerung von über fünfzig Jahren sagen: Ein junger Mensch bewegt viel. Ich habe später im Leben nie mehr so viele Sachen angeschaut wie damals. Neugierig bin ich aber immer noch!

Heute gibt es andere Probleme in anderen Formen und mit neuen, anderen Erfahrungen.

Ich muss offen gestehen, dass ich ein glücklicher Mensch bin. Glück bedeutet mir, dass ich sterben werde in einem Staat und in einer Gesellschaft, in der die Ordnung des Staates und der Demokratie vorhanden sind, wo die Leute klüger geworden sind, wo wir Freunde haben in verschiedenen Ländern – auch in Deutschland. Darüber bin ich glücklich.

Gespräch mit Tatjana Goritschewa

Frau Goritschewa, wie haben Sie die Wende, das Ende des Kommunismus, vor zwanzig Jahren persönlich erlebt?

Vor zwanzig Jahren hat praktisch niemand von uns gedacht, dass das sowjetische System zerstört werden kann. Plötzlich bekam ich ein Telegramm von meinen Freunden aus Sankt Petersburg, das besagte, dass ich zurückkommen darf. Sonst war die Situation so, dass ich als eine große Verbrecherin niemals mehr die sowjetische Grenze überschreiten durfte. In derselben Woche habe ich die Fahrkarte gekauft und bin nach Sankt Petersburg gefahren. Natürlich war ich nicht so naiv zu denken, dass die Kommunisten alle sofort aussterben würden und innerhalb von fünf Tagen eine freie demokratische Gesellschaft dort aufgebaut würde. Aber ich habe doch gedacht, dass ich in eine wirklich wunderbare Gesellschaft komme. Zu Beginn waren es die Zeichen der Freiheit, die sehr positiv und faszinierend waren. Die Freunde im Gefängnis kamen frei, man hat im Fernsehen und in den Zeitungen über alles gesprochen und geschrieben, was vorher verboten war und noch mehr über das, was wir bis dahin nicht gewusst haben. Viele Menschen haben naiv und mit großer Freude wirklich geglaubt, dass man ein Paradies aus erster Hand bauen kann. Allmählich aber habe ich verstanden, dass sich nichts geändert hat. Bald



Tatjana Goritschewa (geb. 1947) studierte Philosophie und Radiotechnik. Mit 26 Jahren wurde sie Christin und gründete mit einigen Frauen in ihrer Heimatstadt Leningrad die erste Frauenbewegung der Sowjetunion. Nach ihrer Bekehrung organisierte sie religiöse Seminare und veröffentlichte zwei Zeitschriften im Untergrund. 1980 wurde sie aus der Sowjetunion ausgewiesen, lebte danach vor allem in Paris, wurde aber durch eine rege Vortragstätigkeit, als Schriftstellerin und durch die Medien auch in Deutschland bekannt. Heute lebt Tatjana Goritschewa in der Stadt ihrer Geburt, die wieder Sankt Petersburg heißt.

kam auch ein Mann vom KGB, d. h. von der Staatssicherheit, zu mir. Ich habe nur gelogen und gesagt, dass ich mit ihm nicht sprechen will.

Wie war denn Ihr Leben vor der Wende?

Das ist eine besondere Geschichte. Vor der Wende war ich sehr bekannt und sehr aktiv. Zehn Jahre vor meiner Abschiebung habe ich zuerst im religiösen Umfeld gewirkt. Ich habe in meiner Wohnung ein orthodoxes Seminar mit Menschen, die verfolgt waren, veranstaltet. Dann habe ich zusammen mit anderen Frauen die erste freie Frauenbewegung in Russland gegründet. Das war schon sehr gefährlich, weil wir politisch sehr engagiert waren. Viele Frauen wurden verhaftet und abgeschoben. Ich wurde ebenfalls verhaftet und man hat mir gesagt, ich müsste zwischen Gefängnis und Emigration auswählen. Ich habe mich für die Emigration entschieden. Das war am 20. Juli 1980. Alle Dissidenten, Stadtstreicher und Betrunkene mussten weg. Innerhalb von drei Tagen mussten wir uns entscheiden. Ich bin nach Österreich abgeschoben worden und habe dazu einen Pass mit einem jüdischen Namen bekommen. Das hat der KGB oft gemacht. In Russland gab es offiziell keine Dissidenten. Wir waren alle entweder Drogendealer oder Spekulanten. Wie gesagt: Wir Frauen wurden als Juden „bezeichnet“. Mit einem jüdischen Namen im Pass bin ich nach Österreich gekommen. Von dort aus hätte ich nach Israel fahren sollen. Aber ich bin nach Deutschland gefahren, weil ich Deutschland immer geliebt habe und dachte, Deutschland ist so etwas wie eine Heimat für meine Seele.

Die Situation davor, in der Sie lebten, muss doch eine unglaubliche Bedrückung und Depression gewesen sein?

In der Zeit der Verfolgung bin ich zur Christin bekehrt worden, in einem Land, in dem das Christentum sehr stark verfolgt und jeder zweite Mensch ein Märtyrer war. Es war ein Glück, eine Christin zu sein. Gott hat sehr viel Kraft und Licht in der Depression gegeben.

Welchen Stellenwert hat der Glaube in dieser Zeit der Wende und davor für Sie gehabt?

Er war alles. Es gab bei mir keinen allmählichen Übergang von der Skepsis, von der Philosophie zum Glauben. Das war nicht so. Der Glaube kam unerwartet. Durch das Vaterunser ist die Liebe Gottes gekom-

men, die nach mir, nach meiner Seele, meinem Körper, meinem Unterbewusstsein, nach allem verlangt hat.

Auch schon vor der Wende?

Ja, schon vor der Wende, als ich Dissidentin war. Über das Christentum haben wir nur gewusst, dass die ganz alten Frauen noch an einen Gott als alten Mann mit langem Bart glauben. Wir haben darüber gelacht. Deswegen haben wir auch etwas anderes gesucht, z. B. Yoga oder den Buddhismus. Ich habe Hata-Yoga gemacht wie viele meiner Freunde. Das wurde auch verfolgt. Aber alles Verbotene hat die jungen Menschen damals angezogen.

Wie geschah der konkrete Schritt zum Christentum?

In meinem selbst gemachten Yoga-Buch stand auch der Text des Vaterunser. Das war wie ein Mantra. Ich habe es ohne irgendwelche Gefühle automatisch gesprochen. Es kam kein Licht oder irgendetwas Physisches, sondern Gefühle der Liebe kamen von außen, die ich niemals vorher gespürt habe. Sie waren nicht menschlich, sie waren alles. Ich habe verstanden, weil ich schon etwas über das Christentum gewusst habe. Und ich habe mir gesagt: Du bist eine Christin! Da hat alles begonnen.

Was hat sich nach Ihrer Meinung in Russland seit der Wende geändert?

Wir wissen, dass der „alte Teufel“ noch nicht weggegangen ist. Sieben neue Teufel sind sofort eingetreten in dieses Haus, das leer geworden ist. In Russland herrscht ein barbarischer Kapitalismus, die Oligarchie, die zynisch und hässlich ist. Die neuen Reichen sind hässlich, geschmacklos, ungebildet, grausam, einfach satanisch. Die Kluft zwischen den Reichen und den Armen ist viel tiefer als in anderen Ländern. Die Arroganz der Reichen ist schrecklich. Sie haben kein Mitleid. In Russland wird den Armen wenig geholfen.

Hat sich in der politischen Praxis eigentlich etwas geändert? Können die Menschen wirklich freier leben?

Sie können natürlich alles sagen, was sie wollen. Sie können Christen sein, sie können in die Kirche gehen, sie können alles. Aber niemand interessiert sich für sie, niemand zeigt sie im Fernsehen.

In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben nicht nur die alten Kommunisten, sondern alle möglichen Zyniker und schlechten Menschen verstanden, dass niemand sie strafen wird, dass sie stehlen können, dass sie weiter so korrupt leben können. Niemand hat die Namen derer genannt, die z. B. mich und andere verfolgt haben. Diese Menschen sind – weil sie nicht bestraft worden sind und weil niemand über sie spricht – noch zynischer geworden. Sie nehmen Rache. Sie sind pathologisch kranke und böse Menschen. Das ist wirklich der Menschentyp, der am schlimmsten ist. Das Gute hassen sie, das Schwache verachten sie, das Schöne kennen sie nicht und wollen es nicht sehen. Was sie machen, ist teuflisch.

Welche Rolle hatte die Kirche in der Zeit des Kommunismus für Sie gespielt?

Die Kirche war die einzige Insel der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Liebe in einer Gesellschaft, in der alles verboten oder verdreht war, in der die Menschen voller Angst lebten. Die Kirche war für uns eine total andere Welt. Wenn die Kirche nicht da gewesen wäre, hätte ich wie eine Maus existiert.

Wenn Sie „Kirche“ sagen, was verstehen Sie darunter?

Hier muss man wirklich unterscheiden. Die Kirche im Westen ist vor allem eine Institution. In Russland ist die Kirche mehr eine mystische Sache. Sie ist der Leib Christi. Sie ist natürlich auch eine Institution. Aber der Begriff wird niemals in geistigen und geistlichen Gesprächen verwendet. Man sagt, die Kirche ist größer als die ganze Welt, größer als alles, größer als das Paradies. Sie ist vor allem eine mystische Erfahrung.

Sie gehören also im Grunde genommen einer anderen Kirche als der rein institutionellen Kirche an?

Natürlich! Bis heute.

Welche Rolle spielt die Kirche in Russland heute?

Die Kirche spielt heute eine sehr große Rolle in unserem Land. Vor allem, weil die Kraft des Gebetes nicht verloren gegangen ist. Ich verstehe gar nicht warum, das ist wie ein Wunder. Man betet intensiv, gleich, ob

es eine alte Frau ist oder ein Intellektueller. Das geistliche Leben ist nicht verloren gegangen.

Vor fünf Jahren noch hat man über die russische Idee, die russische Vision gesprochen. Wo ist die russische Idee? Erst Jelzin, dann Putin, jetzt Medwedjew? Man muss den Menschen eine Idee geben. Das Volk kann nicht nur für das Geld leben. Aber man hat sie nicht gefunden, diese russische Idee. Es ist wieder die Kirche, die noch geblieben ist, die in ihrer Ganzheit und ihrer Überfülle alles gibt.

Sie haben einmal gesagt, dass sich die Kirche in Russland mehr „um die goldenen Kuppeln als um die Leiden der Menschen“ kümmert.

Jedes Jahr wird Russland um Millionen von Menschen kleiner. Das heißt, dass wir während der letzten zehn Jahre mehr Menschen verloren haben als während des Zweiten Weltkriegs. Das ist eine Frage des Überlebens.

Wahrhaftig, es gibt Armut! Um ein Kind in die Welt zu setzen und einfach in die Geburtsklinik zu kommen, muss man schon sehr viel bezahlen. 1.000 Euro sind das Minimum, um einfach zu fragen, ob sie helfen können in der Klinik oder ob der Arzt kommen kann.

Um zu überleben, braucht man wirklich ein Ziel, einen Sinn – und das sind die Kirche und das Christentum. Aber es gibt zu wenig Kirchen, zu wenig Klöster, zu wenig Priester. Das Land ist riesig. Außerdem gibt es viele Sekten – wie beispielsweise Scientology. Das mit den „goldenen Kuppeln“ ist eine Schande.

Wer ist dafür verantwortlich, dass die goldenen Kuppeln wichtiger sind als das Leiden der Menschen, und wen meinen Sie damit, wenn Sie „die Kirche“ sagen?

Dafür sind auch die Priester verantwortlich, weil sie immer sofort versuchen, zerstörte Kirchen, Ruinen wieder aufzubauen. Klar, man muss etwas machen, beispielsweise ein Dach. Aber es gibt so etwas wie einen Wettbewerb. Aussagen wie „meine Kirche ist schöner“ oder „endlich haben wir dies und das aufgebaut“ und so weiter. Dies ist in meinen Augen kleinbürgerlich und das war schon in der Sowjetzeit so, weil die Kirche isoliert war. Es war wie in einer kleinen Sekte, wo sich die Priester einander nicht geliebt haben, sondern Aussagen machten wie „ich bin reicher“ oder „ich habe ein schönes Auto, der hat ein hässliches Auto“.

Diese Mentalität rührt noch aus der Zeit der Verfolgung her, in der man durch den Reichtum ein wenig an Bedeutung gewann.

Gibt es in der Kirche in Russland eine Bewegung, die den „Dächerbauern“ entgegenhält, dass der Kampf gegen das Leiden der Menschen wichtiger wäre als der Bau vergoldeter Dächer?

Es gibt keine organisierte Bewegung. Es sind einfach die einzelnen Christen, die dies sagen. Ich, zum Beispiel, habe das in einer großen Zeitschrift vor kurzem ganz klar gesagt. Das Schlimmste ist Reichtum, Komfort und Bequemlichkeit. Man muss asketisch sein heute, das ist das Wichtigste. Ich habe sehr viele Freunde, die Priester sind und die das sehr gut verstehen. Ich kann es auch den reichen Priestern sagen. Ich kann es schon, aber sie hören es einfach nicht, wollen es nicht hören. Ihre Ohren sind verschlossen für meine Worte.

Was ist seit der Wende liegengeblieben, was politisch, gesellschaftlich oder kirchlich hätte bearbeitet oder gelöst werden müssen? Was ist noch nicht erledigt?

Alles ist praktisch noch nicht erledigt. Alles ist irgendwie noch schlimmer geworden. Die Intellektuellen, die Denker und Wissenschaftler sind entweder schon gestorben oder weggegangen. Dies geschah ebenfalls in vielen anderen Ländern des ehemaligen kommunistischen Machtbereichs – wie z. B. in Litauen, Estland, der Ukraine, Georgien. Ich fahre jetzt zurück nach Russland und suche dort Arbeit für mich. Ich muss bei Null anfangen mit meinem eigenen Geld, meiner eigenen Wohnung, mit meinem eigenen Verdienst. Der Staat kann dabei nur stören. Die Wissenschaftler können nicht nach Russland zurück kommen, weil die Wissenschaft verloren gegangen und alles zerstört ist. Sie brauchen doch Apparaturen für ihre Forschungen. Aber das existiert alles nicht. Die Intelligenz, die schreibt, die dichtet oder die bildenden Künstlerinnen und Künstler: Sie trinken oder sie müssen ins Ausland fahren, um Anerkennung zu bekommen. Wenn sie in Russland anerkannt sind, dann sind alle längst gestorben. Russland ist ein sehr traditionelles Land in der Kultur und den Wissenschaften.

Sehr viele Menschen haben keine Arbeit. Das bedeutet: Sie bekommen kein Geld und erfahren keine Anerkennung.

Glauben Sie, dass der gegenwärtig in Russland real existierende Kapitalismus die Alternative war, die sich die Menschen in der Zeit des Kommunismus erhofft hatten?

Ich glaube nicht, dass der freie Markt überhaupt existieren kann. Es gibt natürlich den Neoliberalismus, der sagt, dass der freie Markt sich selbst gesund machen, sich selbst regeln kann und Gerechtigkeit schaffen wird. Das ist eine unglaubliche Lüge. Bei uns propagiert man gerade überall, vor allem auch in den Massenmedien, den Neoliberalismus. Die Propagandisten sind die Menschen, die Russland erneut in den Abgrund geworfen haben. Das sind die sogenannten Neoliberalen. Für mich sind das die neuen Totalitären. Es ist eine Art von Totalitarismus, der vielleicht noch schlimmer ist als der Kommunismus. Der Kommunismus hatte wenigstens noch etwas mit dem Evangelium zu tun, mit den Idealen der Hilfe, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit und so weiter.

Politiker wie der ehemalige Finanzminister Anatolij Tschubais oder Anatolij Sobtschak, der frühere Oberbürgermeister von Sankt Petersburg, haben gesagt, dass alle alten Menschen über 60 Jahre in Russland sterben müssen. Tschubais hat gesagt, 30 Millionen Russen müssen in den nächsten Jahren sterben, damit sie uns nicht stören. Das ist ganz offen im Fernsehen gesagt worden! Das heißt, sie müssen einfach sterben, und das geschieht auch.

Das sagen sie so offen?

Ja, so offen! Diese Politiker werden in Russland vom ganzen Volk gehasst. Aber man kann nichts machen! Was können wir tun?

Das bringt mich aber nun doch auf eine ganz andere Frage. Mit anderen Worten: Es gibt im Grunde eine tiefe Spaltung in der russischen Gesellschaft. Das wäre wiederum die Voraussetzung dafür, dass irgendwann die Menschen sich das nicht mehr gefallen lassen. Wird es vielleicht eine neue Revolution in Russland geben?

Vielleicht ja! In Russland ist es möglich. Ich glaube nicht in diesem Jahr, weil die Menschen noch zu sehr allein gelassen und verloren sind. Aber man sucht. Die heutige Tendenz, die mir gar nicht gefällt, geht dahin, dass man eine starke Hand sucht. Deswegen gibt es sogar vereinzelt Bestrebungen, Tyrannen wie Stalin und Iwan den Schrecklichen heilig zu sprechen. Man verlangt nach einem starken Führer, weil man

für dieses riesige Land eine Kontrolle braucht. Die Menschen sind gewöhnt, dass der Staat alles macht. Sie können nicht auf Dauer in einem sich mehr und mehr entwickelnden Chaos existieren.

Wer spricht für diese Menschen? Haben sie Sprecher, die ihre Rechte und Wünsche verteidigen?

Es gibt natürlich Parteien bei uns, sogar sehr viele Parteien. Jetzt hat man ihre Zahl reduziert. Man hat versucht, die besten Menschen aus den guten kleinen Parteien einfach zu kaufen. Und man hat das erreicht.

Wer hat sie gekauft?

Das waren Neoliberale, die sich auch als Christen bezeichnet haben. Die meisten von ihnen sind inzwischen von der Bildfläche verschwunden, haben eine andere Richtung eingeschlagen.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass 20 Jahre nach der Wende die Dinge fast noch schlimmer sind als vorher?

Ja, weil das Volk einfach verschwindet, was sehr schlimm ist. Andererseits ist es besser, weil die Menschen nicht mehr so naiv sind und nicht darauf warten, dass alles irgendwie vom Himmel fällt oder vom Staat kommt. Dass sie eben nicht mehr erstaunt sind, wenn sie vom Staat ihre Rente nicht bekommen, und dass jeder von ihnen etwas für sich selber tun muss. Da beginnt sich langsam etwas zu verändern. Wenn ich jetzt nach Russland komme, sehe ich nicht nur verlorene oder verzweifelte Gesichter oder ich höre nicht nur hysterische Schreie wie noch vor fünf Jahren. Die Einsicht in die Notwendigkeit der eigenen Initiativen wächst. Es entwickelt sich auch immer mehr die christliche Solidarität. Das ist ein großes und gutes Zeichen. In der Zeit der Verfolgung war es unmöglich, etwas Großes miteinander zu tun.

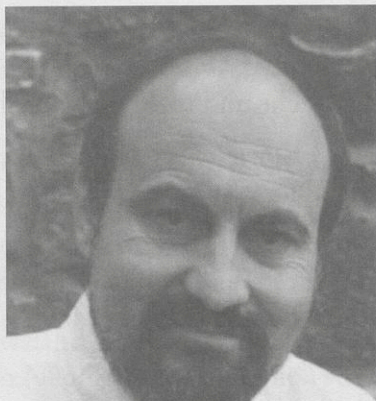
Das ist heute möglich?

Ja, das geschieht. Es gibt mehr und mehr gute und lebendige Gemeinden, in denen man sich gegenseitig hilft, auf die vielen anderen Armen achtet oder sich um die Kinder kümmert.

Also haben Sie auch Hoffnung?

Ja, ich habe eine große und tiefe Hoffnung, dass sich diese Bewegung fortsetzt und wächst.

Gespräch mit Tomáš Halík



Herr Professor Halík, wie haben Sie die Wende vor zwanzig Jahren persönlich erlebt, welche Gefühle beherrschten Sie damals?

In den Novembertagen 1989 war ich zur Heiligsprechung der Agnes von Prag in Rom. Das war das zweite Mal in zwanzig Jahren, dass ich eine Gelegenheit hatte, in den Westen zu fahren. Ein paar Tage vorher, am 7. oder 8. November, hatte ich im Vatikan meine erste persönliche Begegnung mit Papst Johannes Paul II. Während eines privaten Abendessens ergab sich die Gelegenheit, ihm die ganze Geschichte über die Untergrundkirche und die im Geheimen geweihten Priester zu erzählen. Das war genau einen Tag vor dem Fall der Berliner Mauer. Der Papst kam auch auf die Fernsehnachrichten zu sprechen und sagte, dies sei das Ende des Kommunismus. Ich sagte, dass ich das nicht glaube und dass es bei uns vielleicht eine Perestroika geben würde, vielleicht für fünf Jahre, und dass dann vielleicht noch etwas geschehen könnte. Der Papst widersprach mir. Er sagte, ich sollte mich vielmehr darauf vorbereiten, dass ich sehr bald frei sein würde.

Einen Tag nach der Kanonisation (12. November) war ich bei einer Generalaudienz in der Aula des Vatikans, an der 11.000 Wallfahrer aus der Tschechoslowakei und auch aus dem Exil teilnahmen. Dort habe ich

Prof. Dr. Tomáš Halík (geb. 1948) studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Karlsuniversität in Prag und (nach 1980) an der Päpstlichen Lateranuniversität. 1978 wurde er in Erfurt geheim zum Priester geweiht und war bis 1989 in den so genannten „illegalen Strukturen der katholischen Kirche“ aktiv. 1990-1993 war er Generalsekretär der Tschechischen Bischofskonferenz, außerdem seit 1990 Akademikerseelsorger in Prag und Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie. Seit 1997 ist er als Soziologieprofessor an der Philosophischen Fakultät der Karlsuniversität in Prag tätig.

eine halbe Stunde vor der Ankunft des Papstes eine Rede über die Situation und Bedeutung der Heiligsprechung und über die Zukunft der Kirche gehalten. Ich habe darin gesagt, dass es eine Prophezeiung aus der Barockzeit gibt, die besagt, dass ab dem Zeitpunkt der Kanonisation von Agnes gute Zeiten für die Kirche kommen würden. Die anwesende tschechoslowakische Regierungsdelegation war sehr wütend, aber die Menschen spendeten großen Applaus. Ich blieb dann noch ein paar Tage in Rom. Währenddessen habe ich erfahren, dass es am 17. November in Prag eine Demonstration geben würde. Am 19. November flog ich abends von Rom nach Prag zurück in Begleitung von Kardinal Tomášek. Wir reisten mit einem tschechoslowakischen Flugzeug und konnten deswegen tschechische Zeitungen bekommen. Dort war zu lesen, dass es in Prag einen Generalstreik und Studentenunruhen gebe. Im Flugzeug war auch der italienische Botschafter in Prag. Er sagte zum Kardinal: „Eminenz, das ist eine Revolution!“ In Prag wurde ich von meinen Studenten-Freunden erwartet, die bei diesen Demonstrationen schon aktiv waren und die mir alles erzählten. In der Nacht formulierten wir eine Erklärung der Katholiken zu dieser Situation, und am nächsten Tag war ich selber schon in der Bewegung mit aktiv und ging täglich zu den Demonstrationen. Ich wurde zu den Studentenstreiks eingeladen, die an den verschiedenen Fakultäten stattfanden. Die intellektuellen Dissidenten durften damals keine Vorlesungen an der Universität halten. Ich habe dort über Religion gesprochen. Es herrschte eine große Sympathie für die Rolle der Kirche und für den Papst. Viele Bekehrungen von Studierenden hatten ihren Ursprung in diesen dramatischen Tagen. So habe ich diese Tage erlebt.

Anschließend war ich bei Kardinal Tomášek, weil ich zu seinem offiziellen Beraterkreis gehörte. Dort bereitete ich einen Predigttext und eine Rede zur Rosenmesse vor – als Danksagung für die Kanonisation der Heiligen Agnes.

So wurde wieder einmal deutlich, dass die pure Existenz der Kirche, die Anwesenheit der Religion, an sich schon ein Politikum ist.

Ja! – Nach einer Woche feierten wir eine große Messe in der St.-Veits-Kathedrale. Diese Messe wurde in der Tschechoslowakei erstmals im Fernsehen übertragen. Für den Kardinal hatte ich die Predigt vorbereitet, in der er die historischen Worte sagte: „In dieser Stunde der Geschichte stehe ich und steht die ganze katholische Kirche auf der Seite

der Freiheit und der Nation.“ Als ich dies hörte, war ich tief erschüttert. Als nach der Messe Tausende von Menschen aus der Kathedrale auf den Wenzelsplatz kamen und Václav Havel gesprochen hat und danach Václav Malý eine bewegende Rede hielt, die er mit dem Vaterunser abschloss – das war wirklich ein historisches Ereignis.

Wie war denn die Situation für Sie vor der Wende? Können Sie das aus Ihrer persönlichen Erfahrung schildern? Sie haben vorhin gesagt, dass Sie im Untergrund zum Priester geweiht worden sind. Sie haben also schon gewusst und erfahren, was es heißt, anders zu leben. Wie hat sich die Situation für Sie dargestellt?

Oh ja, das war sehr schwierig! Ich studierte Philosophie und Soziologie bei Jan Patočka, er war einer der ersten Sprecher der Charta 77, der mich intellektuell und auch moralisch sehr beeinflusst hat. Im Jahre 1978, am Vortag der Amtseinführung von Papst Johannes Paul II., wurde ich in der DDR, in Erfurt, von Bischof Hugo Aufderbeck geheim geweiht. Mein Zivilberuf war die Arbeit als Psychotherapeut mit Drogensüchtigen und Alkoholikern in Prag. Selbst meine Mutter wusste nicht, dass ich Priester war. Nur ein kleiner Kreis um Kardinal Tomášek wusste davon. Für ihn entwarf ich Reden, bereitete öffentliche Briefe an die Regierung und anderes vor. Sein Vertrauen zu einem Mann, der 50 Jahre jünger als er war, war unglaublich.

Wir hatten damals – als es in Russland schon die Perestroika gab – eine Ahnung, dass auch bei uns etwas kommen musste. Aber natürlich wussten wir nicht, dass es so bald und so radikal geschehen würde. Unser Wunsch war, dass dies nicht nur eine Änderung der ökonomischen und politischen Strukturen bedeuten würde, sondern dass Demokratie und ein Leben in Freiheit ihre Voraussetzungen in einem moralischen Klima haben sollten. Ich habe im Untergrund ein Programm geschrieben und veröffentlicht. Es war wie ein Laboratorium eines alternativen Lebensstils für das kommende Millennium des Heiligen Adalbert von Prag. Ich habe darin geschrieben, wir müssten mit allen anderen Menschen eine Koalition der Menschen guten Willens bilden, auch im Sinne der Ökumene mit den anderen Christen. Aber auch mit den Menschen, die nicht gläubig sind, aber dennoch eine Verantwortung für die moralische Gesundheit und Genesung der Gesellschaft empfinden.

Wenn wir das Millennium des Heiligen Adalbert – er war einer der ersten tschechischen Europäer! – feiern, so meinte ich, dann sollten wir

auch unsere europäischen Wurzeln feiern. Die Person und das Werk Adalberts wurde jedoch, um es ehrlich zu sagen, in der damaligen Gesellschaft nicht akzeptiert. Ich war der Auffassung, wir müssten uns alle zu einem Geist der Demut und Buße bekehren, dürften auf keinen Fall triumphalistisch sein. Das ganze Volk braucht Demut und Buße, auch die Kirche. Die Kirche kann nur dann zur Genesung der Gesellschaft beitragen, wenn sie sich selbst moralisch erneuert. Im Rahmen einer kritischen Selbstreflexion, so schrieb ich, sollten wir bereit sein, für die Zukunft eine grundlegende Veränderung von Kirche und Gesellschaft in Angriff zu nehmen.

Ich erlebe heute oft in den Ländern und Gesellschaften, in denen bis vor zwanzig Jahren der Kommunismus geherrscht hat, eine gewisse Enttäuschung darüber, dass das, was man sich damals erhofft hat, was in den ersten Jahren – auch kirchlich und religiös – aufgebrochen ist, sich nicht entfaltet hat und wieder in sich zusammengefallen ist. Teilen Sie diese Enttäuschung?

Ja, teilweise schon! Ich muss eingestehen, dass ich die Möglichkeiten der Kirche überschätzt habe. Ich bewegte mich damals in einem engen Kreis von Menschen, die eine große Lebenserfahrung und teilweise viele Jahre im Gefängnis verbracht hatten. Sie waren immer intellektuell tätig und in einem Austausch mit den Besten, sie hatten Zugriff auf die neueste Literatur, sie trugen den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils in sich. Ich hatte die Vorstellung, dass der Klerus und die Kirche so auszu-sehen hätten. Aber nach der Wende war es für mich eine Überraschung, dass der durchschnittliche Klerus durch den Kommunismus ziemlich zerstört war und sehr viele Priester distanziert von der Entwicklung der Theologie, Kultur und Philosophie waren, sozusagen in einem Mikroklima, und nur in der Liturgie lebten.

Praktizierende Katholiken waren bei uns immer in der Minderheit. Aber in jenen Jahren waren sie wegen verschiedener mutiger Tätigkeiten der Kirche Gegenstand großer Sympathie und großer Erwartungen. Kardinal Tomášek war in den letzten Jahren des Kommunismus wirklich ein Symbol für einen geistlichen Widerstand, auch für die Nichtgläubigen und Dissidenten. Die Kirche war praktisch die einzige Alternative zum Kommunismus. Für viele Leute, für die jungen Intellektuellen, die Studenten, die Künstler war die Kirche eine Art „Insel der geistigen Freiheit“ und ein Signal der Hoffnung. Es gab viele Kreise von Sympa-

thisanten mit der Kirche. Bis heute ist mein Hauptakzent, mit diesen Sympathisanten zu arbeiten und auch diesen Leuten etwas anzubieten. Die Kirche muss offene Arme haben auch für Menschen, die sich nicht hundertprozentig mit ihr identifizieren wollen oder können.

Welche Rolle spielt die Kirche heute?

Teils, teils. Meine persönlichen Erfahrungen im Präsidium der Tschechischen Christlichen Akademie sind gut. Die Akademie hat jetzt in 72 Städten Zweigstellen und strahlt auch auf die nichtkirchliche Umgebung aus. Dann habe ich hier in Prag die akademische Pfarrei, die wirklich immer voll ist. Ich habe jedes Jahr mehr und mehr Katechumenen, Menschen also, die sich sozusagen um den Eintritt in die Kirche bewerben. Dieses Jahr sind es 60, und das bei zwei Jahren Vorbereitungszeit. Auch meine Bücher sind überregional verbreitet und erscheinen sogar in nichtkirchlichen Verlagen. In den letzten sieben Jahren ist jedes meiner sieben Bücher in über 30.000 Exemplaren verkauft worden.

Sie setzen also mehr auf die persönliche Vermittlung als auf die institutionelle Konfrontation?

Ja. Es muss einen Dialog mit den Menschen geben. Eine monologische Evangelisierung ist und bleibt wirkungslos. Die Leute sind seit der Zeit des Kommunismus allergisch gegen ideologische Indoktrination. Und wenn dann diese aggressive Evangelisation im amerikanischen Stil kommt, verschließen sich die Menschen völlig.

Glauben Sie – um die Zeit vor und nach der Wende in einer Frage zusammenzufassen –, dass der real existierende Kapitalismus, manche nennen ihn auch Turbo-Kapitalismus, so wie wir ihn gegenwärtig gerade wieder einmal in den „schönsten“ Ausprägungen erleben, die Alternative ist, die sich die Menschen im ehemals kommunistischen Machtbereich gewünscht oder ersehnt haben?

Sicher nicht! Ich meine, dass viele Leute – vielleicht sogar die Mehrheit – nicht die Erwartung hatten, dass der Kommunismus und der ganze Sozialismus sobald enden würden. Es gab so etwas, was ich einen geheimen Pakt zwischen der Bevölkerung und der kommunistischen Regierung nenne: Wenn die Mehrheit der Leute aktiv wird, dann wird die

kommunistische Regierung viel tolerieren. Dieser geheime Pakt zwischen dem Volk und der Regierung war das Geheimnis des Überlebens während des Kommunismus. Niemand wusste, dass das so bald enden würde, und in der Perestroika-Zeit hatten viele vielleicht die Erwartung, dass etwas wie 1968 wieder kommt: ein Sozialismus der menschlichen Art, mehr Demokratie und vielleicht ein bisschen Liberalisierung in der Ökonomie. Aber niemand hat noch in den Novembertagen 1989 gedacht, dass sich alles ändern würde. Die große Mehrheit erwartete einen reformierten Sozialismus. Aber dann kam gleich die radikale Wende, und die Mehrheit der Leute war darauf nicht vorbereitet. Dazu kam noch etwas, das bis heute ein Problem darstellt: Die letzten Kommunisten waren die ersten Kapitalisten. Es gab eine Elite des politischen Regimes und Leute, die mit der Geheimpolizei, den ökonomischen Subjekten und dem totalitären System paktierten. Diese hatten Kapital und Informationen. Sie wurden dann die ersten Kapitalisten und hatten ein Talent für das Geschäft. In der kommunistischen Zeit hatten sie keine Möglichkeit, dies auszuleben, und bewegten sich deshalb auf dem schwarzen Markt. Sie sind sehr talentiert für das Geschäftemachen, haben aber keinerlei Sinn für die Rechtskultur.

In jenen Jahren hat der Wiener Kardinal König einen bemerkenswerten Satz gesagt, den ich bis heute nicht vergessen habe: „Der staatlich verordnete Kapitalismus des Ostens ist eine ebenso große Bedrohung für den Glauben und die Kirche wie der praktizierte Materialismus des Westens“. Darin liegt ein Grundproblem verborgen: Der Materialismus verträgt sich nicht mit dem Christentum. Es ging im Übrigen alles auch viel zu schnell, der Wechsel ließ keine Zeit, war zu rasant.

Ja, genau.

Wenn Sie heute auf das Ganze zurückblicken: Was, glauben Sie, ist denn von dem, was damals vorgegeben wurde, noch nicht geleistet oder was ist sogar vergessen worden zu leisten?

Ich meine, es war ein großes Pech für die Kirche, dass das erwähnte Programm der geistlichen Erneuerung des Volkes und der Nation im Andenken an den Heiligen Adalbert nicht verwirklicht worden ist. Die Kirche hatte damals in einer Zeit, in der alles offen und neu war, in der alle neuen Gruppierungen und Parteien versuchten, eine Konzeption, eine

Vision zu entwickeln, auch eine Vision. Dieses Programm – „Zurück nach Europa!“ – war sehr aktuell. Das moralische, geistige und gesellschaftliche Klima als eine Voraussetzung für die Änderungen in den Strukturen, dazu der ökumenische Akzent, der in den Vordergrund des kirchlichen Blickfeldes trat, waren eine große Chance, die die Kirche nicht genutzt hat. Es gab eine ganze Reihe von Wallfahrten und Feierlichkeiten, aber die tiefere Dimension dieses Programms wurde vom Klerus und der Kirche nicht akzeptiert. Ich hatte damals gleich in der Woche nach der Wende eine erste Begegnung mit allen Priestern der Erzdiözese. Dort waren zum ersten Mal auch die im Geheimen wirkenden Priester dabei, dort habe ich zum ersten Mal öffentlich gesagt, dass ich schon seit elf Jahren Priester war.

Ich hatte damals eine Vision, ein Programm mit elf Punkten. Es umfasste unter anderem das Angebot einer Vision für die Zukunft, dann ökumenische Kontakte und Erziehung der Laien und des Klerus. Auch warnte ich davor, die positive Einstellung des Volkes zu überschätzen, weil sie sehr bald umschlagen und sich ins Gegenteil verkehren könnte, wenn sich der alte Klerikalismus wieder zeigte. Und schließlich wies ich besonders auf die Frage des kirchlichen Besitzes als ein „heißes Eisen“ hin. Meine Vorstellung war, dass wir Schritt für Schritt den Dialog mit anderen finden müssten. Das wurde ignoriert. Besonders die Frage des kirchlichen Besitzes war und ist heute so politisiert, dass die Leute bei uns, wenn sie etwas über Kirche, Religion und über Gott hören, als erste Assoziation sofort die Frage des kirchlichen Besitzes damit verbinden.

Wir nehmen in Deutschland in einer breiteren Öffentlichkeit vielfach die Kirche in Tschechien so wahr, als ob es ihr fast nur darum gehe, ihre Besitztümer zurück zu erhalten. Das hängt natürlich auch mit der Struktur der medialen Berichterstattung zusammen.

Eine letzte Frage: Ich begegne immer mehr vor allem jungen Menschen, auch an den Universitäten, die gar nicht mehr wissen, was vor zwanzig Jahren geschehen ist. Was sagen Sie diesen jungen Menschen heute? Worauf kommt es nach Ihrer Meinung und nach Ihrer persönlichen Erfahrung im persönlichen und öffentlichen Leben an?

Ich würde vor zu großem Optimismus und vor überzogenen Visionen warnen. Alles wird anders, als es die Leute erwarten. Die Alternative zu einem naiven Optimismus ist nicht Resignation, Pragmatismus oder Zynismus, sondern Hoffnung. Das schreibe ich auch in meinen Büchern. Es gibt die Anekdote, wonach ein Optimist ein Mann ohne Information

ist. Ich sage immer: Die richtige Hoffnung ist auch eine Tugend und vermittelt Stärke, um auch nicht so positive Entwicklungen zu ertragen. Also: nicht nur das Beste zu erwarten, vielmehr auch in schwierigen Lagen durchzuhalten. Ich meine, dass es zum Glauben entscheidend gehört, mit Mut und Hoffnung auch Phasen der Resignation zu akzeptieren. Wir hatten damals, Gott sei Dank, aus der Gnade Gottes heraus die Kraft, auch in einem totalitären System sinnvoll zu leben. Jetzt brauchen wir diese Kraft, um ebenso in der pluralistischen und sehr komplizierten Wirklichkeit zu leben.

Aber wir brauchen eine andere Strategie. Damals war es eine Strategie des totalen Kampfes gegen einen Feind – der war das totalitäre Regime des Kommunismus. Es ist tragisch, dass viele Leute in der Kirche nicht im Stande sind, ohne einen Feind zu leben. Sie haben jetzt dieselbe Strategie gegen den Westen, den Pluralismus, den Liberalismus wie damals gegen den Kommunismus.

Aber heute befinden wir uns in einer ganz anderen Situation. Jetzt brauchen wir nicht nur den Mut zum Kampf, sondern wir brauchen auch Intelligenz zur Unterscheidung der Geister und Kreativität. Nicht um sich gegen einen anderen zu wehren, sondern um einen neuen Partner zu finden, neue Koalitionen zu bilden und unsere Botschaft im dialogischen Stil anzubieten und wahrhaftig zu wirken.

Ich verwende immer ein bestimmtes Bild aus dem Neuen Testament. Als ich vor etwa zehn Jahren in das Tschechische Parlament eingeladen wurde, um in der Vorweihnachtszeit eine Meditation für die Senatoren und Abgeordneten vorzutragen, erzählte ich die Geschichte vom Zöllner Zachäus aus dem 19. Kapitel des Lukasevangeliums. Damals habe ich gesagt, dass nach der Wende, als es der Kirche zum ersten Mal möglich war, auf die Straßen zu gehen, uns viele Menschen zustimmten und applaudierten. Einige waren aber auch gegen uns. Aber die Kirche hat nicht bemerkt, dass die Bäume voller Menschen waren, die Distanz brauchten und sich einen Überblick verschaffen wollten. Sie waren sicher nicht alle einfach „dagegen“, sondern hatten großes Interesse. Einige hatten vielleicht auch ein schlechtes Gewissen und versteckten sich deshalb im Baum. Jesus hat Zachäus beim Namen gerufen und gesagt: „Ich möchte bei Dir in Deinem Haus sein.“ Ich habe damals gesagt, dass ich meine persönliche Berufung darin sehe, nicht nur für die Schafe in der kirchlichen Herde da zu sein, sondern auch alle, die sich wie Zachäus verhalten, beim Namen anzusprechen und in ihre Häuser zu kommen. Meine Bücher sind solche „Zachäusse“, ja, und ich bin auch ein Zachäus!

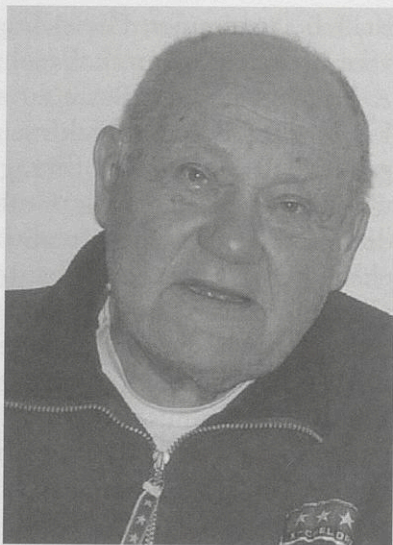
Gespräch mit Jiří Kaplan

Wie haben Sie die Wende vor 20 Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?

Die Wende ist nicht über Nacht gekommen. Sie hat eine ziemlich lange Geschichte und begann für mich schon sehr früh. Um einen Zeitpunkt zu setzen: Sie begann mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee und die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968. Von da an begann die Gegenbewegung. Sie weitete sich langsam, aber stetig aus. Ich erinnere mich, dass meine Frau und ich in der Nacht der Besetzung den sowjetischen Botschafter auf der Straße vor unserem Haus getroffen haben. Wir wohnten in der Nähe der Botschaft, und es waren viele Leute in jener Nacht auf den Straßen Prags unterwegs. Wir haben ganz offen mit ihm gesprochen. Ich war selbst sehr gespannt und mit mir viele andere, weil wir insgeheim hofften, dass vielleicht doch irgendeine Änderung eintreten würde. Aber nichts ist gekommen. Seit diesem Zeitpunkt wurde ich freier und freier in meinem Denken und Handeln. Diese Stärke ist mir bis heute erhalten geblieben.

Wie war das Leben in den bleiernen Jahren ab 1968 und was spürten Sie 1989?

Jiří Kaplan (geb. 1925) studierte 1945-1950 Mathematik und Physik an der Karlsuniversität in Prag. Von 1952-1990 war er am Institut für Technische und Wissenschaftliche Information in Prag beschäftigt. Ab 1968 arbeitete er aktiv in der kirchlichen Untergrundarbeit als Übersetzer von Werken aus dem Französischen und Deutschen mit und baute ein Organisations- und Informationsnetz auf. Von September bis Dezember 1979 saß er wegen „Behinderung der Staatsaufsicht über die Kirche“ in Haft.



Die Kommunisten hatten das Land äußerlich immer noch fest im Griff der Macht. Aber 1989 habe ich mit allen Fasern gespürt: Es geht los! Und dieses Gefühl, das nicht nur mich beherrscht hat, sondern auch die anderen, die gleichgesinnt waren, hat uns mutig gemacht, Initiativen in Richtung Freiheit zu ergreifen.

Die Kommunisten hatten immer ihr besonderes Augenmerk auf die Schulen gerichtet. Deswegen haben wir versucht, in diesem Bereich auf die Partei und den Staat Druck auszuüben. Wir wollten einfach mehr Freiheit haben, um zum Beispiel Religionsunterricht durchführen zu können. Wir haben uns mit anderen Familien verbündet, die wir schon kannten, und haben einige deutliche, kritische Punkte gesetzt, uns zu Wort gemeldet.

Das konnten wir übrigens deswegen so angstfrei tun, weil wir darin schon eine gewisse Übung aus den langen Jahren davor hatten. Wir hatten immer ein offenes Haus, immer kamen Gäste aus England, Holland, Deutschland, mit denen wir Kontakt hielten. Das ist natürlich den Kommunisten nicht verborgen geblieben. Vor allem viele Bücher kamen auf diesem Wege zu uns. Das war gefährlich, weil darunter auch Literatur war, die deutlich zum Widerstand angeregt hat. Deswegen hatten wir manchmal auch ein wenig Angst, weil wir ja wussten, dass wir überwacht wurden. In dieser Atmosphäre haben wir die Jahre von 1968 bis 1979 verbracht.

1979 kamen dann ein paar Männer in Ihr Haus und haben Sie verhaftet. Wie war das?

Es war um halb sieben Uhr morgens. Ich war gerade dabei, mich zu rasieren. Und da hörte ich, wie Maria, meine Frau, von unten rief: „Sie sind schon da!“ Total überraschend war das nicht. Die Ahnung, die Befürchtung, die uns schon die ganze Zeit beherrscht hatte, war zur Gewissheit geworden: Sie waren da, um mich abzuholen. Zuerst haben sie mich in mein Büro gebracht. Dort musste ich alle Schränke und Schubladen öffnen. Darin lag Einiges an belastendem Material. Das haben sie mitgenommen. Ich wurde dann in das berüchtigte Gefängnis Ruzinje in der Nähe des Prager Flughafens gebracht. Dort wurde ich nicht besonders hart behandelt. Ich wurde nicht gefoltert, wohl aber intensiv verhört. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte mich durch die Übersetzung verbotener Literatur bereichert. Natürlich hatte ich Angst. Denn unter den Büchern, die die Polizei sowohl aus dem Keller unseres

Hauses als auch aus meinem Büro mitgenommen hatte, waren zum Beispiel auch Bücher von Alexander Solschenizyn, die eine mir bekannte Russin in die tschechische Sprache übersetzt hatte.

Wie lange waren Sie in Haft? Hat es einen Prozess gegeben?

Inhaftiert war ich vom 10. September bis zum 20. Dezember 1979. Man hat mir in den Verhören, die in längeren zeitlichen Abständen stattfanden, immer wieder neue Fragen gestellt. Irgendwann teilte mir der verhörende Beamte schließlich mit, dass es wohl auch eine Anklageschrift gäbe, mir aber nicht der Prozess gemacht würde. Das hätte ich dem Großmut und der Hochherzigkeit der Partei zu verdanken und dafür solle ich dankbar sein. Aber sie haben sich alle Möglichkeiten offengehalten. Die Entlassung wenige Tage vor Weihnachten kam völlig überraschend für mich. Ich hatte schon an meine Frau und die Kinder Briefe zu Weihnachten geschrieben. Aber dann konnten wir glücklicherweise das Weihnachtsfest miteinander verbringen.

Konnten Sie in Ihrem Beruf weiterarbeiten?

Mehr oder weniger. Mein Direktor wollte eigentlich, dass ich aufhöre. Ich habe ihm aber gesagt: Ich bin freigelassen und möchte weiterarbeiten! Dann habe ich an meiner Arbeitsstelle eine andere Tätigkeit bekommen. Diese bot mir auch die Gelegenheit, die Dinge weiter zu machen, die mir wichtig waren.

Welche Rolle hat in der Zeit des Kommunismus, vor allem aber in der Zeit der Haft, Ihr Glaube für Sie gespielt?

Es gab für mich nie eine Unsicherheit in meiner religiösen Lebensführung. Das war alles wie selbstverständlich. Wir gingen mit den Kindern zu Kirche, wir haben zu Hause gebetet und gesungen. Die feste Verankerung in meinem Glauben hat mich frei gemacht. Sie gab mir den Mut, das zu tun, was ich von meinem Gewissen her für richtig und notwendig hielt.

Und in der Haft?

Ich war oft allein in meiner Zelle. Nach und nach habe ich mir aus der Erinnerung einen kleinen Kosmos von Gebeten geschaffen, die mir Halt und Vertrauen gegeben haben. Das waren zum Beispiel das Credo, das Vaterunser, das Ave Maria, auch ein paar lateinische Gebete, die ich auswendig kannte. Hunderte Male am Tag und in der Nacht habe ich

diese Gebete gesprochen. Das hat mich nach und nach ruhiger, ja gelassen gemacht in meiner Isolation und mich die Sorgen, die ich natürlich um meine Familie hatte, etwas leichter ertragen lassen. Es entstand dadurch eine andere innere und äußere Atmosphäre für mich. Ich habe auf Gott vertraut. Ich wusste, dass es eine andere Macht gibt als die Macht der Menschen.

Und die Jahre danach bis 1989 in relativer Freiheit?

Ich machte weiter. Mehr und mehr spürten wir, dass sich etwas veränderte. Es gab auch äußere Anlässe, die das anzeigten. Ein entscheidender Anlass war, dass Ende der siebziger Jahre mit Johannes Paul II. ein Pole Papst wurde. Nun konnten wir neuen Mut schöpfen. Viele konnten nach Rom fahren. Im Nachhinein betrachtet sehe ich heute, mit den Augen des Glaubens, doch, dass von 1968 bis 1989 die Freiräume ganz langsam immer größer wurden. Ganz realistisch betrachtet, ohne Schönfärberei. 1989 endlich brach der Kommunismus wie von selbst in sich zusammen, hauchte einfach sein Leben aus.

Heute sind viele Menschen, auch in der Kirche, darüber enttäuscht, dass die Freiheitsräume nach dem Ende des Kommunismus nicht genutzt worden sind. Sie hatten sich Hoffnung darauf gemacht, dass neue Kraft und neues Leben auch in die Kirche komme.

Ja, das ist wahr. Das gilt für den Raum der Kirche, aber auch für die nichtkirchlichen Räume. Da war ganz am Anfang eine spürbare, hoffnungsfrohe Dynamik im Gange. Diese ist aber ganz langsam wieder in sich zusammen gefallen. Die Gründe dafür sind sicher sehr komplex. Vielleicht spielen die Veranlagung zur Trägheit im Menschen und der Hang zum Verdrängen schlechter Erinnerungen auch eine Rolle.

Hoffnung machen mir ganz kleine, fast unscheinbare Aufbrüche in der Kirche. Für mich persönlich ist zum Beispiel die Erneuerung der Glaubenspraxis, die von einigen Klöstern ausgeht, von großer Bedeutung. Ich kenne ein paar Ordenswestern, die das versuchen. Ich vertraue darauf, dass aus solchen kleinen Anfängen wieder langsam eine größere Bewegung entsteht. Das war ja oft schon so in der Geschichte des Glaubens und der Kirche. Ich war und bin immer noch davon überzeugt, dass eine wirkliche Erneuerung des Glaubens und der Kirche nicht durch große Worte geschieht, sondern von kleinen Gruppen ausgeht, die einen intensiven Glauben mitten in der Welt praktizieren.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang Taizé für Sie?

Die Bewegung, die von Taizé ausgeht, ist eine große Hoffnung. Die Brüder von Taizé haben auch in der Zeit der Verfolgung den Kontakt zu uns gehalten. Sie sind Hoffnungsträger, deren Zeugnis für einen tiefen Glauben in unserer gesellschaftlichen und kirchlichen Situation besonders wertvoll und wichtig ist.

Sie sind davon überzeugt, dass die Tatsache des Glaubens schon allein politisch genug ist?

Ja, davon bin ich überzeugt. Ich weiß theoretisch nicht sehr viel über Glaube und Religion. Ich praktiziere sie. In den letzten Jahren habe ich einige Bücher ins Tschechische übersetzt, die mir wichtig erschienen. Dazu habe ich jetzt keine Kraft mehr, weil ich zu alt bin.

Was würden Sie einem jungen Menschen heute, der diese Zeit nicht miterlebt hat und nichts mehr oder kaum etwas davon weiß, aus Ihren Erfahrungen heraus sagen, worauf es im Leben ankommt?

Von mir aus spreche ich das nicht an. Schon gar nicht in erzieherischer Absicht. Nur wenn jemand im andauernden Gespräch fragt und keine Ruhe gibt, dann rede ich davon. Dann erzähle ich aber nicht, was ich alles im Einzelnen ertragen musste. Ich erzähle davon, was mich getragen hat.

Was hat Sie getragen? Was hat Ihnen Hoffnung gemacht, dass in der Regel alles gut ausgeht?

Das waren keine großen Sachen, eher kleine, unscheinbare Dinge und Ereignisse. Ein kleines Beispiel will ich erzählen: Eines Tages in den Jahren der Bedrängnis fuhr eine junge Frau aus England mit einem roten Auto vor unser Haus, stieg aus und klingelte. Sie hatte ein kleines Kofferchen in der Hand. Das gab sie mir. Darin war eine Vervielfältigungsmaschine, die wir gut gebrauchen konnten. Und sie brachte ein paar „gefährliche“ Bücher mit, die sie in einem kleinen Fach im Benzin-tank ihres Autos über die Grenze gebracht hatte. Ich war wirklich erstaunt, wie so etwas geschehen konnte, da ich die Frau vorher nicht kannte und sie nie gesehen hatte. Das war wie ein Wunder.

Ich warte auch heute wieder und immer noch, dass Wunder geschehen. Wenn sie geschehen, dann bin ich glücklich.

Gespräch mit Hellmut Puschmann

Herr Prälat Puschmann, wie haben Sie die Wende vor 20 Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?



Ich war damals in Ostberlin als Leiter der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes tätig und hatte dabei eine Menge caritativer und politischer Aufgaben innerhalb der Kirche zu erfüllen. Primär ging es um die Koordinierung der Caritasarbeit insgesamt im Bereich der Berliner Bischofskonferenz. Es ging um Ausreisefragen, um Inhaftierte, um Kontakt zu staatlichen Stellen, es ging aber auch um das Sonderbauprogramm, die Verhandlungen im Außenhandel. Man merkte an allen Ecken und Enden eine Zunahme an innerer Unsicherheit, an unbewältigten Problemen und an internen Fragen, die mehr und mehr in Kritik übergingen, zusätzlich zu dem, was in der Bevölkerung passierte. Wir kamen beim Sonderbauprogramm aus dem Reklamieren nicht mehr heraus, weil schwere Mängel in der Produktion vorhanden waren.

Was war das Sonderbau-Programm?

Das Sonderbau-Programm war eine typische DDR-Erfindung und lief unter dem Wahnsinnsnamen „Inland-Export“, weil in der Planwirtschaft das Ganze als Exportvorhaben abgerechnet wurde. Was in Ost-

Prälat Hellmut Puschmann (geb. 1938) studierte Theologie in Halle, Erfurt und Neuzelle und wurde 1964 zum Priester geweiht. Nach Kaplansstellen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig wurde er 1971 Caritasrektor in Berlin, 1973 Diözesancaritasdirektor des Bistums Dresden-Meißen, 1982 Leiter der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes und schließlich 1991 Präsident des Deutschen Caritasverbandes Freiburg (bis 2003). Seit 2003 ist er Vorsitzender des Diözesancaritasverbandes Dresden-Meißen und Diözesanpräses des Kolpingwerkes und hat diese Aufgaben auch im Ruhestand (seit 2005) weiter inne.

deutschland gebaut wurde, wurde von der Kirche in Westdeutschland mit Westgeld bezahlt. Das waren Kirchen, Gemeindezentren, Altenheime usw.

Wie haben Sie den Punkt der Wende persönlich erlebt?

Der Punkt war gestreckt. Anfang Oktober 1989 gab es die großen Demonstrationen, die wirklich furchterregend waren, weil gerade dort, wo ich wohnte, am Prenzlauer Berg in Berlin, die Gethsemanekirche war, bei der von der Polizei die Kesselbildung auf der Straße praktiziert wurde und die Leute nicht mehr rauskamen.

Dann wurde ich am 9. November zu einer Veranstaltung im Französischen Dom eingeladen. Dort waren sehr viele westdeutsche Kameras aufgebaut. Lothar de Maizière wurde dort als der künftige Chef der CDU (Ost) vorgestellt. Das war eine ganz merkwürdige Veranstaltung. Als ich nach Hause kam und vor dem Fernseher mein Abendbrot aß, sah ich Schabowski mit einer überraschenden Meldung und dann die ersten Bilder von der geöffneten Grenze, die unbeschreibliche Freude und die Riesenschlange von Menschen, die sich gebildet hatte, bis man 'rüberkam. Die alte Ordnung brach einfach weg.

Wie war Ihr Alltag vor der Wende? Unter welchen Bedingungen haben Sie gelebt und gearbeitet?

Ich hatte eine kleine Dienststelle mit etwa 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu leiten. Diese Dienststelle koordinierte die Caritas-Arbeit der DDR, also die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden, den zentralen Einrichtungen, die Dinge, die mit den Ministerien zu behandeln waren. Hinzu kam der Kontakt über die Grenze zum Deutschen Caritasverband, zur Kirche in Westdeutschland. Ich war auch Geschäftsführer des Bischöflichen Werkes „Not in der Welt“. Das war eine einmalige Sache, weil wir nach langen Verhandlungen in den sechziger Jahren mit unserer wertlosen Währung wertvolle Dinge, die in der DDR-Wirtschaft abweigbar waren, in bestimmte Länder als Hilfslieferung schicken konnten, wo Not herrschte.

Sie sind Priester. Welche Rolle spielte in dieser Zeit Ihr Glaube?

Mein Glaube war mehrfach gefordert: Einmal, weil ich mir sagen musste: „Ich mache zwar keine Revolution und keinen Staatsumsturz, aber ich weiß, dass das, was ich mache, zum großen Teil dem System nicht gefällt.“ Ich fühlte mich aber auch sehr getragen von Gott und auch

vom Vertrauen auf unsere Bischöfe und die Institution Kirche. Zwar gab es offiziell keinen Kirchenkampf, andererseits konnte es aber jederzeit kritisch werden. Ich war innerlich sehr ruhig. Dabei spielte zweifellos auch eine Rolle, dass bei mir eben keine Familie dranhing. Die evangelischen Kollegen haben viel größere Lasten zu tragen gehabt, weil immer die Sorge um die Familie mitspielte.

Und der Kontakt zu den evangelischen Kollegen hat auch geklappt?

Der hat damals sehr gut geklappt, weil es eine praktische Ökumene gab. Es gab keine Konkurrenzsituation, denn es gab eben nur das, was da war. Wir ergänzten uns.

Welche Rolle haben die Kirchen im Prozess der Wende gespielt?

Ich sehe die Rolle der Kirchen als ganz entscheidend in diesem Prozess. Einmal durch die Tatsache, dass Menschen Räume fanden, in denen sie offen sprechen konnten und sich geschützt fühlten. Das Problem „evangelisch-katholisch“ spielte in dieser Hinsicht im konkreten Leben eine untergeordnete Rolle. In der offiziellen Problematik zwischen den Kirchen war es natürlich immer auch eine Frage der unterschiedlichen Staat-Kirche-Auffassungen. Wir haben in Berlin innerhalb des katholischen Raumes oft diskutiert, inwieweit das, was die evangelische Kirche macht, immer für die Menschen wirklich gut ist. Ich denke dabei zum Beispiel an die umstrittene, wichtige, aber eben schwierige Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“. Jugendliche fuhren ab auf dieses Stichwort, fanden das großartig, es war auch großartig. Aber unsere Frage war immer: „Können wir es verantworten, junge Leute ins Feuer zu schicken?“, denn wir konnten sie nicht schützen. In Einzelfällen konnten wir, wenn die Jugendlichen Ärger bekamen, zwar helfen, sodass sie nicht von der Schule oder ihrer Ausbildungsstätte verwiesen wurden. Aber das klappte nicht immer.

Ich begegne immer wieder einer spürbaren, großen Enttäuschung, dass das nicht eingetreten ist, was man sich eigentlich für das kirchliche Leben erhofft hat. Welche Rolle spielen die Kirchen heute auf dem Gebiet der ehemaligen DDR?

Es gab am Anfang eine Euphorie in dem Sinne: „Jetzt müssten ja eigentlich die überzeugten Genossen kommen und sagen ‚Ich bin enttäuscht, wo finde ich was Neues, was mich trägt?‘“ Sie kamen aber nicht. Und dann gab es eine Phase, wo wir uns darüber unterhielten und

es reflektierten und sagten: „Gott sei Dank sind sie nicht gekommen, wir waren ja gar nicht vorbereitet auf die, es wäre wahnsinnig schwierig geworden.“ Traurig – aber auch klar. Die wenigen, die kamen, sind gute Gesprächspartner. Ich habe selbst einen guten Freund, der ein hoher Armeemann war und bis heute ein ganz lauterer Kommunist, aber auch sehr nachdenklich und fragend ist.

Die Rolle der Kirchen ist nach einer ersten Phase großen Vertrauens sehr beschädigt worden, als die Frage der Stasiverstrickung aufkam, mit allen Übertreibungen und Ungerechtigkeiten, die es gab. Wir haben das innerhalb der Caritas versucht aufzuarbeiten und sind dankbar, dass nur wenige Inoffizielle Mitarbeiter in der Caritas tätig waren und keine Dinge herauskamen, die nicht schon vorher bekannt geworden waren – und das war wenig. Später haben wir versucht, über den „Caritashorizont“ hinauszuschauen, und haben über die Kommission „Justitia et Pax“ eine Initiative zur Schaffung von Angeboten einer psychosozialen Beratung für vom DDR-Unrecht Betroffene gestartet.

Kardinal König, damals in Wien, hat einmal in einem Interview gesagt, dass der staatlich verordnete Materialismus des Ostens ebenso gefährlich für die Kirche sei wie der praktizierte Materialismus des Westens.

Das kann ich voll unterstreichen, sogar noch verstärken, weil dieser Materialismus, der uns früher begegnete, berechenbarer und irgendwie unterscheidbarer einzuordnen war, denn es war das ideologische Konzept. Jetzt ist vieles so diffus, dass man oft nicht merkt, wo man ausrutscht.

Hat nach Ihrer Meinung die Wende zu echten gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Veränderungen geführt? Anders formuliert: Glauben Sie, dass der real existierende Kapitalismus, dessen Auswüchse man ja jetzt in diesen Wochen und Monaten sehr gut, aber auch mit Schrecken und Furcht sehen kann, die Alternative war, die Sie sich und die Menschen, die Sie kannten, im kommunistischen Machtbereich gewünscht und ersehnt haben?

Das muss ich mit „Nein“ beantworten. Das Verrückte ist: Was wir früher der kommunistischen Propaganda nicht geglaubt haben, erleben wir teilweise jetzt. Das ist sicher das Negative. Natürlich, das ist klar: Es gibt keine ideale Gesellschaftsordnung, es gibt keine paradiesische Verwirklichung von Idealen und von Werten, sodass man also immer wieder

damit leben muss, dass gerade in einer Gesellschaft, die die Freiheit so betont, diese auch missbraucht werden kann und für jeden eine Herausforderung darstellt. Freiheit ist als Grundrecht des Menschen seit der Wende weitgehend realisiert und nicht nur eine Phrase wie vorher in der DDR.

Das ist ein entscheidender Gedanke, den Sie gerade ausgesprochen haben: Die Vorstellung und die Absicht, man könne – gleich ob im Kapitalismus oder im Sozialismus – das Paradies auf Erden schaffen, müssen scheitern. Das funktioniert nicht. Da ist christliches Unterscheiden notwendig.

Was ich natürlich andererseits auch wieder sage: Überlegt mal, wie stark hat die Wende menschliche Initiativen freisetzen lassen? Was ist alles aus Menschen gekommen – nicht bloß geworden, sondern auch gekommen – an Ideen, an Herausforderungen, die sie angenommen, denen sie sich gestellt haben? Sie haben sich selbstständig gemacht oder sind irgendwie aktiv geworden – leider zu wenig im politischen Bereich. Das ist sicher ein ganz großes Manko. Die großen Parteien haben immer noch zu wenig dafür getan und leisten immer noch zu wenig überzeugende Arbeit, um Parteimitglieder zu gewinnen. Das ist für die Demokratie eine ganz große Schwäche im Osten: zu erleben, wie diese Initiativen bei Menschen, die enttäuscht worden sind, dann zu Reaktionen geführt haben, wie es sie jetzt gibt, zu Enttäuschungen, die massiv sind – das ist schon sehr belastend.

Zum Thema „Freiheitsproblematik“: Haben Sie nicht die Erfahrung gemacht – ich habe das in Ihren Worten ein wenig herausgehört –, dass es ganz schwer ist, mit der neu gewonnenen Freiheit überhaupt umzugehen und sie positiv umzusetzen, dass da eine gewisse Trägheit beim Menschen sichtbar wird, auch aus einer leidvoll erfahrenen Geschichte zu lernen?

Ganz eindeutig! Und ich muss sagen: Für mich ist das immer deutlicher eine Herausforderung geworden, auf die ich noch nach Antworten suche. Wie man z. B. in der Sozialpolitik Dinge zusammenbringt, die mit den Worten „Fördern und Fordern“ überschrieben sind! Wenn ich heute daran denke, mit welchen Idealen wir in der Sozialarbeit immer wieder versucht haben und versuchen, Menschen durch Begleitung, durch Förderung aus schwierigen Situationen herauszuholen und zu aktivieren, dann scheint mir, dass wir manchmal das Fördern etwas über-

trieben haben. Und wenn ich sehe, wie heute manches an Forderungen so über-erzwungen wird, etwa auf der Ebene der Bürokratie oder andererseits auch durch eine Einseitigkeit, die mich erschreckt. Wenn ich zum Beispiel an den Umgang mit Immigranten denke, dann ist das manchmal schon sehr problematisch. In der Härtefallkommission erlebe ich die Diskussion und das Ringen darum, Menschen, die in ausgesprochen extremen Formen am Rande oder vor der Abschiebung stehen, irgendwie zu helfen. Wenn man sieht, was die hinter sich haben an Herumgeschobenwerden, an Angst, an jahrelangem Zittern vor der Abschiebung und wenn man dann angesichts dessen so eine äußerst formale und bürokratische Form der Behandlung sieht, die über Jahre hinweg läuft, da fragt man sich schon, wie man das selbst durchstehen würde und wie diese Menschen jemals gute Erfahrungen von einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft innerlich machen können.

Das ist wahr, ja! – Was ist heute, zwanzig Jahre nach der Wende, noch nicht geleistet, was ist vergessen worden, von dem, was uns oder Ihnen damals aufgegeben wurde?

Nicht geleistet worden ist ganz sicher ein wirklicher Dialog über Grundfragen der gesellschaftlichen Gestaltung, der Werteentwicklungen, der Förderung von Gemeinsamkeit. Da besteht bei uns in der ehemaligen DDR nach wie vor noch ein Minderwertigkeitsgefühl nach dem Motto „Die wollen uns eigentlich gar nicht so richtig haben! Die wissen sowieso alles besser!“ – So in etwa, obwohl es oft ungerecht ist, denn wir haben ungeheuer wirksame und einsatzbereite Menschen aus den alten Bundesländern erlebt, die hier eingesprungen sind. Wenn ich nur daran denke: Was wäre Sachsen ohne Kurt Biedenkopf geworden? Auch Georg Milbradt hat hier für Sachsen enorm viel geleistet – schade, dass sein Abgang so schmerzhaft verlief. Das ist das eine.

Das andere ist aber wirklich dieses Abtun von DDR-Erfahrungen, als ob sie von vornherein schlecht gewesen wären, weil sie eben unter den Kommunisten gemacht wurden. Das ist ein Problem und hängt natürlich auch mit etwas zusammen, was wir oft genug nur für uns beanspruchen und sehen. Wir sagen, wir sind von der DDR geprägt. Dass der Westen und die Menschen im Westen auch geprägt sind, das übersehen wir dann wieder. Der Kalte Krieg hat auch seine Spuren hinterlassen. Das muss ich feststellen, weil ich in diesen fast zehn Jahren in Berlin eben auch so ein „Mauersegler“ war, der beide Seiten erlebte. Diesen Dialog wünsche ich mir, weil er zu kurz gekommen ist. Außerdem muss ich im Blick auf die

Kirche sagen, dass ich heute vieles aus der DDR kirchengeschichtlich sehr positiv sehe, was man aber jetzt auch nicht einfach mehr so fortsetzen kann. Nehmen wir doch mal die Freundes- und Familienkreise! Das war eine großartige Sache, ich habe sie als ganz toll erlebt. Das ging aber eben nur unter den Bedingungen der DDR, wo man relativ stabile Arbeitszeiten und -orte hatte und die Arbeitsmigration nicht so groß war. Das andere ist der Religionsunterricht. Die Nähe zur Gemeinde war wesentlich größer und dichter als heute, wo der Religionsunterricht an der Schule erteilt wird und damit natürlich auch eine Entfremdung entsteht, die ganz schwer aufzuarbeiten ist.

Wie sehen Sie heute nach zwanzig Jahren die Gesamtlage im Allgemeinen, wenn Sie sie politisch, kirchlich und gesellschaftlich beschreiben müssten?

Es ist unheimlich viel aufgebaut und damit auch Zuversicht geschaffen worden. Die Verbesserungen der Lebensbedingungen wurden in einem Maße erreicht, wie es unvorstellbar war, wenn man nur an Fragen der Infrastruktur denkt, an die enorme Entwicklung im Telekommunikationsbereich, an den Nahverkehr, an die Qualität der Fahrzeuge, die dichtere Taktfolge der Züge, die Verbesserung der Bausubstanz, das Aussehen der Städte, die Vergrößerung des Wohnraums. Dies sind alles Dinge, wo ganz viele Schritte gegangen worden sind. Es sind äußerlich wahrnehmbare und abrechenbare Dinge. Nur die innere Entwicklung dauert halt länger und ist vielleicht auch zu wenig gesehen worden.

Natürlich spielt dabei auch eine Rolle, dass die Bequemlichkeit der Menschen groß ist und eine gewisse Ermüdung, sich äußerlich zu engagieren, festzustellen ist. Es gibt eine große Politikverdrossenheit. Die Mitgliederzahl der Parteien ist zu gering. Die Angebote von Stiftungen und Organisationen, die Vorträge und Themendiskussionen in ihren Programmen haben, werden zwar wahrgenommen. Es ist schon erstaunlich, wie viele Menschen irgendwo engagiert sind. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dieser Kreis aber relativ klein, wenn auch dennoch beeindruckend. Wenn man das vergleicht mit dem, was in den anderen früheren Ostblockstaaten geschehen ist, merkt man erst einmal, wie groß die Rolle war, die sowohl die großen Geldbeträge gespielt haben, als auch die hochqualifizierten Menschen, die hierher gekommen sind – nicht nur die als Berater, sondern auch die, die hierher gezogen sind, um Aufgaben zu übernehmen. Ich bin auch relativ häufig in den anderen osteuropäischen Staaten gewesen. Da ist unüber-

sehbar, wie groß der Unterschied ist. Denn die müssen mit den Leuten leben, die früher das Sagen hatten, und ihnen die Macht weitgehend überlassen.

Die Frage einer Verinnerlichung der Menschen steht aus. Die Kirchen wussten schon, dass die Säkularisierung in einem Maße stattgefunden hat, wie man sie eigentlich nicht erwartet hatte. Wenn man eben unter Druck steht, da sucht man Zuflucht. Aber in dem Augenblick, in dem der Druck wegfällt, kann man das Leben leben, das man eigentlich leben möchte.

Mit der Säkularisierung im Osten hat eine Angleichung an den Westen stattgefunden. Das ist keine Frage. Man kann keinen großen Unterschied mehr feststellen.

Eine letzte Frage: Wenn Sie einem jungen Menschen, der die Zeit vor der Wende und die Wende selbst nicht miterlebt hat und kaum noch etwas bzw. gar nichts mehr davon weiß, heute mitteilen wollen oder sollen, worauf es angesichts Ihrer Erfahrungen ankommt, was sagen Sie ihm dann?

Ganz wichtig ist, dass man sehr früh darüber nachdenkt, worauf man sein Leben aufbauen und wohin man sich orientieren will. Da war eben für mich die Kirche, zu der ich eigentlich erst richtig während meiner Pubertät fand, die entscheidende Basis. Das hilft in Situationen, in denen man sich den anderen – ich meine mit den anderen eben die Kommunisten damals – ausgeliefert fühlt. Wir haben auch gelernt zu unterscheiden, was wichtig ist für ein Bekenntnis und was nicht. Die entscheidenden ideologischen Fragen wie Jugendweihe oder Parteimitgliedschaft waren klar. Aber ein Beispiel noch für ein anderes Verhalten:

Ich habe 1956 Abitur gemacht. Da gab es noch keine Wehrpflicht und noch keine Mauer. Wir Jungs wurden im Januar des Abiturjahres zum Schulleiter und noch einem Lehrer bestellt und wurden dort eine bis zwei Stunden „auseinandergenommen“ mit dem Ziel, dass wir versprechen, nach dem Studium der herrschenden Ideologie Tribut zu zollen, indem wir uns zu einem zweijährigen Einsatz verpflichten – völlig pauschal. Wir waren schließlich acht Mann, die das nicht machten, und erhielten deswegen auch keine Befürwortung zum Studium, konnten uns also auch nicht bewerben. Wir hatten aber einen ganz phantastischen alten Klassenlehrer. Der hat uns dann zu sich geholt und fragte uns, wie dumm wir denn eigentlich wären. Er sagte, dass wir das nicht schriftlich machen müssten, sondern bloß zum Schulleiter, der nur auf eine Aus-

zeichnung erpicht wäre, hinzugehen bräuchten und sagen müssten, dass wir es uns mittlerweile anders überlegt hätten. So lief es dann auch: Wir wurden zum Studium befürwortet, der Schulleiter erhielt eine Auszeichnung. Wir haben uns damals durchgerungen, es so zu machen, und es lief genau so, wie er sagte. Es war gegen unsere innere Wahrhaftigkeit, gegen unser Ehrgefühl und gegen alles, was uns wichtig war. Aber es war in dem Moment sicher klug, dass unser Klassenlehrer verhindert hat, dass wir zu Märtyrern für nichts und wieder nichts wurden. Niemand hat jemals mehr danach gefragt.

Ganz im Grunde heißt das, dass Sie ohne einen wirklich starken Glauben das Ganze nicht so gut bewältigt hätten.

Völlig klar, das kann ich ganz uneingeschränkt bejahen. Noch einmal: Die Gemeinschaft hat dabei eine große Rolle gespielt. Gemeinden oder Gruppen, die die Möglichkeit schenken, sich auszutauschen und gemeinsam nachzudenken, Ziele zu bilden, sind absolut notwendig.

Abschließend möchte ich vielleicht noch eines sagen: Es bleibt immer eine Problematik, die mir heute auch noch nicht „angepackt“ zu sein scheint. Wir sind ja in der Diaspora groß geworden, hatten also immer dieses Stigma oder auch dieses elitäre Gefühl, etwas anderes zu sein. Ich habe nie Wert gelegt auf eine provokativ bekenntnishafte, äußerlich zur Schau gestellte Andersartigkeit, aber man war eben immer kirchlich orientiert, das wussten alle. Das ist etwas, was im Ost-West-Dialog auch zu wenig gesehen wurde und wird. Man hat häufig gesagt: „Ihr musstet euch im Osten gleichschalten lassen, anpassen und durftet nicht auffallen.“ Dass es im Westen zwar eine große Gleichgültigkeit gegenüber Exoten gibt, das ist das eine. Aber das andere ist auch, dass es diesen Druck der Durchschnittsnorm gibt: Alle tragen Jeans, alle tragen in bestimmten Gruppen bestimmte Markenklamotten, beispielsweise an den Schulen. Und wehe dem, der sich da nicht ein- und anpasst!

Diese Uniformierung im Westen kann man jeden Tag sehen.

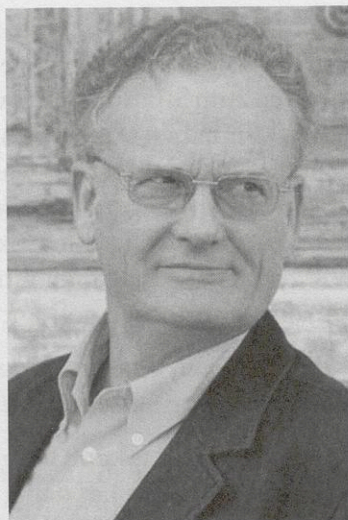
Ich sehe in der Gestaltung meines Andersseins eine ganz wichtige Aufgabe. Ich hoffe, dass ein solches Bekenntnis in Offenheit zueinander mehr bewirkt.

Gespräch mit Friedrich Schorlemmer

Herr Schorlemmer, wie haben Sie die Wende vor 20 Jahren persönlich erlebt und welche Gefühle beherrschten Sie damals?

Das war ein längerer Prozess. Vor allem war da die tiefe Resignation im Sommer 1989, als so viele Leute weggingen, statt dazubleiben und das Land zu verändern, weil die Parteiführung sich nicht bewegte und man den Eindruck hatte, sie wollte hier wiederholen, was auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking geschehen war.¹ Das war eine ganz tiefe Depression.

Aus dieser Depression sind wir dann erwacht, haben Mut gefasst, wollten aufs Ganze gehen und entschieden uns trotz der Gefahr der Verhaftung für die Oppositionsgruppen. Wir sagten uns, dass es so nicht weitergehen konnte. Meine Tochter wollte auch weggehen. Sie sagte: „Ich komm’ bald wieder, Papi, aber ich will hier ’mal raus.“ Ich wusste, wenn sie geht, dann kommt sie nie wieder. Es war dann ein richtig erlösendes Gefühl, als es am 9. Oktober in Leipzig gut ausging. Da wusste man, dass jetzt nichts mehr passieren würde. Obwohl es immer noch hätte passieren können, wenn irgendwo einer die Nerven verloren hätte, wenn irgendeiner einen Stasi-Mann zusammengeschlagen oder nieder-



1 Vgl. dazu oben S. 87, Anm. 2.

Friedrich Schorlemmer (geb. 1944) studierte 1962-1967 Theologie in Halle. 1967-1971 war er Studieninspektor in den Franckeschen Stiftungen und Vikar in Halle-West/Neustadt, 1971-1978 Jugend- und Studentenpfarrer in Merseburg. Zwischen 1978 und 1992 wirkte er als Prediger an der Schlosskirche in Wittenberg und als Dozent am Evangelischen Predigerseminar. 1992-2007 war er Studienleiter an der Evangelischen Akademie Wittenberg. Er zählte zu den Mitbegründern des „Demokratischen Aufbruchs“ in Dresden (21.08.1989). In seinen zahlreichen Veröffentlichungen beschäftigt er sich u. a. mit Grundfragen des Protestantismus, Menschenrechtsfragen und der Geschichte der DDR.

geschossen hätte, ob in Suhl, Rostock oder Wittenberg. Ein einziger Toter im Herbst 1989 hätte die Weltgeschichte anders verlaufen lassen.

Sie sagten eben, es war ein Prozess. Wie war Ihr Leben vorher?

Einerseits war ich 28 Jahre lang eingemauert. Aber ich habe seit meinem 17. Lebensjahr gelernt, dass ich mir von denen, die selber unfrei sind und deshalb die Freiheit anderer nicht zulassen können, die Freiheit nicht nehmen lasse so zu leben, wie ich es für richtig halte. Diesen Freiraum habe ich mir erkämpft und auch mit anderen zusammen gestaltet, ob nun als Student in der Studentengemeinde in Halle, ob als Studentenfarrer in Merseburg und dann hier in Wittenberg, als ich Dozent war. Ich bildete eine Gemeindegruppe, in der wir uns mit gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt haben – nicht eine reine Friedensgruppe, sondern eine Gruppe, die sich mit ökologischen Fragen auseinandergesetzt hat, mit Ost-West-Fragen auch im Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern, wir haben auch sehr viele Gottesdienste gestaltet. Wir waren also eine Gemeindegruppe, die versucht hat, Christsein in dieser Umwelt zu leben, übrigens auch in ständiger Verbindung mit Menschen, die aus dem Westen hierher kamen. Die Freiheit kann man nie kriegen, sondern man muss sie sich immer nehmen. Ich möchte auch nochmals sagen, dass ich in diesem unfreien System kein unfreier Mensch gewesen bin. Und unsere Kinder – gerade meine Tochter – haben sich auch die Freiheit genommen.

Sie haben in einem System gelebt, in dem das, was Sie mit Ihrem Leben bezeugten, nicht vorgesehen war.

Nein, von vornherein nicht vorgesehen. – Der Kampf gegen die Kirche verlief in mehreren Phasen und war insgesamt sehr erfolgreich. Aber man darf auch hierbei nicht übertreiben. Die Kirchen waren schon während der Nazi-Herrschaft zerstört worden. Sie hatten schon bei der Masse des Volkes verloren, dadurch, dass sie sich am Ersten Weltkrieg beteiligt hatten. Man muss das in einer Linie sehen und nicht allein die 40 Jahre DDR. Aber natürlich war dieser Staat ein atheistischer, kirchenfeindlicher Weltanschauungsstaat, der die Kirche nur insofern tolerierte, als in ihr Leute waren, die Nächstenliebe praktizierten, die auch mithalfen, die Friedenspolitik des Staates zu unterstützen. Der Staat wünschte sich die Kirche wie die Ost-CDU, die auf der Schleimspur rutschte. Bis auf Thüringen haben dies die Kirchen nicht mitgemacht. Die CDU hat ihre Aufgabe auch verfehlt, die Kirchen auf Staatslinie zu bringen, die

waren unabhängig. Der Staat hat sie erst mit dem berühmten Gespräch vom 6. März 1978 anerkannt, als Erich Honecker die Kirchenvertreter einlud. Dies ist bis heute ein sehr umstrittenes Datum. Ich fand das damals sehr wichtig, weil es viele Möglichkeiten eröffnet hat und viele Christen, die ihren Kopf hingehalten haben und nicht in der Kirche, sondern in staatlichen Institutionen gearbeitet haben, damit auch anerkannt wurden. Nach dem Motto: Wenn Honecker sich mit den Bischöfen trifft, können sie keine Staatsfeinde sein.

Welche Rolle hat in dieser Zeit Ihr persönlicher Glaube gespielt? Wie sah er aus? Ich stelle mir vor, dass man so eine Situation wirklich nur aus der Kraft des Glaubens bestehen kann.

Drei Gesichtspunkte will ich dazu sagen.

Erstens: Ich habe als Fünfzehnjähriger angefangen, „Widerstand und Ergebung“, die Aufzeichnungen Dietrich Bonhoeffers aus dem Gefängnis in der Endzeit der Naziherrschaft zu lesen. Das hat mich ungeheuer geprägt.

Zweitens: Ich habe in jener Zeit die Zeugnisse von Menschen gelesen, die im Krieg gelebt, darunter übrigens auch Wolfgang Borchert, und im Krieg gesehen haben, was dieser Krieg für ein Schrecken ist und von solchen, die selber nicht zu den Tätern gehörten, sondern zu den Opfern. Auch das, was ich gelesen hatte in Briefen aus jener Zeit und auch zum Beispiel im Tagebuch von Helmut Gollwitzer „Und führen wohin Du nicht willst“ – ein Motto übrigens des großen Propheten Jeremia –, das mir mein Vater schon sehr früh gegeben hat, hat mich entscheidend geprägt. Da habe ich entdeckt, was Zivilcourage ist und was es bedeutet, auch oft sehr allein und gegen eine Mehrheit zu sein. Als ich 1972 Pfarrer wurde, habe ich erst in Auszügen und dann im Ganzen die Übersetzung des Matthäusevangeliums von Walter Jens gelesen – und dort die Aussendungsrede Jesu. Das war sehr stärkend für mich und auch für die Studenten. Später erfuhr ich, dass Jens bei seiner Übersetzung an die junge Gemeinde in der DDR gedacht hat. Und ich war gewissermaßen eines der Mitglieder dieser jungen Gemeinde. Und in dieser Übersetzung steht dann eben:

*„Ihr seid Schafe,
und ich schicke euch unter die
Wölfe.
Da müsst ihr klug sein,
klug wie die Schlangen,*

*und ohne Schuld
wie die Tauben.
Habt keine Furcht!
Fragt nicht:
Was soll ich sagen?*

*Wie muss ich sprechen?
Euch wird gegeben,
wenn die Stunde kommt,
wie ihr zu sprechen habt.
Dann seid nicht ihr es,
die reden:*

*Es redet,
Anhauch und Stimme,
in euch
der Geist eures Vaters.
Der spricht.“*

Es war und ist so unglaublich, was da steht:

*„Nein, fürchtet sie nicht!
Entdeckt werden wird:
das Versteck.
Erkannt werden wird:
das Geheimnis.
Was ich in der Dunkelheit sage,*

*zu euch,
sagt es am hellen Tag,
und schreit,
was euch ins Ohr geflüstert wird,
herab von den Dächern.“*

Und dann dieser Glaube:

*„Es stürzt kein Spatz auf die Erde
herab,
wenn euer Vater nicht will.
...*

*Was soll euch geschehen,
da selbst die Haare gezählt sind,
auf eurem Haupt?
Nein, fürchtet euch nicht.“*

Der dritte Gesichtspunkt, bei dem der Glaube eine Rolle spielte, das war die Erfahrung von Geschwisterlichkeit in der Gemeinde. Freunde zu haben, Freunde zu gewinnen. Ich habe das Glück gehabt, in meiner Kirche Geschwister zu haben, zu denen ich aufblicken konnte und die gleichzeitig etwas hatten, was ganz entscheidend ist: Sie hatten persönliche Substanz und brauchten deshalb keine Amtshoheitsbezeugungen oder Ähnliches. Ich bin in einer partnerschaftlichen Kirche groß geworden, in der die Partnerschaftlichkeit und die Geschwisterlichkeit in den Gemeindegruppen und auch seitens meiner Kirche an erster Stelle standen. Heute kann ich nur noch schlecht von „meiner“ Kirche sprechen, wenn mein jetziger Bischof sagt, die Kirche sei „gut aufgestellt“ – es steht so wörtlich in der Zeitung heute – dann frage ich mich: ‚Axel, was redest Du für einen Quatsch?‘ Es ist nicht zu fassen, so ein liebenswürdiger Bischof wie mein Freund Axel Noack sagt: „Die Kirche ist gut aufgestellt.“

*Ich mache jetzt einen Sprung in die Zeit nach der Wende und frage:
Hat die Wende zu wirklichen kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen geführt?*

Keiner kann heute mehr sagen, er gehe nicht zur Kirche, weil er dadurch Nachteile haben könnte. Das heißt: Es wurde alles viel ehrlicher und unverblümter. Wir sind vom Kommunismus direkt in den Konsumismus gestürzt, weil der Kommunismus seine konsumistischen Versprechungen nicht erfüllen konnte.

Die Bewährungsprobe hat die Demokratie immer noch vor sich. Obwohl vieles schon ganz tief verankert ist, ist sie noch gefährdet. Wir müssen wirklich alles dafür tun, dass der freiheitliche Rechtsstaat gleichzeitig als Sozialstaat für die Menschen erfahrbar bleibt. Eins ist aber nach zwanzig Jahren doch bedrohlich geworden, denke ich. Der Kommunismus ist zwar zusammengebrochen, aber der globalisierte Weltkapitalismus befindet sich jetzt auf der schiefen Ebene. Wir wissen noch nicht, wann der untere Punkt erreicht ist. Das führt häufig dazu, dass Menschen hier sagen: „Das kapitalistische System löst die Probleme nicht.“ Die Demokraten stehen miteinander vor einer ganz großen Herausforderung. Insofern sage ich: Ich kann, wenn ich will, den Steinmeier für einen Idioten halten und dies öffentlich sagen und es passiert mir nichts. Aber ich kann mit voller Überzeugung auch sagen: „Mensch, in so einer Situation haben wir mit dem Steinmeier den richtigen Mann.“ Und auch wie die Kanzlerin mit dieser Krise gegenwärtig umgeht, also nichts übertreiben, aber auch nichts beschwichtigen, das ist beides zusammen. Ich fühle mich heute auch häufig von der Regierung meines Landes repräsentiert. Das konnte ich früher nicht sagen.

Vor Jahren hat der damalige Wiener Erzbischof Kardinal König in einem Interview gesagt, der staatlich verordnete Materialismus des Ostens sei eine ebenso große Gefahr für die Kirche wie der praktizierte Materialismus des Westens.

Da hat er völlig recht.

Im Grunde genommen hat ja hier in der ehemaligen DDR in den letzten 20 Jahren die Angleichung an den Kapitalismus des Westens stattgefunden. Glauben Sie, dass die Kirchen – zugespitzt gefragt – deswegen in einer Krise sind, wie man sie gegenwärtig sehen und erleben kann, weil sie anfällig gegen den Kapitalismus sind?

Ja, sie sind anfällig und sie stecken mitten drin. Ich spreche jetzt von der evangelischen Kirche. Von der katholischen Kirche weiß ich nicht genügend. Wenn die evangelische Kirche eine Unternehmerdenkschrift herausgibt wie jetzt und da nicht ein bisschen Klartext redet über Struk-

turen, die wir bekämpfen müssen, dann wird man schon nachdenklich. Man muss sich fragen, welches Ausleben von Gier ein System ermöglicht. Das System ist von innen her krank, so wie der Kommunismus von innen her krank war, bevor er zusammenbrach. Der Westen könnte an der Selbsttäuschung zerfallen, Liberalisierung in der Welt sei gleichzeitig Freiheit und dies sei gleichzeitig Demokratie und dies sei gleichzeitig Wohlstand. Man muss nicht nur die Wahrheit über die Kommunisten, über das untergegangene System sagen, sondern man muss auch die Wahrheit über das jetzige sagen.

Die Kirchen haben dabei – da sie nicht gewählt werden müssen – nichts zu verlieren, haben keine Niederlage zu befürchten, wenn sie laut und deutlich sagen, dass wir die Schwestern und Brüder unseres Herrn Jesus Christus sind, der in einem der wunderbarsten Gleichnisse gesagt hat: „Was ihr dem Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan und was ihr ihm nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan.“ Diesen Satz einmal angewendet auf die globalisierte Welt, in der die Ungerechtigkeit Struktur wird, bedeutet: Je ärmer die einen werden, desto reicher werden die anderen.

Oder, dass wir einen Agrarmarkt haben, der gegen die Schöpfung gerichtet ist. Die subventionierten Güter werden in die so genannte Dritte Welt exportiert und machen dort die Landwirtschaft kaputt. Ich meine also: Die Kirche muss in der globalisierten Welt auch global denken. Wir sagen ja nicht „Vater unser in Deutschland ...“, sondern „Vater unser im Himmel ...“ Wir müssen geistig mithalten mit der Globalisierung, die in der Ökonomie passiert, so, dass die ganze Welt ökonomisiert wird.

Mit anderen Worten: Dann ist das jetzige System, in dem Sie und die Menschen jetzt leben, auch nicht das, was man sich in den Zeiten der Unterdrückung erträumt hatte?

Nein. Aber man hat sich auch ein bisschen zu viele Illusionen gemacht. Viele Leute sind in dem Maße enttäuscht, in dem sie sich Illusionen gemacht haben. Sie haben nicht geglaubt, wenn Konkurrenz kommt, heißt das auch Verdrängung, und wer da verliert, der fällt auch durch den Rost. Und wenn dann das Geld nicht reicht, werden die auch noch vergessen. Wer so am Rande ist, wie ein 52-jähriger Hartz IV-Empfänger, der mit seinem Beruf keine Chance mehr hat, der wird vielleicht noch so alimentiert, dass er gerade noch einigermaßen leben kann, aber er ist eigentlich menschlich erledigt. Wir im Osten kommen aus einer Beschäftigungsgesellschaft, in der der Staat sich darum kümmerte, dass

alle Arbeit hatten und wo nicht nur jeder die Pflicht zur Arbeit hatte, sondern auch das Recht dazu. Das war sicher nicht effizient. Aber jetzt wird nur noch gefragt, ob eine Arbeit effizient ist. Wenn nicht – wie sagt die Sprache heute? –, wird er freigesetzt. Im Klartext: Er wird einfach rausgeschmissen. Wie wir den Verwerfungen der nächsten Jahrzehnte begegnen, ist eine drängende Frage, die die Politiker, Ökonomen, Gesellschaftswissenschaftler, Philosophen, Zukunfts- und Trendforscher, Statistiker und alle zusammen beantworten müssen. Aber in diesem Konzert müssen wir als Kirche auch mitspielen. Und zwar dann ein Crescendo einlegen, wenn alles säuselt und alle so tun, als wenn alles in bester Ordnung wäre. Das System ist nicht in Ordnung. Es ist dringend eine Weltreform nötig. Hoch interessant ist, dass der Bundespräsident, Herr Köhler, der ja immerhin mal Chef des Internationalen Währungsfonds war, jetzt plötzlich in einem Interview auch etwas über die Reform der Strukturen sagt. Warum hat er das nicht gemacht, als er dort tätig war? Das darf man doch mal fragen! Konnte er das dort nicht sehen?

Ich habe schon vor zwölf Jahren über solche und andere Dinge ein Buch, eine Art Pamphlet geschrieben. Es trug den Titel „Eisige Zeiten“. Darin habe ich gesagt, dass der Kapitalismus ein System ist, das jedenfalls mit dem Christentum nicht kompatibel ist. Denn wenn der Mensch dem Menschen vom Prinzip her nur noch ein Konkurrent wird, dann ist da etwas schief gelaufen. Das Lebensprinzip „Konkurrenz“ ist nicht christlich. Das muss man sagen können.

Papst Johannes Paul II. war in vielen Dingen ein ganz ausgewiesener und entschiedener Antikommunist. Aber im Blick auf die soziale Herausforderung war er hellwach.

Ich begegne immer mehr jungen Leuten bei uns – auch an der Universität – die sich mit keinem einzigen Gedanken an die Zeit der „Wende“ erinnern können. Sie wissen einfach nichts mehr davon. Es ist, als ob diese Zeit in die Tiefe des Meeres, im Strom des Vergessens versunken wäre. Sie werden auch von den Älteren wenig informiert. Was sagt jemand wie Sie, der die Zeit mit erlebt hat, ja auch mit erlitten hat, einem jungen Menschen von heute, auf was es nach Ihrer Erfahrung im Leben ankommt?

Erstens: Dass jeder einzelne Mensch sich als ein unverwechselbares Individuum erfährt, dies auch entfalten muss, die Vernunft und das Unterscheidungsvermögen als eine Gabe Gottes genauso preist wie alle seine Sinne, mit denen er das Leben genießen und erfahren kann – und als solches Individuum wachsam ist und darauf schaut: Wer will mich wa-

rum wie umformen? Wer will was warum von mir? Und was wird dann aus mir, wenn ich mich dem anpasse?

Das Wichtigste ist, dass wir – jeder Einzelne von uns – einen inneren Kompass haben. Und als evangelischer Christ sage ich: einen Kompass, der an den Schriften der Heiligen Schrift jeweils neu justiert werden kann und justiert wird. Das Zweite, was ich sagen will: Wir sind in eine wunderbare Schöpfung gesetzt. Wir sind jetzt aber an einer Schnittstelle angelangt, an der wir besondere Verantwortung tragen, wo es vielleicht noch gelingen kann, dass diese Welt als Garten erhalten bleibt, wo, zum Beispiel, die Wasserkreisläufe funktionieren. Wenn die Wasserkreisläufe nicht mehr funktionieren, wie die neuesten Klimamodelle für die nächsten 50 Jahre befürchten lassen, dann wird mir himmelangst.

Unsere Verantwortung für die Schöpfung ist jetzt genauso wichtig, wie der Kampf um die Einhaltung der universellen Menschenrechte, die vor 60 Jahren nach der Barbarei entstanden sind. Ich bitte: „Liebe nachfolgende Generationen, seht euch dieses wunderbare Manifest der Humanität an und sagt, das muss erhalten werden! Aber es wird nur halten, wenn ihr dafür kämpft, dass auch diejenigen diese Menschenrechte bekommen, denen sie heute vorenthalten werden. Dazu gehören die grundlegenden Freiheiten, also Presse-, Meinungs-, Versammlungs-, Gewissens- und Glaubensfreiheit ebenso wie das Recht auf Brot und auf sauberes Wasser. In Zukunft werden wir eine ungeheure Verantwortung dafür haben, dass uns ein Baum im Zweifelsfalle wichtiger wird als eine Straße, die irgendwo hinführen soll. Oder dass kein Tal zerstört wird – wie beispielsweise das wunderbare Elbtal bei Dresden – für eine Riesenbrücke, die alles kaputt macht.

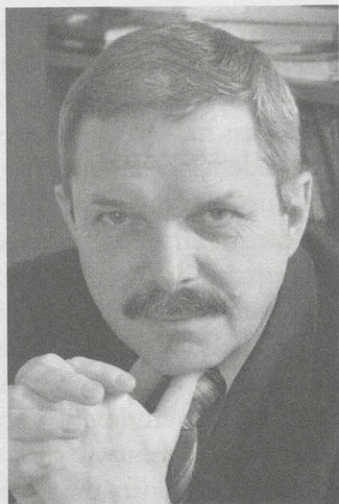
Ihr jungen Leute, ich bitte euch: Nehmt den Reichtum, den es gibt, wahr! Aber indem ihr ihn wahrnehmt, passt gleichzeitig auf, dass der Reichtum, an dem wir teilhaben, beim Genuss des Reichtums nicht die Welt kaputt macht. Wir sind an einem Kulminationspunkt angelangt, der euren ganzen Einsatz verlangt.“

Anmerkungen von Myroslav Marynovych

Wie haben Sie die „Wende“ oder den „annus mirabilis“ vor zwanzig Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?

Damals teilte ich die Gefühle von Millionen von Menschen in der ganzen Welt, dass sich 1989 ein Wunder erfüllt hat. Die Bürger der Sowjetunion lebten ständig in der Überzeugung, die sowjetische Macht bestünde ewig und niemand könne ihre Autorität infrage stellen. Und dann spürte die ganze Welt plötzlich die Grenzen dieser Macht. Viele Menschen in der Ukraine, auch ich selbst, hatten nach dem Fall der Berliner Mauer das Gefühl, dass alles, was bisher unvorstellbar war, jetzt möglich werden könnte. Für viele Ukrainer bedeutete dieser „unvorstellbare Traum“ einfach die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine. 1989 war das nur ein Traum (ebenso noch im Frühjahr 1991!), aber ein Traum, der tatsächlich wahr werden konnte.

1989 brachte auch in meinem Leben eine dramatische Wende. Der frühere politische Gefangene, eine Person, die immer noch verdächtig



Myroslav Marynovych (geb. 1949) stammt aus einer stark religiös orientierten Familie (der Großvater war Priester der griechisch-katholischen Kirche). Er studierte am Polytechnischen Institut in Lwiw (Ukraine) und stand bereits in den frühen siebziger Jahren wegen systemkritischer Äußerungen unter Beobachtung des Geheimdienstes. 1976 war er Mitbegründer der ukrainischen Helsinki-Gruppe, die sich die Durchsetzung der Menschenrechte in der UdSSR im Anschluss an die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum Ziel gesetzt hatte. Im April 1977 wurde er verhaftet und wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ nach elfmonatigem Prozess zu sieben Jahren Arbeitslager und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Nach der Wende nahm er aktiv an der gesellschaftlichen Umgestaltung der Ukraine teil. Als Vizerektor der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw widmet er sich besonders der geistigen Entwicklung in Osteuropa.

war, verwandelte sich plötzlich in einen Menschen, der in breiten Kreisen willkommen war und Ehrungen erhielt. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Westukraine hätte ich damals eine Karriere im öffentlichen Leben beginnen und mich sogar für ein Parlamentsmandat bewerben können. Ich bin aber auch heute noch glücklich darüber, dass ich diesen Weg nicht eingeschlagen habe – entscheidend war auf jeden Fall, und das muss unbedingt festgehalten werden: Die Tür für diesen Weg stand offen.

Merkwürdig genug: Je schneller die Transformation voranging, desto argwöhnischer wurde ich. Ich war voller böser Vorahnungen und übernahm, wenn man so will, die Rolle einer Cassandra. Für mich war es ganz deutlich, dass die Menschen noch nicht in der Lage waren, ein neues Leben aufzubauen, weil die Modelle des alten Systems noch ihr Bewusstsein dominierten. Daher beschloss ich, mich zum Wohle der gesellschaftlichen *metanoia* (d. h. der inneren Umkehr), die so dringend nötig war, zu engagieren. Als Journalist und später als Mitarbeiter an der Ukrainischen Katholischen Universität verfügte ich über breite Möglichkeiten, bei diesem Prozess mitzuwirken.

Was war Ihre Zukunftsperspektive? Was sollte anders werden?

Erstes und unmittelbar angestrebtes Ziel war die Demokratisierung des Landes. Die Parlamentswahlen von 1990 waren – zum ersten Mal – beinahe wirklich demokratische Wahlen; in vielen Orten der früheren Sowjetunion, einschließlich der Westukraine, gelangten neue nichtkommunistische Kräfte an die Macht. Das Ausmaß an Freiheit, das es zu meistern galt, war allerdings gewaltig. Direkt sichtbar wurde die Tatsache, dass die Ukraine, anders als Polen, nicht über eine demokratische politische Elite verfügte, die fähig gewesen wäre, die alten kommunistischen Strukturen zu ersetzen. Das Team der Demokraten war zu klein, um einen prägenden neuen Stil durchzusetzen. 1990-1991 konnten zwar die Unabhängigkeit der Ukraine erfolgreich durchgesetzt und neue Staatssymbole festgelegt werden (Farben der Staatsflagge, Wappen und Nationalhymne, überhaupt eine nationale Rhetorik – all das wurde schließlich auch von der alten kommunistischen Elite übernommen), aber den Demokraten gelang es nicht, die Kontrolle über das Gewaltmonopol und das Finanzwesen zu erringen.

Wenn man die damalige Situation in der Westukraine (der Landesteil, wo sich die Umwälzungen am stärksten bemerkbar machten) beschrei-

ben will, dann muss man bedenken, dass dort die Forderung nach Religionsfreiheit den „bloß“ politischen Forderungen vorausging. Es waren die religiösen Prozessionen, die die Menschen antrieben und psychologisch für politische Demonstrationen bereit machten. Die Religionsfreiheit ist übrigens die stabilste Errungenschaft der ukrainischen „samtenen“ Revolution; sie hat alle nachfolgenden politischen Misserfolge und Rückschläge überlebt.

Welche Rolle spielte Ihr Glaube in der Zeit der Unterdrückung?

Ich war überzeugt davon, dass ein auf Lügen und Gewalt beruhendes System auf Dauer nicht überleben könne. Diese Überzeugung gründete sich auf eine Mischung von grundlegenden moralischen Vorstellungen, religiöser Überzeugung und einem allgemein menschlichen Gespür für Gerechtigkeit. Was ich klar und deutlich verstanden habe, auch während meiner Gefangenschaft, war die Tatsache, dass die ethische Motivation den Vorrang vor der politischen hat; letztere war zweitrangig und nur abgeleitet. Die Einteilung in „Gut“ und „Böse“ war sehr scharf und klar (diese Feststellung treffe ich mit dem Gefühl einer gewissen Nostalgie), und ich war bereit, den höchsten Preis für den Versuch zu zahlen, Teil des „Guten“ zu sein.

In den globalen Zusammenhängen der siebziger Jahre konzentrierten sich meine Aktivitäten auf die Menschenrechtsbewegung. Ich bin froh, in der besten Zeit dieser Bewegung dort mitgewirkt zu haben. Später habe ich dann einige Grenzen dieser großartigen Idee erkannt und für mich den Schluss gezogen, dass mir der religiös-theologische Bereich für meine persönliche Entwicklung mehr Zukunft bieten würde.

Wie sehen Sie heute, nach zwanzig Jahren, die Gesamtlage?

Die Transformation Europas, die mit dem „annus mirabilis“ begonnen hat, ist keineswegs abgeschlossen. Das ist natürlich eine schlechte Nachricht für die, die Stabilität bevorzugen oder auch die Segnungen des Status quo von vor 1989. Die Hauptaufgabe der europäischen Politiker scheint im Moment darin zu bestehen, die geopolitischen Turbulenzen möglichst weit „einzufrieren“, allerdings auf Kosten der moralischen Werte. Diese Versuche sind logisch nachvollziehbar und vielleicht auch notwendig, aber ich glaube nicht an ihren dauerhaften Erfolg. Die Welt wird künftig den Kollaps anderer starker Mächte erleben ebenso wie den

verblüffenden Aufstieg von schwachen. Ich wage sogar zu behaupten, dass die ethische Dimension der künftigen Transformation mit dem politischen Wandel konkurrieren und sehr oft den Sieg davon tragen wird. So gesehen war es schwierig, das Tor von 1989 zu öffnen, aber es wird viel schwieriger werden, es wieder zu schließen.

War der „Wandel“ der Beginn echter Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Kirche?

Ja, aber ich würde die Betonung auf das Wort „Beginn“ legen. Dies gilt besonders für die Ukraine, bei der man von einer deutlich erkennbaren „Verzögerung“ in der soziopolitischen Entwicklung sprechen muss. Begonnen haben wir mit der Demokratisierung, aber die europäische Vision, zu deren Umsetzung in den nun freien postsozialistischen Ländern von vorneherein Modifikationen notwendig waren, wird immer schwächer. Stattdessen beschäftigen wir uns mit dem tiefen geistigen Wandel, der das gesamte Spektrum des menschlichen Lebens erfasst, einschließlich der Gesellschaft, der Politik und der Kirche. 1989 und 2001 sind nur zwei Markierungspunkte am Beginn der langen Liste. Im ukrainischen Kalender ist die friedliche, gewaltlose orangene Revolution von 2004 verzeichnet, die hoffentlich auch künftig als wichtiges Datum in der europäischen Geschichte festgehalten werden wird. Heute wird diese Revolution oft eher als Fehlschlag und Enttäuschung bewertet, was vor allem dadurch verursacht ist, dass sie und ihre Ergebnisse durch eine politische Brille betrachtet werden. Schaut man hingegen durch eine „geistige“ Brille (aus der Perspektive der posttotalitären und postkolonialen Transformation der ukrainischen Nation), dann gelangt man zu einer ganz anderen Perspektive.

Was ist offen oder noch nicht geleistet? Was ist vergessen?

1989 eröffnete die große Wiedervereinigung Europas. Am Beginn erinnerte sich jeder an das berühmte Gleichnis vom verlorenen Sohn (Osteuropa), der in das Haus seines Vaters zurück gekommen ist, und der liebevolle Vater (Westeuropa) umarmt ihn und lässt ein Mastkalb schlachten, um alle glücklich zu machen. Zwanzig Jahre danach ist es klar geworden, dass sich nicht nur Osteuropa ändern muss, sondern auch Westeuropa seinen Weg zum gemeinsamen Treffpunkt zu gehen hat. Die Werte – der Kern der westeuropäischen Identität – werden ganz offen-

sichtlich durch interne nationale Egoismen, Hinterlist und eiskalten Pragmatismus bedroht. Genau das hatte ich selbst in meiner idealistischen pro-westlichen Haltung vergessen: Es gibt keinen wahren Altruismus im politischen Leben. Europa wird nicht durch eine Trennungslinie „Besser-Schlechter“ geteilt. Das Leben geht zu schnell voran, das „Stück Torte“, das in Zukunft zur Verfügung stehen wird, ist zu klein für die europäischen Nationen, als dass sie in altbewährter Weise ihren Hut ziehen und trotzdem weiter leben könnten wie bisher. Um es symbolisch auszudrücken: Die Romantik der fallenden Mauern von 1989 wurde ersetzt durch das nüchterne Schließen der Fenster 2008. Im Ergebnis beschäftigt sich das alte Europa eher damit, die Reste des früheren Status quo zu erhalten, als einen neuen Status quo herzustellen. Das konnten wir 1989 nicht voraussehen.

Wenn Sie einem jungen Menschen heute, der die Zeit nicht miterlebt hat und kaum etwas davon weiß, etwas sagen wollen – worauf kommt es angesichts Ihrer Erfahrungen an?

Meine Botschaft ist sowohl für Europa als Ganzes als auch für jede einzelne junge Frau und jeden einzelnen jungen Mann in der Ukraine dieselbe: Zögert nicht, auf die Seite des moralisch Guten zu treten, egal wie hoch der Preis dafür ist. Ich würde es sogar so scharf wie möglich formulieren, wie ein biblisches Gebot: „Du sollst nicht zögern, auf die Seite des moralisch Guten zu treten, egal wie hoch der Preis dafür ist.“ Ich selbst erhebe nicht den Anspruch, diese Moral zu predigen. Was ich aber zu tun wage, besteht einfach darin, die Erfahrungen meines Lebens und meiner Gefangenschaft weiter zu geben. Eigentlich war es wirklich etwas Verrücktes, 1976 die Ukrainische Helsinki-Gruppe (Human Rights Monitor) zu gründen und auf dem Höhepunkt der Breschnew-Ära von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten zu träumen. Es widersprach dem Urinstinkt des Selbstschutzes. Aber ich danke Gott dafür, dass er einigen von uns geholfen hat, diesen Instinkt zu unterdrücken.

Sicherheit ist ein Synonym für Selbstschutz im politischen Bereich, ein natürlicher Instinkt der Nation. Es ist auch ein bedeutendes Wort im Wörterbuch der modernen Politik – vielleicht zu bedeutend für die auf Werten gegründete und von Werten inspirierte Zivilisation ...

Aus dem Englischen übersetzt von Christof Dahm.

Anmerkungen von Alojzy Orszulik

Wie haben Sie die Wende vor zwanzig Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?



Den Anfang zu den politischen, systemhaften und sozio-ökonomischen Veränderungen setzte der „Runde Tisch“, der im Einverständnis von Regierungs- und Solidarność-Seite die Beratungen am 4. Februar 1989 aufnahm. Lange zogen sich die Gespräche hin, bevor beide Seiten einen Konsens über den Gegenstand für den Beginn der Gespräche erzielten. Die Seiten misstrauten einander. Deshalb wandten sich beide Seiten an die katholische Kirche mit dem Ersuchen, deren Vertreter sollten als Zeugen an den Beratungen teilnehmen. Das Sekretariat der Polnischen Bischofskonferenz und Kardinal-Primas Józef Glemp delegierten dafür drei Vertreter: den Bischof von Gdańsk (Danzig) Tadeusz Gocłowski, Priester Dr. Bronisław Dembowski und mich. Da ich im Sekretariat der Bischofskonferenz arbeitete, war ich seit Beginn des Kriegszustandes – 13. Dezember 1981 – gut orientiert über die Probleme des gesellschaftlichen Konfliktes und über das Bestreben der Führungspersönlichkeiten der Solidarność im Untergrund, die rechtliche Wiedermehrzulassung der Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft Solidarność zu erreichen. Ich kannte auch die dramatische wirtschaftliche Situation Polens. Deshalb nahm ich

Bischof em. Alojzy Orszulik SAC (geb. 1928) trat 1948 ins Seminar der Pallottiner in Chełmno ein (ewige Gelübde: 08.09.1956); 1952-1957 war er im Priesterseminar (Priesterweihe: 22.06.1957 durch Kardinal Stefan Wyszyński). Nach weiteren Studien an der Universität Lublin wirkte er dort von 1961 bis 1989 als Dozent für Kirchenrecht. Außerdem leitete er von 1968 bis 1993 das Pressebüro der Polnischen Bischofskonferenz; in diese Zeit fällt auch seine Mitwirkung bei den Gesprächen, die zum „Runden Tisch“ führten. 1992 wurde er erster Bischof der neu errichteten Diözese Łowicz, die er bis zu seiner Emeritierung 2005 leitete.

seit 1987 an den zuerst mittelbaren, ab 1989 an den direkten Arbeitstreffen teil.

Die Anfänge der Gespräche waren nicht vielversprechend. Die Regierungsseite wollte die Aktivisten der Solidarność, an ihrer Spitze Lech Wałęsa, zur Mitwirkung an den Sejmwahlen gewinnen, wobei sie die volle Macht in den Händen ihres politischen Lagers zu bewahren versuchte. Die Solidarność-Seite verwarf diesen Vorschlag. Die Regierung suchte unter dem Einfluss der immer schwierigeren wirtschaftlichen Situation nach Formen der Annäherung. Diese Arbeitsgespräche führten zum Beginn der Gespräche am „Runden Tisch“, und zwar gegründet auf Prinzipien der Partnerschaft. Sie endeten am 5. April 1989 mit einer Übereinkunft über die Wahlen, die, was den Sejm betraf, zu einem Drittel frei und zu 100 Prozent frei für den Senat sein sollten, der den Staatsrat ersetzte. Man vereinbarte die Wiederherstellung des Präsidentenamtes an Stelle des Staatsratsvorsitzenden.

Nach den Wahlen am 4. Juni 1989, die die Solidarność in der Frage des Sejms zu den festgelegten Proportionen und im Falle des Senats zu 99 Prozent gewann, machte sich in der Bevölkerung Enthusiasmus breit.

Die Regierungsseite ging daran, eine Regierung zu bilden. Da das Regierungslager (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Vereinigte Bauernpartei ZSL, Demokratische Partei) auseinandergefallen war, war die Seite der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (= Kommunisten) nicht imstande, eine Regierung zu bilden. Deshalb verständigten sich beide Seiten auf eine Große Koalition, wobei Tadeusz Mazowiecki, der nicht Abgeordneter des Sejms war, Ministerpräsident wurde. Es war eine Regierung auf Vertragsbasis. Solange jedoch die Mauer in Berlin nicht gefallen war und die Regime in der DDR, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien und Rumänien nicht gestürzt waren, blieb die Frage nach der Dauerhaftigkeit der Veränderungen ungewiss.

Die Regierung Mazowiecki übernahm – außer den Sicherheitsressorts (Militär, Innenministerium) – die wichtigsten Ressorts in der staatlichen Verwaltung, allmählich auch in der Verwaltung nachgeordneter Ebenen und der Wirtschaft. Eine neue Wirtschaftsreform wurde beschlossen. Man traf Vorbereitungen für die Wahl des Präsidenten in allgemeinen Wahlen und für freie Wahlen zum Parlament. Das sowjetische Militär wurde mit dem ganzen Tross und Gerät, mit Familien und Hilfspersonal aus Polen abgezogen.

So stellen sich, kurz gefasst, die Veränderungen in Polen dar, an denen ich persönlich beteiligt war. Es gab schwierige, manchmal dramatische

Momente, aber es war nicht mehr möglich, die Veränderungen aufzuhalten. So hatte sich die Partei die Veränderungen nicht vorgestellt. Sie wollte die volle Macht behalten und mit Misserfolgen auch die Solidarność belasten. Das sozialistische System stürzte, und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei wurde aufgelöst.

Was war Ihre Zukunftsperspektive? Was sollte anders werden?

Als Vertreter der katholischen Kirche und zum Teil als Unterhändler des Gesetzes über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche, das vom Sejm der Volksrepublik Polen am 17. Mai 1989 beschlossen wurde, konnte ich mit Zufriedenheit feststellen, dass der Apparat zur administrativen Behandlung der Kirche, der Apparat des politischen Sicherheitsdienstes, der die Tätigkeit der Kirche beschränkte und Repressionen aussetzte, zerfallen war.

Aus der *Perspektive der Zeit* mag man nach der Methode „Was wäre, wenn ...“ darüber nachdenken, dass man viele Dinge erledigen und Entscheidungen hätte besser und in größerem Umfang treffen können. Aber wenn man an diesen Ereignissen teilhatte, dann sah man, dass es besonnen war, friedliche Veränderungen – ohne Blutvergießen – herbeizuführen.

Welche Rolle spielte Ihr Glaube in der Zeit der Unterdrückung?

Der Glaube war der Grundpfeiler aller Unternehmungen, nicht nur zur Verteidigung der Kirche, sondern auch zur Verteidigung der Gesellschaft vor ihrer administrativen Atheisierung.

Wie sehen Sie heute, nach zwanzig Jahren, die Gesamtlage?

Polen ist ein demokratischer Staat mit einer Marktwirtschaft, wir haben bürgerliche Freiheiten, die Vereinsfreiheit, geregelte Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche auf nationaler und internationaler Ebene. Polen gehört zum NATO-Pakt und zur Europäischen Union. Niemand konnte vor zwanzig Jahren erwarten, dass der ganze Block der Sowjetunion und die Sowjetunion selbst zerfallen würden. Was den Lebensstandard angeht, so fehlt uns noch viel im Vergleich zum Westen, aber wir bleiben auch nicht allzu sehr hinter den westlichen Ländern zurück.

Hat die Wende zu echten gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Veränderungen geführt?

Die Antwort auf diese Frage findet sich in den vorhergehenden Punkten.

Was ist noch nicht geleistet? Was ist vergessen?

Im Laufe der zwanzig Jahre ist es nicht gelungen, Reformen des Gesundheitswesens, der Sozialversicherungen und stabiler Prinzipien für die Bildung der jungen Generation durchzuführen. Es bildeten sich keine politischen Parteien heraus, die zu dauerhaften Koalitionen fähig wären, auch nicht zur Durchführung notwendiger Reformen und zur Verabschiedung notwendiger Gesetze. Gegenwärtig sind zwei Parteien relativ stark, die aus der Solidarność hervorgegangen sind und sich auf christliche Werte berufen. Aber sie bekämpfen einander.

In der Verfassung gibt es keine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Präsident und Ministerpräsident. Das führt zu Konflikten und zur Blockade der Reformen und notwendigen Gesetze.

Gleich zu Beginn der Veränderungen hat man es versäumt, einen Kassensturz der Wirtschaft durchzuführen. Auch hat man die Mitglieder der kommunistischen Partei und die kommunistischen Funktionäre des Sicherheitsapparates nicht von den Schaltstellen der staatlichen, wirtschaftlichen und regionalen Verwaltung entfernt. Das hätte man im demokratischen Staat tun müssen.

Wenn Sie einem jungen Menschen heute, der die Zeit nicht miterlebt hat und kaum mehr etwas davon weiß, etwas sagen wollen – worauf kommt es angesichts Ihrer Erfahrungen an?

Die junge Generation der Intellektuellen interessiert sich nicht für die Periode der kommunistischen Regime. Zum Teil glaubt sie nicht, wie schwierig die Zeiten waren, dass es z. B. Karten für den Bezug von Lebensmitteln, für Benzin u. a. gegeben hat. Sie leben in und aus der Gegenwart, es fällt schwer, mit ihnen zu diskutieren, sie missbrauchen die Freiheiten der freiheitlichen Gesellschaft.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.

Anmerkungen von Irina Scherbakowa



Wie haben Sie die Wende vor zwanzig Jahren persönlich erlebt? Welche Gefühle beherrschten Sie damals?

Erstens muss ich sagen, dass für mich die Wende, der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands untrennbar von meinen Erinnerungen an die damaligen Ereignisse in Russland sind. Das war die bewegendste Zeit meines Lebens, zumal sich die Veränderungen so schnell und so rapide vollzogen, so unerwartet und unprognostiziert – niemand konnte noch Mitte der achtziger Jahre ernsthaft glauben, dass die Sowjetmacht samt der kommunistischen Partei und das ganze System so morsch sind. Jeder Tag brachte etwas Neues – neue Veröffentlichungen, neue Schritte in die Freiheit. Was sich aber noch 1988 in der DDR abspielte, schien um so makabrer zu sein. Von der DDR kam ja Gegenwind. Die Zeitung „Prawda“ wurde dort fast zur verbotenen Lektüre. Der Moskauer Witz von 1988 – zum zwanzigsten Jahrestag des Einmarsches in Prag – lautete: „Jetzt sind wir schon soweit, dass die Warschauerpakt-Truppen bei uns einmarschieren können.“ Ich war noch im Mai 1989 in Ostberlin und hatte ein ganz peinliches Gefühl, die ewig gestrige Zeit dort noch zu erleben. Die wirkliche Bewegung sah ich erst, als Gorbatschow zum 40. Jahrestag der DDR kam und von der Menschenmenge umjubelt wurde – da dachte ich: Endlich kommt auch hier Bewegung in die Stagnation.

Dr. Irina Scherbakowa (geb. 1949) studierte Germanistik in Moskau (Staatsexamen 1971) und war bis 1987 als Germanistin und Übersetzerin tätig. Seit Ende der siebziger Jahre beschäftigte sie sich mit dem Schicksal von Opfern des Stalinismus (Sammeln von Tonbandaufzeichnungen und schriftlichen Nachlässen), die sie auch publizistisch verwertete (Mitarbeit in verschiedenen Zeitschriften). Von 1992 bis 2006 war sie Dozentin an der Russischen Staatlichen Universität für Humanwissenschaften in Moskau (Bereich „Oral History“) und ist seit 1999 bis heute Leiterin des Projekts „Allrussischer historischer Schülerwettbewerb“ der Menschenrechtsorganisation „Memorial“.

Natürlich waren wir damals in Russland sehr mit der eigenen Situation beschäftigt, haben aber trotzdem die Entwicklung in den „Bruderländern“ verfolgt. Die DDR war wirklich die letzte Bastion, und die Mauer – ein absolutes Symbol des Kalten Krieges. Ich kann mich gut erinnern, was in mir vorging, als Gorbatschow sagte: *„Die Mauer ist von Menschen gebaut worden“* – das bedeutete, dass sie auch von Menschen zerstört werden kann ... Interessant war es, über die eigenen Gefühle nachzudenken, denn diese eigentlich kleine Mauer, die in einer Nacht gebaut worden war, schien all die Jahre etwas für immer und ewig Gebautes zu sein ... wie das ganze kommunistische System. Mitte der achtziger Jahre konnten wir nicht hoffen, dessen Ende zu erleben.

Bis heute ist es für mich fast schmerzhaft, dass ich damals, in diesen Novembertagen 1989, gerade zum ersten Mal in meinem Leben in Westdeutschland war, sehr tief im Westen, nämlich in München, auf Einladung des Kulturreferats, und nicht in Ostberlin. Es war unglaublich bewegend, was sich dort abspielte, ich saß mit meinen Bekannten aus Westdeutschland, Journalisten und Literaten, vor dem Fernseher, und wir waren alle absolut euphorisch. Der Unterschied zwischen ihnen und mir bestand aber darin, dass ich die DDR, vor allem durch meine Übersetzerarbeit ostdeutscher Autoren, viel besser kannte und auch damals schon ahnte, dass der Weg in die wirkliche Wiedervereinigung ein sehr schwieriger werden würde.

Was war Ihre Zukunftsperspektive? Was sollte anders werden?

Für mich war schon sehr lange klar, dass die Zukunftsperspektive nur der Weg zu einem freien demokratischen Staat sein konnte. Ich hatte unglaubliches Glück, in einer Familie aufgewachsen zu sein, in der meine Eltern schon sehr früh systemkritisch waren, spätestens beim Aufstand in Budapest 1956 ihren Glauben an den Kommunismus verloren und ganz enge Kontakte zu Dissidenten pflegten. Prag 1968 war dann der Abschied von letzten Hoffnungen an die Möglichkeit, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufzubauen. Da mein Hauptinteresse der Geschichte galt, vor allem der verbotenen Geschichte der politischen Repressalien in der Sowjetunion, und ich ab Anfang der achtziger Jahre angefangen hatte, Gespräche mit ehemaligen Opfern zu führen, so glaubte ich fest, dass man Abschied von der Vergangenheit nehmen müsse, indem man die Wahrheit über sie ganz laut sagt. Das schien mir eine der wichtigsten Aufgaben zu sein, und Ende der achtziger Jahre

hatte ich das Gefühl, dass es soweit war, weil sehr viele Menschen diese Einsichten teilten. Damals habe ich angefangen, Gespräche mit den Opfern der wirklich *bleiernen* Breschnewzeiten zu führen, wo vieles sehr hoffnungslos aussah. Aber diese Gespräche, meistens mit Frauen, deren Männer erschossen und deren kleine Kinder vom Geheimdienst in Heime gesteckt worden waren, haben mir damals sehr geholfen, den Glauben an die Menschen nicht zu verlieren.

Welche Rolle spielte Ihr Glaube in der Zeit der Unterdrückung?

Mein Glaube war damals ein sehr starker Glaube an die Macht der Wahrheit und an die Macht des Wortes. Ich war fest davon überzeugt, dass wenn die Wahrheit über die Verbrechen des totalitären Regimes ans Licht käme, wenn es zur Öffnung des Zugangs zu Informationsquellen (Archiven, Bibliotheken und Museen), zur Bewahrung und Verewigung des Andenkens an die Opfer des Totalitarismus, zu ihrer vollen und öffentlichen Rehabilitierung käme, sich alles ändern würde.

Wie sehen Sie heute, nach zwanzig Jahren, die Gesamtlage? Hat die Wende zu echten gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Veränderungen geführt?

Ich glaube, dass im wiedervereinigten Deutschland in diesen zwanzig Jahren sehr viel passiert ist, nicht nur in marktwirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Werke aus Kunst, Literatur und Film wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, auch die Stasiarchive öffneten sich. Schließlich war auch die papierene Seite der bürokratischen Maschinerie ein Schlüsselement des kommunistischen Gesamtprojekts.

Es hat sich sehr viel auch in der Kulturpolitik getan – mit der Eröffnung der neuen Gedenkstätten, mit Tafeln und Denkmälern, die an die Opfer der SED-Diktatur erinnern sollten. Ich selbst konnte an einigen gemeinsamen deutsch-russischen Projekten teilnehmen, z. B. an dem Projekt über die Sonderlager des sowjetischen Innenministeriums, die zwischen 1945-1949 in Buchenwald, Sachsenhausen und anderen Orten des Terrors errichtet worden waren. Diese neue Öffnung von beiden Seiten brachte in den neunziger Jahren neue Aufarbeitung und schuf neue moralische Zugänge auch zu den Opfern des Nationalsozialismus; ich meine damit die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter in

den osteuropäischen Ländern, vor allem in den postsowjetischen, in Russland, Weißrussland und der Ukraine. Das war umso wichtiger, weil diese Menschen nach der Rückkehr aus Deutschland in der damaligen UdSSR erneut zu Opfern des stalinistischen Regimes wurden und erst nach der Perestroika wenigstens moralisch rehabilitiert wurden. Das alles bildete die Grundlage einer neuen Vertrauensbasis zwischen unseren Ländern nach der Wende.

Was ist noch nicht geleistet? Was ist vergessen?

Obwohl ich auch im wiedervereinigten Deutschland große nicht überwundene Schwierigkeiten sehe, die ihren Ursprung in politischen und wirtschaftlichen Fehlern der neunziger Jahre haben, glaube ich, dass die grundsätzlichen Veränderungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit und Glaubensfreiheit vollzogen und unumkehrbar sind.

Ganz anders sehe ich leider die heutige russische Situation. Bis zu den Jahren 1993/1994 blieb das angestrebte gesellschaftliche Ideal eine auf die russischen Gegebenheiten zugeschnittene Form der Demokratie. Bald jedoch schon, nach zwei oder drei Jahren, haben Enttäuschung über die Marktreform, die schwere wirtschaftliche Krise und die psychologischen Schwierigkeiten, mit dem Zerfall der Sowjetunion umzugehen, die russische Gesellschaft dazu gebracht, sich von den liberal-demokratischen Idealen zu lösen. In dem Maße, wie viele in ihren Erwartungen enttäuscht wurden, verlor auch die Demokratie an Anziehungskraft. Nach zwanzig Jahren stellt sich nun heraus, dass viele Eigenschaften, die man bei dem so genannten „sowjetischen Menschen“ für typisch hielt, erhalten geblieben sind, nämlich die Unmündigkeit, das Erwarten von staatlichen Almosen, der Glaube an das russische Wunder und an schnelle Bereicherung.

Die Angst vor Armut, vor den Schwierigkeiten des Alltags und vor der um vieles gewachsenen Kriminalität führte dazu, dass man wieder Feindbilder aufbaut und die Schuldigen sucht. Schuld sind nun die „Demokraten“, die Marktreformen angestoßen haben. Zunehmend geraten auch die so genannten Oligarchen in die Schusslinie, die in den Augen vieler enorme Macht besitzen und das ganze Land privatisierten. Weitere Schuldige sind die Kaukasier, in denen man seit dem Zerfall der Sowjetunion die Hauptfeinde sieht. Die zwischennationalen Konflikte in den kaukasischen Republiken, die schwere wirtschaftliche Situation, die Ar-

beitslosigkeit haben viele Menschen nach Russland gebracht. Das führte natürlich zu Spannungen. Und dann die Zuwanderer aus den postsowjetischen asiatischen Republiken, die oft unter fast sklavenartigen Verhältnissen die schwerste Arbeit in den russischen Großstädten leisten und zunehmend zu den Opfern der Rechtsradikalen werden!

Auch in Bezug auf Zukunftsvisionen und Vergangenheitsbilder gibt es in meinen Augen sehr gefährliche Entwicklungen. Zuerst kam die Nostalgie nach der wunderbaren Monarchie und dem wunderschönen Zarenreich, das von den Bolschewiken zerstört worden war. Aber schon sehr bald folgte auch die Verklärung des Stalinismus, die Sehnsucht nach dem imperialen Stil, nach dem „schönen Schein des Stalinismus“ und vor allem nach der so genannten „starken Hand“. Die sowjetische und später auch konkret die stalinistische Tradition wurden wieder mit Leben erfüllt. Bereits ab Mitte der neunziger Jahre wurde die Nostalgie in Bezug auf die Sowjetära zu einem prägenden Phänomen im gesellschaftlichen Bewusstsein. Auch die Obrigkeit, die sich völlig vom westlichen Demokratiemodell abgewandt hat und auf der Suche nach einem „eigenen“ Weg und vor allem einer nationalen Idee ist, wendet sich immer mehr alten sowjetischen Mythen und früheren Propagandaidealen zu. Sie hat eine Machtvertikale aufgebaut, in der kaum mehr Platz für Freiheiten und Menschenrechte vorhanden ist.

Wenn Sie einem jungen Menschen heute, der die Zeit nicht miterlebt hat und kaum etwas davon weiß, etwas sagen wollen – worauf kommt es angesichts Ihrer Erfahrungen an?

Ich arbeite seit zehn Jahren mit Jugendlichen und mit Lehrern aus ganz Russland und erlebe ständig, dass man mit Begriffen wie „Freiheit“, „Demokratie“ oder „Menschenrechten“ nicht weiter kommt. Sobald diese Worte fallen, reagieren die jungen Menschen in Russland oft verständnislos. In Bezug auf die Vergangenheitsaufarbeitung gibt es in Russland eine Kluft zwischen der historischen Forschung und der öffentlichen Meinung bzw. Akzeptanz. Nach der Wende bearbeitete man die geheimen Akten in den Archiven, zu denen man Zugang bekommen hatte; man schrieb Bücher; man erfasste sehr aktiv die Regionalgeschichte. Aber nach unserer Erfahrung ist die Aufklärungsarbeit nur dann effektiv, wenn sie konkret wird, d. h. wenn es um Gedenktafeln geht oder wenn eine ganze kleine Stadt mitmacht, irgend ein Schicksal oder einige Schicksale von Landsleuten zu erforschen.

Es ist gar nicht so einfach, heute an russische Jugendliche heranzukommen. Der historische Wettbewerb, den „Memorial“ organisiert hat, hat sich aber als sehr produktiv erwiesen. Wir haben insgesamt über 30.000 Arbeiten erhalten, auch aus den entlegensten Regionen Russlands, aus ganz kleinen Dörfern und Siedlungen. Diese konkrete Arbeit mit den Jugendlichen, bei der sie sich wirklich in die eigene Familiengeschichte vertiefen, wo der Urgroßvater erst als „Kulake“ – als „ausbeuterischer Großbauer“ – verbannt, dann ein Kriegsgefangener wurde und danach in ein Straflager kam – das macht für sie Einiges sehr deutlich.

Leider ist gerade in Russland die Bereitschaft der Gesellschaft, die Wahrheit über ihre Geschichte zu erfahren und zu akzeptieren, die Ende der achtziger Jahre ziemlich groß schien, seit Mitte der neunziger der Gleichgültigkeit, der Apathie und dem Unwillen gewichen, „in der Vergangenheit zu graben“. Es gibt auch Kräfte, die direkt daran interessiert sind, dass es zu diesem Thema keine Diskussionen mehr gibt. Diese Tendenzen finden Ausdruck in der offiziellen, immer deutlicher formulierten Konzeption der vaterländischen Geschichte ausschließlich im Sinne „unserer ruhmreichen Vergangenheit“. Besonders die junge Generation wird jetzt ganz stark zu einem Manipulationsobjekt von Seiten der heutigen Macht. Das führt einerseits zur Verbreitung von Zynismus und Konsumismus, andererseits zur Verstärkung von fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Stimmungen. Die Zeit der Wende wird als Zeit des Chaos dargestellt, manipuliert aus dem „bösen Westen“.

Jetzt steht Russland an der Schwelle einer enormen Krise, die nicht nur eine Finanzkrise ist – und die Opfer dieser moralischen Krise sind vor allem die jungen Menschen. Ihnen zu helfen, die Werte von Demokratie und Achtung der Menschenrechte zu erschließen, ist, glaube ich, die entscheidende Aufgabe dieser Zeit.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Kirchen der östlichen Traditionen

In einem populärwissenschaftlichen Handbuch aus den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts steht folgende Formulierung: „Die Ostkirchen bilden den unbekannten und oft missverstandenen Zweig des Christentums.“ An dieser Einschätzung hat sich seither trotz mannigfacher Kontakte zwischen Ost und West wenig geändert. Mehr noch: Viele Christen „westlicher“ Tradition, Katholiken ebenso wie Protestanten, wissen wenig über die große Tradition des christlichen Ostens und reagieren verunsichert oder sogar abweisend, wenn sie den Riten und Zeichen der Ostkirchen begegnen.

Das vorliegende Heft versucht, in mehreren Schritten ein wenig Licht in die oft komplexen Zusammenhänge zu bringen. Zu den Kirchen östlicher Traditionen gehören die christlichen Kirchen, die unter dem Sammelbegriff „Orthodoxie“ geführt werden, ebenso wie die christlichen Kirchen des Orients, die sich in der Frühgeschichte des Christentums bis nach Indien und China ausgebreitet haben. Ihre Entfaltung, ihre Geschichte, die Folgen des Kommunismus für die Kirche in Osteuropa, das Schicksal der mit Rom verbundenen Ostkirchen, der ökumenische Prozess – diesen Bereichen widmen sich die Hauptartikel des Heftes.

Wichtig ist für das gegenseitige Verständnis auch die persönliche Erfahrung. So kommen Studierende aus den Ländern der Ostkirchen zu Wort, die ihr Leben im westlich-säkularen Umfeld schildern und zugleich Einblicke in ihre religiöse Heimat vermitteln. Immer wieder wird dabei auf die Frömmigkeitsformen der Ostkirchen hingewiesen. Ihnen ist ein eigener Beitrag gewidmet.

„Unbekannt und missverstanden“ und wohl auch unterschätzt: Gerade in der heutigen Zeit, in der in Westeuropa oft von Sinnkrise und Orientierungslosigkeit die Rede ist, kann die ostkirchliche Tradition wichtige Impulse zur Einkehr vermitteln. Unser Heft möchte dazu einen Beitrag leisten.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

<i>Metropolit Filaret</i>	
Ostkirchliches Erbe heute	163
<i>Walter Kardinal Kasper</i>	
Aufeinander angewiesen	165
<i>Thomas Bremer</i>	
Die östlichen Kirchen – ein Überblick	167
<i>Johannes Oeldemann</i>	
Die ökumenischen Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken zwanzig Jahre nach der „Wende“	179
<i>Antoine Arjakovsky</i>	
Das Konzept der „Kiewer Kirche“ – ein Weg zur Annäherung der Konfessionen in der Ukraine	189
<i>Erzbischof Jeremiasz</i>	
Die orthodoxe Kirche als Minderheit in Polen	195
<i>Gregor Hohmann</i>	
Reichtum für alle. Die Bedeutung der ostkirchlichen Spiritualität für das westliche Christentum	203
<i>Stepan Sharko</i>	
Zur Seelsorge unter ukrainischen griechisch-katholischen Aussiedlern in Deutschland	212

Als orthodoxe Studierende in Deutschland

Erfahrungsberichte

<i>Irena Pavlović</i>	
Zwischen geistlichen Heimaten. Mein Leben in Deutschland als orthodoxe Christin	217
<i>Darko Anev</i>	
Eine östliche Sicht auf westliche Traditionen	222
<i>Aleksandar Marković</i>	
Orthodoxe und katholische Identität im Dialog	227
<i>Andrej Mironov</i>	
Mein Weg als orthodoxer Christ in Weißrussland	231

Porträt

<i>Jewgenij Pilipenko</i>	
Erzbischof Hilarion (Alfejew), neuer Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats	236

Ostkirchliches Erbe heute

In geschichtlicher Perspektive ist der christliche Glaube einer der Pfeiler der europäischen Kultur. Aus diesem Grund begegnet uns der christliche Glaube überall dort, wo uns die europäische Kultur begegnet, und zwar auch dann, wenn der christliche Gehalt einmal nicht auf der Hand liegen mag. An unseren europäischen Begriffen von Verantwortung, Freiheit und Person hat das Christliche einen unabdingbaren Anteil. Die christliche Weltanschauung gibt darüber hinaus der europäischen Geschichte den Sinn, den sie trotz der historischen Katastrophen und des wachsenden Einflusses nihilistischer und säkularistischer Kräfte haben kann. Das christliche Erbe hat in der europäischen Kultur einen weitaus bedeutenderen Platz, als das säkulare Bewusstsein gemeinhin wahrnimmt.

Bis heute kann der christliche Glaube auf die geistige Entwicklung Europas über die Kirche Einfluss nehmen. Die Kirche hat in Europa viele Gestalten, eine dieser Gestalten ist die Orthodoxie. Die Orthodoxie hat ihre ursprüngliche Heimat vor allem im Osten Europas. Was kann sie zur geistigen Entwicklung insbesondere Westeuropas beitragen? Sie verfügt über eine große spirituelle Strahlkraft, verkörpert in ihrer Liturgie, die sogar Menschen anzieht, die allem Christlichen zunächst ganz fern stehen, und ihnen ein erstes geistliches Erleben schenkt. Die Orthodoxie vermag die ersten Regungen christlichen Fühlens zu wecken, und sind sie geweckt, so vermag die Orthodoxie, sie zu stärken. Die Orthodoxie vermag manchen westlichen Einseitigkeiten entgegenzuwirken: Zwischen dem kleinlichen Rigorismus, der Abkehr erzeugt, und der alles vermischenden Regellosigkeit, die Gleichgültigkeit erzeugt, geht die Orthodoxie den guten, dem Menschen dienlichen Mittelweg. Dem westlichen Menschen, der oftmals ganz und gar im bloß Weltlichen (in Arbeit, Konsum, Genuss) verloren und verirrt ist, weist sie eine Heimkehr auf – eine Heimkehr zum Vater. Die im Westen häufig zu findende Selbstgenügsamkeit stellt die Orthodoxie schon durch ihre bloße Existenz in Frage und eröffnet den Weg zu neuen und fruchtbringenden

Der Autor ist Metropolit von Minsk und Sluzk und Patriarchalexarch von ganz Weißrussland.

Entwicklungen: sowohl im Leben überhaupt als auch insbesondere im kirchlichen Leben.

Aber das bedeutendste Potenzial, über das die Orthodoxie in unserer Zeit verfügt, ist vielleicht dies: Sie vermag der Einheit der Christen in *realistischer* Weise förderlich zu sein. So gibt es in den Grundprinzipien der Russischen Orthodoxen Kirche hinsichtlich der Beziehungen zu Andersgläubigen keinen Rigorismus. Im diesbezüglichen Dokument heißt es: „Ungeachtet der Tatsache, dass die Einheit zerbrochen ist, bleibt doch die Gemeinschaft bestehen – wenn sie auch keine vollständige ist –, und sie dient als Unterpfand der Möglichkeit der Rückkehr zur Einheit in der Kirche, in die katholische Vollkommenheit und Einigung“ (1.15). Gottes Gnade einigt uns in den Sakramenten und Gebeten. Die Einheit der Christen ist nicht zu erwarten von einer Vereinheitlichung der Dogmen der verschiedenen Glaubensrichtungen und kann nicht durch politische Maßnahmen erreicht werden; sie scheint aber auf in unserem einheitlichen Verhältnis zu Gottes Schöpfung, in unseren gemeinsamen Zielen und Werten, und in dem, der für uns alle im Zentrum von allem steht: in unserem Herrn Jesus Christus.

Für eine zukünftige Einheit der Christen dürfte eine bessere Unterscheidung zwischen dem eigentümlich Religiösen und dem eigentümlich Politischen von entscheidender Bedeutung sein. Viel Trennendes ist eher politischer als religiöser Natur. Was aber nun allgemein das Verhältnis von Politik und Kirche betrifft, so versteht sich beispielsweise die Russische Orthodoxe Kirche nicht wesentlich als eine politische Kraft (schon gar nicht als eine nationale), sondern wesentlich als eine geistige, religiöse Kraft. Dass sie dieses Selbstverständnis von sich hat, bedeutet jedoch nicht, dass sie „unpolitisch“ wäre. Wenn in Staat und Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen der Mensch zu Schaden kommt, dann erhebt sie ihre Stimme. Gerade an negativen Entwicklungen im Wirtschaftsleben – der aktuelle Anlass ist die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Kapital durch Praktiken, die ins Spielkasino gehören – übt sie nachdrückliche Kritik.

Der Mensch in Europa, im Osten wie im Westen, ist vielfältigem Druck und Zug von verschiedensten Seiten ausgesetzt. Mehr als alles andere und mehr als jemals zuvor benötigt er der geistigen Wegweisung, freilich nicht der Gängelung. Es ist Aufgabe aller Christgläubigen, ihm zu helfen. Denken wir dabei an die Worte des Heiligen Alexander Newski, die sich an die Christgläubigen aller Zeiten wenden: „Nicht in der Macht ist Gott, sondern in der Wahrheit.“

Aufeinander angewiesen

Das Jahr 2009 ist durch zwei Gedenktage geprägt, die die Welt geprägt haben: Vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, Ausgangspunkt der Trennung von Ost und West während der darauf folgenden Jahre des Kalten Krieges und der Blockbildung. Vor 20 Jahren fiel völlig überraschend und ohne Blutvergießen die Berliner Mauer, das Symbol der Trennung von Ost und West. Der Eiserne Vorhang als Kind des Krieges war nicht mehr, und das größere Europa war wieder im Bereich des Möglichen. Europa konnte wieder beginnen, „mit zwei Lungen zu atmen“, wie Papst Johannes Paul II. es in seiner prophetischen Weitsicht nannte.

Ost und West sind aber nicht nur zwei politische Kategorien der vergangenen Jahrzehnte. Ost und West sind zwei Kategorien einer Jahrhunderte alten Unterscheidung zweier Traditionen in der einen Kirche Jesu Christi. In beiden Traditionen, in ihrer Einheit wie in ihrer Unterschiedlichkeit, war das Christentum die prägende und Gestalt gebende Kraft Europas. Von Portugal bis ins Baltikum, von Ost nach West und von Skandinavien bis nach Zypern ist es das Kreuz auf christlichen Kirchen, das den Bezugspunkt bildet, um überhaupt von Europa sprechen zu können. Europa ist keine geographisch umschriebene Größe, sondern eine hauptsächlich durch das Christentum definierte kulturelle Größe.

Um zur Integration von Ost- und Westeuropa zu kommen, bedarf es der langen und reichen Tradition der Kirchen des Ostens. Sie haben über Jahrhunderte die Menschen und die Kultur ihrer Länder geprägt. Sie bilden bis heute das verbindende Element der verschiedenen Staaten. Sie allein können durch Rückbesinnung auf die Werte und Überzeugungen des Christentums in dieser Zeit der rasanten Umwälzungen ein gemeinsames Fundament bilden und den Menschen neu Halt und Orientierung geben. Nur mit ihnen kann die Integration Europas gelingen. Das ge-

Der Autor ist Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen.

meinsame christliche Fundament, auf dem Europa steht und das sein Grundgerüst bildet, kann uns helfen, Trennungen zu überwinden und gemeinsam einzutreten für die Menschen, die uns anvertraut sind.

Jahrzehnte des Kommunismus haben ihre Spuren hinterlassen und die orthodoxen Kirchen vor große Herausforderungen gestellt. Menschliche Tragödien, soziale Verwerfungen und ein Ausbluten des religiösen Fundaments haben im Osten Europas zu Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit geführt. Die riesigen Unterschiede der Entwicklung zwischen urbanen Zentren und den ländlich geprägten Gebieten ist unübersehbar und Herd schwelender Konflikte. Der rasante Wachstumsprozess in den Städten hat dort zu ähnlichen Symptomen der Säkularisierung geführt, wie wir es im West schon länger kennen. Diese Situation ist eine gemeinsame Herausforderung der Kirchen in Ost und West. Wir sind aufgerufen, uns dieser Überlebensfrage des Christentums in Europa gemeinsam zu stellen.

Die östlichen Kirchen – ein Überblick

Christentum in Indien? Die meisten Menschen würden wohl an Mutter Teresa und ihren Orden denken. Katholische Kirche in China? Die Mission von Matteo Ricci und später der Jesuiten ist der erste Gedanke, der hier vielen kommt. Christentum in Arabien? Ein Phänomen, das von Ausländern dorthin gebracht wurde und das es nur im Verborgenen gibt, so scheint es. Kirche in Alaska? Die ist bestimmt mit der Besiedlung durch weiße Amerikaner entstanden, wird man meinen. Und warum sind Menschen in Äthiopien christlich? Durch europäische Missionare, werden viele glauben. Die Kirche in Finnland ist die lutherische Staatskirche, oder? Und in Italien gehören praktisch alle Gläubigen der römisch-katholischen Kirche an, so wird vermutet.

Und doch stimmt keine dieser Vermutungen so richtig. All den genannten Erscheinungsformen von Christentum in der ganzen Welt liegt östliches Christentum zu Grunde, also kirchliches Leben, das sich von den Ursprüngen des christlichen Glaubens in Jerusalem aus nicht nach Westen, ins Römische Reich, verbreitet hat, sondern das aus griechischen, syrischen oder anderen Traditionen stammt. Es waren vermutlich Judenchristen, die sehr früh, vielleicht schon im 1. Jahrhundert, das Christentum nach Indien brachten. Dort konnte es sich bis in die Gegenwart in seiner östlichen, syrisch geprägten Form halten. Erst im 15. Jahrhundert erreichten westliche, katholische Missionare Indien und spielten der einheimischen Kirche sehr übel mit. Auch nach China war der Glaube an Christus schon lange vor Matteo Ricci gekommen; bereits Marco Polo berichtet im 13. Jahrhundert, dass er auf seiner Reise Kirchen gesehen habe. Das vorislamische Arabien war weitgehend christianisiert, und in vielen Gebieten des Orients ist heute noch kirchliches Leben in arabischer Tradition und Sprache lebendig. Die erste Missionierung Alaskas geschah durch russische Missionare; westliches Christentum gelangte erst viel später dorthin, und bis heute ist die orthodoxe Kirche nach der katholischen und den Baptisten die drittgrößte Konfession in diesem

Der Verfasser ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

amerikanischen Bundesstaat. In Äthiopien schließlich existiert seit sehr früher Zeit eine Form von christlicher Kirche, die viele alte und eigentümliche Eigenarten bewahrt hat. Finnland hat zwei Staatskirchen; neben der lutherischen ist es die orthodoxe Kirche von Finnland, die dieses Privileg genießt. Und in Italien gibt es seit langem zwei Bistümer im Süden des Landes sowie eine bedeutende Abtei in der Nähe von Rom, die katholisch sind, aber das Christentum in seiner östlichen Form bekennen und leben.

Das östliche Christentum hatte in der Geschichte eine weit größere Verbreitung, als es heute der Fall ist.

Das östliche Christentum hatte in der Geschichte also eine weit größere Verbreitung, als es heute der Fall ist. In dieser Darstellung soll gezeigt werden, wie diese Ausbreitung geschah, wie weit sie sich

erstreckte und warum die östlichen Kirchen in vielen Gebieten der Erde heute kaum mehr eine Rolle spielen. Auch die Trennungen zwischen den verschiedenen östlichen Traditionen sollen behandelt werden. Das vorliegende Heft ist den Kirchen in Ost- und Mitteleuropa gewidmet, doch soll dieser einleitende Beitrag die gesamte Breite der Ostkirchen im Blick haben.

Die Ausbreitung des östlichen Christentums

Das Christentum war nach seiner Gründung zunächst keine missionarische Religion im heutigen Sinne. Die alte Kirche kannte keine systematische Mission, es gab nicht einmal ein Wort dafür. Für sie war es wichtig, dass die Botschaft Jesu überall verkündet würde; das sah man aber als bereits gegeben an.

Die christliche Religion hat sich, aus dem Judentum kommend, in der antiken Welt und im antiken Denken entwickelt. Das Griechische war die Sprache der antiken Welt (das Lateinische diente vor allem in der Verwaltung und im Militär der Verständigung), und es war die Sprache des frühen Christentums, in der auch das Neue Testament verfasst ist. Die Sprache Jesu und der Apostel war das Aramäische, ein semitisches, dem Syrischen verwandtes Idiom. Früh schon gab es Christentum auch in weiteren Sprachen.

Von Palästina aus entstanden rasch Gemeinden im Mittelmeerraum; wir wissen von den im Neuen Testament erwähnten Gemeinden in Rom, Korinth, Galatien, Ephesos, Philippi und Thessaloniki. Darüber hinaus

wurde die Botschaft Jesu weiter verbreitet, vor allem durch einfache Leute, reisende Händler, Handwerker und auch so genannte Wanderapostel. So gelangte es in viele Gebiete, auch in solche außerhalb des Römischen Reiches. Die wichtigsten Richtungen der Ausbreitung waren (abgesehen von der westlichen, lateinischen Welt) die folgenden:

Das koptische Christentum

Von Alexandrien (Alexandria) in Ägypten, einer der größten und wichtigsten Städte der antiken Welt, gelangte die christliche Lehre am Nil entlang nach Süden, über das heutige Äthiopien bis in den Sudan. Zusätzlich zur Verbreitung aus dem Norden gab es in Äthiopien auch Kontakte über die Küste; Händler und Seeleute brachten den Glauben über die Arabische See nach Äthiopien.

In Ägypten selbst entstand eine besondere Prägung der Kirche, die sich hier mit dem Selbstverständnis der Einwohner (der „Kopten“, abgeleitet vom griechischen Wort für Ägypter) verband. Die Kopten leiteten ihren Glauben vom Aufenthalt Jesu und seiner Eltern nach der Flucht nach Ägypten sowie von der Verkündigung durch den Evangelisten Markus ab. Sie verstanden sich explizit nicht als Römer oder Griechen, auch wenn ihr Land Teil des Römischen Reichs war. In Alexandrien waren viele bedeutende Theologen zu Hause, die alexandrinische Schule war berühmt und spielte in den theologischen Auseinandersetzungen der Antike eine zentrale Rolle. Sie besaßen eine eigene koptische Liturgie, die sich von der Liturgie in den anderen christlichen Kirchen unterschied. Die Äthiopier entwickelten die Liturgie noch weiter und nahmen zahlreiche Elemente in ihren Gottesdienst auf, die sich in anderen Gebieten nicht finden lassen.

Erwähnt sei an dieser Stelle noch, dass auch die gesamte nordafrikanische Küste, von Ägypten bis zum heutigen Marokko, über viele Jahrhunderte christliches Gebiet war. Allerdings gehörten diese Regionen zur westlichen Kirche, hier pflegte man das lateinische Christentum.

Das syrische Christentum

Der große Gegenpol im Osten des Römischen Reichs zu Alexandrien war die Stadt Antiochien (Antiochia) am Orontes, heute ein wenig bedeutender Ort im Süden der Türkei. Hier wurden nach dem Ausweis der Bibel die Anhänger Jesu erstmals „Christen“ genannt (Apg 11,26). Antiochien war eine Handelsstadt und Ausgangspunkt des syrisch geprägten Christentums. Wie in allen großen Städten der Antike, so wur-

de zwar auch hier vorwiegend griechisch gesprochen, doch waren schon die Gemeinden im benachbarten Hinterland syrischsprachig. In Antiochien entwickelte sich ebenfalls eine wichtige Theologenschule, die in ständigem Gegensatz zu der von Alexandrien stand.

Im Gebiet östlich von Antiochien hat sich ebenfalls der christliche Glaube sehr früh verbreitet. Die dort gesprochene syrische Sprache war dem Aramäischen der Urgemeinde ähnlich, und vor allem über jüdische Gemeinden breitete sich das Christentum aus. Das Zweistromland und

Bis nach China erstreckte sich die ostsyrische (assyrische) Kirche; ihre Ausbreitung erfolgte friedlich durch Händler und Mönche.

die arabische Halbinsel standen unter der kirchlichen Aufsicht von Antiochien, auch wenn diese Gebiete nicht mehr zum Römerreich gehörten. Als es aus politischen Gründen opportun erschien, keine allzu engen Verbindungen zu Institutio-

nen im Römischen Reich zu unterhalten, erklärte sich die ostsyrische Kirche im frühen 5. Jahrhundert für selbstständig. Diese Kirche entwickelte eine enorme Missionstätigkeit. Syrisches Christentum finden wir in den folgenden Jahrhunderten fast überall in Asien, entlang der Handelswege (von denen die Seidenstraße wohl der berühmteste ist) bis hin nach China. Die ostsyrische (auch: assyrische) Kirche genoss hohes Ansehen beim chinesischen Kaiserhof und verfügte zeitweise über Hunderte von Bistümern. Ihre Ausbreitung gelang ohne Anwendung von Gewalt; das ostsyrische Christentum ist nicht im Gefolge von Eroberern gekommen, sondern hatte sich durch das Zeugnis von Händlern und sie begleitenden Mönchen verbreitet. Karitative Tätigkeiten, die Gründung von Schulen und die Sorge um die Armen scheint hierbei eine besondere Rolle gespielt zu haben. In der Zeit vor der Entdeckung Amerikas war die assyrische Kirche des Ostens die christliche Kirche mit der größten räumlichen Ausdehnung.

Auf diese Weise hat auch das Christentum in Indien seine Prägung erlangt. Zwar kann die These vom apostolischen Ursprung der Kirche in Indien historisch nicht gehalten werden, doch ist an der Südwestküste (im Bundesstaat Kerala) sehr früh christliches Leben nachweisbar, und bis heute ist es dort am stärksten. Wegen ihrer legendarischen Gründung durch den Apostel Thomas nennen sich diese Christen „Thomaschristen“. Diese autochthone indische Kirche war und ist syrischer Prägung, erst sehr viel später ist die lateinische Kirche dort aktiv geworden.

Auch im syrischen Christentum gab und gibt es eine eigene Liturgie, die sich in vieler Hinsicht von der griechischen und römischen unter-

scheidet. Das Stundengebet war weithin Gemeindegottesdienst und wurde nicht nur in Klöstern und von Klerikern verrichtet. Die eucharistischen Gottesdienste enthalten bis heute Spuren der ältesten christlichen Überlieferungen.

Eine Sonderrolle spielte das Christentum in Armenien. Es war schon sehr früh dort hin gelangt, und durch die frühe Inkulturation erlangte es eine feste Verwurzelung bei den Armeniern. In der Geschichte war Armenien häufig Spielball zwischen den verschiedenen benachbarten Mächten; dennoch hielt sich die armenische Form des Christentums bis in die Gegenwart. Wegen der engen Verbindung zur armenischen Sprache und Kultur wurde diese Form des Christentums nicht von anderen Völkern übernommen. Die Armenier haben jedoch eine Diaspora, die sich weit über den Nahen Osten hinaus erstreckt. Somit ist armenisches Kirchentum heute auch in Mitteleuropa, in den USA und in vielen anderen Gebieten präsent.

Die Kirchen griechischer (byzantinischer) Tradition

Das Christentum griechischer Prägung hat sich vor allem auf die Reichshauptstadt Konstantinopel und östlich anschließende Gebiete in Anatolien konzentriert. Hinzu kommt, dass es überall im Reich griechische Gemeinden gegeben hat; spätere Trennungen zwischen den Kirchen haben dazu geführt, dass sich diese Gemeinden nicht mehr in Gemeinschaft mit den Kirchen befanden, die in dem betreffenden Territorium die Mehrheit bildeten (also jenen koptischer oder syrischer Prägung).

Die griechische oder byzantinische Kirche hat ebenfalls eine weite Ausbreitung erfahren. Durch das Prinzip, nicht nur die wichtigen Bücher und Texte in die Sprachen der jeweils neu zum Christentum geführten Gruppen zu übersetzen, sondern auch den Gottesdienst in der üblichen Sprache zu feiern, entstanden viele östliche Kirchen, die sich nicht mehr als „griechisch“ verstanden, obgleich sie aus der Tradition der Kirche von Konstantinopel kommen. Dazu gehören vor allem die orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in Russland und in vielen anderen Teilen Osteuropas.

Seit dem 9. Jahrhundert gehörten die Gebiete des Balkans zum Patriarchat von Konstantinopel. Hier entwickelten sich in der Zeit vor der Osmanenherrschaft zum Teil selbstständige Kirchenstrukturen, von denen das Erzbistum Ohrid (in der heutigen Republik Makedonien) wohl die bekannteste war. In dieser Zeit war die Aufteilung des Balkans in eine westliche und eine östliche Hälfte noch bei weitem nicht so eindeutig,

wie sie heute zu sein scheint. Historische Erkenntnisse und Ereignisse zeugen von zahlreichen wechselseitigen Beeinflussungen. Erst später konsolidierten sich die kirchlichen Zugehörigkeiten, wobei es bis heute zahlreiche Gebiete gibt, in denen Katholiken und Orthodoxe neben- und miteinander leben.

Die gewaltigste Ausdehnung erlangte die Kirche von Konstantinopel jedoch dadurch, dass das „Rus“ genannte Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres das Christentum aus Konstantinopel annahm. Der Großfürst ließ sich wohl im Jahr 988 taufen, und er befahl die Annahme des neuen Glaubens durch seine Untertanen. Das geschah in Kiew und betraf den Verband von Fürstentümern, als den wir uns dieses Staatesgebilde vorstellen müssen. Im Laufe der Zeit und unter dem Einfluss der mongolischen Angriffe verschob sich der Schwerpunkt der Rus' immer weiter nach Norden, bis Moskau zum Großfürstentum wurde. Kiew wurde 1240 von den Mongolen erobert und verlor zunächst an Bedeutung; später gelangte es an Polen-Litauen, und es entwickelte sich eine neue ostkirchliche Struktur, die kirchlich dem Patriarchat von Konstantinopel unterstand.

Auch die Kirche im Russischen Reich unterstand bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts dem Ökumenischen Patriarchat; der letzte von Konstantinopel ernannte Metropolit war noch ein ethnischer Grieche namens Isi-

Eine umfangreiche Missionstätigkeit entfaltete die orthodoxe Kirche in Russland.

doros. Als er einer Union mit der katholischen Kirche zustimmte, setzte ihn die Moskauer Kirche ab, erklärte sich als unabhängig und wurde etwa 150 Jahre später als neues Patriarchat anerkannt.

Damit gehörte das immer größer werden-

de Russische Reich zwar nicht mehr zur direkten Jurisdiktion von Konstantinopel, blieb aber nach wie vor in kirchlicher Gemeinschaft.

Eine umfangreiche Missionstätigkeit entfaltete die orthodoxe Kirche in Russland. Als sich der russische Staat nach und nach die weiten Gebiete Sibiriens unterordnete, begleiteten orthodoxe Priester die Soldaten und Händler und verbreiteten die Orthodoxie auch unter den dort lebenden Völkerschaften. In vielen Fällen wurden die lokalen Sprachen erstmals kodifiziert, damit die Bibel und die liturgischen Bücher übersetzt werden konnten. Die russische Kirche verbreitete ihre Lehre auch über die Grenzen Russlands hinaus, nach China, Korea und Japan. Dort entstand eine Japanische Orthodoxe Kirche, die es bis heute gibt. Die russische Orthodoxie missionierte auch das bis 1867 zu Russland

gehörende Alaska, und orthodoxe Missionare gelangten an der Pazifikküste bis in das Gebiet von San Francisco. Erst mit der verstärkten Einwanderung über den Atlantik kam die Orthodoxie auch über New York in den Osten der Vereinigten Staaten; im Westen war sie schon viel früher.

Neben Russland gab es in Ostmitteleuropa immer wieder andere Staaten mit orthodoxer Bevölkerung. Das über lange Zeit bedeutende polnisch-litauische Reich war zunächst die Erbin der Kiewer Rus'. Von den häufigen Grenzverschiebungen und den damit oft verbundenen Vertreibungen oder Zwangskonversionen waren die Angehörigen der östlichen Kirchen in der Region häufig betroffen. Daher bilden heute in der Ukraine und Weißrussland ostkirchliche Christen die Mehrheit der Bevölkerung; in Polen, Lettland, Estland und Finnland gibt es zum Teil bedeutende Minderheiten, die östlichen Kirchen angehören.

Anders war der geschichtliche Verlauf auf dem Balkan, dessen Geschichte durch die jahrhundertelange Vorherrschaft der Osmanen geprägt war. Sie herrschten nach der Eroberung Konstantinopels 1453 über alle orthodoxen Christen Südosteuropas. Diese waren im Osmanischen Reich in einem „Millet“ organisiert, einem relativ autonomen Personenverband; zu einem Millet gehörten alle Angehörigen eines Glaubens (unabhängig von sprachlichen oder nationalen Besonderheiten). Oberhaupt war der Patriarch von Konstantinopel, der auch für die inneren Belange der Orthodoxen wie das Familienrecht zuständig war. Den Herrschern gegenüber war er für die Zahlung der Kopfsteuer zuständig, die er von seinen Gläubigen einzutreiben hatte. Erst nach dem Ende der osmanischen Herrschaft entstanden orthodoxe Kirchen, die nach den neu entstandenen Staaten bzw. deren Titularnationen organisiert waren: die Kirche von Hellas, die von Serbien, Rumänien, Bulgarien und andere. Die Entstehung dieser Kirchen war oft von langwierigen Auseinandersetzungen begleitet, da das Patriarchat von Konstantinopel durch jede Neugründung ja eigenes Gebiet verlor, sodass sich seine Jurisdiktion heute auf die wenigen orthodoxen Christen in der Türkei und in einigen Gebieten Griechenlands beschränkt; dazu kommt der Anspruch, die Orthodoxie in der Diaspora zu vertreten.

In der Moderne haben sich massive Veränderungen der Bevölkerungsstruktur vollzogen, die sich vor allem auf die ostkirchlichen Gebiete bezogen. Nach der russischen Revolution von 1917 sind viele orthodoxe Christen in den Westen, vor allem nach Europa und Nordamerika, emigriert. Der Zweite Weltkrieg hat vielfache Flucht und Vertreibung

mit sich gebracht, und ebenso haben die ökonomischen Migrationen der letzten Jahrzehnte ostkirchliche Christen in Gebiete gebracht, wo es sie vorher nicht gegeben hat. Deswegen ist „östlich“ heute kein geographischer Begriff mehr, sondern bezeichnet eine Reihe von Traditionen des Christentums, die sehr alt sind und sich heute überall auf der Welt finden lassen.

Die Verminderung der östlichen Kirchen

Die Darstellung der Ausbreitung des östlichen Christentums ist beeindruckend, sie reicht praktisch über die ganze Welt, auch wenn Südamerika und Australien erst als Folge moderner Auswanderungen mit östlichem Christentum in Verbindung gekommen sind. Doch gibt es heute bei weitem nicht mehr in allen dargestellten Regionen östliche Kirchen, oder sie sind eine winzige Minderheit, wo sie einst dominierend waren.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die für diese Verminderung ostkirchlichen Christentums geführt haben. Im Gebiet des Mittleren und Nahen Ostens war es vor allem das Aufkommen und die Verbreitung des Islam, die dem östlichen Christentum geschadet haben. Die verschiedenen vom Islam geprägten Staaten, die es in der Geschichte gab und gibt, haben dem Christentum gegenüber ganz unterschiedliche Haltungen an den Tag gelegt, von relativ großer Toleranz (wie im Osmanischen Reich oder im heutigen Syrien) bis zu einer absoluten Intoleranz (im heutigen Saudi-Arabien). Daher gibt es auch nicht

In vielen Regionen sind die östlichen Kirchen heute zu unbedeutenden Minderheiten geschrumpft.

die Geschichte des östlichen Christentums unter dem Islam, sondern viele unterschiedliche Antworten auf diese Frage.

Tatsache ist, dass sich das Christentum in seinen nahöstlichen Ursprungsgebieten unter dem Islam mit Ausnahme der südlichen arabischen Halbinsel bis heute überall gehalten hat, allerdings nur im Libanon in größerem Prozentsatz. Zahlenangaben sind ohnehin umstritten; doch lässt sich sagen, dass es im Libanon, in Syrien und in Ägypten noch größere Zahlen von Ostchristen gibt, während der Prozentsatz in der Türkei sehr gering ist. Im Irak sind wir gerade Zeugen eines Exodus der Ostchristen; hier lassen sich überhaupt keine zuverlässigen Schätzungen angeben. In den islamischen Gebieten ist das Ostchristentum also vertreten, aber in erheblich verminderter Zahl.

Anders verhält es sich in den meisten Regionen Asiens. Die kleine orthodoxe Kirche Japans wurde schon erwähnt, und in Indien sind die Thomaschristen im Bundesstaat Kerala nach wie vor sehr bedeutend. Doch in Zentralasien und in China gibt es keine Überreste der ostsyrischen Kirche mehr, die im ersten Jahrtausend so groß war. Es war vor allem der Mongolensturm des 14. Jahrhunderts, der diese Kirche fast völlig vernichtete. Die Mongolenherrschaft in China ab 1279 hatte der Kirche einen Aufschwung gebracht, doch die Eroberungszüge von Timur Lenk (Tamerlan) vernichteten sie fast völlig: Zum Ende des 14. Jahrhunderts gibt es kaum noch kirchliches Leben in diesen Gebieten. Massive Verfolgungen im Osmanischen Reich haben im 19. und 20. Jahrhundert dazu geführt, dass es heute ostsyrisches Christentum noch in kleinen Gruppen im Irak und im Iran gibt; seit mehreren Jahrzehnten haben sich auch in der Diaspora, vor allem in den USA, Kirchen organisiert.

In den ehemals kommunistischen Ländern hat sich das kirchliche Leben zwar wieder erholt, doch konnten die schweren Verluste aus der Verfolgungszeit nicht wettgemacht werden.

Der dritte Faktor, der ostkirchliches Leben für lange Zeit erheblich beeinträchtigt hat, waren die kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa. In den einzelnen Ländern war die Härte der Verfolgungen ganz unterschiedlich, und in einer Reihe von Ländern ist das kirchliche Leben nach den politischen Veränderungen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre neu erwacht. Dennoch hat es Verluste gegeben, die auch durch das neu erwachte kirchliche Leben nicht wettgemacht werden konnten. In Albanien war die Verfolgung am härtesten, hier musste nach dem Ende des Kommunismus völlig neu angefangen werden, was nur mit Hilfe aus dem Ausland (vor allem seitens der griechischen Orthodoxie) möglich war. Die mit Rom unierten Kirchen wurden fast überall verboten und verfolgt; sie mussten im Untergrund existieren und hatten nach der Wende ihr kirchliches Leben unter manchen Schwierigkeiten wieder aufzubauen. In Russland haben Zehntausende von Gläubigen das Martyrium erlitten; fast alle Kirchen wurden geschlossen. Noch heute fallen in den russischen Städten Gebäude auf, die als Archive, Lager oder Fabriken verwendet werden, deren Architektur aber eindeutig darauf hinweist, dass es einst Kirchen gewesen sind. In der Folge des Kommunismus sind die betroffenen ostkirchlich geprägten Länder in hohem Maße säkular geworden; nach der Wende gab es zwar eine Wiederhinwendung zur ursprünglichen Kirche, doch ist – auch un-

ter den neuen gesellschaftlichen und globalen Bedingungen – der Zustand der früheren Zeit nirgends wieder erreicht worden.

Somit zeigt sich, dass verschiedene Faktoren dazu beigetragen haben, das einst blühende Leben östlichen Christentums in seiner Größe, seiner Verbreitung und seiner Stärke erheblich zu vermindern. Umso bewundernswerter ist es, wie die östlichen Kirchen heute, oft unter widrigen Umständen, ihren Glauben und ihr kirchliches Leben aufrecht zu erhalten suchen.

Trennungen

Nicht nur die Verfolgungen von außen, sondern auch zahlreiche Trennungen im Inneren haben die östlichen Kirchen geschwächt und dafür gesorgt, dass uns das östliche Christentum nicht in einer einheitlichen Form entgegentritt, sondern in zahlreiche verschiedene Kirchen untergliedert ist, die zum Teil in Kommuniongemeinschaft miteinander stehen, zum Teil aber auch einander unversöhnt gegenüber stehen und sich nicht anerkennen.

Ein grundsätzlicher Unterschied ist der nach der Haltung gegenüber dem Römischen Stuhl. Im Laufe der Zeit ist es unter verschiedenen historischen Umständen und durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst zu einem Verlust der Kircheneinheit zwischen allen östlichen Kirchen und der römischen Kirche gekommen; die Kirche des Westens stand in der ersten Hälfte des zweiten Jahrtausends mit keiner östlichen Kirche in

Gemeinschaft. Einzelne kleinere Ausnahmen und Sondersituationen hat es gegeben, sie haben aber keine tiefere Bedeutung gehabt und können hier vernachlässigt werden.

Bis heute sind die Beziehungen zwischen den orthodoxen und den mit Rom verbundenen Kirchen belastet.

Es hat verschiedene Versuche gegeben, die Einheit wiederherzustellen. Hierunter fallen die so genannten „Unionen“. Sie bezeichnen den Versuch von Bischöfen östlicher Kirchen, eine Einigung mit Rom abzuschließen: Gegen Anerkennung der päpstlichen Oberhoheit wurde ihnen das Privileg gewährt, ihre eigenen Traditionen (vor allem in der Liturgie) beizubehalten. Zuweilen kamen die Unionsbestrebungen auch nicht aus den Kirchen selber, sondern wurden von außen induziert. Diese Unionen haben fast immer zu Kirchenspaltungen geführt: Ein Teil der östlichen Kirche, meistens der kleinere, vollzog die Union, der größere

aber lehnte sie ab und betrachtete die „Unierten“ als Verräter am Glauben. Fast jede östliche Kirche hat daher heute einen unierten, katholischen Zweig und einen orthodoxen, der nicht in Gemeinschaft mit der katholischen Kirche steht. Häufig stehen diese Kirchen in schlechten Beziehungen zueinander, trotz ihrer liturgischen und kulturellen Nähe und der gemeinsamen Geschichte, die immer länger ist als die der Trennung.

Die kirchliche Einheit ist das erste Mal zerfallen, als die ostsyrische Kirche eine Entscheidung nicht mitvollzog, die im 5. Jahrhundert auf dem Konzil von Ephesus (431) gelöst wurde. Der römische Kaiser konnte diese Entscheidung innerhalb des Römischen Reiches durchsetzen, doch seine Macht langte nicht bis in die Gebiete, die unter persischer oder anderer Herrschaft standen und in denen die ostsyrische Kirche weit verbreitet war. Diese hatte schon vor dem genannten Konzil ihre Unabhängigkeit von der Kirche von Antiochien erklärt, was dazu beitrug, dass sie von den persischen Herrschern als loyal angesehen wurde und ihre Position stabilisieren konnte. In späteren Jahren bestätigte sie die theologische Linie, die in Ephesus verurteilt worden war, und entwickelte sich fortin als eigene Kirche. Zwar wurde 1994 Glaubenseinheit mit der römischen Kirche festgestellt; beide Kirchen verharren aber weiterhin in Trennung.

Doch auch innerhalb der Reichskirche kam es zu weiteren Trennungen. Nach dem Konzil von Chalkedon 451 setzte sich eine theologische Linie durch, die in Ägypten und Syrien nicht akzeptiert wurde. Den Kaisern gelang es nicht, einen einheitlichen Glauben im Reich durchzusetzen. Als die Gebiete des südöstlichen Mittelmeerraumes unter den Islam gerieten, konnten sich die Kirchen verselbstständigen und versteigen. So gibt es heute einige Kirchen, die miteinander in Gemeinschaft stehen, aber weder mit der Assyrischen Kirche noch mit den byzantinischen orthodoxen Kirchen noch mit der katholischen Kirche in Gemeinschaft stehen: Das sind vor allem die Koptische Kirche in Ägypten, die der koptischen Tradition entstammenden Kirchen in Äthiopien und Eritrea, die Syrische Orthodoxe Kirche, die armenische Kirche sowie Kirchen der syrischen Tradition in Indien.

Diese Entwicklung führte dazu, dass sich innerhalb des Reiches zwei Pole bildeten, der griechische und der lateinische, mit den Zentren in Konstantinopel und Rom. Doch auch innerhalb dieser verbliebenen Kirche kam es zu Spannungen und Trennungen. Eine aus eigentlich banalem Anlass und unter umstrittenen Umständen ausgesprochene gegenseitige

Exkommunikation 1054 führte trotz mancher Kontakte in der Folgezeit dazu, dass beide Kirchen sich als nicht mehr in Kommuniongemeinschaft stehend betrachteten. Dieser Zustand hält bis heute an, auch wenn die Exkommunikationen 1965 aufgehoben wurden. Zu diesen Kirchen, die wir gemeinhin „orthodox“ nennen, gehören neben dem Patriarchat von Konstantinopel und den anderen Patriarchaten im Orient (Alexandrien, Antiochien und Jerusalem) vor allem die orthodoxe Kirche in Russland und in den Balkanstaaten Serbien, Rumänien und Bulgarien. Sie stehen untereinander in Gemeinschaft, auch wenn jede von ihnen völlig unabhängig ist.

Die Geschichte zeigt, dass sich die östlichen Kirchen trotz aller Trennungen und aller Verfolgungen als lebendig und aktiv erwiesen haben. Sie verkörpern zum Teil älteste liturgische und disziplinarische Traditionen des Christentums. Die lateinische Kirche hat, das muss man ehrlicherweise sagen, den östlichen Kirchen das Leben oft schwer gemacht. Um so wichtiger ist es, dass sich heute ökumenische Beziehungen zwischen den Kirchen anbahnen, die – trotz mancher Schwierigkeiten – zu einem verbesserten Kontakt zwischen ihnen führen mit dem Ziel, eine solche Kirchengemeinschaft herzustellen, wie sie in den Anfängen der Kirche existierte: Als Gemeinschaft in Verschiedenheit.

Die ökumenischen Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken zwanzig Jahre nach der „Wende“

Die politische „Wende“ in Mittel- und Osteuropa 1989/90 brachte auch eine Wende in den orthodox-katholischen Beziehungen mit sich, vor allem im Verhältnis zu den Orthodoxen im ehemals kommunistischen Machtbereich, die jedoch Auswirkungen weit darüber hinaus hatte. Zuvor gab es eine sehr fruchtbare Phase in der Ökumene zwischen Orthodoxen und Katholiken:

- Am Beginn dieser Phase stand jene denkwürdige Begegnung zwischen Papst Paul VI. und Patriarch Athenagoras I. im Januar 1964 in Jerusalem, die eine neue Ära in den orthodox-katholischen Beziehungen eröffnete.
- Es folgte im Dezember 1965 die „Tilgung“ der Bannsprüche von 1054 aus dem Gedächtnis der Kirche – Ausdruck einer „Heilung der Erinnerungen“ an diese unglückliche Episode, die in vielen Geschichtsbüchern bis heute fälschlicherweise als Ursprung des Schismas zwischen Ost und West gilt.
- Die Regensburger Ökumenischen Symposien und die Konsultationen der Wiener Stiftung „Pro Oriente“ ebneten in den folgenden Jahren den Weg für den theologischen Dialog zwischen Orthodoxen und Katholiken.
- In „Gemeinsamen Erklärungen“ der Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. mit den orientalisch-orthodoxen Patriarchen konnten die Differenzen in der Christologie, die im 5. Jahrhundert zur Spaltung von der vorchalkedonischen Orthodoxie geführt hatten, als überwunden erklärt werden.
- Die Internationale Kommission für den theologischen Dialog zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche konnte in den

Der Autor ist Direktor am Johann-Adam-Möbler-Institut für Ökumenik in Paderborn und Mitglied der Arbeitsgruppe „Kirchen des Ostens“ der Deutschen Bischofskonferenz.

1980er-Jahren drei bemerkenswerte gemeinsame Texte erarbeiten, die eine breite Übereinstimmung in grundlegenden Glaubensfragen dokumentieren.

Das Jahr 1990 war vor diesem Hintergrund eine einschneidende Wende in dieser positiven Entwicklung:

- Das Wiederaufleben der mit Rom unierten Ostkirchen in Osteuropa, vor allem in der Ukraine und in Rumänien, führte zu langwierigen und kontroversen Diskussionen um die Bewertung des „Uniatismus“, bei denen sich auch orthodoxe Theologen, die unmittelbar gar nicht mit Unierten konfrontiert waren, durch

Ein Wechsel zwischen Erfolgen und Rückschläge kennzeichnet das ökumenische Gespräch der vergangenen Jahrzehnte.

- extrem kritische Wortmeldungen exponierten.
- Von orthodoxer Seite wurde – oft in einem Atemzug mit der Kritik am „Uniatismus“ – der katholischen Kirche „Proselytismus“, das Abwerben von orthodoxen Gläubigen mit unlauteren Mitteln, unterstellt.
- Die Errichtung katholischer Bistümer in Russland im Februar 2002 wurde vom Moskauer Patriarchat als Ausdruck des Proselytismus bewertet und mit der Entwicklung des Konzepts eines „kanonischen Territoriums“ der Russischen Orthodoxen Kirche beantwortet, das in der Folgezeit auch zu innerorthodoxen Konflikten (z. B. in Estland) führte.
- Einige westliche Theologen reagierten auf diese Situation mit der Wiederbelebung alter Vorurteile und warfen den Orthodoxen eine rückwärtsgewandte, „voraufklärerische“ Geisteshaltung vor.

In den letzten drei bis vier Jahren hat sich diese von gegenseitigem Misstrauen geprägte Atmosphäre weitgehend entspannt. Wie steht es heute, im fünften Jahr des Pontifikats Papst Benedikts XVI., um die orthodox-katholischen Beziehungen?

Äußerlich erfolgreich

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob die „Erfolgsmeldungen“ aus den ersten Jahrzehnten des orthodox-katholischen Dialogs nach gut 15-jähriger Unterbrechung nun fortgesetzt werden könnten. Im September 2006 nahm die Internationale orthodox-katholische Dialogkommission ihre Arbeit in neuer Zusammensetzung mit einer Tagung in Belgrad

wieder auf. Schon bei der nächsten Sitzung im Oktober 2007 in Ravenna wurde ein gemeinsamer Text verabschiedet, der sich unter der Überschrift „Kirchliche und kanonische Konsequenzen der sakramentalen Natur der Kirche. Kirchliche Communio, Konziliarität und Autorität“ mit dem Verhältnis zwischen primatialen und synodalen Elementen der Kirchenstruktur befasst.¹ Das Dokument unterstreicht, dass Primat und Synodalität wechselseitig voneinander abhängig sind, weshalb es sowohl auf lokaler wie auch auf regionaler und universaler Ebene ein Zusammenwirken zwischen primatialer Autorität und synodaler Beratung geben sollte. Erstmals wird von orthodoxer Seite die „Tatsache des Primats auf der universalen Ebene“ anerkannt, wobei zugleich bleibende Unterschiede „in Bezug auf die Weise, in der er ausgeübt werden soll“, konstatiert werden. Die Frage nach der rechten Form der Primatsausübung will die Dialogkommission nun in der nächsten Phase in den Blick nehmen.

Von wesentlicher Bedeutung für das Wiederaufleben des Dialogs war das Engagement einzelner Persönlichkeiten auf beiden Seiten.

Auch der Dialog mit den orientalisch-orthodoxen Kirchen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Seit 2004 gibt es eine offizielle Dialogkommission, die sich einmal im Jahr trifft. Auf katholischer Seite besteht sie überwiegend aus Vertretern uniierter Ostkirchen der orientalischen Riten, die von den orthodoxen Gesprächspartnern ohne Weiteres akzeptiert wurden. Im Januar 2009 hat diese Kommission die Arbeit an einem gemeinsamen Dokument abgeschlossen, das sich mit dem Wesen, der Verfassung und der Sendung der Kirche befasst.

Neben den erfreulichen Resultaten des theologischen Dialogs gab es zahlreiche persönliche Begegnungen des Papstes mit orthodoxen Patriarchen.² Ist dieses Wiederaufleben der orthodox-katholischen Beziehungen Papst Benedikt XVI. zu verdanken? Es ist sicher zutreffend, dass viele Orthodoxe den Theologen Joseph Ratzinger schätzen, dessen Aussage, dass „Rom vom Osten nicht mehr an Primatslehre verlangen muss, als im ersten Jahrtausend gelehrt und gelebt wurde“, bis heute in ihren Ohren nachklingt. Und es ist wohl auch unverkennbar, dass Benedikt

¹ Deutsche Übersetzung veröffentlicht in: KNA-ÖKI, Dokumentation Nr. 24 (20.11.2007), S. 1-11.

² Vgl. Bishop Brian Farrell: Report on the Activities of the Pontifical Council for Promoting Christian Unity during 2008. In: *Catholica* 63 (2009), S. 81-95.

XVI. seinerseits die Kirchen der östlichen Traditionen wertschätzt, was sich an manchen seiner Gesten (Verwendung des Palliums in seiner alten Form) und in vielen seiner Reden (so z. B. die Katechesen über die östlichen Kirchenväter) ablesen lässt. Dennoch ist es nicht allein sein Verdienst, dass wieder Bewegung in den orthodox-katholischen Dialog gekommen ist. Hierzu haben sicher auch die vielfältigen Kontakte beigetragen, die Kardinal Kasper in seiner Funktion als Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen seit 2001 knüpfen konnte. Daneben wirken sich auch neue Personalkonstellationen auf orthodoxer Seite positiv aus: Mit Patriarch Daniel und Patriarch Kyrill stehen in Rumänien und Russland zwei neue Persönlichkeiten an der Spitze der beiden zahlenmäßig größten orthodoxen Kirchen, die beide über langjährige Erfahrungen im ökumenischen Dialog verfügen.

Innerlich problembelastet

Dennoch stehen die Chancen auf eine schnelle „Einigung“, letztlich auf die Wiederaufnahme der Kirchengemeinschaft, realistisch betrachtet nicht sonderlich gut. Das liegt an verschiedenen Faktoren, die den Dialog von innen her belasten. Hier ist zunächst auf eine ganze Reihe historischer Erblasten zu verweisen, die den Dialog erschweren: der jahrhundertelange Entfremdungsprozess zwischen Ost und West, die traumatischen Erfahrungen der Orthodoxen mit lateinischen Kreuzfahrern (Eroberung Konstantinopels 1204), der Untergang des byzantinischen Kaisertums, die Nachwirkungen der osmanischen Herrschaft über weite Teile Südosteuropas, schließlich das Erbe der kommunistischen Epoche in Osteuropa.³ Auf orthodoxer Seite gibt es darüber hinaus verschiedene innerorthodoxe Konflikte, die sich negativ auf den Dialog auswirken. Nach außen hin sichtbar wurden diese Spannungen bei der Tagung der Internationalen orthodox-katholischen Dialogkommission in Ravenna 2007, als die Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche die Versammlung aus Protest gegen die Anwesenheit von Vertretern der Estnischen Apostolischen Orthodoxen Kirche verließ, die zwar vom Patriarchat von Konstantinopel als autonome Kirche anerkannt ist, nicht aber von Moskau. Das Dokument von Ravenna ist daher bis heute von der Russischen Orthodoxen Kirche nicht offiziell anerkannt worden.

³ Vgl. Johannes Oeldemann: Orthodoxe Kirchen im ökumenischen Dialog. Positionen, Probleme, Perspektiven. Paderborn 2004, S. 117-146.

Doch auch auf katholischer Seite gibt es Probleme, wie sich beispielsweise in der unterschiedlichen Bewertung des in Ravenna erzielten Ergebnisses zeigt. Während der Präsident des Päpstlichen Einheitsrates das Dokument als einen großen Fortschritt im orthodox-katholischen Dialog würdigte, unterstrich der Sekretär der Kongregation für die Glaubenslehre Bischof Angelo Amato in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „Avvenire“, dass das Dokument von Ravenna ein „provisorischer Text“ sei, der noch nicht von der katholischen Kirche approbiert ist. Nach seiner Einschätzung steht das Dokument der orthodoxen Tradition näher als der katholischen Tradition. Die Rezeption der Dialogergebnisse ist somit ein Problem, das sich auf beiden Seiten stellt.

Das Ungleichgewicht in der Wahrnehmung und Bewertung des Dialogpartners ist auf Dauer keine tragfähige Basis für den ökumenischen Dialog.

Auf katholischer Seite wird diese zumindest dadurch erleichtert, dass das Zweite Vatikanische Konzil sich grundsätzlich positiv über das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Orthodoxen geäußert hat, sodass sich alle Bemühungen um eine Verständigung auf entsprechende Konzilsaussagen berufen können. Wie umgekehrt die Beziehungen zur katholischen Kirche aus orthodoxer Sicht zu bewerten sind, ist dagegen höchst umstritten.⁴ Es gibt dazu keine offizielle Stellungnahme einer panorthodoxen Synode, und die Positionsbestimmungen, die einzelne Patriarchate – z. B. das Moskauer Patriarchat in seiner im Jahr 2000 verabschiedeten Erklärung über „Das Verhältnis der Russischen Orthodoxen Kirche zu den Nichtorthodoxen“ – veröffentlicht haben, sind für die übrigen Orthodoxen nicht bindend. Solche Unterschiede in der Bewertung des Dialogpartners zeigen sich jedoch nicht nur bei der Beurteilung des ekklesiologischen Status der anderen Kirche, sondern wirken sich bis in weithin unbewusste Grundhaltungen hinein aus. So lässt sich bei vielen katholischen Christen eine hohe Wertschätzung für die östlichen Traditionen beobachten, während auf orthodoxer Seite eher kritische bis abfällige Stimmen zu vernehmen sind, die über die Laxheit westlicher Christen und den Einfluss des Säkularismus klagen. Ein solches Ungleichgewicht in der Wahrnehmung und Bewertung des Dialogpartners ist auf Dauer keine tragfähige Basis für den ökumenischen Dialog.

⁴ Ebd., S.147-168.

Dass orthodoxe Theologen und Bischöfe Probleme mit der Anerkennung von Kirchen außerhalb der eigenen Kirche haben, ist letztlich in dem Anspruch der Orthodoxie begründet, das Erbe der Alten Kirche unverändert bewahrt zu haben und damit die einzig legitime Bewahrerin der apostolischen Tradition zu sein. Sie geht davon aus, dass die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche, zu der sich alle Christen im Glaubensbekenntnis bekennen, identisch ist mit der orthodoxen Kirche. Viele orthodoxe Theologen vertreten ein exklusives Kirchenverständnis, d. h. sie negieren das Vorhandensein ekklesialer Realität außerhalb der kanonischen Grenzen der Orthodoxie, andere verfolgen einen inklusiven Ansatz, der eine „gewisse Kirchlichkeit“ auch außerhalb der orthodoxen Kirche anerkennt. Hinter dem exklusiven Ansatz steht ein absoluter Wahrheitsanspruch, der keine Formen von Pluralität im Blick auf Glaubenswahrheiten zulässt, wohl aber eine Vielfalt in den Riten akzeptiert. Die katholische Kirche spricht seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil von „Elementen der Wahrheit“ außerhalb der katholischen Kirche, was ihr eine Anerkennung von Kirchen außerhalb der Struktur der römisch-katholischen Kirche erlaubt. Dieses Modell der „Elemente der Wahrheit“ außerhalb der Kirche wirkt sich aus bis in den Bereich des interreligiösen Dialogs und die Anerkennung der Religionsfreiheit. Hier zeichnen sich im Dialog mit den orientalisch-orthodoxen Kirchen, die vor dem Hintergrund ihrer leidvollen Erfahrungen in einem islamisch geprägten Kontext nicht bereit sind, einen religiösen Pluralismus anzuerkennen, neue Konfrontationslinien ab.

Theologisch reflektiert

Eine ganze Reihe der erwähnten Probleme, die den ökumenischen Dialog von innen her belasten, sind eher psychologischer als theologischer Natur. Sie können durch theologische Dialoge kaum überwunden werden, sondern bedürfen einer Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen, um überkommene Vorurteile ausräumen zu können. Der theologische Dialog kann allerdings die entsprechenden Problemfelder aufdecken. Zudem gibt es auch eine ganze Reihe theologischer Fragen, in denen unterschiedliche Denkansätze in Ost und West aufgearbeitet werden müssen. Die gemeinsame theologische Reflexion ist daher eine bleibende Aufgabe im orthodox-katholischen Dialog, auch wenn von ihr nicht die Lösung aller Probleme erwartet werden kann.

Es ist bemerkenswert, dass es gerade im Blick auf die theologischen Gespräche inzwischen eine wesentlich breitere Basis gibt, als ein oberflächlicher Blick auf die Arbeit der Internationalen orthodox-katholischen Dialogkommission vermuten lässt. An erster Stelle sind hier mehrere Kommissionen auf regionaler bzw. nationaler Ebene zu nennen, die den Dialog auch in den Zeiten der Krise fortgeführt haben: erstens die Orthodox-katholische Konsultation in Nordamerika, die 2003 ein wichtiges Dokument zur Filioque-Frage veröffentlicht hat⁵ und derzeit – parallel zur Internationalen Dialogkommission – das Thema „Primat und Konziliarität in der Kirche“ bearbeitet; zweitens das Orthodox-katholische Komitee in Frankreich, das sich ausführlich mit der Frage nach dem Umgang mit den unierten Ostkirchen im orthodox-katholischen Dialog befasst und auf dieser Basis ein Dokument zur „Ethik des Dialogs“ veröffentlicht hat⁶; drittens die Gemeinsame orthodox-katholische Kommission in Deutschland, die sich unter pastoralen Gesichtspunkten bislang vor allem dem Verständnis der Sakramente gewidmet hat.⁷ Sie wurde bis 2006 auf orthodoxer Seite allein von der Griechisch-Orthodoxen Metropole verantwortlich, seit 2007 entsendet die „Kommission der Orthodoxen Kirche in Deutschland“ (KOKiD) die orthodoxen Delegierten. Alle drei genannten Kommissionen werden somit offiziell von den jeweiligen Ortskirchen getragen und stellen eine wichtige Ergänzung des internationalen Dialogs dar.

Daneben gibt es auch inoffizielle theologische Gespräche, die aber oft einen mindestens ebenso wichtigen Beitrag für die Annäherung zwischen den Kirchen leisten wie offizielle Dialogkommissionen. Ein sprechendes Beispiel dafür sind die Fortschritte, die in der katholisch-ökumenischen Ökumene durch die Arbeit des Jaeger-Stählin-Kreises (in Deutschland) oder der Gruppe von Dombes (in Frankreich) erzielt werden konnten. Eingangs war schon davon die Rede, dass solche inoffiziel-

⁵ The Filioque: A Church-Dividing Issue? In: Greek Orthodox Theological Review 49 (2004) S. 359-392; im Internet abrufbar unter: www.usccb.org/seia/filioque.shtml (letzter Zugriff: 30.06.2009).

⁶ Comité mixte catholique-orthodoxe en France: Catholiques et orthodoxes. Les enjeux de l'uniatisme dans le sillage de Balamand. Paris 2004. Die erwähnten Schlussfolgerungen tragen die Überschrift „Éléments pour une éthique du dialogue catholique-orthodoxe“ (ebd., S. 413-425).

⁷ Die Sakramente (Mysterien) der Kirche und die Gemeinschaft der Heiligen. Dokumente der Gemeinsamen Kommission der Griechisch-Orthodoxen Metropole von Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz (Arbeitshilfen Nr. 203). Bonn 2006.

len Gespräche im Rahmen der Regensburger Ökumenischen Symposien oder der Konsultationen der Stiftung „Pro Oriente“ in der Anfangsphase des orthodox-katholischen Dialogs ebenfalls wichtige Impulse gegeben haben. Heute bieten die Ökumenischen Symposien, die jedes Jahr im September von der Ökumenischen Gemeinschaft im norditalienischen Kloster Bose organisiert werden, einen vergleichbaren Ort, an dem hochrangige Vertreter und namhafte Theologen von orthodoxer und katholischer Seite zusammentreffen, um über kirchenhistorische und spirituelle Themen zu diskutieren, vor allem aber das persönliche Gespräch und die direkten Kontakte zu pflegen.⁸

Einen anderen Ansatz, der eher mit der Arbeit des Jaeger-Stählin-Kreises oder der Gruppe von Dombes vergleichbar ist, hat der Gemeinsame orthodox-katholische Arbeitskreis St. Irenäus gewählt, der im Juni 2004 in Paderborn gegründet wurde. Er hat sich zum Ziel gesetzt, „einen Raum für den inoffiziellen Meinungs Austausch und die freie und offene Diskussion der bestehenden Probleme zu bieten, die gegenwärtige Situation in den orthodox-katholischen Beziehungen zu reflektieren und, wo möglich, Lösungsvorschläge zu unterbreiten“⁹. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die internationale Zusammensetzung des Arbeitskreises: Ihm gehören zwölf orthodoxe Theologen aus unterschiedlichen orthodoxen Landeskirchen sowohl des griechischen als auch des slawischen Sprachraums und zwölf katholische Theologen aus ganz Europa und den USA an, die unter der Leitung eines katholischen und eines orthodoxen Bischofs einmal jährlich zusammenkommen, um die Problemfelder zu identifizieren und ihre Verankerung in der Geschichte, in den Mentalitäten und den theologischen Denkformen zu analysieren. Bei seinen drei letzten Sitzungen (2006-2008) hat sich der Arbeitskreis vor allem mit dem (viel diskutierten) Primatsverständnis und der (oft wenig bedachten) Primatspraxis in Ost und West befasst, wobei es in einigen Bereichen gelang, das jeweilige „Bild vom anderen“ durch ein differenzierteres Urteil der historischen Gegebenheiten zu korrigieren. Solche und ähnliche Initiativen, die über persönliche Kontakte auch dem offiziellen Dialog zugute kommen, tragen dazu bei, die noch vorhandenen Differenzen theologisch reflektiert anzugehen und auf diese Weise zu ihrer Überwindung beizutragen.

⁸ Informationen dazu im Internet unter: www.monasterodibose.it

⁹ Vgl. Rudolf Prokschi: Orthodox-katholische Ökumene im Aufwind. In: Stimmen der Zeit 223 (2005), S. 545-555, hier S. 547.

Geistlich fundiert

Dass der ökumenische Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen trotz der oben skizzierten Schwierigkeiten fortgeführt wurde und wird, liegt nicht nur am Idealismus einiger Protagonisten, sondern beruht wesentlich auf der engen spirituellen Verwandtschaft von orthodoxer und katholischer Kirche. Orthodoxe und katholische Gläubige schöpfen aus denselben Quellen geistlichen Lebens: aus der Heiligen Schrift und der Liturgie, aus der Theologie der Kirchenväter und der Spiritualität des Mönchtums, um nur die wichtigsten zu nennen. Die Liturgische Bewegung in Deutschland und die „nouvelle théologie“ in Frankreich haben im 20. Jahrhundert zu einer Wiederentdeckung dieser geistlichen Quellen und damit zu einer Wiederbelebung des gemeinsamen spirituellen Schatzes geführt. Die Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils hat in vielen Bereichen auf die Liturgie der Alten Kirche zurückgegriffen und Elemente der altkirchlichen Tradition wieder neu belebt. Damit wurde zugleich eine Annäherung an liturgische Traditionen der Orthodoxen vollzogen, was ein unschätzbarer Beitrag für den ökumenischen Dialog war.

Orthodoxe und katholische Gläubige schöpfen aus denselben Quellen geistlichen Lebens: aus der Heiligen Schrift und der Liturgie, aus der Theologie der Kirchenväter und der Spiritualität des Mönchtums.

Außerdem gelang es, durch katholische Klöster wie Niederaltaich oder Chevetogne, in denen ein Teil der Mönche nach dem ostkirchlichen Ritus lebt, durch die Aktivitäten der „Catholica Unio“ oder durch orthodoxe Emigranten aus Osteuropa den Menschen im Westen die ostkirchliche Liturgie nahezubringen. So wuchs das persönliche Interesse am Dialog mit orthodoxen Christen, der dann von entsprechenden Partnerschaftsgruppen in katholischen und evangelischen Gemeinden mit Leben erfüllt wurde. Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang auch die Aktivitäten neuer geistlicher Gemeinschaften wie der Fokolare oder der Gemeinschaft von Sant'Egidio zu erwähnen, die durch intensive persönliche Kontakte zu orthodoxen Kirchenführern – gerade in der Zeit der Krise des offiziellen Dialogs in den 1990er-Jahren – dazu beigetragen haben, dass die Gesprächsfäden zwischen Orthodoxen und Katholiken nie ganz abrisen.

Eine besondere Rolle im Blick auf das geistliche Fundament der orthodox-katholischen Beziehungen spielt das gemeinsame Gedenken der

Neomärtyrer des 20. Jahrhunderts. Dieses Gedächtnis der Glaubenszeugen steht in enger Verbindung mit den Millenniumsfeierlichkeiten des Jahres 2000. Papst Johannes Paul II. hatte in seinem Apostolischen Schreiben „*Tertio millennio adveniente*“ (1994) die Erstellung von Martyrologien, also von Sammlungen über das Lebenszeugnis der neuzeitlichen Märtyrer, angeregt. Nicht nur in der katholischen, sondern auch in vielen orthodoxen Kirchen wurden daraufhin Zeugnisse gesammelt über Menschen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts für ihren Glauben in den Tod gegangen sind. Diese Zeugen des Glaubens haben durch ihren Märtyrertod die Gemeinschaft mit Christus erlangt und schaffen so eine Verbindung zwischen den christlichen Kirchen, aus denen sie stammen.

Das gemeinsame Gedenken der Märtyrer trägt nicht nur dazu bei, die Erinnerung an die leidvolle Geschichte der christlichen Kirchen in Osteuropa vor der „Wende“ wachzuhalten, sondern hat auch eine tiefere Bedeutung im Blick auf die Gemeinschaft der Kirchen. In seiner Ökumene-Enzyklika „*Ut unum sint*“ (1995) schrieb Papst Johannes Paul II.: „Diese Heiligen kommen aus allen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die ihnen den Eintritt in die Heilsgemeinschaft eröffnet haben“ (Abschnitt 84). Diese Aussage ist für das ökumenische Gespräch nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie verdeutlicht, dass es bereits eine Gemeinschaft der Heiligen jenseits der Konfessionsgrenzen gibt, sondern weil sie unterstreicht, dass die verschiedenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften ihnen diesen Weg zum Heil eröffnet haben. Das viel zitierte Wort eines orthodoxen Bischofs, dass „unsere irdischen Trennwände nicht bis zum Himmel reichen“¹⁰, beschreibt mit anderen Worten dieselbe Überzeugung. Die jüngste Entwicklung im orthodox-katholischen Dialog lässt hoffen, dass diese Aussagen nicht nur eine eschatologische Hoffnung zum Ausdruck bringen, sondern eine tiefe Überzeugung im Blick auf das geistliche Fundament, das Orthodoxe und Katholiken trotz vieler geschichtlich gewachsener Unterschiede verbindet. Der orthodox-katholische Dialog steht heute vor der Aufgabe, auf diesem gemeinsamen Fundament neue Formen gelebter Kirchengemeinschaft zu entwickeln, die dem gemeinsamen Erbe treu bleiben und es zugleich für das gemeinsame Zeugnis in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts öffnen.

¹⁰ Dieser Ausspruch wird Metropolit Platon (Gorodeckij) von Kiew (1803-1891) zugeschrieben. Seine Authentizität ist jedoch umstritten. Vgl. Karl Christian Felmy: *Die orthodoxe Theologie der Gegenwart. Eine Einführung*, Darmstadt 1990, S. 148.

Das Konzept der „Kiewer Kirche“ – ein Weg zur Annäherung der Konfessionen in der Ukraine¹

Man kann die Ukraine als strategischen Ort für die künftige Einheit der Kirchen bezeichnen, und dies gilt sowohl für die Beziehungen zwischen den verschiedenen orthodoxen Kirchen als auch in einem noch allgemeineren Sinn im Hinblick auf die Verwirklichung der Einheit zwischen den katholischen und den orthodoxen Christen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die griechisch-katholische Kirche: Trotz ihres schwierigen Weges zwischen den Traditionen könnte die Beziehung dieser Kirche zur katholischen und zu den orthodoxen Kirchen für die gesamte christliche Welt beispielhaft werden.

Während des Jahres 2008 gaben die Kardinäle Kasper, Bertone und Sandri mehrere wichtige Erklärungen zur ökumenischen Bedeutung der Ukraine ab.² Ein weiteres eindrucksvolles Zeichen war die Konzelebration von Patriarch Bartholomäus I. und Patriarch Alexij II. im Juli 2008 in Kiew. Schließlich fand im September 2008 in der ukrainischen Hauptstadt ein Kolloquium von Historikern über die „Kiewer Kirche“ statt, an dem Repräsentanten der drei orthodoxen Kirchen³ und der beiden katholischen Kirchen, die in der Ukraine bestehen (der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen) teilnahmen. Die Vertreter dieser Kirchen sind darin überein gekommen, dass das Modell einer „Kiewer Kirche“ einen Weg der Versöhnung zwischen den Kirchen in der Ukraine und darüber hinaus darstellen könnte.

Lubomyr Kardinal Husar, Großerbischof der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, hat im Zusammenhang mit der Verlegung

¹ Bei vorliegendem Text handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Beitrags, der im Herbst 2009 in französischer Sprache veröffentlicht werden wird.

² www.risu.org.ua

³ Vgl. auch Nikolaus Wyrwoll: Drei orthodoxe Kirchen in der Ukraine. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 2 (2001), H. 2, S. 107-118.

Der Autor ist der Direktor des Instituts für Ökumenische Studien an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw.

seines Amtssitzes nach Kiew (2005) einen Text mit dem Titel „Ein Volk Gottes auf dem Land der Hügel von Kiew“ veröffentlicht, worin er die endzeitliche Dimension dieses ekklesiologischen Modells dargelegt hat. Darin zitiert er bemerkenswerterweise die legendäre Ankunft des Apostels Andreas an den Ufern des Dnjepr in der „Nestorchronik“ (11./12. Jahrhundert). Der Apostel hat, so die Chronik, folgende Worte über die Entstehung der Stadt Kiew gesprochen: „Über diesen Hügeln wird der Glanz Gottes leuchten.“ Damit wird die Stadt Kiew gleichermaßen zu

Alle Kirchen in der Ukraine berufen sich auf den legendären Aufenthalt des Apostels Andreas am Dnjepr.

einem Abbild des himmlischen Jerusalem, woraus sich durchaus der Anspruch auf eine besondere kirchengeschichtliche Rolle der Ukraine ableiten lässt.

Dieser berühmte Text wird übrigens von allen Kirchen, die sich als Erbe der einen einzigen Kirche von Kiew verstehen, herangezogen und immer wieder zitiert. Erwähnt seien die Worte von Archimandrit Kyrill Hovorun, des Beauftragten der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Patriarchat von Moskau, UOKPM) für die internationalen Beziehungen: „In Kiew als einer heiligen Stadt ... sollten sich die Anstrengungen aller Anhänger des christlichen Glaubens, egal ob sie sich auf Moskau, Konstantinopel oder Rom berufen, bündeln, um einen gemeinsamen konfessionellen Weg zu finden.“⁴

Die Wiederentdeckung der Gründe für die Teilung der Kirche von Kiew und ihre Wege zu einer Versöhnung

Ein Blick in die Geschichte lehrt, dass sich aus dem Sitz der Metropole von Kiew im 14. und 15. Jahrhundert zwei legitime Kirchen herausgebildet haben. Es entstand eine Kirche von Kiew-Halyč (unter polnischer Vorherrschaft, nach den Bestimmungen des Konzils von Florenz in doppelter Kommuniongemeinschaft mit Konstantinopel und Rom; 1596 Union von Brest) und eine von Kiew-Moskau (mit dem Wunsch zur Bewahrung der apostolisch begründeten Verbindung mit Rom und Konstantinopel). Beide stehen am Beginn der russischen und der ukrainischen Nation. Quellen und Literatur darüber gibt es reichlich; die Quellen sind jedoch schwer zugänglich, oft nur fragmentarisch erhalten und zum Teil widersprüchlich.

⁴ Kyrill Hovorun: Pomisna Tserkva ta Kiivska ideja. In: Materialien des Kolloquiums über die Geschichte der Kiewer Kirche, September 2008 (unveröffentlicht).

Historisch gesehen hat die Kirche von Kiew-Halyč als die einzige orthodoxe Kirche das Konzil von Florenz (1439) nicht verworfen; auch in Kiew selbst hielt man noch lange an der Idee einer Einigung mit der römischen Kirche fest. So sandte die orthodoxe Metropole Kiew im Jahre 1644 ein Memorandum nach Rom mit Bitte um eine Wiedervereinigung der Kirchen – die Bitte blieb jedoch unbeantwortet. Seither entwickelten sich die Kirchen immer weiter auseinander.

Seit sich die Ukraine von Russland getrennt hat und der Europäischen Union annähert, ist der Führungsanspruch des Moskauer Patriarchats über die orthodoxe Welt bei den ukrainischen orthodoxen Christen in die Kritik geraten. Allerdings ändert das nichts daran, dass Moskau weiterhin als „drittes Rom“ anerkannt wird. Die griechisch-katholisch ukrainische Kirche, die mehr als fünf Millionen Gläubige umfasst und lange Zeit als ein Stachel in den ökumenischen Beziehungen betrachtet wurde, hat inzwischen auch in orthodoxer Sicht eine interessante Entwicklung genommen. Über die Bedeutung der Union von Brest (1596) haben in den letzten Jahren zahlreiche Konferenzen stattgefunden. Besonders hingewiesen sei auf die Konferenz von Velehrad (2007), die auf eine hundertjährige Tradition zurückblicken kann, denn bereits 1907 trafen sich dort erstmals Vertreter der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche wie auch orthodoxe Theologen zum Gespräch auf der Basis der gemeinsamen Wurzeln in der Tradition der heiligen Brüder Kyrill und Method. In den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts bildeten die Kongresse von Velehrad das größte ökumenische Forum in Mittel- und Osteuropa.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten die Kongresse von Velehrad das größte ökumenische Forum in Mittel- und Osteuropa.

Im Anschluss an die Konferenz von 2007 haben die anwesenden römisch-katholischen, griechisch-katholischen und orthodoxen Repräsentanten (die meisten von ihnen kamen aus der Ukraine) folgenden Text⁵ angenommen, der für den neuen Geist der Versöhnung aus der Praxis heraus spricht. Er sei in Auszügen zitiert:

„Im Geist der Gründer der Bewegung von Velehrad und angesichts der notwendigen Einheit der westlichen und östlichen Kirchen, die sich wesentlich gründen auf dem untrennbaren Leib Christi, appellieren wir an die Christen Europas der verschiedenen Traditionen:

⁵ Französischer Text unter www.ucu.edu.ua/fr

- das wechselhafte Zeugnis mit Respekt und Solidarität anzuerkennen und nicht zu gestatten, dass es Äußerungen und Veröffentlichungen gibt, die zu gegenseitigen Verletzungen führen ...,
- den Geist in der Tradition der Heiligen Kyrill und Method im Sinne der Gemeinschaft der Katholiken und Orthodoxen anzuregen ...,
- verschiedene Projekte sozialer und karitativer Art zu organisieren, die sich der Unterstützung gesellschaftlich benachteiligter Menschen wie zum Beispiel der Immigranten und Kranken widmen; ...
- eine angemessene Haltung im Blick auf die besonderen pastoralen Bedürfnisse von Mischehen herzustellen, damit die betroffenen Christen voll am Leben der Kirche teilnehmen können;
- Respekt im Blick auf die Würde der Person und den Wert des menschlichen Lebens in all seinen Stufen zu entwickeln, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod;
- im Blick auf die Neuevangelisation Europas an allen entsprechenden gemeinschaftlichen Aktionen teilzunehmen, wobei besonders auf eine Teilnahme der Jugend an geistlichen Konferenzen und Gebetsvereinigungen hingewirkt werden soll;
- jede Art von wechselseitigem Proselytismus zu vermeiden, der die Gläubigen eher verwirrt, und statt dessen für vertiefte Kenntnis der gegenseitigen Traditionen zu sorgen ...“

Bleibende Verletzungen

Die zeitgenössische Ekklesiologie, die sich auf das Zweite Vatikanische Konzil und die Siebte Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Canberra 1991 beruft, ist durch den Begriff der Koinonia (Communio, Gemeinschaft) geprägt. Trotz der Verschiedenheiten der Kirchen soll der wesentliche Schritt in Richtung einer Einheit durch das Wirken des Heiligen Geistes erfolgen. So bewegt man sich in der christlichen Welt langsam weg von einer strikt institutionellen, soziologischen und politischen Vorstellung der Kirche in Richtung einer Gemeinschaft der Taufe, Eucharistie und Pastoral.

Allerdings sind die Folgen politischer Einwirkung auf die Kirche weiterhin schmerzhaft. Die damit verbundene Frage des „kanonischen Territoriums“, auf dem nur eine Kirche ein Existenzrecht hat, bleibt ambivalent. Stalin befahl 1944, die griechisch-katholische Kirche in der

UdSSR aus diesem Grunde zu vernichten (Pseudo-Synode von Lwiw, März 1946). Die Wiedererrichtung dieser Kirche mit drei Diözesen zwischen 1990 und 1993 wurde nichtsdestotrotz von der UOKPM als Affront betrachtet, was bis heute die gegenseitigen Beziehungen belastet. Darüber hinaus bildet die Frage des „kanonischen Territoriums“ auch einen Streitpunkt innerhalb der orthodoxen Kirchen der Ukraine, wobei bei den Abgrenzungsversuchen historische Argumente mit herangezogen werden.

Ansätze gemeinsamen Handelns im säkularen Umfeld

Auch wenn es die Kirchenoberen oft nicht wahrhaben wollen: Ihre Vorstellung von Bedeutung und Einfluss der ukrainischen Kirchen entspricht nicht der Wirklichkeit. Die Religiosität in der Ukraine äußert sich de facto in einer extremen Schwäche christlicher Praxis. So haben nach einem Bericht der Presseagentur RISU nur ein Prozent der Einwohner von Kiew, ca. 33.000 Personen, 2006 die Weihnachtsgottesdienste besucht.⁶ Mit Geoffrey Wills, dem Vizerektor der Ukrainischen Katholischen Universität der Ukraine, muss man festhalten, dass die Ukraine eher ein Land christlicher Tradition als ein Land christlicher Lebenspraxis darstellt.

Eine Chiffre dafür, wie weit und in welchem Ausmaß die Traumatisierung in der ukrainischen Gesellschaft reicht, ist die Zahl der Abtreibungen: Jedes Jahr finden nach statistischen Angaben des ukrainischen Gesundheitsministeriums ca. 260.000 Abtreibungen statt, und das bei einer Bevölkerung von etwa 47 Millionen Menschen. Da die Dunkelziffer vermutlich doppelt so hoch liegt, kann man von einer schweren demografischen Krise sprechen. Verschärft wird die Situation durch die Emigration vieler junger, gut ausgebildeter Menschen, so dass das Land regelrecht ausblutet.⁷ Gleichzeitig entstehen große Diasporagemeinden in Westeuropa, womit sich die religiöse Landkarte

Die Ukraine ist eher ein Land christlicher Tradition als christlicher Lebenspraxis.

⁶ In der überwiegend griechisch-katholischen Westukraine waren die Zahlen allerdings wesentlich höher, in manchen Orten über 30 Prozent.

⁷ Vgl. dazu Andrij Waskowycz: Armut in der Ukraine. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 2, S. 102-107.

Europas verändert und man immer weniger von einer klaren Trennung von orthodoxen und katholischen Einheiten sprechen kann. Schließlich verändern sich die religiösen Strukturen auch in der Ukraine selbst. Die Politik der Russifizierung in Wolhynien, die vor einem Jahrhundert begann, hat diese in der Westukraine gelegene Landschaft zu einer Bastion der Orthodoxie gemacht. Umgekehrt hat die Deportation von unierten Christen in die Region von Donezk unter Stalin dazu geführt, dass in dieser östlichen Region der Ukraine über 600.000 Gläubige der griechisch-katholischen Kirche leben.

Die Ukraine zeigt sich als religiös vielfältig, jedoch auch gespaltenes Land. Dennoch besteht kein Grund zur Resignation. Die „orangene Revolution“ hat gezeigt, dass die Mehrheit der Ukrainer den Wunsch haben, sich in der einen „Kiewer Kirche“ wieder zu vereinigen, die ihrerseits mit den „drei Rom“ in Gemeinschaft sein sollte. Selbst in den Gemeinden, in denen die UOKPM dominiert, stimmten bis zu 85 Prozent der Bevölkerung für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Gemeinsam erinnerte man 2005 an die Opfer des Holodomor, der durch das sowjetische Regime in den dreißiger Jahren ausgelösten Hungerkatastrophe in der Ukraine.

Natürlich gibt es Rückschläge, sowohl im Kleinen als auch im Großen. Dennoch ist die Annäherung zwischen den katholischen und orthodoxen Christen inzwischen etwas ganz Alltägliches. Ebenso nehmen die Fälle einer Konzelebration zwischen Geistlichen der orthodoxen autokephalen Kirchen und des Patriarchats von Kiew zu; einige Bischöfe der UOKPM haben sogar den Wunsch nach Autokephalie, also Selbstständigkeit von Moskau, geäußert.

Schließlich führen die Arbeiten der verschiedenen ökumenischen Institutionen (etwa der Katholischen Universität der Ukraine mit dem im Juni 2005 gegründeten Institut für Ökumenische Studien) dazu, die Kenntnis über die verschiedenen theologischen Traditionen zu vertiefen und damit eine Annäherung zwischen den Fachleuten zu verstärken. 2005 wurde außerdem eine Ukrainische Christliche Universitätsgesellschaft vom Institut für Ökumenische Studien in Lwiw und vom St. Clemens-Zentrum in Kiew gegründet. Diese Gesellschaft steht weltweit allen offen, die sich für die ukrainische ekklesiologische Frage und damit für das Thema „Kiewer Kirche“ interessieren.

Aus dem Französischen übersetzt von Christof Dahm.

Die orthodoxe Kirche als Minderheit in Polen

Einleitende Bemerkungen

Bei der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche verflochten sich Vergangenheit und Gegenwart auf besondere Weise zu einem Ganzen. Fast alle Probleme von heute hängen mit der schwierigen Vergangenheit zusammen. Doch lässt sich die äußere Welt – dazu gehört auch die gängige öffentliche Meinung – häufig von Überzeugungen leiten, die aus einer gegen die orthodoxe Kirche gerichteten Propaganda erwachsen sind. Diese letztere hat mit der historischen Wahrheit nicht viel gemein.

Probleme bestehen in den Beziehungen zum Staat. Bezeichnend für das Gewicht dieser Probleme war die Klage der Kirche beim Verfassungsgericht. Dabei ging es um mangelnde Beachtung der Gleichberechtigung der Kirchen und Glaubensgemeinschaften durch die Staatsbehörden, darunter auch den Sejm, wie sie von der Verfassung der Republik grundgelegt ist. Der Verfassungsgerichtshof verwarf unter dem 2. April 2003 faktisch diese Klage. Die Kirchenleitung wandte sich, zutiefst von der Ungerechtigkeit dieser Entscheidung überzeugt, mit einer Klage an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Erst nach diesem Schritt entschieden sich die polnischen Regierungen – die vorherige, von der Partei PiS, und die jetzige, von der Bürgerplattform PO gebildete – dazu, eine „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ aus Vertretern von Regierung und Kirche zu bilden. Diese schlug nach recht kurzer Zeit, in einer sehr guten Atmosphäre der Zusammenarbeit, eine Lösung der schwierigen Fragen vor. In einem Fall wurde die Verwirklichung eines Abkommens mit der katholischen Kirche des byzantinischen Ritus gefordert.

Auf der Berührungsebene von orthodoxer Kirche einerseits und Staats- und Regionalbehörden sowie römisch-katholischer Kirche andererseits kommt es zu Zwischenfällen im lokalen Bereich. Bisweilen erfordert die Beschaffung eines Bauplatzes für eine neue orthodoxe Kirche oder für ein Pfarrhaus sowie die Durchsetzung der Baugenehmigung

Der Verfasser ist Erzbischof der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche von Wrocław (Breslau) und Szczecin (Stettin).

mehrere Jahre angestrengten Bemühens, um die künstlich geschaffenen administrativ-juristischen Barrieren zu überwinden.

Auch erwachsen *Probleme in den Beziehungen mit der römisch-katholischen Kirche* aus der Vergangenheit. Was diese Beziehungen betrifft, so ist die Tatsache zu vermerken, dass hier zwei Wirklichkeiten zu registrieren sind. Einerseits haben zweifellos jene Recht, die behaupten, der Stand der Beziehungen zwischen Orthodoxen und Katholiken in Polen sei so gut wie nie zuvor. So ist es tatsächlich. Die Kontakte auf

Auch wenn katholische und orthodoxe Pfarrer heute ein gutes Verhältnis zueinander haben, bestehen noch immer Probleme zwischen den Kirchen.

höchsten Ebenen der Hierarchie sind häufig und herzlich, voll wechselseitigen Verständnisses. Auf der Ebene der Pfarreien wurden in sehr vielen Ortschaften gute Kontakte zwischen orthodoxen und römisch-katholischen Pfarrern zu etwas

Selbstverständlichem. Die Pfarrer besuchen sich und laden einander zu Gottesdiensten ein.

Dennoch sind die Beziehungen zwischen Orthodoxen und römischen Katholiken dadurch belastet, dass die römisch-katholische Kirche orthodoxe Gotteshäuser im Gebiet von Lublin und Chełm übernommen hat und dass es – trotz gemeinsamer Festlegungen – an einer Regelung für die Situation der ehemals unierten Kirchen fehlt, die die Staatsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg der orthodoxen Kirche übergaben. Dabei ist anzumerken, dass diese Gotteshäuser im Zustand von Ruinen übereignet wurden, einige waren in Schweineställe und Materiallager verwandelt worden. Sehr oft retteten Orthodoxe und Unierte in gemeinsamer Anstrengung diese Kirchen, indem sie finanzielle Mittel auch unter ihren Landsleuten in den USA sammelten und den Wunsch ausdrückten, dass diese Gotteshäuser der orthodoxen Kirche überlassen würden. Im Ergebnis der Bemühungen der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ aus orthodoxer Kirche und Regierung wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, der diese schmerzhafteste Angelegenheit endgültig klären wird, aber natürlich nur dann, wenn der Sejm ein solches Gesetz verabschiedet. Erfüllt wurde auch eine grundlegende Bedingung für die Verabschiedung des Gesetzes. Sie besteht darin, dass Einvernehmen zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche des byzantinischen Ritus erzielt wird.

Beträchtlich sind die aus der Vergangenheit herrührenden *Belastungen im inneren Leben der orthodoxen Kirche*. Die Zwangsumsiedlungen der orthodoxen und unierten Bevölkerung aus den südöstlichen und

östlichen Gebieten Polens in die West- und Nordgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg führten zu einer wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Verwahrlosung auf Gebieten, die seit über 1.000 Jahren von orthodoxen Bürgern der Republik bewohnt waren. Die Siedlungsbedingungen in den zugewiesenen neuen Gebieten zwangen die orthodoxen Eltern häufig dazu, ihre Kinder in einen Religionsunterricht zu schicken, der von römisch-katholischen Katecheten erteilt wurde. Das hatte selbstverständlich zur Folge, dass die orthodoxe Kirche tausende Gläubige verlor. Die Großeltern und Eltern wollten oft ihren Enkeln und Kindern ein friedliches Leben unter den neuen Bedingungen sichern.

Die Erfahrung der Geschichte

Das Verständnis für die aktuelle Lage der orthodoxen Kirche in Polen erfordert einen zumindest flüchtigen Blick auf die über eintausendjährige Geschichte dieser Kirche in Polen. Schon allein diese Feststellung reizt viele römisch-katholische Historiker und Theologen zum Widerspruch. Orthodoxe unterstreichen gern, dass die Ursprünge des Christentums auf polnischem Boden bis in die Zeiten der Tätigkeit von Heiligen reichen, die den „Slawenaposteln“, den Brüdern Kyrill und Method in Mähren, ebenbürtig waren.¹

Missionseinflüsse von Schülern der beiden heiligen Brüder erreichten nicht nur Südpolen, sondern sogar die Umgebung von Poznań/Posen (die Insel Lednica) und vielleicht Płock. Deutliches besagen Zeugnisse aus archäologischen Grabungen in Krakau, Przemyśl und Poznań. Politischer Einfluss aus dem Westen und die neue päpstliche Politik im 10. bis 11. Jahrhundert führten zu einer Zerstörung der kirchlichen Strukturen, wie sie von Kyrill und Method in Mähren und Südpolen geschaffen waren. Der Schwerpunkt in Wiślica, vermutlich das letzte Zentrum der Mission von Kyrill und Method in Polen, wurde höchstwahrscheinlich 1135 liquidiert.

Im Mittelalter bestand vorübergehend eine autokephale orthodoxe Kirche in Polen.

¹ Über dieses Thema gibt es bereits eine reichhaltige Literatur. Ein Beispiel für die Anschauung eines orthodoxen Theologen mag die Arbeit von Jerzy Klinger sein: „Nurt słowiański w początkach chrześcijaństwa polskiego“ (Die slawische Strömung in den Ursprüngen des polnischen Christentums). In: Theologische Halbjahresschrift der Christlichen Theologischen Akademie (ChAT). Warschau 1967, Heft 1.

Die ständige Präsenz der orthodoxen Kirche in den politischen Grenzen Polens reicht bis in die Zeiten eines Kazimierz des Großen (1310-1370). Es geht um die Eroberung des Gebietes um die Burg Czerwień, unter anderem Lembergs, in der Mitte des 14. Jahrhunderts durch diesen König. Kazimierz der Große war an einer Regelung der kirchenrechtlichen Situation seiner neuen Untertanen interessiert und erzielte vom Patriarchen in Konstantinopel sogar die vorübergehende Autokephalie für die orthodoxe Kirche in seinem Königreich. Dennoch führte die politische Präsenz Polens in den neuerobernten Gebiete zu einer schnell fortschreitenden Latinisierung.² Dieses Element der Geschichte bedeutet den Beginn der Konfrontation zwischen „lateinischer“ und „griechischer“ Kirche auf den Gebieten der gegenwärtigen Ukraine, Weißrusslands und Litauens. Im 15. Jahrhundert wurden einige Rechtsakte erlassen, deren Ziel es war, die Rechte orthodoxer Staatsbürger zu begrenzen. Der Anfang des 16. Jahrhunderts bringt eine Abschwächung der Konfrontation, aber der Sieg der Gegenreformation führte zu verstärkten Unionstendenzen gegenüber der orthodoxen Kirche. Die 1596 in Brest-Litowsk proklamierte Union zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche leitete eine theologische Latinisierung der orthodoxen Kirche und eine allmähliche Latinisierung des liturgischen Lebens ein. Letztlich ist die Union von Brest die Ursache für viele Schwierigkeiten in den orthodox-katholischen Beziehungen unserer Zeit.

Die Jahre 1795 bis 1918, d. h. die Zeit, als Polen seine Unabhängigkeit verloren hatte und von Österreich, Preußen und Russland geteilt war, begünstigten das Entstehen neuer Komplexe und Vorurteile in den orthodox-katholischen Beziehungen. Diese wiederum bestimmten in großem Maße auch das Verhältnis der politischen Parteien und Regierungen Polens zur orthodoxen Kirche nach 1918.

Ab 1831 verliehen die russischen Regierungen der orthodoxen Kirche eine ganze Reihe von Rechten und Privilegien. Im russischen Teilungsgebiet kam es außerdem zu einer allmählichen Aufhebung der Brester Union. Der Rechtsstatus der orthodoxen Kirche und die Liquidierung der Union wurden zur Grundlage einer von der Mehrheit der politischen Klasse Polens nach 1918 vertretenen Meinung, dass die orthodoxe Kirche auf polnischem Gebiet ein Relikt aus der Russifizierungspolitik des Zarenreiches darstellte. Eine solche Meinung wurde auch von der Hier-

² Vgl. Kazimierz Chodynicki: *Kościół Prawosławny a Rzeczpospolita Polska 1370-1632* (Die Orthodoxe Kirche und die Polnische Republik 1370-1632). Warschau 1934, S. 9.

archie und der entschiedenen Mehrheit des katholischen Klerus geteilt. Sie bildete den Nährboden für eine Diskriminierungspolitik der Staatsbehörden und für Wiedergutmachungsforderungen seitens der römisch-katholischen Kirche. Diese Politik fand ihren Widerhall in Entscheidungen der polnischen Regierung. Sie betrafen die zwangsweise Unterstellung des Löwenanteils des Vermögens der orthodoxen Kirche unter staatliche Verwaltung, die Schließung und Zerstörung orthodoxer Gebäude sowie die Übergabe vieler orthodoxer Gotteshäuser und anderen orthodoxen Vermögens an die römisch-katholische Kirche.³

In der Zwischenkriegszeit war die orthodoxe Kirche in Polen zahlreichen Repressalien ausgesetzt.

Der Höhepunkt der Bestrebungen zur Liquidierung der orthodoxen Kirche in den Grenzen der Polnischen Republik vor dem Zweiten Weltkrieg fällt in das Jahr 1938. Die Staatsbehörden zerstörten in einer planmäßigen Aktion – unter Einsatz von Militär, Polizei und oft auch Gerichten – über 300 Kirchen. Einige hundert orthodoxe Gotteshäuser wurden der katholischen Kirche überlassen oder in verschiedenartige Lagerhäuser, in Schulanstalten, in Produktionsbetriebe umgewandelt. Ihren Arbeitsplatz verloren orthodoxe Lehrer, Eisenbahner, Staats- und Postbedienstete. Diese Aktion führte zum Protest ökumenischer Organisationen und von Regierungen mancher Staaten, u. a. Japans. Ein Protestschreiben gegen diese brutale Aktion verfassten sogar der griechisch-katholische Metropolit Andrzej Szeptycki (Andrej Sheptytskyj) sowie zahlreiche polnische Intellektuelle.⁴

Diese Proteste und die sich zuspitzende internationale Lage waren ein Hauptgrund dafür, dass Polens Präsident ein Dekret zur Regelung der rechtlichen Situation der orthodoxen Kirche in Polen erließ. Das Dekret von 1938, das Gesetzeskraft hatte, stellte einen ungewöhnlich restriktiven Rechtsakt dar. Die Staatsbehörden behielten sich das Recht zur

³ Zur Situation der Orthodoxen Kirche in der Periode 1918-1939 vgl. Mirosława Papierzyńska-Turek: *Między tradycją a rzeczywistością. Państwo wobec prawosławia 1918-1939* (Zwischen Tradition und Wirklichkeit. Der Staat und die Orthodoxie 1918-1939). Warschau 1989.

⁴ Über diese Aktion siehe Grzegorz Kuprianowicz: *1938. Akcja burzenia cerkwi prawosławnych na Chełmszczyźnie i południowym Podlasiu*. Chełm 2008 (Die Aktion zur Zerstörung orthodoxer Kirchen im Gebiet von Chełm und im südlichen Podlasien). Am Anfang dieser Arbeit findet sich ein Wort des Präsidenten der Republik Polen, Lech Kaczyński.

endgültigen Entscheidung in allen für das Leben der Kirche wesentlichen Fragen vor. Die Stimme der Regierung entschied über die Wahl des Metropoliten, über die Besetzung von Bischofsstühlen, über Pfarr- und Psalmistenstellen. Priesterweihen für Absolventen des Studiums der orthodoxen Theologie an der Universität Warschau setzten das Einverständnis des Ministers für Bildung und Religionsgemeinschaften voraus. Im August 1939 verabschiedete der Sejm zusätzlich ein Gesetz über die Regelung des Vermögensstandes der orthodoxen Kirche. Sie sollte in den Jahren 1939-1944 erfolgen.

Mit diesem Rechtsstatus, d. h. mit dem restriktiven Dekret von 1938 und dem unregelmäßigen Vermögensstand, fand sich die orthodoxe Kirche im polnischen Staat nach 1945 wieder. Die Behörden dieses Staates wandten Rechtsvorschriften beider normativer Rechtsakte in einer Weise an, die ihren aktuellen Zielen entsprach. So wurde z. B. Metropolit Dionizy (Waledyński) unter Berufung auf das Dekret von 1938 der Möglichkeit beraubt, seine Pflichten wahrzunehmen. Zuerst wurde er unter Hausarrest gestellt, später nach Sosnowiec verbannt, wo er den Rest seines Lebens unter schwierigen materiellen Bedingungen zubringen musste. Schikanös war die Forderung, dass die Staatsbehörden von jedem Besuch des Bischofs in einer Pfarrei mindestens zwei Wochen vorher informiert werden mussten. Erst nach 1985 hörten die Bischöfe auf, dieser Forderung nachzukommen.

Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten erzielte die Kirche ein Gesetz des Sejms. Dieses Gesetz vom 4. Juli 1991 stellte den Rechtsstatus der orthodoxen Kirche in vielen Punkten dem der römisch-katholischen Kirche in Polen gleich. Es gibt aber noch immer recht lästige Unterschiede. Einer davon ist die o. a. Nutzung ehemals unierter Gotteshäuser durch die orthodoxe Kirche.

Veränderte Wahrnehmung der orthodoxen Kirche

Schon in der Zwischenkriegszeit (1918-1939) zeichneten sich Veränderungen in der Wahrnehmung der orthodoxen Kirche ab, an deren Beginn eine breite Diskussion über das Verhalten der römisch-katholischen Bischöfe stand, die zwischen 1929 und 1934 auf Rückgabe angeblich ehemals unierter und ehemals lateinischer Kirchen klagten; diese Klagen betrafen ein Drittel des orthodoxen Kirchenbestandes. Nach geschätzten Daten betrug die Zahl der Orthodoxen in Polen 1924 3.040.943 Per-

sonen⁵, im Jahre 1939 dagegen etwa 4.195.000.⁶ Mit Blick auf die Möglichkeit sozialer Unruhen zogen die Gerichte die Urteilsfindung in die Länge. Das Oberste Gericht verkündete am 16. Januar 1934 ein Urteil, in dem der Rechtsweg im Fall von 69 Gotteshäusern als unzuständig erkannt wurde, da sie in der Verfügung des Staates seien. Auch die erwähnte Aktion zur Zerstörung von Gotteshäusern 1938 trug dazu bei, dass sich das Wissen über die Geschichte der Orthodoxie in Polen in akademischen Kreisen vertiefte.

Diese Veränderungen fanden ihre Widerspiegelung in Arbeiten von Historikern, dazu gehört das Buch von Kazimierz Chodynicki „Die Orthodoxe Kirche und die Polnische Republik 1370-1632“, erschienen 1934 in Warschau. Der Autor stützte sich dabei auf reichhaltiges Quellenmaterial aus polnischen Archiven und berücksichtigte die oft extremen Meinungen orthodoxer und römisch-katholischer Geschichtswissenschaftler. Das wesentlich Neue bestand darin, dass auf eine Reihe rechtlicher Akte verwiesen wurde, die die Rechte der orthodoxen Kirche bereits im 14. und 15. Jahrhundert sowie in späteren Zeiten eingrenzten. Dies ist eine zweifellos außergewöhnliche und immer noch aktuelle Position.

Sowohl weltliche als auch mit der katholischen Kirche verbundene Historiker führten diese Strömung in der Geschichtsforschung über die orthodoxe Kirche fort. Unter ihnen sind so hervorragende Geschichtswissenschaftler wie Jerzy Kłoczowski und Władysław A. Serczyk. Eine gewaltige Arbeit leistete der unermüdliche Forscher und Sammler von Dokumenten zur Geschichte der Orthodoxie in Polen, Priester Dr. Grzegorz Sosna. Zahlreiche Arbeiten verfasste Antoni Mironowicz, Professor an der Universität Białystok. Von den neuesten Arbeiten sei auf Leszek Ćwikła, „Die Politik der Staatsbehörden gegenüber der orthodoxen Kirche und der orthodoxen Bevölkerung im Königreich Polen, im Großfürstentum Litauen sowie in der ‚Republik Beider Nationen‘ in den Jahren 1344-1795“ (Lublin 2006) und Grzegorz Jacek Pelica, „Die Orthodoxe Kirche in der Woiwodschaft Lublin 1918-1939“ (Lublin 2007) verwiesen.

Die vorsichtigen Änderungen in der Historiographie im Zusammenhang mit der ökumenischen Öffnung der römisch-katholischen Kirche

⁵ Nach Papierzyńska-Turek (wie Anm. 3), S. 310.

⁶ Nach Kazimierz Urban: Kościół Prawosławny w Polsce (Orthodoxe Kirche in Polen). Krakau 1996, S. 112.

nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wirkten sich zweifellos auf den Wissensstand und auf die zunehmend aufgeschlossener Meinung von Hierarchie und katholischer Geistlichkeit gegenüber der Orthodoxie aus. Zu den Kirchen der Reformation pflegen die Orthodoxen in Polen trotz bestehender dogmatischer Differenzen seit jeher ein gutes Verhältnis.

Polens Kultur und Literatur fußt auch auf einem reichen orthodoxen Erbe.

Erinnert werden sollte auch an die orthodoxen Wurzeln mancher kultureller Erscheinungen in Polen. Zahlreiche Dichter und Schriftsteller, u. a. die großen Poeten der polnischen Romantik, Adam Mickiewicz und Juliusz Słowacki, wuchsen in einem Milieu auf, das unter dem starken Einfluss orthodoxer Kultur und Frömmigkeit stand.

In letzter Zeit finden der liturgische Gesang und die orthodoxe Ikone immer größere Anerkennung. Als wichtiges Element gesellschaftlichen Lebens gelten die religiösen Feierlichkeiten in mehreren Zentren religiösen Lebens der orthodoxen Kirche. Das Kloster der Heiligen Martha und Maria auf dem Hügel „Grabarka“ in Nordostpolen, das Onuphrius-Kloster in Jabłeczna, kürzlich auch das wieder erstandene Kloster Maria Verkündigung in Supraśl sind wichtige Determinanten für das religiöse Leben nicht nur der Gläubigen der orthodoxen Kirche.

Alle diese Veränderungen in der Wahrnehmung der Geschichte der orthodoxen Kirche, ihrer Theologie und der Frömmigkeit ihrer Gläubigen stellen ein wesentliches Element der Existenz der orthodoxen Kirche als eines integralen Bestandteils der Geschichte, der Kultur und des religiösen Lebens in der Republik Polen dar.

Aus dem Polnischen übersetzt von Wolfgang Grycz.

Reichtum für alle

Die Bedeutung der ostkirchlichen Spiritualität für das westliche Christentum

Wir leben in einer Zeit, in der die christlichen Kirchen das große Klage-
lied angestimmt haben über eine ständig fortschreitende Verweltlichung
des einstmals christlichen Abendlandes. Man spricht auch von einer Ver-
dunstung des Glaubens. Angesichts immer leerer werdenden Kirchen,
angesichts des scheinbar bevorstehenden Aussterbens der Klöster und
der immer kleiner werdenden Zahl von Neupriestern, die längst keine
flächendeckende Seelsorge mehr garantieren können, scheinen die Pessi-
misten recht zu behalten. Die Frage ist nur: Haben Christen je das Recht,
Pessimisten zu sein? Hat der Herr jemals verheißen, dass seine Anhänger
eine große, prächtige, einflussreiche und mächtige Weltreligion sein wer-
den? Hat er nicht vielmehr deutlich gesagt: „Ein Knecht ist nicht größer
als sein Herr“ (Joh 15,20)? Eines jedenfalls lehrt uns die Kirchenges-
chichte: Immer wenn die Kirche äußerlich klein und schwach war, dann
war sie innerlich stark und brachte Heilige und Martyrer hervor. Immer
jedoch, wenn sie groß, mächtig und reich war, dann traf auf sie das Wort
Jesu zu: „Ihr seid das Salz der Erde. Wenn das Salz schal geworden ist,
womit soll man es dann wieder salzig machen? Es taugt zu nichts weiter,
als dass es hinausgeworfen und zertreten wird von den Menschen“
(Mt 5,13). Ein Christentum ohne Salz hinterlässt bei vielen einen faden
Geschmack. Sind die Salzvorräte tatsächlich erschöpft? Keineswegs. Er-
setzen wir den Begriff „Salz“ durch den Begriff „Geist – Geistigkeit –
Spiritualität“, dann wird klar, dass es davon genug gibt, denn Christus
hat seinen Jüngern versprochen, dass er Heiligen Geist senden werde.
Am Pfingstfest, dem Gründungstag der Kirche, erfüllte sich dieses Ver-
sprechen. Der Geist Gottes, die dritte Person der Heiligen Dreieinigkeit,

*Der Autor, Pater Dr. Gregor Hohmann OSA, ist Direktor des Ostkirchlichen
Instituts der deutschen Augustiner an der Universität Würzburg und National-
sekretär des Päpstlichen Ostkirchenwerkes Catholica Unio.*

ist über diese Kirche im Sturm gekommen und hat sie nie mehr verlassen. Der Heilige Geist ist seitdem ihr Lebensprinzip. Das nicht zu erkennen, bedeutet schal gewordenes Salz zu sein.

Die Frage nach der Rolle des Heiligen Geistes ist also entscheidend für die Qualität des Christentums. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Kirchen des Westens und des Ostens. Westliche Christen verstehen häufig unter Spiritualität zu sehr eine introvertierte,

abstrakte, reine Geistigkeit, während sie für die östlichen Christen die Erfahrung von der Wirksamkeit des von Gott durch Jesus Christus gesandten Parakleten, des Heiligen Geistes, ist.

So kommt es oft zum Vorwurf von östlicher Seite, der Westen vernachlässige das Wirken des Heiligen Geistes mit dem Ergebnis, dass im Westen die Lehre vom Heiligen Geist in eine theologische Schieflage geraten sei. Festgemacht wird dieser Vorwurf an der Tatsache, dass im Westen das Glaubensbekenntnis von Nicäa-Konstantinopel (325/381) durch die eigenmächtige Einfügung des Wörtchens „Filioque“ (Ausgang des Heiligen Geistes nicht nur vom Vater, sondern



*Aussendung des Heiligen Geistes
(Klosterkirche Plankstetten)*

auch „vom Sohn“) bis an den Rand einer Häresie geraten sei, zumal das Konzil von Konstantinopel (381) mit ausdrücklicher Billigung des römischen Papstes ein für allemal festgelegt hatte, dass an diesem Glaubensbekenntnis niemals etwas hinzugefügt oder weggelassen werden dürfe. Es lässt sich sagen, dass das Filioque bis zum heutigen Tag Streitpunkt Nummer eins zwischen Ost und West geblieben ist. Man hält im Osten den Zusatz „Filioque“ deshalb für gefährlich, weil er die Gefahr berge, dass die unterschiedlichen Eigentümlichkeiten der drei göttlichen Personen verwischt werden. In der Westkirche hat es ja auch tatsächlich dazu geführt, dass der Heilige Geist in der Feier des Kirchenjahres und in der Frömmigkeit der Gläubigen ein Schattendasein führt. Ein bekannter Theologe bemerkte dazu: „Man konnte einem Geistlichen in den westlichen Ländern kaum etwas Schlimmeres zumuten, als dass er eine Predigt über den Heiligen Geist halten sollte.“ Im Osten ist das hingegen ein

Lieblingsthema. Durch die Sendung des Heiligen Geistes wird für die Menschen erkennbar, dass der dreieinige Gott keine in sich geschlossene Wesenheit ist, die sich für seine Geschöpfe nicht interessiert, sondern eine an Welt und Menschen äußerst interessierte Dreiheit, die wir Personen nennen, weil sie uns ganz „persönlich“ begegnen. Man kann es so formulieren: Der Heilige Geist ist der **Gott in uns**, der Sohn ist der **Gott mit uns** und der Vater ist der **Gott außer uns**.

Gott sei Dank hat sich in der katholischen Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil einiges geändert. Eines der größten Verdienste des Konzils ist es, dass es die Bedeutung des Heiligen Geistes im Leben der Kirche wiederentdeckt hat, wenigstens in den veröffentlichten Dokumenten. Abt Emmanuel Heufelder OSB von Niederalteich nannte darum das Zweite Vatikanische Konzil ein „Neues Pfingsten“. Ein sichtbares und hörbares Zeichen dieses neuen Bewusstseins ist die Wiedereinführung der Epiklese – der Herabrufung des Heiligen Geistes – auf die Opfertgaben innerhalb des Geschehens, das wir „Wandlung“ zu nennen pflegen. In der Ostkirche hat man sich nie den Kopf darüber zerbrochen, an welcher Stelle des eucharistischen Hochgebetes oder, wie man im Osten sagt, der Anaphora, die Wandlung von Brot und Wein in Christi Leib und Blut erfolgt. Sicher ist nur, dass Wandlung nicht allein durch das Aussprechen der Einsetzungsworte Jesu erfolgt, sondern dass Wandlung erst dann vollendet ist, wenn der Priester Gott Vater angerufen hat mit den Worten: „Mache dieses Brot zum kostbaren Leib Deines Christus – und was in diesem Kelch ist, zum kostbaren Blut Deines Christus – und verwandle sie durch Deinen Heiligen Geist.“ Im erneuerten römischen Ritus findet sich die Epiklese in folgender Form vor: „Sende Deinen Heiligen Geist auf diese Gaben herab und heilige sie, damit sie uns werden Leib und Blut Deines Sohnes, unseres Herrn Jesus Christus“. Auch im römischen Ritus kommt jetzt also deutlicher als früher zum Ausdruck, dass es nicht der Priester ist, der wandelt, sondern dass er nur der Bevollmächtigte ist, der den Heiligen Geist auf die Gaben herabrufen, damit Er sie wandle. Ähnlich ist es auch bei allen anderen Sakramenten. Ohne das Wirken des Heiligen Geistes geschieht nichts. Auch in der Absolutionsformel bei der Beichte in der römischen Kirche wird jetzt der Heilige Geist erwähnt, wenn der Priester spricht: „Gott, der barmherzige Vater hat durch den Tod und die Auferstehung seines Sohnes die Welt mit sich versöhnt und *den Heiligen Geist gesandt zur Vergebung der Sünden*.“

In einigen Ostkirchen, wie zum Beispiel bei den Kopten Ägyptens,

wird selbst bei der Wahl des neuen Patriarchen dem Heiligen Geist noch Raum gelassen und zwar dergestalt, dass drei Zettel mit den Namen von drei Kandidaten in einen Kelch gelegt werden. Sodann bekleidet man einen kleinen Knaben mit einem Diakongewand und lässt ihn einen Zettel aus dem Kelch nehmen und so den nächsten Patriarchen wählen. Ähnlich haben es schon die Apostel gemacht, als sie den Nachfolger für Judas Iskariot bestimmen mussten. Durch Losentscheid kam Matthias ins Apostelkollegium.

Weit mehr als es die Kirche des Westens tut, betont die Ostkirche immer wieder, dass der göttliche Geist das Fundament unseres Glaubens

Weit mehr als die Kirche des Westens betont die Ostkirche immer wieder, dass der göttliche Geist das Fundament unseres Glaubens und die Grundlage unserer christlichen Existenz ist.

und die Grundlage unserer christlichen Existenz, ja unseres Christseins ist. Deshalb werden wir im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes getauft. Das ist keine leere Formel, sondern bedeutet, dass wir tatsächlich ein neues Leben beginnen. Der Hl. Athana-

sius, Kirchenvater aus dem vierten Jahrhundert, sagt: „Wenn wir an den Heiligen Geist nicht glauben, dann hat auch unsere Taufe nicht die Fülle des Heils.“ Es geht also im Leben des Christen um ein Leben aus dem Geist. Fragt man einen Christen des Westens, worum es im christlichen Leben letztlich geht, wird man wahrscheinlich die Antwort erhalten, es gehe darum, ein anständiger Mensch zu sein und die Gebote zu halten, nach dem Motto „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“. Das ist im Prinzip lobenswert, aber ohne die mächtige Wirkung des Heiligen Geistes kann auf die Dauer kein Mensch edel, hilfreich und gut sein.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist folgender: Spiritualität, d. h. Umgang mit dem Heiligen Geist und seinen Gaben, ist keine Sondererscheinung für bestimmte, auserlesene Gruppen, etwa die sogenannten Charismatiker. Spiritualität ist vielmehr etwas, das alle Glieder der Kirche angeht; sie ist das Lebensprinzip des Organismus Kirche, der göttliche Atem, der die Kirche belebt und zusammenhält. Das ist es, was heutzutage so viele Christen, vor allem des Westens, nicht begreifen wollen. Kirche ist keine Organisation nach dem Vereinsrecht, jedenfalls ist sie das nur zu einem geringen Teil. Äußere Strukturen sind nicht das Wesen der Kirche. Immer, wenn reformfreudige Christen nur Strukturen verändern wollen in der Kirche, dann wird damit kaum die bessere, vollkommenere Kirche erreicht werden. Die unzähligen Reformen und dann wieder die Reformen der Reformen, die wir in den letzten Jahrzehnten in

unserer Kirche erlebt haben, haben jedenfalls nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Reformieren mit spürbar positiver Wirkung kann letztlich nur der Heilige Geist, das Lebensprinzip dieser Kirche. Wirken kann er jedoch nur dort, wo man ihn wirken lässt. Wenn alle Reformbemühungen so wenig oder gar keine Wirkung zeigen, muss es wohl daran liegen, dass man dem Heiligen Geist nicht genug Raum gelassen hat. Der berühmte Pfingsthymnus der byzantinischen Kirche belehrt die Gläubigen so: „A l l e s gibt der Heilige Geist: Weissagen lässt er hervorquellen, Er vollendet Priester, die Unwissenden lehrt Er Weisheit, Fischer macht Er zu Gottesgelehrten. Er stiftet seine heilige Kirche. Dem Vater und dem Sohn wesensgleich, mit beiden gleichen Thrones, Tröster Geist, Ehre sei Dir.“ Damit ist gesagt, dass die Glaubenswahrheiten für den orthodoxen Gläubigen niemals nur mit dem Verstand festzuhaltende Lehrsätze sind, sondern Wahrheiten, die in die Anbetung und Verherrlichung Gottes einmünden sollten. Wenn man die großartigen Texte der eucharistischen Liturgie und vor allem die unerschöpfliche Fülle der byzantinischen Hymnen des Stundengebets betrachtet, dann wird einem klar, was gemeint ist, wenn Theologie in der Ostkirche als Verkündigung und Anbetung aufgefasst wird.

Wie z. B. das Geheimnis der Menschwerdung des Gottessohnes aus Maria der Jungfrau in einem Lied in unnachahmlicher Kürze und Poesie besungen wird, zeigt das folgende Troparion¹ des Weihnachtsfestes: „Was sollen wir dir darbringen, o Christus? Erschienen bist du auf Erden als Mensch, um unseretwillen. Jedes deiner Geschöpfe bringt dir ein Dankgeschenk: die Engel ihr Singen, der Himmel den Stern, die Weisen ihre Gaben, die Hirten ihr Staunen, die Erde ihre Höhle, die Einöde die Krippe, wir aber die Mutter und Jungfrau.“ Es versteht sich von selbst, dass solche Texte unmöglich als Teile einer Pflichtübung, oder wie wir es im Westen nennen, eines in einem „Brevier“ zusammengefassten „Offiziums“ absolviert werden dürfen. Sie müssen einfach gesungen, ja gejubelt werden. So ist es denn im byzantinischen Ritus selbstverständlich, dass all diese herrlichen Lieder, die zur Poesie gewordene Theologie sind, nicht einfach gesprochen, sondern immer gesungen werden. Jeder Gottesdienst wird somit zugleich Belehrung über die Glaubensinhalte und Lobpreis und Anbetung des dreifaltigen Gottes. Dem Gläubigen wird dennoch nicht abverlangt, dass er sofort mit dem Verstand begreift.

¹ Unter Troparion versteht man einen kurzen, meist einstrophigen Gesang der byzantinischen Liturgie.

Selbst der große Kirchenvater Basilius bekennt: „Unser Verstand ist schwach, noch schwächer unsere Zunge ... Es ist leichter, den Ozean mit einem kleinen Becher auszuschöpfen, als Gottes unaussprechliche Größe mit dem menschlichen Geist zu fassen.“ Theologie, die nicht zu dieser Haltung führt, ist dem östlichen Christen verdächtig. Aus diesem Grund hat sich die Ostkirche auch nie recht mit der scholastischen Theologie der westlichen Kirche anfreunden können. Die Geheimnisse des Glaubens in trockenen Lehrstoff, bestehend aus These, Antithese und Synthese zu zergliedern, heißt für den orthodoxen Theologen nichts

Das Jesusgebet – das kostbarste Gebet der Ostkirche.

weiter als die Glaubensgeheimnisse zu Übungen für geistiges Florettfechten zu erniedrigen.

Theologie muss zum *Gebet* führen, soll sie ihren Zweck nicht verfehlen. Das ideale Gebet kommt mit wenigen Worten aus. In den Apophtegmata Patrum, der Sammlung geistlicher Sprüche der Wüstenväter Ägyptens, finden wir folgende Aussage über das Gebet: „Was ist reines Gebet? Ein Gebet arm an Worten, aber reich an Taten. Denn wenn deine Taten nicht deine Bitten übersteigen, sind deine Gebete bloße Worte, dann ist die Frucht deiner Hände nicht in ihnen.“² Weit mehr als es die Kirche des Westens tut, betont die Ostkirche immer wieder, dass der göttliche Geist das Fundament unseres Glaubens und die Grundlage unserer christlichen Existenz, ja unseres Christseins ist. Ein Gebet arm an Worten. Wer denkt da nicht sofort an das kostbarste Gebet der Ostkirche – das Jesusgebet? Das Jesusgebet besteht entweder allein aus der ständigen Wiederholung des Namens „Jesus“, meist jedoch wird folgende, längere Formel verwendet: „Herr, Jesus Christus, Sohn Gottes, erbarme dich meiner, des Sünders.“ Eine solche Anrufung des Namens Gottes ist nicht nur auf das Christentum beschränkt, sondern auch im Hinduismus, Buddhismus und Islam kennt man ähnliche Anrufungen der göttlichen Namen. Der indische Weise Sri Ramakrishna (1836-1886) hat dazu bemerkt: „Wer den inbrünstigen Glauben an die Macht des heiligen Gottesnamens in seinem Herzen trägt und diesen Namen Tag und Nacht wiederholt, bedarf keiner geistlichen Übung mehr. Er überwindet alle Zweifel, sein Herz wird rein, und er erkennt den Herrn durch die Macht seines heiligen Namens.“ Der Vorteil des Jesusgebetes ist, dass es eine Art unsichtbaren Meditationsraum,

² Vgl. dazu Kallistos Ware: Der Aufstieg zu Gott. Glaube und geistliches Leben nach ostkirchlicher Überlieferung. Verlag Fluhegg, 1998, S. 55.

eine Klosterzelle, schaffen kann, in die sich der Beter zu jeder Zeit und an jedem Ort zurückziehen kann. Das Jesusgebet ermöglicht Sammlung und innere Stille, selbst in der Hektik des Alltags. Der Starez Paisy Velickovski (1722-1794), einer der Hauptverbreiter hesychastischer Gebetsformen³ in Russland, vergleicht das Jesusgebet mit einer Ikone. In einer geweihten Ikone ist der Herr selbst gegenwärtig. Die Anrufung des Namens Jesus im Jesusgebet ist gleichsam eine Ikone aus Worten, welche den Herrn im Herzen des Beters gegenwärtig sein lässt. Im Büchlein „Das Jesusgebet“ bringt der anonyme Schriftsteller, der sich „ein Mönch der Ostkirche“ nennt, folgendes, treffendes Bild: Die Anrufung des Namens Jesu gleicht einem Prisma, das ein Bündel weißen Lichtes in die verschiedenen Farben des Spektrums zerlegt. Wenn wir den allumfassenden Namen anrufen, so benutzen wir den Namen wie eine Linse, die das weiße Licht aufnimmt und bündelt. Mit Hilfe einer Linse kann ein Sonnenstrahl einen brennbaren Stoff entzünden. Der heilige Name Jesus ist eine solche Linse. Die Frucht dieses Gebetes ist, dass der Mensch lernt, in einem Dauerzustand des Gebetes zu verweilen. Das bedeutet nach hesychastischer Auffassung nicht mehr und nicht weniger, als dass der Beter immerzu vom göttlichen Licht, das den verklärten Christus aus dem Berg Tabor umgab, beschienen wird.

Unter *Hesychasmus* versteht man eine typisch östliche Frömmigkeitsform, von der man heute weiß, dass sie eine erstaunliche Nähe zu manchen fernöstlichen Gebetspraktiken aufweist und daher für suchende Christen des Westens interessant zu werden beginnt. Viele Mönche zogen sich in die Einsamkeit zurück, um in Stille und absoluter Ruhe (*hesychia*) dem Gebet und der Kontemplation zu obliegen. Daher nannte man diese Bewegung Hesychasmus. Lange Zeit ziemlich außer Mode gekommen, erlebt der Hesychasmus bei nicht wenigen Mönchen des Ostens eine neue Blüte. Auch westliche Menschen haben hier und da begonnen, diese Frömmigkeitsform für sich zu nutzen.

Ein weiterer Zug ostkirchlicher Frömmigkeit ist die anders geartete Auffassung von *Sünde*. Im Abendland sah man in der Sünde immer mehr die Verletzung des Rechtsverhältnisses zwischen Mensch und Gott. Deshalb hat auch die Beichte im Westen den Charakter einer Gerichtssitzung, die mit dem Freispruch des Angeklagten endet. Im Osten ist Sünde eher ein Wesensschwund, ein Substanzverlust, eine Verwundung, eine

³ Vgl. hierzu auch Alfons Brüning: Von „Heiligen Orten“ und „Heimatlosigkeit auf Zeit“. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 9 (2008), H. 1, S. 3-12, bes. S. 5 f.

Erkrankung der ursprünglichen Gottebenbildlichkeit des Menschen. Die Beichte hat so mehr den Charakter einer Therapie. Die Erlösung ist also weniger die Wiederherstellung eines durch die Sünde gestörten Rechtsverhältnisses, sondern Seinserneuerung, ja Vergöttlichung des Menschen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder das berühmte Wort des Hl. Athanasius zitiert: „Gott wurde Mensch, damit der Mensch Gott werde.“ Zu dieser „Vergöttlichung des Menschen“ – dem Lieblingsbegriff der orthodoxen Erlösungslehre – schreibt ein westlicher Psychotherapeut, von dem man es nicht ohne weiteres erwartet hätte, nämlich C. G. Jung, Folgendes: „Wenn in der Seele nicht erfahrungsgemäß höchste Werte lägen, so würde mich die Psychologie nicht im Geringsten interessieren, da die Seele dann nichts als ein armseliger Dunst wäre. Ich weiß aber aus hundertfacher Erfahrung, dass sie das nicht ist, sondern dass sie vielmehr die Entsprechung all jener Dinge enthält, welche das Dogma formuliert hat, und einiges darüber hinaus, was eben die Seele befähigt, jenes Auge zu sein, dem es bestimmt ist, das Licht zu schauen. Dazu bedarf es unermesslichen Umfangs und unauslotbarer Tiefe. Man hat mir ‚Vergottung der Seele‘ vorgeworfen. Nicht ich – Gott selbst hat sie vergottet.“

Beim Thema Spiritualität der Ostkirchen darf wenigstens ein kurzer Hinweis auf die *Ikonenverehrung* nicht fehlen, denn sie macht einen



Marienikone (10. Jahrhundert)

wesentlichen Teil der orthodoxen Frömmigkeit aus. Im Alten Testament war die Darstellung Gottes verboten. Der Herr gebot Mose, sich kein Abbild zu schaffen, d. h. kein Götzenbild, und es nicht wie Gott anzubeten. In jener Zeit hatte noch niemand Gott gesehen, denn der Herr Jesus Christus war noch nicht in die Welt gekommen.

Deshalb wäre jede bildliche Darstellung als Gotteslästerung empfunden worden. Erst nach der Menschwerdung des Herrn, das heißt nachdem der Erlöser einen menschlichen Leib angenommen hatte, wurde eine solche Darstellung möglich.

Aber selbst in der jungen Kirche war es ein langer Weg, bis das Verständnis für das Abbilden von Jesus, seiner Mutter Maria und der Heiligen als erlaubt und wünschenswert erkannt wurde. Von Anfang an aber wurde streng darauf geachtet zu unterscheiden

zwischen dem mittels Farbe auf Holz gemalten Bild und dem Urbild. Die Ikone als Menschenwerk ist nur Holz, Farbe, Silber, Gold usw. Das auf ihr dargestellte Abbild einer Person dagegen ist Christus selbst. Die Verehrung einer Ikone mit dem Bild eines Heiligen oder die Anbetung einer Christusikone gibt es – streng genommen – nicht. Eigentlich ist die Bezeichnung Ikonenverehrung nicht der richtige Begriff. Nicht die Ikone mit dem Abbild wird verehrt, sondern das Urbild. Auf einer Ikone sieht der Betrachter zunächst nur Farben und Formen, aber derart, dass sie etwas von der dargestellten Person ahnen lassen. Wenn nun eine Kerze angezündet oder die Ikone mit Küssen verehrt oder mit Weihrauch beräuchert wird, dann gelten all diese Ehrenbezeugungen dem Urbild der dargestellten Person im Himmel und nicht dem farbigen Abbild.

Nicht die Ikone mit dem Abbild wird verehrt, sondern das Urbild.

Eine Kirche im Bereich des byzantinischen Ritus ist ohne Ikonen, vor allem ohne die Bilderwand (Ikonostase), die den Altarraum vom Kirchenschiff trennt, nur schwer denkbar. Die Ikonen machen einen Kirchenraum erst zu einem Ort der intensiven Gottesbegegnung, jedenfalls mehr als es die nüchternen, manchmal an Fabrikhallen erinnernden modernen Kirchen des Westens vermögen. Karl Rahner schrieb dazu Folgendes: „Immer wieder brach ein Bilderstreit in der Kirche auf, und er ist auch heute und auch innerhalb der katholischen Kirche nicht zu Ende, wenn wir an die bildfeindliche Gestalt unserer modernen Kirchen denken oder an das Unverständnis für Gnadenbilder trotz eines wachsenden Lebendigwerdens der Ostkirchen und ihrer Theologie bei uns. Sollte sich heute das Paradoxon ereignen, dass auch die katholische Kirche sich fast zur bloßen Wortkirche (gemeint ist die protestantische) entwickelt, gerade in der Epoche, in der es so aussieht, als ob die profane Welt von einer Welt des Buches zu einer Welt der Illustrierten, des Films und des Fernsehens wird?“ Der Reichtum, den die ostkirchliche Spiritualität uns bietet, könnte diese Gefahr verhindern.

Zur Seelsorge unter ukrainischen griechisch-katholischen Aussiedlern in Deutschland

Die Seelsorge unter den ukrainischen Emigranten in Deutschland ist ein wichtiges Thema, das nicht nur die hier tätigen ukrainischen Geistlichen betrifft, sondern einen jeden Christen in Deutschland. Die hier beschriebene Situation und Problematik entspricht meinen rein privaten Erfahrungen, die ich während meines Aufenthalts in Deutschland gesammelt habe. Erwähnen möchte ich noch, dass ich bis jetzt noch nicht direkt in der Seelsorge tätig gewesen bin.

I.

Am Beginn soll ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der ukrainischen Emigration nach Deutschland stehen. Im 20. Jahrhundert gab es vier Emigrationswellen aus der Ukraine, besonders aus Galizien (Westukraine), nach Deutschland. Wieso gerade hierher? Deutschland war nicht so weit von der ukrainischen Heimat entfernt wie z. B. Amerika oder Australien. Auch war die deutsche Sprache den Westukrainern nicht fremd. Mehr als ein Jahrhundert hatte ihre Heimat zum österreichischen Kaiserreich gehört und war von der österreichischen Kultur sehr geprägt worden; wenn man etwa durch Lemberg (Lwiw) geht, lässt sich das sehr gut an der Architektur beobachten.

Die erste Emigrationswelle setzte in den zwanziger Jahren ein, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen suchten viele Menschen Arbeit, zum anderen bewegte der Druck der neuen polnischen Obrigkeit mit dem Ziel, die Ukrainer zu polonisieren, viele Bewohner Galiziens zur Auswanderung nach Deutschland. Die Diskriminierung war überall zu spüren, im Parlament, in der Kirche und in der Schule; sie führte oft sogar

Der Autor ist Priester der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche.

zu offenen Auseinandersetzungen zwischen Polen und Ukrainern. Viele junge Menschen, auch viele Studenten, sind damals in den Westen gezogen.

Im Jahr 1930 begann eine zweite Welle der Auswanderung aus der Ukraine nach Deutschland, diesmal aus dem sowjetischen Teil des Landes wegen der dort herrschenden großen Hungersnot, eine Folge der Zwangskollektivierung durch die sowjetische Regierung. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten in Deutschland ca. 50.000 Ukrainer.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte eine dritte Welle ein. Viele Ukrainer kamen während des Krieges oder unmittelbar danach in den Westen, insgesamt ca. zwei Millionen. So ließen sich allein in Augsburg und dessen Umgebung ca. 30.000 Ukrainer nieder. Diese im zerstörten Deutschland lebenden Ukrainer wurden zwar von der kommunistischen Regierung aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren, doch erwartete sie, falls sie zurückkehrten, in der Sowjetunion ein hartes Schicksal: Sie wurden als Verräter betrachtet und in Zwangsarbeitslager deportiert. Die Fluchtwelle führte daher viele weit über Europa hinaus; dennoch blieben letztlich ca. 80.000 in Deutschland.

Die vierte und bisher letzte Welle setzte mit der Wende in den neunziger Jahren ein; man kann sie auch als „postsowjetische Welle“ bezeichnen. Damals kamen Aussiedler aus der ganzen ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland, darunter auch viele Ukrainer. Verursacht wurde diese Emigration vor allem durch die schlechte wirtschaftliche Situation in der Heimat.

II.

Wie schon erwähnt, stammten viele Emigranten aus der Westukraine, die überwiegend griechisch-katholisch waren. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1927 vom ukrainischen griechisch-katholischen Metropoliten Andrej Sheptytskyj ein Seelsorgedekanat in Berlin errichtet. Der erste Seelsorger, der in dieser Zeit nach Deutschland kam und später diese Seelsorgeeinheit leitete, war der Priester Petro Werhun. 1940 wurde er zum Apostolischen Administrator ernannt und wirkte bis zu seiner Verhaftung 1945 durch die Rote Armee als Oberhirte der ukrainischen griechisch-katholischen Gläubigen in Deutschland. Unter seiner Leitung waren ca. 10 Priester in Deutschland tätig. Nachfolger von Werhun wa-

ren der Priester Mykola Wojakowskyj und der Erzbischof Iwan Buczko mit seinem Stellvertreter Prälat Petro Holynskyj.

Ein weiteres wichtiges Datum in der Geschichte der ukrainischen Kirche in Deutschland ist der 17. April 1959. An diesem Tag errichtete Papst Johannes XXIII. eine Apostolische Exarchie für die in Deutschland lebenden ukrainischen griechisch-katholischen Gläubigen. Zum ersten Exarch wurde der aus der ukrainischen Diaspora in Amerika stammende Priester Platon Kornyljak ernannt.

Mit der Einrichtung der Exarchie hat die ukrainische Seelsorge in Deutschland eine neue Gestalt erhalten und wurde zu einer strukturierten Einrichtung mit eigenen Rechten und gezielten Aufgaben. Der Apostolische Exarch gehört bis heute als beratendes Mitglied zur deutschen Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche. Sein Sitz ist in München, wo sich auch die Kathedrale befindet. Seit 1983 ist er zusätzlich für die ukrainischen Gläubigen in den skandinavischen Ländern zuständig. Der heutige Exarch Bischof Petro Kryk wurde nach dem Tod vom Bischof Kornyljak im Jahre 2000 ernannt.

Heute sind in der Exarchie ca. 20 Priester tätig. Jeder Geistliche betreut 3-4 Gemeinden, die sehr oft über 100 km von einander entfernt sind. Das Seelsorgenetz ist bundesweit verbreitet, sodass es praktisch in jedem Bundesland mehrere Seelsorgezentren gibt. Die Exarchie ist in Dekanate gegliedert. Manche Gemeinden besitzen eigene Kirchen, andere genießen die Gastfreundschaft deutscher Katholiken und feiern ihre Gottesdienste in römisch-katholischen Gotteshäusern. In jeder größeren Gemeinde befindet sich eine Samstags-/Sonntagsschule für die ukrainischen Kinder, die der Katechese, aber auch dem Erlernen der ukrainischen Sprache dienen. Unter Jugendlichen ist die ukrainische Pfadfinderbewegung sehr beliebt; die Erwachsenen sind in vielen Vereinen organisiert, die der Pflege des nationalen Brauchtums dienen.

Zentrum der Exarchie ist München, der Sitz des ukrainischen Bischofs. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg lebten in der Stadt und in ihrer Umgebung viele Ukrainer. Es entstanden zahlreiche Vereine, und auch für ukrainische national eingestellte Politiker und Vertreter der Exilintelligenz war München ein wichtiges Zentrum. Bis heute besteht in der bayerischen Metropole die Ukrainische Freie Universität; hier wird auch die kirchliche Zeitung „Christliche Stimme“ herausgegeben. Die ukrainische griechisch-katholische Seelsorge in Deutschland hat also eine lange Tradition. Die Pfarreien gelten nicht nur als geistliche und kulturelle Zentren, sondern auch als ein zweites Zuhause, als ein Stück Heimat.

III.

Mit der Wende kam es zu einer Änderung in der ukrainischen Seelsorge. Wie schon erwähnt, verließen viele Sowjetbürger ihre Heimat, ein großer Teil ging nach Deutschland. Die postsowjetischen Emigranten sind Menschen ganz verschiedener Herkunft: Geschäftsleute, Wissenschaftler, Studenten und einfache Arbeiter. Für den Weggang gab es viele Motive. Einige Sowjetbürger wanderten wegen ihrer jüdischen oder deutschen Abstammung aus, weil sie in der alten Heimat Repressalien fürchteten. Andere sind auf der Suche nach Arbeit in Deutschland gelandet. Wieder andere haben hier eine Familie gegründet. Viele wurden als qualifizierte Wissenschaftler von Deutschland angeworben. Ein großer Teil ist zum Studium nach Deutschland gekommen. Heute haben es die ukrainischen Seelsorger überwiegend mit solchen Menschen zu tun, denn die Emigranten der früheren Auswanderungswellen leben nicht mehr, ihre Kinder sind meist assimiliert und die ukrainische Kultur und Kirche sind ihnen sehr oft fremd.

Die Aussiedler der letzten Welle unterscheiden sich erheblich von den früheren Emigranten. Sie standen nicht unter dem Druck, ihre Heimat zu verlassen, sondern konnten ihre Entscheidung auszureisen frei treffen. Ein Teil von ihnen sind praktizierende Christen, die sich sehr schnell in den Gemeinden einleben und am kirchlichen Leben teilnehmen. Andere haben jedoch früher keinen Bezug zu Kirche und Religion gehabt. Vielen von ihnen fällt es schwer, sich mit Deutschland zu identifizieren, auch wenn sie deutsche Personalausweise besitzen. Ebenso haben sie Probleme, sich als Ukrainer zu bezeichnen, weil sie dazu nicht erzogen worden sind. Die Aufgabe der Geistlichen besteht dann nicht nur darin, christliche Werte zu vermitteln, sondern auch darin, den Menschen bei der Suche nach ihrer Identität und ihrem Weg zur Integration in die deutsche Gesellschaft zu helfen.

IV.

Die Arbeit in Deutschland tätiger Seelsorger ist nicht immer einfach und hat eine eigene Spezifik. Die ukrainischen Gemeinden sind nicht groß genug, um einem Priester eine oder zwei in der Nähe liegende Gemeinden zur Betreuung zu bieten. Deswegen sind fast alle Geistlichen viel unterwegs. Sie bewältigen täglich hunderte Kilometer, was natürlich sehr viel Zeit und Kraft kostet.

Eine wichtige Rolle spielt in der Seelsorge die Präsenz des Seelsorgers vor Ort. Wenn der Priester vor Ort ist und regelmäßig zu gleichen Zeiten die Gottesdienste feiert, wächst und entwickelt sich die Gemeinde schneller. Leider werden jedoch in manchen Gemeinden die Gottesdienste nur in größeren Abständen gefeiert.

Noch ein wichtiger Punkt in der Seelsorge ist die Finanzierung. Wenn die finanzielle Seite des Priesters gesichert ist, kann er sich gezielt auf die Seelsorge konzentrieren. In dieser Hinsicht verdankt die ukrainische Exarchie der katholischen Kirche in Deutschland sehr viel.

V.

Eine unabdingbare Eigenschaft des Lebens im Ausland ist die Assimilation. Ob man es will oder nicht, werden die Nachkommen in der ersten, zweiten oder dritten Generation assimiliert. Meiner Meinung nach sollten die Seelsorger dafür sorgen, dass die Gottesdienste auch auf Deutsch gefeiert werden. Solche Reformen dürfen allerdings nicht überstürzt eingeführt werden. Man sollte aber die Gottesdienste für die deutschsprachige Bevölkerung zugänglich machen. Ein Beispiel dafür sind die griechisch-katholischen Bistümer in den USA und Kanada, die schon seit langem die Feier der Gottesdienste parallel auf Ukrainisch und Englisch praktizieren. Das bedeutet nicht, dass man auf den nationalen Aspekt verzichten muss. Sogar die konservativen Orthodoxen in Amerika verwenden Englisch als liturgische Sprache.

Ich habe die persönliche Erfahrung gemacht, dass sich die deutschen Christen sehr für die Gottesdienste im byzantinischen Ritus interessieren und gerne daran teilnehmen. Eine byzantinisch-katholische deutschsprachige Seelsorgeeinheit wäre eine Bereicherung für die römisch-katholischen Gläubigen in Deutschland.

Zwischen geistlichen Heimaten

Mein Leben in Deutschland als orthodoxe Christin

Erste Woche: Ich soll über mein Leben als orthodoxe Christin in Deutschland schreiben. Ein einfaches Thema, meinte ich zuerst. Und eine Ablenkung von diesen Fußnoten in meiner Dissertation. Toll, mal wieder etwas anderes zu schreiben. Irgendetwas fällt mir schon ein ... Ich bin hier geboren, aber in Serbien aufgewachsen. Habe Theologie studiert, orthodoxe und evangelische. Kann doch spannend sein.

Zweite Woche: Erste Zweifel. In Ich-Form habe ich noch nie geschrieben. Nur als Teenie in meinem Tagebuch, schon lange her.

Ein Tag später: Ich bin orthodoxe Christin und Theologin. Eine von etwa zwei Millionen Orthodoxen in Deutschland. Was soll da so besonderes dran sein? Exotisch ist es bestimmt nicht.

Dritte Woche: Analytisch vorgehen. Nur keine Panik. Worin unterscheide ich mich? Was ist in meinem Leben als Christin hier in Deutschland anders als in Serbien?

- *Fasten:* Die Orthodoxen fasten streng. Während der Fastenzeit isst man keine tierischen Produkte, also auch keine Milch, keinen Käse, keine Eier. Aber ich war noch nie besonders diszipliniert im Fasten. In Serbien war ich ständig „blank“ und musste häufig „Zwangsfasten“, weil ich kein Geld für Fleisch und Delikatessen ausgeben konnte. Und hier kann ich dem Geruch von frisch gebratenen Nürnberger Würstchen und heißem Glühwein auf dem Christkindlmarkt einfach nicht widerstehen. Die Glühweinsaison fängt in meinem Wohnheim bereits im Oktober an und dauert bis Februar. Ist eine Tradition geworden. Schlechte Voraussetzungen fürs Fasten.
- *Ikonen:* Ich bin Ikonenmalerin. Dies ist ein Nachteil, denn ich habe keine eigenen Ikonen, weil ich sie an meine Freunde verschenke. Eine Christus-Ikone aus dem Sinai-Kloster für die Hochzeit von

Irena Pavlović, serbisch-orthodoxe Christin, ist Doktorandin an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Erlangen.

Susanne (eine ökumenische Trauung), die Auferstehung Christi für die Hochzeit von Simon (eine evangelische Trauung). Die anderen stehen bereits auf der Warteliste. In den nächsten paar Jahren werde ich bestimmt immer noch keine eigene Ikone haben, es gibt zu viele Anlässe, meine Werke zu verschenken.

- *Unisone Musik*: Ich kann nicht singen. Als ich die Kirchenmusikprüfung ablegen musste, haben mir meine Schwestern Kopfhörer besorgt und mich aus der Wohnung in den Park geschickt: „Nur nicht singen! Und nicht vor uns!“, sagten sie empört über mein musikalisches Talent. In Serbien hörte ich „Rage against the Machine“, aus verständlicher Wut gegen das System. Hier wechselte ich zu „weicheeren“ Rhythmen. Inzwischen bin ich Fan von den „Ärzten“ geworden.
- *Kirche*: Die nächste Kirche ist in Nürnberg. Ich gehe dort in die russische Kirche. Böse Blicke, weil ich kein Kopftuch oder langes Kleid trage und irgendwie nicht in deren Bild einer „braven Gläubigen“ passe, allein auf Grund meines Äußeren. Solche Kritik schlicht zu ignorieren, habe ich bereits in Serbien gelernt. „Lippenstift in der Kirche?“, sagen ständig entsetzte Omas. „Lipfinity, geht nicht mehr weg“, antworte ich triumphierend. – Nach fünf Jahren Studium ist die evangelische Kirche meine zweite geistliche Heimat geworden. Ich gehe in beiden Kirchen.
- *Gender*: Mein erster Gottesdienst in der evangelischen Kirche, Erntedankfest. Eine Pfarrerin hat ihn gehalten. Mein Deutsch war nicht so gut, und ich habe nicht viel verstanden. Dies war anders, ist aber eher ein kultureller „Schock“ für mich gewesen. Nach fünf Jahren in Deutschland ist der Frauenklerus ein Teil meines Alltags. Meine beste Freundin in Deutschland, Martina, wird evangelische Pfarrerin. Zuerst haben wir davon geschwärmt, dass sie auf meiner Hochzeit die Trauung vornehmen wird. Jetzt haben wir vereinbart, dass sie das Amt der Trauzeugin übernimmt. Die Betreuerin meiner Dissertation ist Kandidatin für ein Bischofsamt.
- *Kommunion*: Martina, Susanne und Maja, meine (evangelischen) Freundinnen, können in meiner Kirche nicht an der Kommunion teilnehmen. Eine Einladung an alle gläubigen Christen haben wir nicht. Das ist mein größter ökumenischer Schmerz.

Vierte Woche: Der Abgabetermin nähert sich. Und ich habe nichts gefunden, worin ich mich von meinen Freunden (aller Konfessionen) unterscheide. Was ist dieser Unterschied? „Bin ich anders?“, frage ich

meinen (katholischen) Freund. Er nimmt mich in den Arm und küsst mich. Das ist auch nicht anders.

Szenenwechsel: Ich frage eine andere Orthodoxe in meinem Wohnheim. Anahit (orientalisch-orthodox): „Du kannst über unterschiedliche orthodoxe Kirchen schreiben.“ „Aber es soll kein wissenschaftlicher Aufsatz sein“, antworte ich. „Oh, dann weiß ich auch nicht – schwierig. Ich bemerke keine Unterschiede in meinem Alltag“, zuckt sie ratlos mit den Schultern.

Ich frage meine Mutter: „Mama, du wohnst ja hier schon über 40 Jahre. Was ist bei dir als orthodoxe Christin anders?“ „Das fragt mich hier keiner. Die meisten fragen mich lediglich, woher ich komme. Und ich sage immer, dass ich aus einem kleinen montenegrinischen Dorf komme. Aber meine Heimat ist dort, wo ich bin“, sagt sie. „In der Firma gratulieren mir die Mitarbeiter zu Ostern und zu Weihnachten. Klar nicht an dem Tag, an dem es eigentlich bei uns gefeiert wird. Aber woher sollen die denn wissen, wann unsere Feiertage sind. Hauptsache, wir gratulieren uns gegenseitig zu den Feiertagen“, erzählt sie weiter. Sie lacht: „Weihnachts- und Osterschmuck bekomme ich immer zu Schnäppchenpreisen. Denn unsere Feiertage kommen immer etwas später.“ „Papapa, was ist bei dir anders?“, frage ich weiter. „Ich zahle keine Kirchensteuer“, antwortet er.

Zweifel: Soll ich dieses Thema aufgeben? Einfach ehrlich sagen, dass es nichts Besonderes in meinen Leben als orthodoxe Christin in Deutschland gibt. Hier fragt keiner nach der Konfession und es ist doch letztendlich ganz egal.

Zurück zum Thema: Orthodox und in Deutschland. Eigentlich bin ich durch Deutschland (orthodoxe) Christin geworden. Ich bin in Deutschland, in Bayern geboren. Wenn meine Eltern bei der Arbeit waren, hat auf mich „die Oma“ aufgepasst. Sie hieß Anna Tatzel, und ich nannte sie meine Oma. Welche Konfession sie hatte, weiß ich nicht. Sie hat mir Deutsch beigebracht. Und durch sie hatte ich meine erste Begegnung mit dem Christentum. Sie las mir die biblischen Geschichten vor und betete mit mir, bevor ich einschlief. Ich erinnere mich an das Vaterunser. Und ich fühlte mich sicher. Meine Eltern hatten mir nie Geschichten erzählt. Sie hatten keine Zeit dafür. Die „Tante“ (Zeugin Jehovas), die nach Omas Tod auf mich aufpasste, hat mir bunte Bücher mit Bibelgeschichten und Puzzles mit biblischen Motiven geschenkt. Meine Eltern kauften keine Kinderbücher. Die Familie war zu groß, und sie mussten sich auch um die Familie in Exjugoslawien kümmern.

Ortswechsel: Durch das ganze Schulsystem in Serbien habe ich nichts von der Kirche gehört oder gelernt, es sei denn, dass Kirche etwas Finsteres und Mittelalterliches ist. Vor den wenigen Priestern auf der Straße haben wir uns als Kinder versteckt und fest an den Knöpfen gehalten, denn Priester bringen Unglück, so der kommunistische Aberglaube.

Erst mit 16 Jahre hatte ich erste Kontakte mit der Orthodoxie. Ich wurde zwar als Kind getauft, aber meine Eltern taten das wegen der Kirchensteuer. Mein bester Freund aus der Grundschule hat sich im Priesterseminar eingeschrieben. Das war damals ein Skandal. Durch ihn habe ich die Orthodoxie kennen gelernt – und dass „wir“ das Vaterunser auch haben. Später wurde das Christentum für mich der einzige Fluchtweg aus dem damals großen Gefängnis: Serbien.

Fünfte Woche: Ein wichtiger Unterschied: Vielfalt. An der evangelischen Fakultät gibt es auch reformierte, evangelikale und orthodoxe Studenten. Zusätzlich gab es unterschiedliche konfessionsspezifische Lehrstühle. So habe ich am reformierten Lehrstuhl vor fünf Jahren voller Enthusiasmus über Schleiermacher gelernt. Genauer gesagt versucht zu lernen. Weil mein Deutsch damals schlecht war, kapitulierte ich vor seinem „Eineinhalb-Seiten-Sätzen“. In der Zwischenzeit ist mein Deutsch viel besser. Ich lerne hier viel, denn die Wissensressourcen sind immens. Hier bin ich mündige Christin geworden.

Ein weiterer Unterschied: Demokratie. Hier stehe ich als Christin nicht unter dem Verdacht, „kleronationalistisch, finster“ usw. zu sein. Hier sind die Christen die „überzeugtesten Verteidiger der Demokratie“ (Wolfgang Huber). In Serbien fehlt es an politischer Bildung. Hier ist die Kirche in der Öffentlichkeit. In Serbien wird jede öffentliche Tätigkeit der Kirche als „Klerikalisierung der Gesellschaft“ gebrandmarkt. Hier ist pluralistische Demokratie. In Serbien lebt eine polarisierte Gesellschaft in ständigem „Todeskampf“ mit erdachten Feinden.

Hier ist für mich die volle Freiheit eines Christenmenschen möglich. Aber das hängt von der politischen Ordnung und der politischen Kultur einer Gesellschaft und nicht von der Konfession ab (Robert Kagan).

Sechste Woche: Krisensitzung des „Frauenrates“. Zum ersten Mal wurde die Krisensitzung nicht wegen Jungs und Beziehungsleiden einberufen. Aber die üblichen Hilfsmittel (Wein, Knabberzeug) sind vorbereitet. „Worin unterscheide ich mich als orthodoxe Christin?“, frage ich verzweifelt meine Freundinnen. „Strenges Fasten, Weihrauch und Herzensgebet – das ist typisch orthodox. Schreib doch etwas darüber“, sagt Martina (evangelische Theologin), schaut mich an und beginnt zu lachen,

denn diese Stereotypen über Orthodoxe kann sie wenig mit mir verbinden. „Ikonen kannst du malen, das unterscheidet dich praktisch von uns“, ergänzt sie. „Kannst doch schreiben, wie du an Weihnachten bei uns warst. Mit vollem Programm: Abendessen, Geschenke, Kirche, meine Familie“, sagt Susanne (Juristin). „Oder darüber, wie wir trotz der konfessionellen Unterschiede ein gemeinsames soziales Leben haben. Wir heiraten einander sogar“, lächelt sie und denkt an ihren Mann Tobias (katholisch). „Aber was haben wir getan, um die Orthodoxie kennen zu lernen? Wir Deutsche interessieren uns für andere Länder und Kulturen nur als Urlaubsziele. Ah ja, auch für das Essen“, sagt sie etwas resigniert. „Das stimmt aber nicht, ich ‚musste‘ diese Balkanseminare besuchen und eine Hausarbeit über Religionsgemeinschaften im früheren Jugoslawien schreiben“, erwidert Martina. „Es war sehr *dobro* [gut]“, sagt sie auf Serbisch und fährt stolz fort: „Und ich habe an einer Konferenz über die Kirche in Serbien teilgenommen.“ „Wir feiern doch immer zweimal die Feiertage: zweimal Weihnachten, zweimal Silvester, zweimal Ostern, darüber kannst du schreiben“, sagt Maja (aus Kasachstan, evangelisch). „In Ordnung, Girls, ich sehe keine Unterschiede, wir haben die ökumenische Frage hier längst gelöst“, lächelt Susanne und stößt an.

Eine östliche Sicht auf westliche Traditionen

Geht es um die persönliche Beziehung zur Kirche, so muss nicht zuletzt die menschliche Identität, die diesem Verhältnis zugrunde liegt, erwähnt werden, ist sie doch eine der komplexesten Fragen, die die menschliche Persönlichkeit tief berühren. Jede Persönlichkeit, die in ihrem Leben von der kirchlichen Identität geprägt ist, trägt diese Leitgedanken unweigerlich, wo auch immer sie sich befindet, mit und in sich.

Die eine einheitliche orthodoxe Ökumene und bestimmte Eigenarten der orthodoxen Welt und der orthodoxen Traditionen bilden für mich als Diplomtheologen die Grundfesten meiner Charakterausrichtung und meines menschlichen Handelns.

Unmittelbar nach meiner Ankunft in Deutschland, wohin ich gekommen bin, um die deutsche Sprache zu erlernen, kann ich mit Bestimmtheit den gesamten direkt erlebten und praktizierten Unterschied und die Eigenart der westlichen Welt und ihres Einflusses bekräftigen. Die erste erwähnenswerte Eigenschaft ist das Fehlen all dessen, was zuvor in jeder Hinsicht sowohl materiell als auch geistig eigen oder heimisch war. Dies verschwindet nunmehr, jedoch nur hinsichtlich der geografischen Entfernung, da es immer tief in der Seele verankert ist, und alle Äußerlichkeiten können diese Tatsache nicht ändern. Zunächst ist jeder einzelne Moment erfüllt mit aufregenden Gedankengängen, dann kommt der Gedanke an die Heimat, die Rolle der eigenen Kirche und ihre Schutzfunktion auf. Gleichgültig, wo wir uns befinden oder wie weit wir von ihr entfernt sind, sind wir doch immer nahe bei ihr, denn wir tragen sie als Bestandteil unseres Wesens in und mit uns.

Darko Anev (geb. 1983) stammt aus Makedonien, besuchte in Skopje die Oberschule, anschließend das Orthodoxe Theologische Kolleg „St. Clemens von Ohrid“ (Abschluss 2007) und ist zur Zeit Stipendiat des Ostkirchlichen Instituts Regensburg (www.oki-regensburg.de). Seit über 40 Jahren kommen im Ostkirchlichen Institut Studenten aus den Ländern ostkirchlicher und altorientalischer Tradition zusammen, um in lebendigen Kontakt mit der katholischen Kirche zu treten. So sind zahlreiche Brücken zwischen den östlichen Kirchen und dem Westen entstanden.

In diesen Momenten, bei solch vertieften Überlegungen, stellt sich die Frage nach der Rolle der eigenen Kirche in dieser Welt und ob diese Welt überhaupt schon davon gehört hat, dass irgendwo nicht weit von hier eine Makedonische Orthodoxe Kirche (MOK) besteht. Besonders bedeutend ist jedoch die Tatsache, dass sich jeder Theologe aus Makedonien – darin bin ich mir sicher – diese Frage stellen würde und sicherlich nicht auf Anhieb eine Antwort auf diese für alle anderen Menschen um uns herum bedeutungslose Frage finden könnte.

Die Frage, die ich mir unaufhörlich selbst stelle, ist folgende: Was bedeutet meine Kirche zunächst einmal für mich innerhalb dieser neuen Umgebung, in der ich jetzt lebe? Das ist eine komplexe Frage, die einer ausführlichen Erläuterung bedarf, da die westliche Welt sich von meinen kirchlichen Traditionen vollkommen unterscheidet und in Gegensatz zu meinem orthodoxen Leben steht. Für die ganze Zeit meines Aufenthalts in dieser westlichen katholischen Ökumene muss ich erwähnen, dass ich an jedem katholischen Feiertag an fast allen abgehaltenen Messen in den außergewöhnlich großen Kathedralen, die durch ihre imposante Erscheinung und ihre Bauweise faszinieren, teilgenommen habe. Meine erste Erfahrung während dieser Gebetsbesuche war für mich etwas, das tief in mir eine Unmenge an Fragen aufwarf, die zuvor lediglich Gegenstand von Überlegungen waren, doch jetzt mit einem Mal beantwortet und detailliert geklärt waren, denn es ist *eine* Sache, über das kirchliche Leben in Deutschland zu lesen, und eine *andere*, direkt daran teilzunehmen. Ich kann bestätigen, dass sehr viele Dinge für mich völlig neu waren, doch auf der anderen Seite war ich gleichzeitig erfüllt von einer unbeschreiblichen Freude, da ich an etwas teilnahm, was ich früher lediglich entweder als Teil meiner Überlegungen und als Teil eines schwer verständlich geschriebenen Geschichtsbuches kannte.

Meine Kirche, die MOK, ist weder sonderlich groß noch besonders einflussreich in ihrem Teil der christlichen Ökumene, was damit zusammenhängt, dass das Land Makedonien im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zum einen viel zu klein und wirtschaftlich nicht besonders stark ist und zum anderen die historische und politische Entwicklung wegen vieler historischer Streitfragen nicht gradlinig verlaufen ist.

Als Student bin ich sowohl der römisch-katholischen Kirche, die mein Studium fördert, als auch zugleich meiner Heimatkirche, die mir eine höhere theologische Ausbildung ermöglicht hat, zu großem Dank verpflichtet. Der Traum eines jeden Studenten aus der östlichen ortho-

doxen Ökumene ist es, seine Studien an einer europäischen Universität fortzusetzen. Genau auf diesem Erfahrungsweg befinde ich mich jetzt. Am Anfang waren allzu viele neue Erfahrungen in einer neuen Umgebung eine der Schwierigkeiten, die gleichzeitig eine Herausforderung für mich darstellten. Später waren dann sehr viele Erfahrungen verinnerlicht, was vielleicht ungewöhnlich scheint, doch wie immer gibt es auch hier ein „Aber“. Ich wollte zu viele Dinge sagen und erklären, doch leider hat die unzureichende Kenntnis der deutschen Sprache in mir lediglich eine innere Unruhe hervorgerufen.

Meinen ersten Kontakt mit der orthodoxen Welt in Deutschland hatte ich mit der serbischen Kirchengemeinde in Regensburg, wohl wissend, dass dies etwas anderes ist, wozu ich selbst nicht gehöre. Aber eine andere Eigenschaft ist meine Kenntnis der serbischen Sprache, einer Sprache, die sich nicht allzu sehr von der makedonischen Sprache unterscheidet. Eine weitere Besonderheit war zudem das Gefühl, das mich beschlich, da die MOK in nicht besonders guten Beziehungen mit der Serbischen Orthodoxen Kirche steht. Doch ich wurde von der gesamten Kirchengemeinde überwiegend gut aufgenommen. Genau dies war eine außergewöhnliche Freude für mich, da ich an diesem Ort am Gottesdienst teilnehmen konnte, wo mir alles bekannt war und auch ich mich als Teil dieser Kirchengemeinde fühlte.

2008 hatte ich dann die Möglichkeit, zum Katholikentag nach Osnabrück zu fahren. Die gesamte Veranstaltung, Organisation und insgesamt alle Eigenarten der westlichen Welt führten zu einer Erfahrung, die im Ganzen nicht zu beschreiben ist. Das Miteinander an einem einzigen Ort mit so vielen Gläubigen war ebenso bedeutsam für mich wie die unter freiem Himmel gehaltene Messe, bei der alle Teilnehmer an der Kommunion teilnahmen. Diesen Gesamteindruck und die Prozession trage ich noch immer in mir. Denn es ist faszinierend, so viele Menschen an einem einzigen Ort versammelt zu sehen, die von einem einzigen Ort so viele Gebete an Gott Jesus Christus richten; in einem Augenblick kann der Mensch fühlen, dass er, auch wenn er aus einer anderen Umgebung mit dem Gefühl eines Fremden kommt, doch überhaupt nicht anders ist als all diese Menschen, die an diesem Ort versammelt sind, denn das Gefühl, ein Christ zu sein, kann durch nichts anderes ersetzt werden oder verloren gehen, gleich wo man sich gerade befindet.

Mein Ziel und mein Kommen nach Deutschland zum Zwecke des Studiums sind eng verbunden mit diesen Erfahrungen und der gleichzeitig gegebenen Möglichkeit, meine Studien hier im westlichen Kultur-

kreis fortzusetzen, der durch seine Systematik hervorsticht. Besonders muss ich die theologischen Abhandlungen erwähnen, zumindest den Teil, den ich lesen und studieren konnte, wenn sie in meine Muttersprache übersetzt sind. Jeder vergangene Tag, den ich damit verbracht habe, über meine Erfahrung nachzudenken, vergrößerte den Wunsch, meine Magisterarbeit bei einem römisch-katholischen Dozenten der Theologie zu schreiben, was jedoch auch eine Menge Fleiß erfordert. Besonders wichtig ist außerdem die Tatsache, dass das Aneignen der westlichen Lebensart im Laufe der Zeit zum Bestandteil unseres Alltags wird.

Als weitere Besonderheit müssen die Feiertage erwähnt werden, die in meinem Land geehrt und gefeiert werden, die hier jedoch manchmal aufgrund der Umstände nicht in vollem Umfang nacherlebt werden können. Dennoch können sie auch hier mehr oder weniger begangen werden, jedoch nicht mit all der würdevollen Feierlichkeit, die ihnen in unserem Land gewidmet wird, was für die Eigenart der orthodoxen Lebensweise in einem orthodoxen geprägten Land bezeichnend ist.

Eine andere besondere Erfahrung ist die Frage nach meiner Glaubensrichtung, die mir vor nicht allzu langer Zeit von einem gebürtigen Deutschen gestellt wurde. Logischerweise war die Antwort „rechtgläubig“, orthodox – doch plötzlich folgte auf meine Antwort eine Unmenge an weiteren Fragen, welche Eigenarten die Orthodoxie habe und was das Wesentliche für einen orthodoxen Menschen sei. Ich war außerordentlich zufrieden, da mir besonders wichtig war zu erklären, was ich bin, wie ich erzogen worden bin, welche Güter ich in mir trage und wie die orthodoxen Menschen in der gesamten orthodoxen Ökumene sein sollten. Alle meine Erklärungen wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, die letzten Worte meines Gesprächspartners lauteten: Also gibt es dann keine großen Unterschiede, die Unterschiede bestehen nur in der Tradition, in der du aufgewachsen bist, und den Umständen, in denen ich gelebt habe, was natürlich in jeder Hinsicht zutrifft.

Auf den ersten Blick ist mein ganzes Leben hier in Deutschland vielleicht etwas verworren, logischerweise deshalb, weil ich hier in diesem Teil der Welt völlig alleine, ohne Bekannte oder Familienangehörige, dennoch selbstverständlich immer mit Gott in mir bin. Dies ist, wie ich festgestellt habe, die Eigenart eines jeden Studenten, der aus einer anderen, ganz gleich ob aus der christlichen oder einer völlig anderen Sphäre kommt. Diese Erfahrung bezahlt man tagtäglich mit großer Geduld und viel Fleiß. Der gesamte Alltag bildet ein langes geduldiges arbeitsames Handeln, das immer ein hohes Endziel hat. Bei dieser Zielsetzung muss

man vor allem edelmütig und in erster Linie denen gegenüber dankbar sein, die es uns ermöglicht haben, uns hier weiterzubilden, und darüber hinaus denen gegenüber, die von uns erwarten, dass wir vor allem Christen, gute und rechtschaffene Menschen sind, ohne Unterschied, ob wir in einem modernen europäischen westlichen Land oder bei uns in unserem Heimatland sind.

Jedoch dürfen wir niemals vergessen, was wir sind, wer wir sind und wo wir sind. Immerhin ist dieser Unterschied durch Gottes Segen gegeben, der gehütet, gepflegt und von Generation zu Generation weitergegeben wird und zugleich bereichert werden soll mit unserer Lebenserfahrung, die sowohl für den einzelnen als auch für eine gesamte Generation besonders wichtig ist. Und immer und bei jedem Schritt dürfen wir nicht vergessen, dass wir uns durch Gottes Willen und mit Gottes Segen auf diesem Weg befinden.

Aus dem Makedonischen übersetzt von Elizabeta Bogdanovska.

Orthodoxe und katholische Identität im Dialog

Der Geist, der von früher Kindheit an tief in die Seele fast eines jeden orthodoxen Serben eingepflanzt wurde, ist ein völlig anderer als der, den man im modernen Europa vorfindet. Das christliche Westeuropa hat über Jahrhunderte hinweg eine völlig andere Kultur als der Osten ausgebildet. Allein schon die geringere Anzahl von Kriegen bildete die ideale Grundlage für die Entwicklung des modernen West- und Mitteleuropa. Hingegen haben die östlichen, orthodoxen europäischen Länder, insbesondere auf dem Balkan, über Jahrhunderte für ihre Unabhängigkeit gekämpft, während sich das westliche Europa vielfältig entwickeln konnte. Gerade dieses schöne Bild des hoch entwickelten Westeuropa ist der Traum so ziemlich jedes jungen Menschen, um im Westen eine Zeit lang zu verweilen, vor allem für Studierende aus den weniger entwickelten osteuropäischen Ländern. Fremde Kulturen, Bräuche und Traditionen kennen lernen, das in der Heimat abgeschlossene Studium auf weltbekannten Universitäten des modernen Westeuropa fortsetzen – das sind große Herausforderungen für die Heranwachsenden. Die Konfrontation mit einem völlig anderen Lebensrhythmus, mit gänzlich anderen Mentalitäten und einer neuen Umgebung kann einem jungen Menschen aus nicht so entwickelten östlichen Ländern sehr viel bedeuten, nicht zuletzt für eine Laufbahn als Wissenschaftler.

Mir als aktivem Mitglied und Studenten der orthodoxen Kirche bedeutet die Kirche hier wie zuvor schon in der Heimat sehr viel. Ich danke ihr sogar meinen Aufenthalt in Deutschland. Mein Fall ist kein Einzelfall; vielen Studierenden, insbesondere Studenten der theologischen Fakultät der Serbischen Orthodoxen Kirche, aber auch vielen anderen aktiven Mitgliedern ist sie so unzählige Male entgegengekommen, Leuten, die das Interesse haben, an den bekanntesten europäischen Universitäten zu studieren. Für viele unter ihnen ist ein Leben ohne die

Aleksandar Marković (geb. 1987) stammt aus Novi Sad in Serbien, hat an der Theologischen Fakultät der Universität Belgrad studiert und ist zur Zeit ebenso wie Darko Anev Stipendiat des Ostkirchlichen Instituts Regensburg.

orthodoxe Kirche undenkbar, weder in der Heimat noch im Ausland. Die orthodoxe Kirche in Deutschland erfüllt nicht nur einen geistigen Zweck, sondern verfolgt auch das Ziel, für den Erhalt der Muttersprache, herkömmlicher Traditionen und Bräuche in der Migration zu sorgen. Die orthodoxe Kirche hat es sich zur Pflicht gemacht, die Identität ihrer Landsleute zu bewahren, weshalb es gegenwärtig auch so viele orthodoxe Gläubige nicht nur in Deutschland, sondern weltweit gibt. Gerade deswegen ziehen diese Orte sowohl in Europa als auch in Übersee viele Studierende an, die nützlichen Rat und Unterstützung von ihren Landsleuten erwarten können, die schon zuvor ähnliche Probleme bewältigen mussten. Gerade diese Erkenntnis ist unerlässlich für den jungen Studierenden, der am Anfang seines Auslandsaufenthaltes steht, da sie ihm das Gefühl vermittelt, nicht allein zu sein, weil er dort seinesgleichen finden kann, kulturell und traditionell. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht auch andere Formen der Unterstützung gibt, denn in Deutschland gibt es zahlreiche Organisationen, die sich der Hilfesuchenden annehmen. Dennoch hat der Mensch das Bedürfnis nach dem Eigenen, nach Sicherheit und Vertrauen. Dieses Vertrauen gewinnt man bereits in der Heimat, obschon es nicht die Regel ist, denn viele wenden sich erst hier, in der Diaspora, der Kirche zu. Beherrscht jemand nicht die Landessprache, können Kontakte, wie sie durch die Kirche zustande kommen, wegweisend für die berufliche Laufbahn im Ausland sein. Die Eingewöhnungsphase nimmt dann nicht so viel Zeit in Anspruch, insbesondere auch wegen der wunderbaren Gastfreundschaft, die ein Studierender aus dem Ausland in Deutschland genießt. Durch die selbstlose Unterstützung der Bevölkerung und der Kirchen gelingt es den Studierenden also sehr schnell, selbstständig zu werden.

Für gewöhnlich stellen sich Neuankömmlingen als erste Fragen: Wo will ich hin? Was soll ich machen? Wenn man sich in einer solch wenig beneidenswerten Lage wiederfindet, wenn man neu ist in einer Stadt und niemanden kennt, an den man sich wenden kann, bietet sich als erste Anlaufstelle immer die Kirche an. Gerade diese kann wegweisend sein bei weiteren, viel schwierigeren Fragen, die auf einen zukommen und die man dann selbstständig lösen muss.

In meinem Fall waren es die Kirche und die Stadtverwaltung von Regensburg, die mir zunächst zur Hilfe kamen, als ich mich mit meinen miserablen Deutschkenntnissen an niemand anderen wenden konnte. Gleichwohl hatte ich das Bedürfnis, mich in meiner Muttersprache über die Funktionsweise des Bildungssystems an deutschen Universitäten zu

informieren. Mich zunächst in der Serbischen Orthodoxen Kirche zu informieren, schien mir besonders wichtig, da das deutsche Bildungssystem und auch das Verhältnis der Studierenden und Professoren untereinander ganz anders sind als im östlichen Europa.

Als nächstes stellte sich die Frage nach dem Erwerb der deutschen Sprache. Gleich zu Beginn habe ich begriffen, dass das Deutsche und die slawischen Sprachen sich grundsätzlich voneinander unterscheiden. Deutsch von Grund auf zu lernen ist eine ziemlich komplexe Angelegenheit und erfordert viel Fleiß. Diese Aufgabe erfordert maximale Aufmerksamkeit. Neben den Pflichtlehrveranstaltungen für die deutsche Sprache können ausländische Studierende aber auch an diversen Konferenzen und Seminaren teilnehmen. Gerade bei solchen Veranstaltungen haben Studierende die Gelegenheit, sich Sprachpraxis zu erwerben. Darüber hinaus werden viele andere Seminare veranstaltet, an denen auch orthodoxe Studierende teilnehmen, nicht nur um die deutsche Sprache zu lernen, sondern um sich auch auf anderen Gebieten des Christentums weiterzubilden. Derartige ökumenische Konferenzen sind mehr als nützlich für die daran beteiligten Seiten, schon allein die Kontaktaufnahme und der Erfahrungsaustausch sind ein beiderseitiger Zugewinn. Gleichzeitig werden die orthodoxen Studierenden durch das Erlernen der deutschen Sprache bis ins Detail mit dem römisch-katholischen Gottesdienst vertraut. Dies gilt auch für viele andere Bereiche dieser Kirche, für das Studium an ihren Fakultäten und weitere Aspekte der katholischen Identität. Diese Fragen sind für einen orthodoxen Studierenden von besonderer Relevanz, weil sie in einer anderen und qualitativ besonderen Art und Weise verschiedene Kirchen einander nahe bringen. Sie haben damit auch die Möglichkeit, eine im Vergleich zum östlichen Ritus völlig andere Zugangsweise zum Kern des christlichen Glaubens kennen zu lernen.

In vielerlei Hinsicht ist die tiefere Auseinandersetzung mit katholischen Grundprinzipien auch für Studierende aus orthodoxen Ländern nützlich. Allein der mehrfache Nutzen, den das Beherrschen der deutschen Sprache ausmacht, und die große Vielfalt der dadurch zugänglichen Literatur sind nur zwei der vielen Vorteile, zumal für das Studium der Theologie. Die Literaturbestände und der Forschungsstand sind hier im Vergleich zur Situation auf dem Balkan um einiges umfassender. Nur wenige Titel sind dort übersetzt, genau genommen hat die Serbische Orthodoxe Kirche auch nur sehr wenige Autoren hervorgebracht.

Aus den bisher gemachten Erfahrungen kann ich wohl behaupten,

dass die Studierenden aus der Orthodoxie am Ostkircheninstitut in Regensburg große Gastfreundschaft genießen. Nebst Kost und Logis erhalten sie auch ein beachtliches Stipendium. Die Studierenden sind nur zu den Lehrveranstaltungen und daraus erwachsenden Aufgaben verpflichtet. Die Mitarbeiter dieser Institution haben alles Erdenkliche getan, damit sich die Studierenden orthodoxen Glaubens hier wie zuhause fühlen. Zum Ende des Studiums am Ostkircheninstitut, nach bestandenen Sprachkurs, besteht die Möglichkeit für die Studierenden, sich an bekannten Universitäten in der Bundesrepublik zu immatrikulieren und ihr Studium abzuschließen.

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, dass wir nicht zuletzt den deutschen Stiftungen, die uns die Stipendien ermöglicht haben, und der deutschen Bevölkerung zu Dank verpflichtet sind. Besonderer Dank für das Vertrauen gilt unseren Heimatkirchen, ohne deren Hilfe wir nichts erreicht hätten. Das gleiche gilt für das Vertrauen verschiedener Institute und Universitäten gerade hier im Westen, die uns auf Empfehlung unserer Kirchen aufgenommen haben. Ein hervorragendes langjähriges Beziehungsverhältnis zwischen zwei Kirchen, der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche, haben dazu beigetragen, dass wir heute schon eine beträchtliche Anzahl hoch qualifizierter Professoren an unseren Hochschulen vorweisen können, insbesondere solcher, die im Westen ausgebildet wurden, sowie eine große Anzahl von potenziellen Kandidaten, die sich hierzulande noch in der Ausbildung befinden.

Mein Weg als orthodoxer Christ in Weißrussland

Ziel meines Beitrages ist nicht ein detaillierter Bericht über die Traditionen und gottesdienstlichen Besonderheiten der Weißrussischen Orthodoxen Kirche (WOK), denn das würde eine wissenschaftliche Abhandlung erfordern. Ich möchte den Leser vielmehr mit der Geschichte „meiner“ Kirche bekannt machen, ihm aber auch meine Eindrücke und Überlegungen während meines kurzen Aufenthaltes in Deutschland mitteilen.

Mir scheint, dass bei weitem nicht jeder Deutsche weiß, was die WOK ausmacht. Am 6. Januar 2009 entschloss ich mich beispielsweise, gemeinsam mit meinen Mitstudierenden aus dem Ostkircheninstitut Regensburg nach München zu reisen, um Christi Geburt in einer orthodoxen Gemeinde zu feiern. Der Weg von Regensburg nach München dauert etwas mehr als eine Stunde. Unsere Mitreisenden im Zug waren eine Frau und ein Mädchen, wahrscheinlich ihre Tochter. Unterwegs entspann sich ein kleines Gespräch, im Verlaufe dessen wir erzählten, dass wir nach München unterwegs seien, um Weihnachten zu feiern. Unsere Mitreisende war über diese Information sehr verwundert, weil sie davon ausging, dass Weihnachten längst vorüber sei. Sie wusste nicht, dass vier der 15 orthodoxen Ortskirchen – die russische, die georgische, die serbische und die Jerusalemer Kirche – Christi Geburt nach dem Julianischen Kalender begehen, der um 13 Tage vom Gregorianischen Kalender abweicht.

Was genau ist die WOK? Im Wesentlichen ist die orthodoxe Kirche Weißrusslands ein Teil der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), deren Jurisdiktion sich auf viele Staaten der ehemaligen UdSSR erstreckt. Bis 1989 existierte die weißrussische Kirche nur als Eparchie (Bistum); in diesem Jahr wurden dann ein weißrussisches Exarchat, also eine selbstständige kirchliche Verwaltungsstruktur innerhalb der ROK, und ein Heiliger Synod der WOK ins Leben gerufen, der eine weitgehende

Andrej Mironov (geb. 1976) stammt aus Weißrussland und ist ebenfalls Stipendiat des Ostkirchlichen Instituts Regensburg.

kirchliche Selbstständigkeit erhielt. Vorsteher dieser Kirche ist Metropolit Filaret (mit weltlichem Namen Kyrill Warfolomejewitsch Wachromejew), der sie schon über 30 Jahre lang weise leitet. Metropolit Filaret genießt eine große Autorität in der gesamten christlichen Welt; man kennt ihn als aktiven Verfechter des interreligiösen Dialogs und der friedensstiftenden Mission der Kirche.¹

Nach dem Zerfall der UdSSR wurde Weißrussland zu einem unabhängigen Staat, die Kirche verblieb jedoch im Schoß der ROK. Während der letzten 18 Jahre wurden im Land sowohl viele Kirchen und Klöster gebaut als auch die geistlichen Lehranstalten erneuert, in denen junge Menschen eine kirchliche Bildung erhalten können. Im Jahre 1989 wurde das Minsker Geistliche Seminar neu eröffnet, 1996 eine Akademie gegründet, in der Spezialisten auf dem Gebiet der Theologie ausgebildet werden. Anzumerken ist dabei die positive Rolle des Staates, aber auch die Förderung seitens der Kirche, die die Baumaßnahmen teilweise oder zur Gänze finanziert.

Zu Beginn der neunziger Jahre entstanden in Weißrussland zahlreiche Sekten sowohl christlicher als auch östlich-mystischer Ausrichtung. Auf Bitten der Gläubigen verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das die Tätigkeit dieser neuen religiösen Organisationen zum Teil einschränkte. Das Gesetz legt fünf traditionelle Konfessionen in der Republik Weißrussland fest. Von den Gläubigen sind ca. 80 Prozent Orthodoxe, ca. 14 Prozent bezeichnen sich als Katholiken, die übrigen 6 Prozent verteilen sich auf die Repräsentanten einer Mehrzahl protestantischer Strömungen, des Islam und des Judentums. Zu den beiden letzten Religionen bekennen sich kleinere ethnokonfessionelle Gruppen weißrussischer Bürger, die seit langem auf dem Territorium der Republik leben. Unter der Vielzahl der protestantischen Bewegungen traditionellen Bekenntnisses ist für Weißrussland nur die evangelisch-lutherische Kirche bedeutsam, die im 16. Jahrhundert starken Einfluss hatte. Heute sind die Evangelischen durch 14 Gemeinden vertreten, die im Wesentlichen weißrussische Deutsche und Letten vereinen. Die Evangelischen führen keine aktive Mission durch, sondern bleiben meist unter sich.

Die Kirche in Weißrussland hat aber auch Probleme. Eines davon stellt meines Erachtens der geringe Bezug junger und aktiver Menschen zur Kirche dar. Mir scheint allerdings, dass die katholische Kirche vor

¹ Er ist der Verfasser des einführenden Beitrags in diesem Heft (oben S. 163 f.).

einem ähnlichen Problem steht. Wenn ich deutsche Kirchen besuche, bemerke ich im Wesentlichen Menschen der mittleren und älteren Lebensjahre, die Jugend ist hingegen nur gering vertreten. In Weißrussland bilden Frauen, ältere Männer und Kinder, deren Eltern sie mit sich in die Kirche nehmen, den Hauptteil der Kirchgänger in den Dörfern, den Gebietszentren und den Kleinstädten. Wenn sie heranwachsen, gehen die Jugendlichen dann oft nicht mehr in die Kirche. Sie suchen etwas anderes. Eine der Hauptaufgaben in der Zukunft wird darin bestehen, sie wieder zu gewinnen und ihnen christliche Werte zu vermitteln, die sie dann ihren Kindern weitergeben können. Die christliche Kontinuität der Generationen ist ein äußerst wichtiger Prozess, und wenn sie abbricht, dann wird es für die Gesellschaft schwer, sich selbst zu finden. Dieses Problem lastete auf unserer Kirche und Gesellschaft zur Zeit der atheistischen Herrschaft und nach deren Fall, als viele Werte, die von der Regierung propagiert worden waren, in sich zusammenstürzten und an ihre Stelle nichts trat außer Leere.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich rund 80 Prozent der Bewohner Weißrusslands selbst für orthodox halten, jedoch die Zahl derjenigen, die regelmäßig zur Kirche gehen und an den kirchlichen Sakramenten teilnehmen, bedeutend geringer ist. Dennoch kann man in der Gemeinschaft der gläubigen Menschen Weißrusslands das in den letzten Jahren auftretende paradoxe Phänomen beobachten, dass häufig nicht die Eltern ihre Kinder, sondern die Kinder ihre Eltern zur Kirche bringen. Dieses Phänomen erkläre ich mir damit, dass die heutige junge Generation des Landes bereits zu anderen Werten erzogen wurde – sie denkt freier, um vieles weiter und mutiger. Die Erwachsenen dagegen sind in einem atheistischen Staat erzogen worden, wo es unangenehme Folgen und Probleme nach sich zog, über seinen Glauben zu sprechen und sich zu ihm zu bekennen. Man lehrte sie schon von der Schulbank an, dass Religion „Opium für das Volk“ sei, und jetzt fällt es ihnen meistens schwer, ihre Sicht auf das Leben neu zu bewerten und zu verändern.

Ich selbst bin ein gutes Beispiel dafür. Mein jüngerer Bruder und ich wurden in einem schon recht reifen Alter getauft, ich war damals fast 14. Das war im Jahre 1989, als sich die Politik des Staates in ihrem Verhältnis zur Kirche ein wenig zum Besseren veränderte und meine Eltern sich entschieden, uns taufen zu lassen. Mein Bruder und ich wurden getauft, aber nicht religiös erzogen, d. h. nach dem Sakrament der Taufe beschäftigte sich niemand mehr mit uns, niemand lehrte uns christliche Werte. Ich beendete bald die Schule, dann das Technikum, diente in der

Armee, arbeitete in der Fabrik, aber mein bewusster Eintritt in die Kirche erfolgte erst im Alter von 24 Jahren, d. h. zehn Jahre nach der Taufe. Das bedeutete nicht, dass ich in all den seither vergangenen Jahren nicht die Kirche besucht hätte. Hin und wieder ging ich, wie auch viele meiner Freunde, in die Kirche, stellte eine Kerze auf, erbat irgendetwas von Gott, aber ein kirchliches Leben zu leben, daran dachte ich nicht. Die Geschichte meines bewussten Kircheneintrittes begann erst, nachdem mein Freund mich gebeten hatte, Pate seines Sohnes zu werden. Ich habe mich lange geweigert, gab dann aber trotzdem mein Einverständnis. Ich dachte und denke auch jetzt noch, dass die Patenschaft eine große Verantwortung vor Gott bedeutet. Der Pate ist dazu verpflichtet, sich um die geistliche Erziehung seines Patenkindes zu kümmern, und das ist manchmal nur sehr schwer einzuhalten. Während des Taufsakramentes ging etwas mit mir vor, offenbar hatte Christus mein Herz berührt, und ich fühlte eine große Gnade.

Danach veränderte sich mein Leben. Ich begann, die Kirche zu besuchen und die orthodoxe Lehre und die Geschichte der Kirche aufmerksam zu ergründen. Nach vier Monaten fand die erste Beichte statt. Ich war auf dem Weg zur Kirche, aber meine Gedanken flüsterten mir ein, dass ich irgendwie nicht das Richtige tue, dass ich genauso bin wie alle anderen Menschen und es nicht nötig hätte zu beichten. Mit Gottes Hilfe verjagte ich diese Irritationen und ging in die Kirche. Dann hatte ich meine erste Beichte und nach ihr noch viele andere, aber diese war eine ganz besondere und wird es immer bleiben. An sie werde ich mich das ganze Leben lang erinnern. Nach der Beichte schlug mir der Geistliche vor, im Gottesdienst vorzulesen. Dieser Vorschlag verwunderte und erfreute mich sehr. Ich erinnere mich, wie ich damit begann, die ersten gottesdienstlichen Texte zu lesen. Meine Hände waren schweißnass vor Erregung, und das Herz schlug so, als hätte ich einen Hundertmeterlauf zurückgelegt. Das war nicht leicht, man musste in kirchenslawischer Sprache lesen, die man heute im alltäglichen Leben nicht verwendet, obwohl sie das Fundament der gegenwärtigen slawischen Sprachen darstellt, des Russischen, Weißrussischen, Ukrainischen, Bulgarischen, Serbischen, Makedonischen usw. Im Jahre 2002 trat ich in das Seminar ein, nach dessen Beendigung ich mich zum Studium an der Geistlichen Akademie entschloss. Zur Zeit bin ich Student des zweiten Kurses der Akademie, aber parallel studiere ich auch hier in Deutschland. Das bietet mir die Möglichkeit, mit eigenen Augen die westliche Kultur und die kirchlichen Traditionen der katholischen Kirche kennenzulernen und

mit dem Leben der orthodoxen Gemeinden im Ausland bekannt zu werden.

Nachdem ich in Regensburg eingetroffen war, erfuhr ich, dass es hier eine Gemeinde der Russischen Orthodoxen Kirche im Ausland (ROKA) gibt. Ich danke Gott, aber auch den verstorbenen Patriarchen Aleksij II. und Metropoliten Lavr dafür, dass sich mithilfe ihrer großen Bemühungen ein historisches Ereignis vollzogen hat: die Vereinigung der ROK und der ROKA, mit der die Grundlage für die Beendigung einer kirchlichen Tragödie geschaffen wurde, die sich nach dem bolschewistischen Umschwung von 1917 abgespielt hatte. Dieses bedeutsame Ereignis erlaubte es den Emigranten aus der ehemaligen UdSSR, die Gottesdienste der ROK zu besuchen und vollwertig an den Sakramenten teilzunehmen.

In Deutschland bildet die Russische Orthodoxe Kirche eine kleine Insel heimatlicher Kultur und orthodoxer Geistlichkeit, die die Emigranten und jene, die zeitweilig hier leben, unterstützt. In der Kirche können Kinder und Erwachsene ihre Muttersprache hören und miteinander verkehren. Und das ist sehr wichtig, besonders, wenn der Emigrant in eine neue Umgebung mit ihren Traditionen und Besonderheiten gelangt. Bei einigen Menschen vergehen Jahre, um sich an die westliche Kultur zu gewöhnen und sie besser kennenzulernen, aber mit Hilfe der Kirchengemeinde kann das fließend geschehen, ohne größere psychologische Erschütterungen.

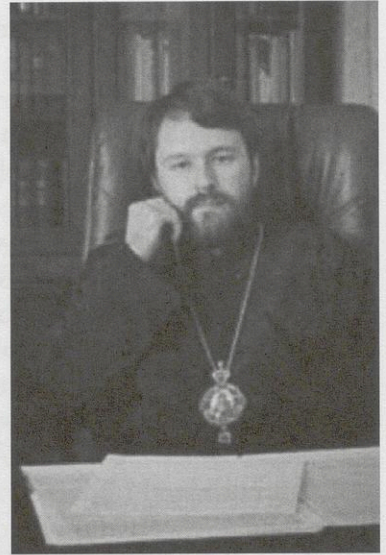
Der Glaube spielt eine große Rolle in meinem Leben, auch wenn mir im Moment die kirchliche Anbindung fehlt, weil ich mich in einer anderen Kirchentradition befinde. Mit Hilfe dieser kann ich jedoch hier im Ausland meinen geistlichen Hunger wenigstens im Ansatz stillen. So hege ich die Hoffnung, dass mein kleiner Bericht dem Leser helfen konnte, mit der östlichen Kirchentradition besser vertraut zu werden. Ich wünsche der orthodoxen Kirche hier im Ausland, aber auch der katholischen Kirche eine geistliche Stärkung und Gottes Hilfe beim Zeugnis des Evangeliums in der heutigen Welt.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

Jewgenij Pilipenko

Erzbischof Hilarion (Alfejew), neuer Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats

Nach dem Beschluss des Heiligen Synods der Russischen Orthodoxen Kirche vom 31. März 2009 ist der Bischof von Wien Hilarion (Alfejew) zum Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats und somit zum Nachfolger des heutigen Patriarchen Kyrill auf diesem Posten geworden. Bischof Hilarion wurde zugleich zum Vikar des Patriarchen ernannt und trägt jetzt den Titel „Archiepiskop (Erzbischof) von Volokolamsk“. Als Außenamtsleiter wird er zum ständigen Mitglied des Heiligen Synods, also des kirchlichen Verwaltungsorgans, das im Zeitraum zwischen den Konzilien der Russischen Orthodoxen Kirche gemeinsam mit dem Patriarchen die Regierungsfunktion ausübt. In der Kompetenz des „Außenministers“ befinden sich vor allem die interkonfessionellen und internationalen Beziehungen des Moskauer Patriarchats.



Hilarion Alfejew, am 24. Juli 1966 in Moskau geboren, wurde wegen seiner musikalischen Begabung 1973 in die spezialisierte Musikschule aufgenommen, in der er bis zum Abschluss 1984 Geige und Komposition lernte.

Schon in der Schulzeit fand eine Begegnung mit der orthodoxen Tradition statt: Zu einem prägenden Moment seines christlichen Aufwachsens zählt Bischof Hilarion die Bekanntschaft mit dem 2003 verstorbenen Metropoliten Antonij Bloom von Surowsk, dessen Predigten er bereits als Junge in einer privaten Wohnung in den siebziger Jahren hörte. Seitdem vollzog sich seine tiefe Einwurzelung in die liturgische und alltägliche Praxis der Orthodoxie. Er las faktisch die

Der Autor ist orthodoxer Theologe (Studium in Moskau und Münster) und hat 2009 mit einer Arbeit über die neuere katholische Sakramententheologie promoviert.

ganze ins Russische übersetzte Literatur der Kirchenväter, wurde mit fünfzehn Jahren Messdiener und arbeitete später für den Synodalverlag der Russischen Orthodoxen Kirche. Bald nach dem zweijährigen Militärdienst traf er 1987 die Entscheidung, sein Studium als Komponist am Moskauer Konservatorium aufzugeben, um nach einer kurzen Zeit des Noviziats die Mönchsgelübde abzulegen und zum Priester geweiht zu werden (19. August 1987).

Die Jahre danach war Hilarion als Pfarrer in Litauen tätig und schloss parallel sein Theologiestudium an der Geistlichen Akademie in Sergiew Posad ab. Gleichzeitig begann seine vielseitige Lehrtätigkeit: Als Dozent für Homiletik, Dogmatik und Patrologie unterrichtete er an theologischen Schulen Moskaus, bis er 1993 als Aspirant des Außenamts nach Oxford entsandt wurde. An der Universität Oxford schrieb Hilarion unter der Leitung des orthodoxen Bischofs Kallistos Ware seine Dissertation zum Thema „St Symeon the New Theologian and Orthodox Tradition“ und erhielt dafür 1995 den philosophischen Doktorgrad.

Nach der Rückkehr bekam Hilarion eine Stelle im Außenamt und wurde für die Beziehungen zwischen den christlichen Konfessionen verantwortlich. Das führte dazu, dass Hilarion Alfejew schon viele Jahre die Russische Orthodoxe Kirche in unterschiedlichen theologischen Kommissionen und öffentlichen Foren offiziell vertrat. Seine Position kennzeichnete dabei eine scharfe Kritik der modernen Tendenz zur totalen

Säkularisierung aller Sphären des menschlichen Lebens, des zunehmenden ethischen Liberalismus und dogmatischen Relativismus innerhalb des westlichen Christentums. Ein solches Christentum habe allerdings keine Zukunft: „Es wird sterben“, ist Bischof Hilarion tief überzeugt, „denn die neuen liberalen Normen in der Moral bringen unvermeidlich auch Unstimmigkeit, innere Streitigkeiten und schließlich neue Trennungen mit sich.“ Die traditionstreuen Christen sollten dagegen in dieser Situation ihre Bemühungen konsolidieren, um ihre sittlich-kulturellen Werte und den „Glauben der Apostel und der Väter“ effektiver zu verteidigen. Mit diesem Ziel sei eine strategische Allianz der Kirchen, die sich als „Kirchen der Überlieferung“ identifizieren, dringend notwendig.

Diesen Aufruf richtet Hilarion Alfejew vor allem an die römisch-katholische Kirche und die orientalischo-orthodoxen Kirchen. Auch die Renaissance, die das religiöse Leben in Russland aufzeigt, dürfe seiner Meinung nach keineswegs Anlass für Euphorie geben: Der Kampf mit dem Säkularismus, der jetzt im Westen geschieht, stehe dem russisch-orthodoxen Christentum noch bevor.

Eine neue Etappe in der Karriere des heutigen Außenamtsleiters begann mit seiner Bischofsweihe, die Patriarch Alexij II. am 14. Januar 2002 vollzog. Seit diesem Zeitpunkt wirkte er hauptsächlich im Ausland. In dieser Phase seiner Biographie fanden auch einige markante Ereignisse statt.

Als ein sehr traumatisches Erlebnis bezeichnet Hilarion seine bi-

schöfliche Amtszeit in England: „Die 130 Tage, die ich in der Diözese Sursh als Vikar des Metropoliten Antonij Bloom verbrachte, wurden zur schwersten Versuchung und Erschütterung meines ganzen Lebens“, schrieb er bezüglich des Konflikts, den sein Auftreten in Großbritannien auslöste. Manche Kleriker und Laien nahmen den neuen Bischof aus Moskau als eine Figur von außen wahr, die die genuinen geistig-pastoralen Prinzipien dieser durch einen eigentümlichen Lebensstil gekennzeichneten Diözese zu zerstören drohte. Monatelange, von Intrigen und dramatischen Missverständnissen begleitete Auseinandersetzungen führten letztlich zur Entfernung Hilarions aus London. Dieser Streit war für ihn persönlich besonders bitter, weil sie die vertrauliche Beziehung zwischen ihm und dem Metropoliten Antonij, seinem geistlichen Lehrer, überschattete.

In der folgenden Zeit leitete Bischof Hilarion die österreichische und die ungarische Diözese. Gleichzeitig vertrat er das Moskauer Patriarchat bei den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel und blieb auch als Theologieprofessor und Autor aktiv: Er dozierte an orthodoxen Seminaren in den USA und an der theologischen Fakultät der Universität Cambridge. 1999 erlangte er ein theologisches Doktorat am orthodoxen St. Serge-Institut in Paris.

Als außerordentliches Ereignis in der Geschichte der katholisch-orthodoxen Beziehungen wurde 2005 die Tatsache bezeichnet, dass in der Person von Hilarion Alfejew eine Habilitation und Lehrtätigkeit als Privatdo-

zent im Fach Dogmatik eines orthodoxen Bischofs an der katholischen Universität Fribourg erfolgte.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten erschienen zahlreiche Publikationen von Alfejew: Monographien zum Leben und Werk einiger östlicher Kirchenväter, patristische Übersetzungen aus dem Griechischen und Syrischen sowie Abhandlungen zur orthodox-dogmatischen und ökumenischen Thematik. Sein populärstes Buch „Geheimnis des Glaubens“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Kürzlich ist der erste Band von Hilarions jüngstem Werk „Orthodoxie“ erschienen, dem noch zwei weitere folgen werden.

Bischof Hilarion Alfejew ist auch oft und gerne in den modernen Medien präsent. So nahm er am 5. Oktober 2008 am „Bibelmarathon“ teil, den das italienische Fernsehen veranstaltete, und las Kapitel 2 des Buches Genesis vor, unmittelbar nach Papst Benedikt XVI., der Kapitel 1 las.

Zu einer interessanten Besonderheit der Persönlichkeit dieses orthodoxen Bischofs und Theologen gehört es, dass er sich erneut dem Komponieren zuwandte. Als Komponist arbeitet er in den großen Formen der geistlichen Musik: Mit Erfolg werden auf internationalen Bühnen Alfejews „Weihnachtsoratorium“, „Die göttliche Liturgie“ und seine „Matthäus-Passion“ aufgeführt.

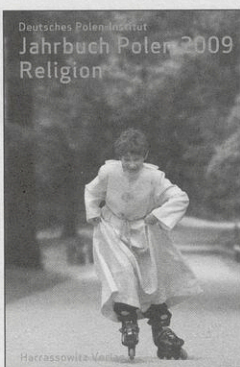
Ob es ihm auch weiterhin gelingt, sein theologisches und künstlerisches Schaffen mit dem bischöflichen und organisatorischen Dienst zu harmonisieren, ist schwer zu sagen. Die vom neuen Patriarchen bereits gestellten

Ziele und Aufgaben im kirchlichen Bereich verlangen den Einsatz vieler Kräfte. Der Leiter des Außenamts ist jetzt zudem für den Aufbau des neu gegründeten kirchlichen Aufbaustudiums als dessen Rektor direkt verant-

wortlich. Denjenigen also, die von ihm neue Bücher und Musikwerke erwarten, bleibt nun zu wünschen, dass ihm auch fortan die Energie bleibt, alle seine Talente auf dem Feld des christlichen Handelns zu realisieren.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Bulgarien



Jahrbuch Polen 2009

Religion

Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts 20

2009. 217 Seiten, 42 Abb., br

ISBN 978-3-447-05930-5

Einzelpreis: € 11,80 (D)

Fortsetzungspreis: € 9,- (D)

»Die Polen sind mit der katholischen Religion nicht nur geistig und ethisch, sondern auch kulturell verbunden. Am wenigsten jedoch politisch. Das, was Politiker, Journalisten und Funktionäre aufregt, muss die katholischen Massen nicht interessieren. Die Kirche rangiert zwar in den Umfragen weit oben, aber nicht als Kraft, die sich politisch engagiert, sondern als moralische Vermittlerin, Wächterin und Lehrerin des christlichen Wertesystems sowie als Fürsprecherin und Betreuerin der Schwachen und Bedürftigen.«

(Adam Szostkiewicz)

»Es ist nicht der Anteil der Jugendlichen, die sich zum Glauben bekennen, welcher den Seelsorgern schlaflose Nächte bereitet, sondern die große Diskrepanz zwischen jenen Bekenntnissen und den täglichen Lebensentscheidungen.«

(Grzegorz Pac)

Andrzej Chwalba

Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen, 1989–2005

Aus dem Polnischen übersetzt von

Andreas R. Hofmann

Veröffentlichungen des

Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 26

2009. Ca. 208 Seiten, br

ISBN 978-3-447-05925-1

Ca. € 19,80 (D) / sFr 34,90

Im Juni 1989 strafte die Polen bei den ersten weitgehend freien Wahlen im kommunistischen Ostblock seit Jahrzehnten das Regime ab. Sie stimmten mit großer Mehrheit für die von der »Solidarność« vorgeschlagenen Wahllisten. Dieser politische Umbruch läutete das Ende der Volksrepublik und den Beginn der demokratischen Dritten Republik ein. 16 Jahre lang war das Land geprägt von einer grundlegenden Transformation, die alle Lebensbereiche umfasste – mit zahlreichen positiven Entwicklungen, aber auch negativen Effekten. Als nach den Parlamentswahlen 2005 die an die Macht gekommenen Rechten eine Zäsur setzten und die »Vierte Republik« ankündigten, schien die Dritte Republik an ihr Ende gekommen zu sein.

Der Autor zeichnet einprägsam und auf dem neuesten Forschungsstand die Geschichte der Dritten Republik Polens zwischen 1989 und 2005 auf. Dabei geht er thematisch vor und erläutert für das Verständnis des heutigen Polen wesentliche Bereiche wie das Funktionieren des politischen Systems, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Autor erhielt für sein Buch den Preis der angesehenen Wochenzeitung »Polityka« für das beste historische Buch. Für die deutsche Ausgabe hat er sein Buch aktualisiert und ergänzt.

HARRASSOWITZ VERLAG • WIESBADEN

www.harrassowitz-verlag.de • verlag@harrassowitz.de

Orient • Slavistik • Osteuropa • Bibliothek • Buch • Kultur

Editorial

Es gibt wohl kaum einen unter den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, dessen Wahrnehmung bei uns so stark von Vorurteilen besetzt ist wie Bulgarien: Ein buntes Bild von balkanischen Schafhirten, Joghurt, Ilja-Rogoff-Pillen und Rosenöl haben über lange Zeit unsere Vorstellung dieses Landes geprägt, Korruption und Kriminalität kommen heutzutage dazu. Diese Klischees haben verdunkelt, was Bulgarien an Kultur, landschaftlicher Schönheit und alter Tradition zu bieten hat.

Mit diesem Heft wollen wir dazu beitragen, die Vorurteile durch fundierte Urteile zu ersetzen. Unsere Autorinnen und Autoren informieren über ganz unterschiedliche Aspekte der bulgarischen Gegenwart, von der aktuellen politischen Situation über die Lage des ländlichen Raumes bis hin zur Literatur. Auch die Kirchen werden behandelt, die orthodoxe Mehrheitskirche, die das Geschick des Landes so stark geprägt hat und die seit Jahren an einer Spaltung leidet, und die kleine katholische Ortskirche mit ihrem speziellen Erbe.

Es gehört zu den schlechten Gewohnheiten in den großen europäischen Nationen, dass die kleineren kaum oder nur sehr einseitig wahrgenommen werden. Auch für Bulgarien gilt, dass man dort im Allgemeinen viel mehr über Deutschland, die deutsche Geschichte und die deutsche Kultur weiß, als das umgekehrt der Fall ist. Diesem deutschen Defizit werden wir mit diesem Heft nicht abhelfen können. Wir wollen aber doch einen kleinen Beitrag dazu leisten und unsere Leserinnen und Leser dazu ermuntern, sich mit diesem „kleinen“ Land im Südosten Europas zu beschäftigen, um seine Besonderheiten, seine reiche Geschichte und seine Schönheit für sich zu entdecken. Nur wenn solche Prozesse der gegenseitigen Wahrnehmung einsetzen, kann Europa wirklich zu *einem* Kontinent werden.

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Christian Geiselmann

Bulgarien – ein Land zwischen Tradition und Moderne 243

Tim Graewert

Schlaglichter auf das bulgarische Wahljahr 2009 255

Kānčo Kožucharov

Der schmale Grat zwischen Kriminalität und Recht
in Bulgarien 262

Violeta Kyoseva

Die Entwicklung des Demokratieverständnisses
in Bulgarien seit dem Umbruch 267

Stefanie Albrecht

Gore dolu. Zur Situation der Menschen im
ländlichen Raum Bulgariens 274

Božidar Andonov

Die Bulgarische Orthodoxe Kirche – Garant
für die nationale Identität 280

Hristo P. Berov

Zum Rechtsstatus der Bulgarischen Orthodoxen Kirche 288

Srećko Rimac

„Eine Kerze für Bulgarien“ – der selige
Papst Johannes XXIII. und Bulgarien 295

Maria Tereza Gramova

Der Karmel „Heiliger Geist“ in Sofia 301

Norbert Randow

Bulgarische Literatur und ihre Rezeption im deutschen
Sprachraum 306

Länderinfo

Bulgarien (*Monika Kleck*) 314

Bericht

Monika Kleck

Projektförderung durch Renovabis in Bulgarien 316

Bulgarien – ein Land zwischen Tradition und Moderne

Mit dem Selbstbewusstsein der Bulgaren hat es eine besondere Bewandtnis: Wo sonst trifft man in Europa Leute, die ihr Land so lieben und so schmähen? Vielleicht liegt es daran, dass es so viel zu bieten hat an Schönerem und an Hässlichem. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Bulgaren auf der Landkarte der Vorstellungen, Erwartungen und Wirklichkeiten in einer Zwischenwelt leben, die es schwer macht zu sagen, wo man sich befindet: Im „Orient“ mit seinem Schlendrian? In „Europa“ mit seiner Bildungstradition? Bei Russland mit seinen Oligarchen? Bei den USA, mit NATO, Baseballkappen und einem sozialen Netz mit übergroßen Löchern? Dazwischen irgendwo liegt Bulgarien.

Bevor wir den Widersprüchen bulgarischen Befindens in einigen Erscheinungsformen nachgehen, ein kurzer Blick auf das Gute an, das dieses Land zu bieten hat! Als erstes wären die Tomaten zu nennen. Groß, derb und rosarot, bis zu einem Pfund schwer. Diese durch und durch reifen Früchte ergeben einen phantastischen Salat, ihr Fleisch leuchtend in der Schüssel. Sie vom Markt oder aus dem Garten auf den Küchentisch zu bringen, ist die Sommerfreude jedes echten Bulgaren. Leider sind sie im Verschwinden begriffen: Sie passen nicht ins Normen- und Verkehrsgefüge der Europäischen Union, welcher Bulgarien seit 2007 angehört. Jetzt setzen sich auf den Gemüsemärkten die kleinen, harten, geschmacklosen, aber unbegrenzt lagerfähigen Bällchen durch. Ein Jammer. Ein Kulturverlust. Doch solange es die echten Tomaten noch gibt, werden sie zu den Fundamenten der Heimatliebe zählen.

Zweitens: die Landschaften mit ihrer Vielfalt und ihren malerischen Formen. Die Reise von der im Westen gelegenen Hauptstadt Sofia nach Osten ans Schwarze Meer führt durch ein weites Tal, eingerahmt von

Bulgarien: ein kleines Land mit vielgestaltiger Landschaft und Kultur.

Der Autor ist Journalist, Historiker (mit dem Schwerpunkt Südosteuropa) und Spezialist für das Management europäischer Bildungsprojekte.

imposanten Höhenzügen, die im goldenen Dunst verschwimmen. Links das Balkangebirge, schwer zugänglich wie in den Zeiten, als sich in seinen Wäldern Freiheitskämpfer gegen die Türken und Partisanen versteckten. Rechts die Rhodopen, dem Schwarzwald ähnlich, kühl im Sommer, schneereich im Winter, bei Kulturwissenschaftlern beliebt wegen der Pomaken, einer Bevölkerungsgruppe, die bulgarisch spricht und muslimisch glaubt, jedenfalls traditionell. Überlieferte Lebensformen haben sich hier länger gehalten als anderswo. Die Grenze nach Griechenland war die Frontlinie zwischen Kapitalismus und Sowjetimperium, mit beschränktem Zutritt.

Die Schwarzmeerküste ist Besuchern aus dem Westen vor allem durch Pauschalreisen in die großen Bade-Anlagen „Sonnenstrand“ und „Goldstrand“ bekannt. Freilich, den Gästen dort blieben die eigentlichen Schönheiten der Küste verborgen: Weite Buchten mit feinem Sand, getrennt durch Steilufer, wo die Wogen durch ausgewaschene Felsen gurgeln; das Hügelland bedeckt von Eichenwald und Steppe. Hier gäbe es Naturschätze zu bewahren, die man in Europa sonst verloren hat.

Die Bulgaren wissen das. Die größten Liebhaber ihres Meeres sind sie selbst. Auch und gerade in sozialistischer Zeit war der Badeurlaub ein Fixpunkt im Jahreszyklus. Zur Freiheit von den Alltagszwängen kam die Freiheit einer weitgehend in Ruhe gelassenen Natur. Die unter Bäumen versteckten Hüttensiedlungen fügten der Landschaft wenig Schaden zu. Aus dem Urlaubstraum wurde nach der Wende jedoch ein nationales Trauma. Das Auftürmen von Ferienbunkern in mehreren Reihen, wie es die von städtebaulicher Regulierung nicht behelligte Investitionswut der Wende-Millionäre fertigbrachte, ist den Bulgaren zuwider, gerade weil sie ihr Meer ganz anders kennen. Mit der Erinnerung, wie schön es an der Küste einmal war, fahren viele Bulgaren jetzt lieber nach Griechenland. Die betonierten Buchten zuhause gruseln sie zu sehr.

Das Räderwerk knirscht

Bulgaren neigen zu unnachsichtiger Selbstkritik. *Bălgarska rabota* („bulgarische Arbeit“) ist ein Ausdruck für etwas, das nicht funktioniert. Schlechter ist eigentlich nur „*ciganska rabota*“, weil hier zur mangelhaften Qualität noch betrügerische Absicht kommt. Konzentriert auf die Qualitäten anderer Nationen – wie etwa die angebliche Pünktlichkeit der Deutschen – übersehen sie die eigenen schönen Züge. Was den Staat

angeht, ist die Kritik jedoch berechtigt. Der EU-Beitritt 2007 täuscht ein bisschen über die Mängel im System hinweg. Dass der Staat zu 70 Prozent nicht funktioniert, wird auch überspielt durch den wirtschaftlichen Aufwärtstrend der letzten Jahre. Der Bauboom an der Küsten, im Gebirge und der Hauptstadt bescherte Arbeitsplätze. Aber Wirtschaftspolitik? Dass diese Bauwut, die zu einem großen Teil auf schwarzem oder grauem Geld beruht, so nicht andauern wird, ist klar. Was danach kommt, weiß man nicht.

Der EU-Beitritt 2007 täuscht ein bisschen über die Mängel im System hinweg.

Das Bildungssystem? Ein gutes Maß für seine Leistungsfähigkeit ist das Gehalt der Lehrer (220 Euro im Monat).

Schul- und Universitätsabschlüsse sind käuflich. Inhalte und Methoden sind von vorgestern. Rechtskunde im Tourismus-Studium: Der Professor liest das Gesetz vor, die Studenten schreiben es in ihre Hefte. Aus den beruflich orientierten Gymnasien, speziell in der Provinz, werden ganze Jahrgänge in die Arbeitslosigkeit entlassen, weil die Berufe, für die ausgebildet wird, niemand mehr braucht. Dass es auch gute, hingebungsvoll arbeitende Lehrer gibt, gehört zu den praktischen Widersprüchen des Systems.

Die Justiz? Den Reformen im Strafrecht und Strafprozessrecht zum Trotz, die von der EU gefördert werden, findet man auf allen Ebenen Inkompetenz, Bestechlichkeit und den direkten Einfluss politischer Amtsträger. Fahnder planen eine Razzia im Alkoholgeschäft, um Steuerhinterzug in Millionenhöhe nachzuweisen; der Fabrikant wird vorgewarnt, und zwar vom Vizechef der Sonderpolizei für organisierte Kriminalität. Von wem denn sonst, man kennt sich doch (versprochenes Dankeschön: ein Laptop und ein Jagdgewehr.) Die 150 Auftragsmorde aus den letzten Jahren, verübt an Geschäftsleuten und Leuten aus der Unterwelt, braucht man gar nicht zu erwähnen. Keiner dieser Fälle ist bis heute aufgeklärt. So ist es kein Wunder, wenn die Bulgaren seit ein paar Jahren etwas skeptisch sind, was die Qualitäten ihres Staates angeht.

Nun ist es gar nicht so, dass das Leben in Bulgarien so gefährlich wäre. Man kann bei Tag und Nacht spazieren gehen, wo man will; das Risiko, beraubt zu werden ist gering (vom Taschendiebstahl abgesehen, und vorausgesetzt, man ist beim Umgang mit Gemüsehändlern und Taxifahren wachsam). Gefährdet ist man, wenn man wirklich Geld hat, und besonders, wenn man zu jenem Netz von Verbrechern und Geschäfts-

leuten gehört, das in den neunziger Jahren entstanden, als der sozialistische Staat demontiert wurde.

Demontage und Abtransport

Je tiefer man (so weit das möglich ist) in die Vorgänge um 1989 hineinblickt, desto klarer wird, dass die Wende in Bulgarien inszeniert war von der zweiten Reihe der Partei-Oberen und von Geheimdienstleuten. Sie sahen, indem sie dem altbackenen Živkov-Regime¹ ein Ende setzten, eine Chance, das verbliebene Produktivvermögen der Volksrepublik in ihre eigenen Taschen zu privatisieren. Dass der sozialistische Staat ökonomisch am Ende war und sowieso zusammengebrochen wäre, erleichterte die Demontage.

Die kommunistische Staatssicherheit (*Dăržavna sigurnost*) hatte schon vor der Wende einen Fuß in Geschäften wie dem Drogenhandel. Dazu kamen buchstäblich Tausende von jungen Männern, denen man in den achtziger Jahren den Berufsweg des Profisportlers geöffnet hatte (mit staatlichem Gehalt), in so nützlichen Sportarten wie dem Ringen und dem Boxen. Was für ein Zufall, dass die *biznesmeni*, die nach 1989 auftauchten, allesamt mit der Staatssicherheit zusammenhingen. Und was für ein Zufall, dass sie über Banden stiernackiger Rüpel verfügten, die bereit waren, jeden kurz und klein zu schlagen. Dafür hatte man sie ja trainiert. Ein beliebtes Geschäft in den Jahren nach 1990 war es, eine Versicherungsfirma zu gründen und dann das, wogegen man versicherte (Autodiebstahl etwa), mit Hilfe der Goldkettchen-und-Sonnenbrille-Jungs ein bisschen zu befördern. Ein Auto, das nicht versichert war, war in der Regel innerhalb von zwei Tagen verschwunden.

Diese Geschichte zu erzählen, würde Bücher füllen. Bücher, die erklären würden, wieso Bulgaren so wenig vom Staat halten. Und wie es dazu kam, dass einige Personen, die zur rechten Zeit am rechten Platz und frei genug von Skrupeln waren, heute im Besitz von weiten Teilen der bulgarischen Wirtschaft sind. Wer im Energie- und Bankensektor nicht mitspielen durfte, investierte die Millionen, die er abbekam, in Hotels am Schwarzen Meer. Das brauchte kein Know-how und versprach

¹ Anspielung auf Todor Živkov (1911-1998), der von März 1954 bis zu seinem Rücktritt im November 1989 Staatschef von Bulgarien und erster Sekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei war (Anm. d. Redaktion).

schöne Gewinne, denn für, sagen wir, 20 Millionen D-Mark kann man sich schon einen ordentlichen Kasten an den Strand stellen (gerne im Naturschutzgebiet, aber wen interessierte das schon – den Staat bestimmt nicht). Dann noch schnell einen Vertrag mit einem deutschen Reiseveranstalter abschließen, und wir sind ein gemachter Mann, mit völlig legalen Einkünften. Billige Arbeitskräfte waren verfügbar und sind es weiterhin: Das niedrige Lohnniveau hat Vorteile, wenn man es aus Unternehmersicht betrachtet.

Die von solchen Geschäften generierte wirtschaftliche Entwicklung ist scherenförmig. Es fehlt ja nicht an Geld. Es ist nur schlecht verteilt: Nirgendwo sonst in Europa – Russland einmal nicht dazu gerechnet – sieht man auf den Straßen so viele schwarzglänzende Allradmonster. Rund um Sofia bauen sich die Neureichen Paläste, die in Dimension und Formensprache wetteifern mit dem, was man aus Seifenopfern kennt. „Ganoven-Barock“ (*mutrenski barok*) heißt dieser Stil im Volksmund.

Gleichzeitig fragen sich Hunderttausende von Rentnern, wie sie den nächsten Winter überleben sollen: Die Rente reicht entweder für das Essen; oder für die Heizung; oder für Medikamente. Aber immer nur für eines davon. Armut sieht man nicht. Sie versteckt sich zuhause. Und stirbt.

Die Mängelliste des staatlichen Systems lässt sich beliebig fortsetzen. Man könnte das Gesundheitswesen erwähnen (mit abenteuerlichen Zahlen von Behandlungsfehlern in den Krankenhäusern), die Müllwirtschaft (Neapel lässt grüßen), den dummdreisten Missbrauch von Geldern der EU (egal ob vorgesehen für die Landwirte oder für den Straßenbau, es finden sich immer Mittelsmänner, die das Geld verschwinden lassen). Weil das so offensichtlich war, hat die EU im letzten Jahr Hunderte Millionen Euro für Bulgarien vorläufig gesperrt. 85 Prozent der Bulgaren haben das begrüßt: „Bei uns käme es sowieso nicht an, das stecken sich alles die da oben in die Tasche.“

Der nächste Retter

Der Mangel an politischer Erfahrung und zivilem Selbstvertrauen bei den Bürgern führt dazu, dass Politik seltsame Blüten treibt. Die Wähler sehen periodisch, dass es so nicht weiter geht, und suchen Zuflucht beim starken Mann, der sie erlösen soll. Ein solcher politischer Messias war Simeon von Sachsen-Coburg-Gotha, Sohn des letzten regierenden Za-

ren von Bulgarien. 2001 trat er mit einer neugegründeten Partei zur Parlamentswahl an. Sogleich erhielt er 43 Prozent der Stimmen. Sein Versprechen: In 800 Tagen das Land zu sanieren. Das klappt nicht, und 2005 gewann eine Parteiengruppe unter der Führung der Sozialisten (BSP)² mit 31 Prozent die meisten Stimmen. Sie waren mit Sergej Stanišev angetreten, einem Mini-Messias ohne spezielle Berufserfahrung, aber mit den richtigen Verbindungen: Sein Vater war Sekretär des Zentralkomitees der bulgarischen Kommunisten gewesen. Stanišev regierte 2009. Dann roch der Wähler, dass mehr denn je faul im Staate war: undurchsichtige Verträge mit Russland über den Bau von Pipelines und Atomkraftwerken, als „Grundstückstausch“ verbrämte Plünderung des Staatsvermögens ...

Zum Glück stand der nächste Retter schon bereit: Bojko Borisov, verglichen mit dem pausbäckigen Stanišev ein ganzer Kerl, nach dem Geschmack der Leute: bullig, schwer, Kampfsportler, Feuerwehrmann, Leibwächter Todor Živkovs, von Simeon zum Polizeichef gemacht, als solcher ein Liebling der Medien, von dort dann der Sprung ins Amt des Bürgermeisters von Sofia. Bei den Wahlen im Juli 2009 gewann *Bate Bojko* („Großer Bruder Bojko“), wie ihn das Volk beziehungsweise die Journalisten nennen, mit seiner zu diesem Zweck gegründeten Partei (GERB) die traditionellen 40 Prozent. Nun muss man abwarten, ob er wirklich aufräumt im Staate, oder wer als nächster Messias auf die Bühne tritt.

Puzzlesteine des Wir-Gefühls

Das Kabinett, mit dem Borisov angetreten ist, brachte Gesichter in die Politik, die man bisher kaum kannte (was als positiv empfunden wird: Wenigstens sind sie nicht jetzt schon kompromittiert). Mit einer Ausnahme: Den neuen Posten eines „Ministers für die Bulgaren im Ausland“ erhielt Božidar Dimitrov, bisher Leiter des Geschichtsmuseums. Seine Popularität beruht auf gut lesbaren Büchern mit Titeln wie „Die Bulgaren – die ersten Europäer“. Wie so oft in den Balkanländern dient Geschichte ihm weniger der kritischen Reflexion von Herkunft und Hintergründen als vielmehr dafür, den Glauben an die anderorts schon ausrangierte Idee der Nation zu beflügeln.

² Zu den Parteien vgl. ausführlich den Beitrag von Tim Graewert in diesem Heft.

Sehr präsent als Puzzleteile des nationalen Mosaiks sind – schon wegen ihres Denkmals vor der Nationalbibliothek – die Mönche Kyrillos und Methodios, aufgewachsen im 9. Jahrhundert in Thessaloniki als Söhne einer Offiziersfamilie. Kyrill (bürgerlich: Konstantinos), hochgelehrt und als byzantinischer Diplomat auch weit gereist, schuf ein Alphabet, um religiöse Schriften ins Slawische zu übertragen. Seine „Glagolica“ kennen heute nur noch Philologen, doch ausgehend von ihr entstand später eine einfachere Schrift, die man heute als „kyrillische“ für einige slawische Sprachen verwendet. In einer Medienkampagne 2007 wurden *Kiril i Metodij* unter die zehn „größten Bulgaren aller Zeiten“ gewählt. Über eine solche nationale Zuschreibung wären die zwei byzantinischen Gelehrten wohl sehr erstaunt, aber was sollen sie machen: Auch andere Nationen in Südosteuropa beanspruchen sie als nationales Erbe.

Brückenbauen über die Jahrhunderte

Ein anderer wichtiger Bezugspunkt für das nationale Selbstbewusstsein sind die bulgarischen Reiche des Mittelalters. Aus byzantinischen Chroniken kennt man 681 als das Jahr, in dem ein kriegerischer Trupp von *Voulgaroi* unter ihrem Anführer Asparuch sich südlich der Donau festsetzte. Byzanz versuchte, dies militärisch zu verhindern, scheiterte, und regelte die bilateralen Verhältnisse dann lieber mit Geld. Daraus erwuchs dem byzantinischen Reich ein Nachbar, veränderlich sowohl in seiner Ausdehnung als auch in den Formen seiner Abhängigkeit. Zeitweise (1018 bis 1186) verschwand das Bulgarenreich ganz von der Landkarte. Zu anderen Zeiten wurde es so mächtig, dass selbst Konstantinopel seine Prinzessinnen zur Beziehungspflege einsetzte. Der Traum von „Bulgarien an den drei Meeren“ stammt aus diesem „goldenen Mittelalter“.

Aus dem „goldenen Mittelalter“ stammt der Traum von „Bulgarien an den drei Meeren“.

Noch identitätsstiftender als die Mittelalter-Reiche ist die Zeit der „bulgarischen Wiedergeburt“ im 18. und 19. Jahrhundert. „Wiedergeburt“ ist eine raffinierte Prägung, denn was wiedergeboren wird, muss ja schon einmal auf der Welt gewesen sein. Damit ist mit einem Zungenschlag die Brücke gebaut vom 19. Jahrhundert zu den Zarenreichen des Mittelalters. Die kleine Lücke von 500 Jahren, die dazwischen liegt, kann übergangen werden. Die Zeit der Osmanenherrschaft seit Ende des 14. Jahrhunderts wird zum Dornröschenschlaf der

bulgarischen Nation. Aus 500 Jahren Dämmerzustand „erwachte“ die Nation im 18. und 19. Jahrhundert. Ein erstes Signal war 1762 zu hören, als der Mönch Paisij in einem Kloster auf dem Athos eine „Slawobulgarische Geschichte“ schrieb und sagte, dass man sich als slawisch sprechender Bulgare nicht zu schämen brauche vor den Griechen, die die Kirche und das Handelswesens in jenem Teil des Osmanenreiches dominierten.

Das nächste Signal vernahm man 1870, als der Sultan in Istanbul schriftlich zugestand, dass es von nun an eine eigene bulgarische Kirche geben solle, gesondert von der griechischen. Die kirchliche Unabhängigkeit des „Exarchats“ wird als Vorstufe zur staatlichen Eigenständigkeit gesehen. Das Verdienst der Kirche um die Nation hat selbst die kommunistische Partei, die konkurrierende Heilslehren ansonsten eifersüchtig unterdrückt, dazu bewogen, der Kirche in der bulgarischen Geschichte einen gewissen Platz in den Schulbüchern einzuräumen.

Die Integrationsfigur

Für die Abnabelung vom Sultansthron gab es im 19. Jahrhundert auf dem Balkan verschiedene Modelle, darunter nicht zuletzt den Vorschlag, wie Österreich-Ungarn eine Doppelmonarchie einzurichten, mit dem Sultan als Oberhaupt über beide Teile, den türkischen und den bulgarischen. Das Geschichtsbewusstsein der Bulgaren kennt diese friedlichen Ideen kaum. Aktiv erinnert wird vielmehr eine Geschichte von Aufstand, Revolution und Heldentum. Im Zentrum der etablierten Erzählung steht ein Netzwerk von vornehmlich jungen Burschen, die Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts versuchten, mit einem Volksaufstand die Osmanenherrschaft abzuschütteln, eventuell mit Hilfe der europäischen Großmächte. Mit ein paar Aktionen im Innern hoffte man, deren Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Die beliebteste Figur aus den Reihen dieser Revolutionäre ist Vasil Ivanov Kunčev, besser bekannt als Vasil Levski, der 1873 wegen Mordes hingerichtet wurde. Zuvor war er jahrelang durchs Land gezogen, um Zellen für den Aufstand zu gründen. Das jugendliche Porträt des Revolutionäres, glattrasiert, mit großem Mund, hängt praktisch in jedem Klassenzimmer, Rathaus und Ministerium. So wichtig ist Levski für das nationale Wir-Gefühl, dass die Bulgaren ihn „den Apostel“ nennen. Eine echte Integrationsfigur: Kommunisten, Christen, Anarchisten,

Pazifisten, Nationalisten, Demokraten – alle sehen in Vasil Levski ihren Vorkämpfer.

Der Aufstand 1876 wurde niedergeschlagen, aber der Plan schlug nicht ganz fehl: Getragen vom Bruderschaftstaumel der panslawischen Öffentlichkeit jener Zeit, nicht weniger allerdings von machtpolitischen Interessen, sandte Zar Alexander II. aus Petersburg im Jahre 1877 seine Bauernsoldaten über die Donau, um der schwächelnden Osmanendynastie die europäischen Besitzungen abzunehmen („Befreiung“ nach der auf Siegerseite etablierten Deutung). Der Widerstand der übrigen europäischen Mächte verhinderte die Gründung eines Großbulgarien von Russlands Gnaden, wie es im Frieden von San Stefano (1878) skizziert war. Der Berliner Kongress ein halbes Jahr später ließ nur ein kleines, tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien zu sowie ein osmanisches Sondergebiet in der Südhälfte des heutigen Bulgarien namens Namen Ostrumelien³ mit christlichen Gouverneur. Darum ist „San Stefano“ das Stichwort, bei dem jeder Bulgare, der im Schulunterricht aufgepasst hat, seufzt: „So groß wäre Bulgarien eigentlich ...“

Unterdrücker in Pluderhosen

Die 500 Jahre der Osmanenherrschaft in Südosteuropa gelten dem populären bulgarischen Bewusstsein noch immer als *tursko robstvo* (Türken-Sklaverei): eine Zeit, in der Bauern ausgenommen, Christen zwangsislamisiert, Mädchen vergewaltigt, Knaben ihren Familien geraubt und Klöster in regelmäßigen Abständen niedergebrannt wurden – so die verbreiteten Klischees. Selbstverständlich gibt es heute auch Geschichtswissenschaftler, besonders in der jüngeren Generation, mit Anschluss an den Diskurs im Ausland, die das differenzierter sehen. Doch auch gebildete Leute in Bulgarien bekennen, dass ihnen, wenn sie an „die Türken“ denken, unwillkürlich gruselt. Dem Bild vom schnauzbärtigen Unterdrücker in Pluderhosen kann man sich nur schwer entziehen.

Dem Bild vom schnauzbärtigen Unterdrücker in Pluderhosen kann man sich in Bulgarien nur schwer entziehen.

Vor zwei Jahren hatten deutsche und bulgarische Historiker und Kunstgeschichtler eine Ausstellung geplant, die anhand des Ölgemäldes „Das Massaker von Batak“ zeigen sollte, wie das Geschichtsbild einer

³ Vgl. auch die Kartenskizze unten auf S. 314.

Nation geprägt wird. Batak ist ein Städtchen in den Rhodopen, das 1876 als Folge des erwähnten Aufstands viele Tote zu beklagen hatte. Die Ausstellung zeigte, auf welchen nachgestellten und fotografierten Szenen das Ölgemälde beruhte. Ein Skandal! So lieb war (130 Jahre später) den Bulgaren ihr Batak geworden, dass die bulgarische Co-Autorin des Projekts Drohungen gegen Leib und Leben erhielt. Die Ausstellung wurde abgesagt. Die von Boulevard-Blättern sowie dem Staatspräsidenten Georgi Pärvanov höchst persönlich angeheizte Öffentlichkeit wollte sich den Glauben an die Bilder nicht nehmen lassen. Die Mythen der Nation zu reflektieren, das ist Hochverrat.

Zum Glück ändert sich die Welt schneller als die Bilder, die man von ihr hat. Was das Türkenbild anbelangt: Viele Bulgaren fahren jetzt auch in die Türkei in Urlaub. Sie kommen von dort in der Regel sehr fröhlich zurück. Als Kulturmittler wirkt neuerdings auch eine türkische Fernseh-schulze, die wochentäglich in einem der zwei wichtigsten landesweiten Programme ausgestrahlt wird. Das Liebes- und Familienleben der hübschen Darsteller wird von der (weiblichen) Bevölkerung geradezu verschlungen. Das ist insofern eine kleine Revolution, als Hardcore-Nationalisten sonst schon Zeter und Mordio schreien wegen der fünf Minuten Fernsehnachrichten auf Türkisch, die das Staatsfernsehen am Nachmittag sendet.

Das Nebeneinander als Modell?

Die etwa 750.000 Türken, die in Bulgarien überwiegend in den zurückgebliebenen östlichen Landesteilen leben, spielen für das Selbstverständnis der Nation dagegen keine Rolle. Sie sind einfach da. Manchmal versuchen nationalistische Kreise, Kredit daraus zu schlagen, indem sie öffentliche Kampagnen gegen den Neubau von Moscheen oder gegen Muezzin-Rufe starten. Der gewöhnliche Bulgare nimmt das nicht so ernst. Er sucht das ungestörte Nebeneinander. Politiker benutzen den Begriff des „bulgarischen ethnischen Modells“. Das Wort ist hoch gegriffen. Auf die Realien des Alltags bezogen meint es, dass Türken und Bulgaren sich nicht die Schädel einschlagen. Ethnographen unterfüttern das mit Berichten, wie Nachbarn mit christlicher und muslimischer Familientradition ihre Feste gemeinsam feiern, oder dass manchmal auch der Hodscha und der Pope zusammen auftreten. Man müsste allerdings anfügen, dass die Leute in den östlichen Landesteilen heute auch deshalb so darauf erpicht sind, in Ruhe gelassen zu werden, weil ihnen noch der

Schrecken in den Gliedern sitzt aus den achtziger Jahren, als das Regime versuchte, mit Polizei- und Militärgewalt aus Mehmet einen Miroslav und aus Ülviye eine Silvia zu machen.

Worauf das ruhige Miteinander heute sich auch gründen mag: Was es wert ist, wird klar, wenn man an Bosnien, Kosovo und Makedonien denkt, wo Brandstifter die potenziellen Reibungen an Sprach- und Religionsgrenzen für ihre ganz eigenen Ziele ausnützen. Eine dauernde Diskussion in Bulgarien findet darüber statt, ob das „bulgarische ethnische Modell“ stabil ist oder ob Leute mit genügend Einfluss auch hier Lunte legen könnten für einen gewalttätigen Konflikt.

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die das Land prägt, aber nicht sein Selbstverständnis, sind die Roma. Die Schwierigkeiten fangen damit an, dass niemand sagen kann, wie viele es sind (370.000 oder 800.000?) und wer eigentlich dazugehört. Offensichtlich Roma sind jene, die in Slums am Stadtrand leben und mit dem Pferdewagen durch die Straßen ziehen, um das zu tun, was der gewöhnliche Bulgare noch immer nicht gelernt hat: Müll sortieren in wiederverwertbare Fraktionen. Doch es gibt auch Reiche mit großen Häusern, gebaut aus den Erträgen nicht immer legaler Geschäfte. Und dann gibt es noch Familien, die völlig integriert leben, Haus an Haus mit anderen Bulgaren. Wenn Bulgaren über „die Zigeuner“ schimpfen, dann meinen sie ausschließlich jene, die seit der Wende aus dem vom sozialistischen Staat betriebenen Schul- und Beschäftigungssystem gefallen sind und jetzt, verarmt, am Rande der Gesellschaft leben.

Die Debatte findet nicht statt

Die nähere Vergangenheit spielt eine zwiespältige Rolle im Bewusstsein der Bulgaren. Etlichen Gruppen der Bevölkerung (darunter Künstler, Rentner, Wissenschaftler) sind die Jahre des Sozialismus in rosiger Erinnerung. Nicht weil es unter dem Regime so toll gewesen wäre – Absurditäten gab es genug –, aber de facto ging es vielen Leuten damals besser. Abneigung gegen alles Kommunistische hegen die Angehörigen des alten Bürgertums, denen 1947 die Fabriken und der Lebensstil genommen wurden, die Nichtangepassten, denen das Regime in Lagern den Willen brach, jene, die sich der Morde und Säuberungen in den ersten Jahren des Regimes erinnern, weil die Opfer ihre Angehörigen waren, sowie all jene, die heute als Teil des europäischen Kulturraums zunehmend erkennen, welche Folgen die Parteiherrschaft von damals für Staat,

Wirtschaft und Gesellschaft heute hat – heute, zwanzig Jahre nach ihrem Ende.

Die Akten der Staatssicherheit sind, sofern sie überhaupt noch existieren, nach wie vor weitgehend unter Verschluss. Die jüngsten Versuche der Öffnung kommen fünfzehn bis zwanzig Jahre zu spät, und sie sind halbherzig. Die derzeitige Stasi-Akten-Kommission beschränkt sich darauf, im Abstand einiger Monate Listen zu veröffentlichen von Leuten aus Berufsgruppen wie Abgeordnete und Journalisten, die als Spitzel (in

Halbherzig – so lässt sich der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit treffend umschreiben.

Haupt- und Nebenamt) dokumentiert sind. Jüngst wurde dadurch klar: Ein Großteil der Besitzer von TV- und Radioprogrammen sind alte Geheimdienstler. Doch Folgen hat so etwas nicht. Dass

Staatspräsident Georgi Pärvanov selbst ein Stasimitarbeiter war, ist kein Hindernis für dieses Amt.

Das Dimitrov-Mausoleum ist ein gutes Beispiel für den Umgang mit Geschichte. Georgi Dimitrov, enger Mitarbeiter und Weggefährte Stalins, war der erste Staats- und Parteichef Bulgariens nach dem Zweiten Weltkrieg. Als er 1949 starb, wurde ihm im Stadtzentrum von Sofia, gegenüber vom Zarenpalast, eine Totenstätte errichtet, wuchtig wie das Lenin-Mausoleum, nur ein bisschen kleiner. In der Nachwendezeit stand es etwas verloren herum, wurde mit Graffiti „verziert“, und man fragte sich, was daraus werden sollte. Die Vorschläge variierten zwischen „öffentlicher Toilette“ und „Museum“. Unter der antikommunistischen Regierung Ivan Kostovs 1999 rückten plötzlich Bagger und Sprengmeister an. Das war im August, dem Monat, in dem die Stadt so gut wie ausgestorben ist. So wurde einfach per Ministerbefehl mit der Vergangenheit aufgeräumt, wenn auch nur oberflächlich. Eine gesellschaftliche Debatte fand nicht statt. Und die Fundamente des Mausoleums ragen noch heute einen Meter aus dem Boden, leicht verbrämt von stadtgärtnerischen Fingerübungen.

Zum Selbstbild eines Volkes gehören Dinge, die man sieht, und Dinge, vor denen man die Augen verschließt. Um auf die Tomaten vom Anfang zurückzukommen: Sie genießt der Bulgare am liebsten mit einem ordentlichen Gläschen Schnaps. Aber besser selbstgebrannten. Denn den Fabrikbesitzern ist alles zuzutrauen und der staatlichen Kontrolle wenig. Davor verschließt man keine Augen. Man weiß aber auch nicht, wie man es ändern könnte.

Schlaglichter auf das bulgarische Wahljahr 2009

Einleitung

Zweimal innerhalb eines Monats, am 7. Juni und am 5. Juli, waren die bulgarischen Wähler in diesem Jahr aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Seit den ersten freien Wahlen 1990 wurden die Regierenden bei jedem Urnengang vom Wähler abgestraft. Das war auch dieses Jahr bei den Europa- und Parlamentswahlen nicht anders.

Die parlamentarische Vertretung im zentralistisch gegliederten Bulgarien ist ein Einkammersystem. Das Parlament, im Bulgarischen „Narodno sabranie“ (= Volksversammlung) genannt, wird nach dem Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt und umfasst 240 Abgeordnete. Es existiert eine Sperrklausel von 4 Prozent. 2009 wurde ein Grabensystem eingeführt, wonach 87 Prozent der Sitze weiterhin nach dem

Wahlergebnisse (in Prozent)						
Partei	1991	1994	1997	2001	2005	2009 (nur Verhältnisanteil)
Die blaue Koalition	39,36	24,23	52,26	18,18	14,24	6,76
BSP	33,14	43,50	22,07	17,15	30,95	17,71
BRF	7,55	5,44	7,60	6,75	12,81	14,46
NBSA				42,74	19,88	3,02
Ataka					8,14	9,36
GERB						39,71
Wahlbeteiligung	85	75	62	67	56	60

Quelle: Eigene Darstellung. Die Daten stammen aus: Georgi Karasimeonov, *Partijnata sistema v Bălgarija*, Sofia 2006, sowie <http://www.rezultati.cik2009.bg>

Für die blaue Koalition wurden 1991-2005 die akkumulierten Prozentzahlen der Vorgängerwahlbündnisse UDK (1991-1994), VDK (1997-2005) und DSB (2005) angegeben. Die BSP trat ab 2001 im Wahlbündnis „Koalition für Bulgarien“ (KB) an, in dem sie die dominierende Partei war.

Der Autor hat in Sofia und Osnabrück studiert und sich besonders mit der Entwicklung des bulgarischen Parteiensystems beschäftigt.

Verhältniswahlrecht, 13 Prozent hingegen nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben werden. Im Gegensatz zum deutschen Wahlrecht sind in Bulgarien Wahlbündnisse unterschiedlicher Parteien zugelassen.

Bulgarische Sozialistische Partei (BSP)

Die BSP ist die direkte Nachfolgepartei der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP). Die Wende wurde in Bulgarien von Reformkommunisten der BKP initiiert, die am 10. November 1989 Staatschef Todor Živkov stürzten. Da zum Zeitpunkt des Systemwechsels keine starke Oppositionsbewegung existierte, leistete die BSP dem politischen Gegner Starthilfe und stattete die Opposition mit finanziellen Ressourcen aus.¹ 1994 errang die BSP die absolute Mehrheit der Parlamentssitze, erlebte aber bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 1997 mit einem relativen Stimmenverlust von 21,43 Prozent ein Debakel. Ursache dafür war die nationale Wirtschaftskrise, in deren Folge Engpässe in der Lebensmittelversorgung und eine Hyperinflation auftraten. Nachdem das Wahlbündnis der Sozialisten bei den Wahlen in den Jahren 1997 und 2001 erheblich an Stimmen einbüßte, konnte das von der BSP dominierte Wahlbündnis „Koalition für Bulgarien“ (KB) bei den Wahlen im Jahr 2005 erneut gewinnen und mit Sergej Stanišev den Ministerpräsidenten der „Dreierkoalition“ von Sozialisten, Zarenpartei und „Partei der Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (BRF) stellen. Trotz des 2007 erfolgten EU-Beitritts gelang es der Regierung nicht, die organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen, die Unabhängigkeit der Justiz zu verstärken oder die Korruption unter Staatsbediensteten einzudämmen. Dieses waren die Hauptgründe dafür, dass die EU-Kommission letztes Jahr zum ersten Mal komplette Förderprogramme eines EU-Mitgliedsstaats einfror.

Obwohl der Premierminister bei Umfragen im Vorfeld der Wahl wesentlich negativer bewertet wurde als sein Herausforderer Bojko Borisov, ließ er sich auf einen personalisierten Wahlkampf ein, was im Gegensatz zur kollektivistischen Tradition bisheriger BSP-Wahlkämpfe stand. Staniševs Strategie bestand darin, auf Borisov als unerfahrenen politischen Newcomer mit ungenügenden wirtschaftlichen Kenntnissen und möglichen fatalen Folgen bei der Bewältigung der globalen Finanzkrise hinzuweisen. Zusätzlich brachte Stanišev Borisov mit dem unbeliebten

¹ Charles A. Moser: Theory and History of the Bulgarian Transition. Sofia 1994, S. 85.

Ex-Premierminister Ivan Kostov (amtierte 1997-2001) als dessen möglichen Koalitionspartner in Verbindung. Die Angst vor dieser „unerwartet schlechten (Personal-)Kombination“ wurde in einem Wahlwerbespot akzentuiert, der nach der Aussage einiger Mütter zwar dazu in der Lage war, kleine Kinder zu erschrecken, die erwünschte Wirkung beim Wähler jedoch verfehlte.

Die blaue Koalition

Darunter ist ein Wahlbündnis zwischen der „Union der Demokratischen Kräfte“ (UDK) und den „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB), die sich vor den Parlamentswahlen 2005 von der UDK abgespalten hatte, zu verstehen. Die UDK entstand 1989 als Dachorganisation verschiedener informeller Gruppen, die die führende Rolle der kommunistischen Partei infrage stellten. Die Parteiführung reformierte sie vor der Wahl 1997 zu einer einheitlichen Partei mit bürgerlich-konservativem Antlitz. Dies trug dazu bei, dass bei der Wahl 1997 52,26 Prozent der Stimmen erreicht werden konnten und die UDK als dominierende Partei des kurz vor der Wahl formierten Wahlbündnisses „Vereinte Demokratische Kräfte“ (VDK) mit Ivan Kostov den Premierminister stellte.

Trotz außen- und innenpolitischer Erfolge wie etwa Eindämmung der Hyperinflation (1997) und Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 1999 blieb die Regierung Kostov von Korruptionsvorwürfen, insbesondere im Zusammenhang mit Privatisierungsprozessen, nicht verschont². Auch verlangten die Sparauflagen des 1997 eingeführten Währungsrats der Bevölkerung zahlreiche Opfer ab, weshalb sich ein Großteil der Wählerschaft wieder von der UDK abwandte. Interne Konflikte führten zu wiederholten Parteiabsplaltungen. Im Frühjahr 2009 bildeten die UDK mit ihrem Vorsitzenden Martin Dimitrov und die DSB das Wahlbündnis der blauen Koalition, die bei den Parlamentswahlen 2009 jedoch nur 6,76 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten.

Nationale Bewegung für Stabilität und Aufschwung (NBSA)

Ursprünglich hieß die Partei „Nationale Bewegung Simeon II.“ und ist untrennbar mit der Person des letzten bulgarischen Monarchen verbun-

² Vgl. <http://www.capital.bg/show.php?storyid=713053> (letzter Zugriff: 12.10.2009).

den. Dieser war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor den Kommunisten ins spanische Exil geflohen, kehrte 2001 nach Bulgarien zurück, gründete nur wenige Monate vor der damaligen Parlamentswahl eine Partei und versprach mit einem populistischen Wahlprogramm, die Lebensverhältnisse der bulgarischen Bevölkerung binnen 800 Tagen entscheidend zu verbessern. Die Popularität der Partei sank aber schnell, da das unrealistische Wahlversprechen nicht eingehalten wurde und der Ex-Zar darüber hinaus ehemalige Grundstücke seines Vaters im Zuge der Reprivatisierung für sich beanspruchte. Die Partei wurde 2007 in „Nationale Bewegung für Stabilität und Aufschwung“ umbenannt, ihr inzwischen in Ungnade gefallener Gründer gab die Parteiführung jedoch nicht auf. So verwundert es nicht, wenn die Partei bei den Parlamentswahlen nur 3 Prozent der Stimmen erhielt und damit die Vierprozenthürde verfehlte. Der Ex-Zar trat daraufhin als Vorsitzender zurück.

Populärstes Parteimitglied ist die erste bulgarische EU-Kommissarin Meglena Kuneva, die im Jahr 2007 das wichtige Ressort für Verbraucherschutz übernahm und sich in Brüsseler Kreisen schnell einen Namen machte, zum Beispiel mit Vorschlägen zur Verbesserung von Privatklagen bei Verletzungen des Kartellrechts. Die Teilnahme Kunevas als Spitzenkandidatin bei der Europawahl trug dazu bei, dass die NBSA bei diesem nur einen Monat früher stattfindenden Urnengang 8 Prozent der Stimmen gewann und mit zwei Abgeordneten ins Europaparlament einzog. Kuneva nahm ihr Mandat jedoch nicht an. Den Posten als EU-Kommissarin muss sie nach der Neuwahl der Kommission im September räumen, da die derzeitige Außenministerin Rumjana Jeleva die Nachfolge Kunevas als bulgarische EU-Kommissarin antreten wird.

Mit dem Ex-Monarchen waren wohl die größten politischen Hoffnungen der Bulgaren seit der Einführung der Demokratie verbunden. Da sein Handeln in eklatantem Widerspruch zu den selbst geweckten Erwartungen stand, wird der Exil-Monarch möglicherweise als die größte Enttäuschung der Nachwendezeit in die bulgarische Geschichte eingehen.

Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF)

Die „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ ist eng mit dem Namen ihres Gründers und Parteivorsitzenden Achmed Dogan verbunden, der sich in den achtziger Jahren gegen die von der kommunistischen Partei initiierte Kampagne zur Assimilierung der türkischen Minderheit wandte.

Vorrangiges Ziel der BRF ist die Vertretung dieser Minderheit in Bulgarien, die ca. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Die Partei ist Mitglied der Liberalen Internationalen und der Allianz der Liberalen im Europaparlament, der innerparteiliche Führungsstil Dogans ist jedoch alles andere als liberal. Er allein bestimmt die Kandidaten für Abgeordnetenmandate im Parlament und die Bewerber für die Oberbürgermeisterämter; auch ist er befugt, Parteimitglieder aufgrund von Aktionen, die zu innerparteilichen Spaltungen führen könnten, auszuschließen.³

Im Vorfeld der Wahlen sorgte die Aussage Dogans bei einer Wahlkampfveranstaltung für Aufsehen. Die bulgarische Internetzeitung mediapool zitierte ihn mit den Worten „Seid überzeugt, dass ich vieles kann, darin einbegriffen die Regierenden regieren“.⁴ Die Bemerkung Dogans, er sei „das Instrument der Macht“, führte zu einem Sturm der Entrüstung bei den bulgarischen Wählern. Aufforderungen wie „Wählt gegen die BRF“ oder „Wählt gegen den unverschämten Dogan“ waren in den Tagen vor der Wahl oft zu hören. Sicherlich wurden so einige Wähler dazu motiviert, ihr Kreuzchen zu machen, die sonst zu Hause geblieben wären. Es drängt sich die Frage auf, ob dem als klugen Strategen bekannten Dogan mit seinen öffentlichen Aussagen überraschenderweise ein Fehler unterlaufen war. Für das Abschneiden der BRF bei der Wahl hatten sie jedenfalls keine negativen Konsequenzen. Trotz gesteigerter Wahlbeteiligung, die sich zu Ungunsten der BRF hätte auswirken können, steigerte sie ihr Wahlergebnis von 2005 (12,81 Prozent) auf 14,46 Prozent. Da die BRF neben dem Wahlsieger GERB als einzige Partei Direktmandate gewinnen konnte, belegt sie jetzt 15,8 Prozent der Parlamentssitze.

Ataka (Attacke)

Die Wahlinitiative „Ataka“ wurde erst einige Monate vor den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2005 gegründet und erzielte mit einem Stimmenanteil von 8,14 Prozent einen schnellen Erfolg. Der Parteiname ist gewählt in Anspielung auf die erfolgreiche bulgarische Attacke auf die türkische Festung Adrianopel (Edirne) während des ersten Balkankriegs (1913). „Führer“ von „Ataka“ ist der Journalist Volen Siderov, ehemals

³ Vgl. Georgi Karasimeonov: *Partijnata sistema v Bălgarija*. Sofia 2006, S. 216 f.

⁴ <http://www.mediapool.bg/show/?storyid=153969> (letzter Zugriff: 12.10.2009).

Mitglied der UDK und früherer Herausgeber der Parteizeitung „Demokrazija“. Das Parteiprogramm von „Ataka“ ist nationalistisch-populistisch ausgerichtet und enthält zusätzlich linkssoziale Inhalte.

Bei den diesjährigen Parlamentswahlen erhielt „Ataka“ 9,36 Prozent der Stimmen, die nach Verhältniswahlrecht vergeben wurden. Noch Anfang des Jahres hatte Siderov erklärt, seine Partei werde auf keinen Fall eine Minderheitsregierung tolerieren, denn das schließe die Verwirklichung eigener Ideen und Programme aus. Nach der Wahl kam es jedoch zum „Umfall“: Die Partei erklärte sich bereit, die Minderheitsregierung von GERB auch ohne die Entsendung eines eigenen Ministers zu tolerieren. Wie sich dies auf das Wählerverhalten der Anhängerschaft von „Ataka“ auswirken wird, hängt davon ab, ob „Ataka“ auch unpopuläre Entscheidungen wie z. B. mögliche Privatisierungen von Krankenhäusern mitzutragen bereit ist. Sollte dies geschehen, könnte die Glaubwürdigkeit der Partei gegenüber Protestwählern untergraben werden.

GERB

Diese Partei, die die Parlamentswahlen vom 5. Juli 2009 gewonnen hat, wurde 2006 vom damaligen Sofioter Oberbürgermeister Bojko Borisov gegründet; er wurde am 27. Juli 2009 zum neuen bulgarischen Premierminister gewählt. GERB errang 48 Prozent der Abgeordnetenmandate (39,71 Prozent durch Verhältniswahl, außerdem 26 von 31 Direktmandaten). Fünf Mandate fehlen der Minderheitsregierung zur absoluten Mehrheit.

GERB heißt übersetzt „Wappen“, die Initialen stehen aber für „Grajdanite za Evropejskoto Razvitie na Bălgarija“ – „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“. Die Partei ist mit Neupolitikern und Parteiwechslern besetzt. Beim Gründungskongress der Partei drohte Borisov damit, die Partei aufzulösen, falls sie sich so entwickeln würde wie die anderen Parteien; Borisov beansprucht damit die uneingeschränkte Führung. Parteivorsitzender ist allerdings der neue Finanzminister Zvetan Zvetanov, der bereits vor über 20 Jahren ein Kollege Borisovs im Innenministerium war und als dessen rechte Hand gilt. Borisov war in den achtziger Jahren Dozent an der Polizeihochschule des bulgarischen Innenministeriums. 1989 beendete er diese Tätigkeit, um als Leibwächter zu arbeiten und 1991 die Sicherheitsfirma „Ipon“ zu gründen, mit der er u. a. die Villa des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Todor Živkov bewachte. Außerdem betätigte sich Borisov als Feuer-

wehrmann und als Nationaltrainer des bulgarischen Karateteams. Im Jahr 2001 wurde er Staatssekretär im Innenministerium unter Premierminister Sakschoburgotski, 2005 dann Bürgermeister Sofias.

Bojko Borisov verzichtete im Wahlkampf sowohl auf die Bekanntgabe eines Schattenkabinetts als auch auf klare inhaltliche Ankündigungen, denn „die Bulgaren (schenken) den Worten (von Politikern) keine Aufmerksamkeit mehr. Das Auge muss etwas sehen und die Hände (müssen) etwas fassen können“.⁵ Offensichtlich überzeugte die bloße Präsenz des „balkanischen Schwarzeneggers“ die Wähler dahingehend, dass dieser Ex-Bodyguard mit der bulligen Statur das nötige Zeug zum Zupacken besitzt.

Eine der ersten Amtshandlungen Borisovs war der Besuch beim Generalstaatsanwalt Boris Velchev, dem er ein Ultimatum von 180 Tagen stellte, um die Betrugereien mit EU-Fördergeldern zu stoppen. Das wäre die Grundvoraussetzung, um geplante Infrastrukturprojekte wie den Bau von Autobahnen realisieren zu können. Falls der „Superbulle“ mit seinem Vorhaben, die Korruption zu bekämpfen, Erfolg haben sollte, werden die leidgeprüften bulgarischen Wähler sicher auch die von Kolumnisten erwartete „kalte Dusche“ ökonomischer Reformen, die unangenehme Konsequenzen für einige Bedienstete von Staatsbetrieben haben könnte, mittragen.

Ausblick

Die bulgarische Wählerschaft ist zu oft enttäuscht worden, um mit der Wahl einer neuen Regierung große Hoffnungen zu verbinden. Derzeit haben die bulgarischen Staatsbürger kein Vertrauen zu den Legislativ-, Exekutiv- und Judikativorganen ihres Staates. Borisov hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Vertrauen mit einem autoritären Führungsstil zurück zu gewinnen. Wenn dieses Vorhaben gelingt, könnte er der erste bulgarische Regierungschef sein, der durch den Souverän, also das Volk, in seinem Amt bestätigt werden wird.

⁵ <http://www.mediapool.bg/show/?storyid=153953> (letzter Zugriff: 12.10.2009).

Der schmale Grat zwischen Kriminalität und Recht in Bulgarien

In den vergangenen Jahren hat Bulgarien den Ruf erworben, das korrupteste Land in der Europäischen Union zu sein. Das ist nicht ganz gerecht. Die Wahrheit ist vielmehr, dass das Land in den letzten Jahren vom korruptesten Ministerpräsidenten in Europa regiert wurde: Sergej Stanišev.

Um zu beschreiben, was sich in den Jahren seiner Regierung abspielte, haben Journalisten in Bulgarien einen neuen Begriff eingeführt: den Be-

Der Korruptionär ist ein hoher Staatsbediensteter, der Einnahmequellen sprudeln lässt, die am Rande der Legalität liegen.

griff des Korruptions-Millionärs oder kurz des „Korruptionärs“. Der Korruptionär ist ein hoher Staatsbediensteter, der Einnahmequellen sprudeln lässt, die am Rande der Legalität liegen. Der Korruptionär tritt kaum ins Gesichtsfeld der

Medien und der Staatsanwaltschaft, denn in der Regel hinterlässt er mit seinen Anweisungen und bei seinen Taten keine schriftlichen Spuren. Eine lange Zeit unkontrollierter Regierungsverantwortung jedoch kann den Korruptionär auch unvorsichtig werden lassen.

Immobiliengeschäfte ...

Am 3. Juli 2006 bevollmächtigte Ministerpräsident Sergej Stanišev seinen Parteigenossen Stajko Genov, die Stadt Čirpan in seinem Namen finanziell zu übervorteilen. Ein Bevollmächtigter ist rechtlich gesehen nicht nur eine Vertrauensperson, sondern ein zweites Ich dessen, der die Vollmacht erteilt. Dieser trägt die moralische und juristische Verantwortung für das, was in seinem Namen ausgeführt wird. Das heißt, dass

Känčo Kožucharov, geb. 1950, ist ein vielfach ausgezeichnete Schriftsteller und Journalist. Sein 2007 erschienenes Buch „Who is Who der bulgarischen Korruption“ (Koj kakāv e v bālgarskata korupcija) liest sich wie ein Kriminalroman. Band 2 des „Who is Who“ erschien 2008.

Sergej Stanišev mit seiner Unterschrift unter die Vollmacht Nr. 6280 vom 3. Juli 2006 erklärte: „Stajko Ivanov Genov aus Čirpan bin ich, seine Handlungen sind meine Handlungen.“ Ähnliche Vollmachten gab Stanišev als Parteivorsitzender der bulgarischen Sozialisten (BSP) auch vielen anderen Parteifunktionären im ganzen Land.

Der ansonsten völlig unbekannte Stajko Genov wurde ausgewählt, weil er gleichzeitig Vorsitzender des Ortsvereins der BSP in Čirpan und Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Gemeinderates ist. Der Haushaltsausschuss ist auch für die Immobilien der Gemeinde zuständig. Genov machte sich ans Werk, und am 30. November 2006 spielte sich der erste von vier Akten des geplanten Gaunerstückes ab: Genov nahm ein Sachverständigengutachten entgegen über den Marktwert des Parteilokals der BSP in Čirpan. (Parteilokale, das muss man dazu wissen, sind in Bulgarien in aller Regel Eigentum der Gemeinde, die per Gesetz verpflichtet ist, den Parteien Räume zur Nutzung zu überlassen.) Die Sachverständige, Ing. Stojanka Manolčeva-Nikolova, hatte nun die Aufgabe, den Wert des Parteilokals so niedrig wie möglich einzuschätzen.

Ihr Gutachten kommt zu dem Resultat: Das 157 Quadratmeter große Lokal im Zentrum der Stadt hat einen Verkehrswert von 57.000 Leva (etwa 28.000 Euro). Weil aber am Markt dafür real ohne weiteres 300.000 Leva zu erzielen wären, muss Manolčeva-Nikolova einige argumentative Klimmzüge machen, um ihre Expertise zu begründen:

- Erstens: Sie zieht 30 Prozent vom Preis ab wegen „technischen Wertverlusts und Bauschäden“, auch wenn nicht klar wird, was für ein Wertverlust und was für Schäden das sein sollen. Vielleicht die kürzlich eingebauten Aluminiumfenster oder das Eichenparkett?
- Zweitens nimmt Manolčeva-Nikolova an, dass die übliche Miete für solche recht luxuriösen Räumlichkeiten 3 Leva pro Quadratmeter beträgt (also knapp 1,50 Euro) und diese Miete sich in den kommenden 47 Jahren nicht verändern wird. Das ist offensichtlich absurd, besonders wenn man weiß, dass die Gemeinde Čirpan im Vorjahr Flächen zur Verpachtung ausgeschrieben hatte, die teurer waren; und das nicht etwa für ein Gebäude, sondern für unbebautes Land.
- Der dritte Akt des Gaunerstückes spielt dreieinhalb Monate später. Stanišev kauft als Parteivorsitzender der BSP durch seinen Bevollmächtigten Stajko Genov in Čirpan für die Partei eine 61 Quadratmeter große Wohnung. Er kauft sie billig, denn sie liegt im siebten Stock eines 25 Jahre alten Plattenbaus, des letzten in der

Stadt. Der Preis beträgt 11.384 Leva (knapp 6.000 Euro). Nur zwei Stunden später taucht ein Gutachten auf (natürlich von der schon erwähnten Sachverständigen Manolčeva-Nikolova), das dem Appartement einen Verkehrswert in fast dreifacher Höhe des Kaufpreises bescheinigt: 30.600 Leva. Gemäß dieses Gutachtens ist der Quadratmeter dieser Immobilie, die sich jetzt im Besitz der BSP befindet, mit 501 Leva anzusetzen. (Man beachte, dass das erste Gutachten für eine Immobilie ausgestellt wurde, die im Erdgeschoss eines alleinstehenden Hauses im Stadtzentrum liegt und in der bereits zahlreiche Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden, das zweite Gutachten hingegen für eine Wohnung am Stadtrand im siebten Stock eines Plattenbaus ohne jegliche Modernisierung.)

- Der vierte Akt des Stücks musste etwas weiter abseits von den Blicken der Journalisten durchgeführt werden. Am 31. März 2007 versammelt sich der Gemeinderat der Stadt Čirpan im Hotel „Arsenal“ im Badeort Nesebăr am Schwarzen Meer, 250 Kilometer von der Stadt entfernt. Dort wird der Tausch des Parteilokals (aus dem Besitz der Stadtgemeinde) gegen die Plattenbauwohnung (aus dem Besitz der BSP) ans Ende der Tagesordnung gesetzt. In nur fünf Minuten drückt die rote Ratsmehrheit die Diskussion zu diesem Thema durch und sorgt für die offizielle Zustimmung zu dem betrügerischen Tausch. Die Gemeinde überträgt ihr Eigentum freundlich an den Ortsverein der BSP, der nur noch zum Ausgleich der begutachteten Verkehrswerte eine Zuzahlung von 26.400 Leva leisten muss. Dann stellt der Notar die Dokumente aus. Auf diese Weise kommt die BSP in den Besitz eines innerstädtischen Lokals im realen Wert von 300.000 Leva.

Mit Grundstückstauschgeschäften dieser Art hat der Ministerpräsident und Parteivorsitzende der BSP während seines vierjährigen Mandats Dutzende von Städten finanziell geschädigt. Bis heute jedoch könnte die Staatsanwaltschaft den Premierminister nicht zur Verantwortung ziehen, selbst wenn sie es wollte, denn im bulgarischen Strafrecht fehlt noch immer eine Definition von Korruption. Wenn jedoch ein Gericht die oben erwähnte Definition des „Korruptionärs“ benutzte, könnte sich der ehemalige Ministerpräsident schnell hinter Gittern wiederfinden. Obwohl er sich nicht persönlich bereichert hat, erfüllen die in Čirpan und Dutzenden anderer Orte vorgenommenen „gleichwertigen Tauschgeschäfte“ idealtypisch den Tatbestand der politischen Korruption.

... und das bulgarische Gerichtswesen

2008 und Anfang 2009 fügte Stanišev dem Staat Bulgarien durch Tauschgeschäfte mit Grundstücken an der Schwarzmeerküste und in den Urlaubsorten im Gebirge Schaden von über acht Milliarden Leva zu. Und damit dies für die Ausführenden nicht etwa unangenehme Folgen haben würde: Am Ende der Regierungszeit hat die rote Parlamentsmehrheit ein Amnestiegesetz angenommen, mit dem in der Praxis alle Staatsbediensteten, die an betrügerischen Immobilientauschgeschäften beteiligt waren, straffrei gehalten werden. Aus Sicht der bulgarischen Sozialisten war das dringlich, denn sie ahnten bereits, dass sie bei den Wahlen 2009 die Regierungsmacht verlieren würden und damit auch den Einfluss auf das Gerichtswesen, das in den Jahren der Stanišev-Regierung fast vollständig von den Regierenden kontrolliert wurde – mit dem Ergebnis, dass es völlig ineffektiv wurde, gemessen an dem, was es eigentlich leisten soll.

In den Jahren der Stanišev-Regierung wurde das Gerichtswesen fast vollständig von den Regierenden kontrolliert – mit dem Ergebnis, dass es völlig ineffektiv wurde, gemessen an dem, was es eigentlich leisten soll.

„Das Justizsystem in Bulgarien wäscht die Verbrecher rein“, formuliert Philosophieprofessor Nikolaj Vaselev das Problem: „Entweder sind die Anklagen lächerlich oder die Beweise, die vorgelegt werden. Wenn weder die Anklagen noch die Beweise lächerlich sind, sind es die Urteile.“

Verbrechen in der Energiewirtschaft

Für andere Bereiche der Wirtschaft lassen sich ähnliche Beispiele mühelos finden. Als besonders anfällig erweist sich die Energiewirtschaft, in der nach Meinung von Insidern das Abzweigen von Kapital aus den staatlichen Energieunternehmen in den vergangenen Jahre Dimensionen angenommen hat, die die Finanzkraft des Staates untergraben. Auch hierfür ein Beispiel:

In der Redaktion, in der ich arbeitete, erhielten wir einen Hinweis auf großangelegten Diebstahl im Braunkohletagebau „Marica Iztok“, dem Sockelstein der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes. Ich fuhr ins Tagebaugelände. Nach zwei Tagen und einigen Dutzend Gesprächen mit Arbeitern und Angestellten des Betriebs verfügte ich über

eindeutige Informationen. „Hier im Bergwerk wurde ja immer schon gestohlen, aber seit diese da an die Macht gekommen sind, wird hier geklaut, als wäre es die letzte Gelegenheit.“ Gestohlen wird auf vielerlei Weise: mit Hilfe vorher abgesprochener Ausschreibungen; indem Bau- und Montagearbeiten mehrfach in Rechnung gestellt werden; indem Rechnungen bezahlt werden für Sanierungsarbeiten, die nie ausgeführt wurden.

Der Umstand, dass die Bergbaubetriebe auch nach 1989 ohne Unterbrechung von Mitgliedern der alten Parteionomenklatur kontrolliert wurden, hat bei der Werksleitung zu einem Gefühl der Sicherheit geführt, dass das, was immer sie auch tut, straflos bleiben wird; die Arbeiter und Angestellten nehmen die Dinge hin, schicksalsergeben wie in den Zeiten des Feudalismus. Jeder kennt zahllose Geschichten von ungeheurem Missbrauch des Betriebsvermögens, aber erzählen würde man sie nur unter vier Augen. Die Angst vor der Rache der Mächtigen am Ort verschließt allen den Mund – außer wenigen Mutigen, die sich nicht unterkriegen lassen.

Nur der Vollständigkeit halber sei bemerkt: Einen noch längeren Beitrag könnte man über das größte Investitionsvorhaben in Bulgarien, das Atomkraftwerk „Belene“, schreiben – alles, was da im Vorfeld gelaufen ist, deutet auf eine wahre Korruptionsmaschinerie hin.

Aussichten

Für den deutschen Leser mögen Geschichten über ein nicht funktionierendes Justizsystem, eine Verflechtung von Parteien mit dem organisierten Verbrechen und über käufliche, korrupte Politiker vermutlich wie Schauermärchen klingen. Man sollte aber bedenken, dass für viele Leute der unmittelbare persönliche Gewinn oder der Gewinn für die Partei oder die Firma wichtiger ist als die langfristige politische Perspektive einer gemeinsamen, sich gegenseitig unterstützenden europäischen Staatenfamilie.

Die jüngsten Parlamentswahlen haben die politische Situation Bulgariens deutlich verändert. Ob damit jedoch die oben geschilderten Phänomene bald der Vergangenheit angehören werden, bleibt abzuwarten.

Aus dem Bulgarischen übersetzt von Christian Geiselmann.

Die Entwicklung des Demokratieverständnisses in Bulgarien seit dem Umbruch

Bulgarien zwanzig Jahre nach der „Wende“

Die Bürger Europas schauen im Jahr 2009 auf zwanzig Jahre seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zurück. Dieses historische Ereignis hat auch für Bulgarien, ein stark sozialistisch geprägtes Land in Südosteuropa, wichtige politisch-gesellschaftliche Veränderungen mitgebracht – das Ende der kommunistischen Ära und den Beginn einer demokratischen Regierungsform. Im Unterschied zu anderen Ländern Südosteuropas ist dieser Prozess in Bulgarien friedlich verlaufen. Ohne Krieg, aber mit unnötig viel bürgerlicher Geduld und einer uneffektiven Staatspolitik, hat sich ein sehr lang gezogener und mühsamer Umbruch vollzogen. Diese tiefgreifende gesellschaftliche Transformation hat in Bulgarien zwanzig Jahre politischen Leerlauf und bürgerliche Lähmung verursacht. Leider ist die sozialistische Denkweise tief in den Köpfen der Menschen verwurzelt, die kommunistischen Strukturen wirken immer noch nach.

Der Begriff „Demokratie“ beschäftigt uns, die Bulgaren, in den langen und schwierigen Jahren seit Beginn des Umbruchs immer noch sehr intensiv. Allein schon die bulgarische Bezeichnung für die „Wende“ – *„als die Demokratie kam“* – zeigt sehr deutlich unsere Einstellung zum wichtigsten Ereignis in Europa 1989/1990. Für den Bulgaren ist die Demokratie wieder etwas, das von außen kommt und an dem wir, die Bürger, keinen aktiven Anteil haben dürfen. Diese Haltung ist eine Folge des mühseligen „bulgarischen Umbruchs“ und der spezifischen Wertvorstellungen der Menschen aus der jüngsten Vergangenheit (wie

Was in Deutschland und Westeuropa „Wende“ heißt, wird in Bulgarien umschrieben mit „als die Demokratie kam“.

Violeta Kyoseva ist Vorsitzende von FAR (Verein für demokratische Bildung, Burgas).

z. B. Vorliebe für den Kollektivismus anstelle von persönlichen Initiativen und Freiheiten).

Bulgarien ist heute in die europäische und transatlantische Zusammenarbeit integriert. Die große politische Frage der zwanzig Jahre jungen Demokratie in Bulgarien ist gegenwärtig die Frage der *Zivilgesellschaft*. Ihre Entwicklung erfolgte parallel mit dem Prozess der Demokratisierung des Landes. In der Realität besteht jedoch zwanzig Jahre „nach den Veränderungen“ immer noch ein Mangel an einer entwickelten Zivilgesellschaft. Auch die ersten echten Bürgerproteste gegen bestehende Missstände sind immer noch einzeln und schwach. Dafür gibt es einige wichtige Gründe:

- Nach wie vor spielt der Staat eine übergeordnete Rolle bei der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Aufgaben. Weit verbreitet ist die Haltung, auf den Staat bzw. die öffentliche Hand zu warten, anstatt selbst zu handeln.
- Die Bürger leiden unter ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten und nehmen an den Prozessen der Entscheidungsfindung kaum teil.
- Der NGO-Bereich ist noch zu gering entwickelt. Netzwerke fehlen, überhaupt besteht ein Mangel an entsprechenden Erfahrungen in Theorie und Praxis.
- Die Bulgarische Orthodoxe Kirche, ein wichtiges kollektives Mitglied der Zivilgesellschaft, steht abseits der dynamischen Entwicklung des Landes seit 1989 und unterstützt die Christen nicht genug beim Suchen und Festigen ihrer christlichen Werte und Menschenwürde.

Die Zivilgesellschaft ist uns von der Verfassung gegeben, sie ist aber nichts Selbstverständliches. Sie lebt durch das *bürgerliche Selbstbewusstsein*, das wir Bulgaren zu entwickeln lernen müssen. Langsam sind positive Entwicklungstendenzen zu beobachten. Immer mehr Bürger beginnen, ihre politischen Bedürfnisse zu artikulieren, und suchen Auswege aus der Sackgasse. Mehr und mehr treten Fragen der Interessenvertretung und der Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund. Diese lang erwartete, hauchdünne Veränderung des bürgerlichen Bewusstseins wird mit allen möglichen Mitteln und Instrumenten der Demokratie und des christlichen Glaubens unterstützt und begleitet.

Bedarf an Begegnungen und Bildungsangeboten

Prozesse der Europäisierung und Globalisierung, Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte auf dem Balkan und in Europa, Auswanderung vieler bulgarischer Jugendlicher in den letzten Jahren und viele andere Themen sind wichtige sozial-politische Fragen der heutigen bulgarischen Gesellschaft. All diese Themen sind eng mit der persönlichen und gesellschaftlichen Identität des Menschen verbunden, beeinflussen alle Lebenslagen unseres Alltags und erfordern eine grundlegende Reflexion. Dafür braucht eine Gesellschaft *Angebote der politischen und sozialen Bildung* und *entsprechende zivilgesellschaftliche Strukturen*. Solche Angebote und Strukturen sowie die nötigen Häuser fehlen noch weitgehend in Bulgarien.

Kein Demokrat ist vom Himmel gefallen. Der aufgeklärte mündige Bürger ist ein Ergebnis von Bildung und Erziehung. Im traditionellen bulgarischen Bildungssystem ist jedoch ein *Mangel an Wissen und an Erfahrungen über Politik und Demokratie* festzustellen. Jugendliche werden vor allem von der Schule geprägt – gerade dort sind jedoch keine Möglichkeiten zur Artikulation und Partizipation vorhanden. Das *Fach Politik fehlt an der Schule*, ebenso wie es an *Freiräumen außerhalb der Schule zur Auseinandersetzung mit politisch relevanten Themen* mangelt. Die meisten Schüler wollen etwas für ihre Schule tun, haben zahlreiche gute Ideen, aber sie bekommen weder Unterstützung von den Lehrern noch von den Eltern oder der Gesellschaft. So lassen sich unter den Heranwachsenden große Defizite im Demokratieverständnis aufzeigen. Selbstverantwortliches und erfahrungsorientiertes Lernen sowie gruppenorientierte Methoden und gruppendedynamische Lernprozesse sind in Bulgarien neue und wenig bekannte Begriffe. Weit verbreitet ist nach wie vor Frontalunterricht auf allen Ebenen.

Gerade hier sehen Bürgervereine wie „FAR – Verein für demokratische Bildung“ in Burgas, der seit fünfzehn Jahren intensive Demokratiebildung für Jugendliche und Erwachsene betreibt, ihre Rolle. FAR hat es sich zum Ziel gesetzt, den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen und die damit verbundenen Prozesse der Veränderung des bürgerlichen Bewusstseins vor Ort durch gezielte Bildungsarbeit, pädagogische Arrangements und bürgerliches Engagement zu begleiten.

Angebote der politischen und sozialen Bildung sowie entsprechende Häuser fehlen noch weitgehend in Bulgarien.

Arbeit für die Demokratie am Beispiel von FAR

FAR - Symbol der Stadt Burgas und der Jugendarbeit

FAR bedeutet im Bulgarischen „Leuchtturm“ (Burgas ist eine wichtige Hafenstadt) und symbolisiert schon durch seinen Namen das Ziel des Vereins. Als freier Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung führt FAR Seminare zu sozial-politischen Themen, Tagungen, bilaterale und internationale Begegnungen für Jugendliche und Erwachsene durch und betreibt eine aktive Projektarbeit.

Unsere Zielgruppen sind Jugendliche, Pädagogen, Vertreter von Bildungseinrichtungen, die Bulgarische Orthodoxe Kirche sowie aktive Bürger und Interessierte. Mit den Veranstaltungen sollen Kenntnisse über politische und gesellschaftliche Themen vermittelt werden, um Teilnehmenden Orientierung für ihre eigene Urteilsbildung anzubieten.

Wichtige Akzente der Bildungsarbeit von FAR

- *Schulung von Multiplikatoren*

Die Seminare für Multiplikatoren haben eine strategische Bedeutung für FAR. Durch den Mangel an Strukturen der Jugendarbeit im Land können nur motivierte Pädagogen und aktive Bürger zur Verbreitung unserer Ziele und zur Gewinnung von Teilnehmern beitragen. Außerdem dienen diese Seminare der Weiterbildung und dem Erfahrungsaustausch über außerschulische (non-formale) Bildung, für die es in Bulgarien bisher nur wenig konkrete Beispiele und Literatur gibt.

- *Demokratiebildung für Jugendliche*

Im aktuellen Angebot für Jugendliche finden sich Themen wie „Demokratie“, „Politik durch unsere Augen gesehen“ oder „Europa und Bulgarien vor den Wahlen“ (d. h. vor der Europa- und Parlamentswahlen im Sommer 2009). Mit diesen und ähnlichen Veranstaltungen sollen die großen Lücken im Bereich „Politik unterrichten“ geschlossen und den jungen Menschen die Fähigkeit zur Bildung eines *eigenständiges Urteil* vermittelt werden.

Als Beispiel führe ich einige Ergebnisse der Befragung von 21 Jugendlichen (Seminarteilnehmer im Alter von 15 bis 18 Jahren) zum Thema „Was ist wichtig für die neue Regierung?“ an. Die Antworten spiegeln die aktuelle politische und soziale Situation im Land und sind auch ein Appell zur raschen Lösung vieler Probleme:

- Erhöhung der Löhne und Renten; Deckelung der Kosten für Strom, Heizung und Wasser.
- Besondere Sorge für die Armen, die Mütter und Arbeitslosen; Erhöhung des Kindergeldes, Senkung der Steuern.
- Bekämpfung von Korruption, Bestrafung illegal reich Gewordener, strengere Maßnahmen und Gesetze, effektive Verurteilung von Verbrechern.
- Bessere Ausstattung der Krankenhäuser; Senkung der Kosten für das Gesundheitswesen.
- Mehr Geld für Schulen und Universitäten, Renovieren von öffentlichen Gebäuden, Lehrerfortbildung, Schaffen eines europäischen Bildungsniveaus, neue Curricula, Entwicklung des Breitensports.
- Verbesserung der Infrastruktur durch Ausbau des Fernstraßen- und Schienennetzes.
- Saubere Natur und Luft, Beschränkung von Bauarbeiten (aber auch: Abriss von illegalen Bauten), Einrichtung einer effektiven Müllentsorgung.

Wichtig ist auch, dass bei diesen Veranstaltungen den Jugendlichen *Werte vorgelebt und vermittelt* werden. Die traditionellen Werte erleben in Bulgarien eine erhebliche Krise und werden durch Konsumwerte ersetzt. Man sieht diesen Konsumgeist überall, in den Familienbeziehungen und in der Religion, in der Politik, in der Kultur und in der Freizeit. Leider hat sich hier der Osten dem Westen stark angeglichen.

- *Bulgarisch-deutsche Schülerzeitungswerkstatt – eine Plattform für das persönliche Demokratieverständnis*

Zweimal jährlich führt FAR in Kooperation mit seinem langjährigen deutschen Partner, dem „Haus am Maiberg“ in Heppenheim (Akademie für politische und soziale Bildung der

Diözese Mainz) bulgarisch-deutsche Schülerzeitungswerkstätten durch. Diese Veranstaltung ist ein gutes Beispiel für deutsch-bulgarischen Transfer beim

Wesentliche Ziele sind Wertevermittlung und der Weg zum mündigen Bürger.

Umgang mit der Demokratie im Alltag. Schülerzeitung und Schülervertretung waren in der bulgarischen Schulpraxis bisher wenig bekannt. Die Schülerwerkstatt festigt das Selbstbewusstsein der bulgarischen Jugendlichen und öffnet ihnen neue Welten. Da die bulgarischen Teilnehmer über sehr gute Deutschkenntnisse verfügen (in Bulgarien gibt es 24 deutschsprachige Schulen), kann die Zeitung auf Deutsch erscheinen.

- *Internationale Jugendarbeit als Schritt zur EU-Integration*

Junge Bulgaren erhalten eine hervorragende Ausbildung in Fremdsprachen und verfügen infolgedessen über sehr gute Fremdsprachenkompetenzen. Deswegen ermutigen wir sie zur aktiven Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen. Was bekommen die jungen Menschen dadurch und wie wirken sich diese positiven Erfahrungen in der Gesellschaft aus? Die Austauschprogramme ermöglichen bulgarischen Jugendlichen internationale Erfahrungen und das Kennenlernen der oft

Die junge Generation Bulgariens verbindet heute ihre Zukunft durchaus auch mit der Entwicklung ihres eigenen Landes.

zitierten westlichen „Demokratie als Lebensform“ aus eigener Anschauung. Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden sowie nach einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein leisten einen Beitrag zum besseren Verständnis ethni-

scher Konflikte, zum Abbau von Vorurteilen und fördern wichtige interkulturelle Kompetenzen. Außerdem tragen die internationalen Erfahrungen dazu bei, dass die bulgarischen Jugendlichen schon „ein Auge nach außen geworfen haben“ und infolgedessen weniger vor dem Dilemma „Auswandern oder Bleiben“ stehen; anders gesagt: Sie verbinden ihre Zukunft durchaus auch mit der Entwicklung ihres eigenen Landes. Das ist ein wesentlicher Aspekt zur Erhaltung unseres Humankapitals, das wir seit vielen Jahren ständig nach außen abgeben, ohne etwas dafür zurück zu bekommen.

Die Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen ist eine echte kulturelle Herausforderung für unsere jungen Menschen. Sie erleben „life“ die gemeinsame europäische Kultur, die sie tragenden Werte und werden sich des wichtigen bulgarischen Beitrags zu diesem europäischen Erbe bewusst.

- *Short-Study-Visit – Know-how-Transfer zur Jugendhilfe von Deutschland nach Bulgarien*

Short-Study-Visits für bulgarische Fachkräfte in der Jugendhilfe gehören ebenfalls zum Programm der Zusammenarbeit mit dem „Haus am Maiberg“. In Bulgarien liegt die Zuständigkeit für die Jugendhilfe – einschließlich der Verantwortung für Vorschriften und Steuerung von Bildungseinrichtungen – nach wie vor fast ausschließlich in staatlicher Hand. Daher ist es für bulgarische Fachkräfte von großem Interesse, die plurale, subsidiäre und dezentrale Organisation der Jugendhilfe in Deutschland durch dieses spezielle Angebot im „Haus am Maiberg“ kennen zu lernen. Praktisch läuft dies so ab, dass die bulgarischen Ju-

gendlichen in Deutschland Jugendarbeit authentisch an ihren Orten und mit dem engagierten pädagogischen Personal erleben und sich an Ort und Stelle über die einzelnen Schritte ein Bild machen können. Wie sinnvoll diese Art der Fachkräfteschulung ist, zeigt die Zusammenarbeit von FAR mit den Vertretern der Einrichtungen vor Ort nach der Rückkehr. Sie gehören in Bulgarien ab sofort zum Netzwerk von FAR, kooperieren bei kleinen Projekten und Initiativen mit uns und versuchen, in ihrem Umfeld das Gesehene und Erlebte sowie die neuen Wert- und Weltanschauungen weiterzugeben.

Veranstaltungen dieser Art sind sehr wichtig für bulgarische Fachkräfte. Sie bieten viel Potenzial zum Nachdenken, Umdenken und Neugestalten der pädagogischen Arbeit vor Ort. Die deutschen Partner kennen die Defizite und antworten professionell und kollegial auf die dringenden Bedürfnisse der Jugendhilfe bei uns.

- *Der Bereich „Soziales“ – ein wichtiger Aspekt der Demokratiebildung*

In Bulgarien besteht wachsender Bedarf, die Probleme und Herausforderungen der Sozialarbeit auf die politische Tagesordnung zu setzen. Fragen wie der Aufbau eines funktionierenden sozialen Netzwerks, die Notwendigkeit der Aktivierung und der Erweiterung bestehender Kapazitäten im Sozialbereich, Erwerb von Kenntnissen über freiwilliges Engagement und Ausarbeitung von Strategien für eine effektive Sozialpolitik sind wesentliche Aspekte der Demokratiebildung und dienen damit unmittelbar der Demokratisierung der bulgarischen Gesellschaft. FAR schließt seit kurzem auch diese brennenden Fragen in seine Arbeit ein. Die ersten Veranstaltungen zeigen, dass Ideen für eine konkrete Zusammenarbeit geboren werden und die Motivation zu freiwilligem Engagement und zur Umsetzung erfolgreicher Modelle sozialer Arbeit in der bulgarischen Gesellschaft stetig zunimmt.

Ausblick

Vereine wie FAR, dessen Arbeit hier stellvertretend für viele andere steht, erfüllen mit ihren vielseitigen Bildungsangeboten einen wichtigen Auftrag bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Bulgarien. Sie bieten professionell sozial-politische und interkulturelle Inhalte an und tragen durch praktisch orientierte Methoden zum Aktivieren des persönlichen Potenzials der Teilnehmer und zum Erreichen der wichtigen Bildungsziele „Demokratiebildung“ und „Veränderung des Bewusstseins“ bei.

Gore dolu. Zur Situation der Menschen im ländlichen Raum Bulgariens

Wer in den letzten Jahren im Landesinneren Bulgariens unterwegs war, kennt die folgenden Eigenschaften der Dörfer: die Straßen haben zahlreiche Schlaglöcher, die meisten Häuser sind renovierungsbedürftig, viele alte Menschen arbeiten auf den Feldern, öffentliche Flächen sind mit Unkraut überwuchert. Auf den ersten Blick wird deutlich, dass der Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung niedrig ist.

Die bulgarische Regierung bemüht sich fortwährend, dies zu ändern; die EU unterstützt sie dabei seit langem mit Beihilfen.¹ Eine zügige Verbesserung der Situation kam jedoch bisher nicht zustande. Im letzten Jahr machte Bulgarien Schlagzeilen, weil die Zahlung von EU-Beihilfen für die ländliche Entwicklung wegen Unregelmäßigkeiten und des Betrugverdachtes in 90 Fällen eingefroren wurden. Die ländlichen Regionen befinden sich seit Jahren in einem Zustand zwischen Hoffnung erweckenden Initiativen und die Erwartungen dämpfenden Hemmnissen. Dafür kommt mir eine treffende Bezeichnung in den Sinn – die bulgarische Redewendung „Gore dolu“. Man kann sie mit „mehr oder weniger“ übersetzen. Wortwörtlich bedeutet sie „oben unten“. Mit dieser Redewendung beschreibt man die Relativität der Situation im Auf und Ab des Wandels bzw. den Zwischenzustand innerhalb der Spannweite von positiver und negativer Wertung.

In diesem Artikel soll am Beispiel eines Dorfes im Südosten Bulgariens beschrieben werden, wie sich dieser Zustand konkret vor Ort darstellt. Mir geht es sowohl um die Handlungsstrategien der Menschen, die

¹ Auf Grund des geplanten EU-Beitritts erhielt Bulgarien seit 1992 Beihilfen im Rahmen des PHARE-Programms (Programm der EU zur Heranführung der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer an EU-Standards). 2000 startete das speziell für die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in den Kandidatenländern entwickelte SAPARD-Programm („Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development“).

Stefanie Albrecht studierte den Magisterstudiengang „Osteuropa-Studien“ an der Freien Universität in Berlin.

auf sehr unterschiedliche Weise bemüht sind, ihre Lebenssituation zu verbessern, als auch um die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Dabei stütze ich mich auf Beobachtungen, die ich 2005 im Rahmen einer soziologischen Untersuchung durchgeführt habe.

Ökonomische und politische Maßnahmen nach 1989

Bulgariens Landwirtschaft war vor 1989 wie in den meisten Ostblockländern in sozialistischen Produktionsgenossenschaften organisiert. Im Rahmen des Systemwechsels sollten die Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft reformiert werden. Dabei setzte die bulgarische Regierung unter anderem 1992 zwei Maßnahmen durch, die sich langfristig negativ auf die weitere Entwicklung auswirkten:

- Sie entschied erstens, das *kollektivierte Agrarland* den *privaten Eigentümern* in den tatsächlichen Grenzen von 1944 zurück zu geben. Damit verbunden waren zwei unterschätzte Probleme: Zum einen war der Bodenbesitz schon im Jahr 1944 im ganzen Land stark parzelliert und wurde danach durch Realerbenteilung noch weiter segmentiert. Zum anderen zog sich die Klärung der Besitzgrenzen auf Grund fehlender Kataster über viele Jahre hin. In dem untersuchten Dorf zeigten sich noch dreizehn Jahre später die negativen Folgen dieser Maßnahme deutlich. So dokumentierte die Flurkarte die extreme Zerstückelung des Bodens in ca. 2.500 Parzellen auf einer Fläche von ca. 1.000 ha Ackerland.
- Bei der zweiten Regierungsmaßnahme handelte es sich um die zwangsweise *Auflösung der Agrargenossenschaften*, da sie als ein Entwicklungshemmnis für die ländlichen Gebiete eingestuft wurden. Diese Maßnahme ist bis heute umstritten, weil die Liquidierung der Genossenschaften zu erheblichen ökonomischen Verlusten führte. Im vorliegenden Beispiel geschah dies 1992. Aus der Liquidationsmasse gingen zwei neue Kooperativen hervor, eine stärker sozial und eine eher marktwirtschaftlich ausgerichtet. Dramatisch wirkten sich die Veränderungen auf das Bewässerungssystem rund um das Dorf aus. Zuvor der lokalen sozialistischen Produktionsgenossenschaft gehörend, wurde es nach deren Liquidierung einer staatlichen Bewässerungsfirma zugeführt. Fehlende

Negativ auf die Entwicklung des ländlichen Raums wirkten sich die überhastete Reprivatisierung des Grundeigentums und die Auflösung der Agrargenossenschaften aus.

Wartung und mutwillige Zerstörung führten dazu, dass bis zum Jahr 2005 die bewässerungsfähige Anbaufläche, früher fast 100 Prozent, auf ein Drittel schrumpfte.

Initiativen der Menschen vor Ort

Wie gingen die Menschen mit diesen Hindernissen um? Viele Besitzer bestellten ihre unmittelbar an die Siedlung angrenzenden Parzellen selbst für den eigenen Bedarf. Die restlichen Parzellen wurden in eine der beiden Agrarkooperativen des Dorfes eingebracht. Beide Kooperativen fungierten als eine Art lokaler Bodenfonds, der das Land an interessierte Agrarunternehmer weiterverpachtete. 2005 waren im Dorf sechs Agrarunternehmer tätig, davon fünf aus der ca. 1.000 Einwohner zählenden Gemeinde selbst. Dies ist eine relativ große Zahl an wirtschaftlicher Aktivität im Verhältnis zu Dörfern in anderen Regionen Bulgariens. Die Ursache ist in den vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen des Dorfes zu suchen: Der Ort befindet sich in einem traditionellen Gemüseanbaugebiet, eine Fernverkehrsstraße führt direkt am Dorf vorbei und die Provinzhauptstadt befindet sich in der Nähe.

Die Agrarunternehmer bauten in größerem Umfang Gemüse für den bulgarischen Markt an. Sie waren zu sozialistischen Zeiten in dem Dorf oder in einer Nachbargemeinde beschäftigt. Aber lediglich einer von ihnen arbeitete damals im Agrarsektor. Diese Tatsache lässt vermuten, dass landwirtschaftliche Kenntnisse für den wirtschaftlichen Erfolg nicht an erster Stelle standen. Nach meiner Beobachtung kam es vor allem auf kaufmännische Fähigkeiten an.

Auf Grund der günstigen Anbaubedingungen war das untersuchte Dorf auch attraktiv für Bewohner der vier bis acht Autostunden entfernten Gebirgsregionen, hauptsächlich muslimische Bulgaren, die dann vorübergehend ins Dorf kamen. Hauptberuflich war ein großer Teil von ihnen in pädagogischen oder sozialen Berufen beschäftigt. Durch die landwirtschaftliche Tätigkeit stockten sie ihr geringes Einkommen auf. Zugute kam ihnen der Umstand, dass zahlreiche Häuser aufgrund der Abwanderung der alteingesessenen Dorfbewohner leer standen und günstig zu mieten waren. Eine größere Zahl dieser Gebirgsbewohner wurde während meines Aufenthaltes von den Agrarunternehmern angestellt. Andere betrieben in den Ferienmonaten mit ihrer Familie selbstständig Landwirtschaft, indem sie kleine bewässerungsfähige Par-

zellen pachteten und darauf arbeitsintensive Kulturen wie z. B. Cornichons anbauten. Die Produkte lieferten sie an einen Zwischenhändler. Profitieren konnten sie dabei von der Solidarität in ihren Großfamilien. Interessant war, dass es in diesen Familien keine klare Trennung zwischen beiden Erwerbsformen gab: Bei einigen teilten sich die Familienmitglieder zwischen Selbstständigkeit und verschiedenen Anstellungen auf, andere wechselten im Laufe der Jahre zwischen beiden Erwerbsformen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre stellte sich damit eine Balance im Dorf ein, die sowohl den Unternehmern als auch den Saisonbauern eine konstruktive Mischung aus Stetigkeit und Flexibilität ermöglichte. Einige der Saisonarbeiter gingen 2005 dazu über, sich Häuser zu kaufen und permanent im Ort niederzulassen oder in Partnerschaft größere Flächen zu pachten. Die Prosperität und die Konkurrenz auf dem Pacht- und Arbeitsmarkt bewirkte eine positive Dynamik, von der viele im Dorf profitierten. Dazu gehörten die beiden Agrargenossenschaften durch die Nachfrage ihrer Dienstleistungen, die Besitzer leerer Häuser, die Laden- und Cafébesitzer, der Gemüsezwischenhändler und ein privater Agraringenieur. Auch andere alteingesessene Dorfbewohner zogen einen Nutzen aus den vielfältigen Angeboten und Nachfragen. Manche wurden dazu ermutigt, die nur für den eigenen Bedarf betriebene Landwirtschaft auf marktorientierte Zweige zu erweitern. Sie begannen ebenfalls mit dem Anbau von Cornichons, Tabak oder Melonen.

Bemerkenswerterweise war diese beschriebene Balance eine Eigenheit dieses Dorfes. Im Nachbarort hatte sich der Besitzer einer Geflügelfarm als großer Pächter etabliert. Dies bescherte den Bewohnern jenes Dorfes zwar Arbeitsplätze, doch dem aggressiven Druck des Farmbesitzers waren Kleinbauern nicht gewachsen. In einer anderen Nachbargemeinde vermieteten die Bewohner ihre Felder einschließlich der angebauten Kulturen an Subunternehmer aus den Gebirgsregionen gegen einen Anteil der Ernte. Für die Subunternehmer war von Vorteil, dass sie kein Kapital vorstrecken mussten. Allerdings war ihr Anteil so beschränkt, dass sie auch im nächsten Jahr wieder nur als Subunternehmer arbeiten konnten. Der Nutzen des Verpächters bestand darin, dass er sich nicht um Erntehelfer kümmern musste. Deutlich wurde dieser Nutzen für mich erst im Kontrast zu den Problemen der Agrarunternehmer im Untersuchungsdorf. Die ausreichende Zahl an verfügbaren Arbeitskräften war bei dieser Form der Gemüseproduktion eine der wichtigsten Voraussetzungen. Die Unternehmer betrieben großen Auf-

wand, um über die im Dorf vorhandenen Arbeiter hinaus weitere zu engagieren. Dazu fuhren sie täglich morgens und abends bis zu 100 km weit. Insbesondere Roma wurden auf diese Weise zur Arbeit abgeholt. Ein relativ gut bezahlter Vorarbeiter, ein so genannter Brigadier, war für die Anwerbung aus dem eigenen Netzwerk verantwortlich. Meine Beobachtung deckt sich mit der Analyse des Landwirtschaftsministeriums, nach der die drei Minderheiten – muslimische Bulgaren, Bulgaren mit Roma-Herkunft und Bulgaren türkischer Herkunft – im Agrarsektor überproportional beschäftigt und folglich von der Benachteiligung ländlicher Gebiete besonders betroffen sind.²

Schwierigkeiten, mit denen die Menschen zu kämpfen haben

Der Fall eines Brigadiers mit Roma-Herkunft zeigt, wie sich die Benachteiligung von Minderheiten im ländlichen Raum potenziert. Er arbeitete mit seinen Verwandten bereits im zweiten Jahr bei einer Agrarunternehmerin. Die Ergebnisse seines Teams waren hervorragend. Ich fragte ihn, warum er nicht ebenso wie viele muslimische Bulgaren aus den Gebirgsregionen Land pachtet und mit seinen Verwandten bebaut, um mehr zu verdienen. Zu meinem Erstaunen war dieser Gedanke für ihn völlig abwegig, ohne dass ich die Gründe dafür feststellen konnte.

Strukturelle Hemmnisse betreffen auch andere Bevölkerungsgruppen. Da ist in erster Linie die schwere Arbeit auf dem Feld bei sengender Hitze zu erwähnen, welche sehr schlecht bezahlt ist. Für zehn Stunden

Angehörige der Minderheiten sind überproportional im Agrarsektor beschäftigt und daher besonders von der Benachteiligung ländlicher Gebiete betroffen.

Arbeit erhielten die Pflücker zwischen zwölf und fünfzehn Euro Lohn. Sie hatten in der Regel keinen schriftlichen Arbeitsvertrag und waren im Krankheitsfall nicht abgesichert. Für Menschen, die keine Alternative zu dieser Arbeit hatten, konnte von wirtschaftlichem Erfolg kei-

ne Rede sein. Zu dieser Gruppe zählten überdurchschnittlich viele Frauen, insbesondere Rentnerinnen aus dem Dorf oder Frauen mit Roma-Herkunft. Auch die muslimischen Bulgaren aus den Gebirgsregionen, die selbstständig Gemüse anbauten, hatten mit speziellen Problemen zu

² „National Strategy Plan for Rural Development“ (2007-2013), 2007, S. 20 f.; vgl. dazu www.mzh.government.bg (letzter Zugriff: 20.12.2009).

kämpfen. Die Betreiber des Bewässerungssystems forderten Gebühren für mehr Wasser, als die Saisonbauern tatsächlich verbrauchten, und nutzten dabei ihre Monopolstellung aus.

Nutzníeßer des SAPARD-Fonds der EU waren die Saisonarbeiter ebenso wenig wie die meisten ansässigen Dorfbewohner. Nur vier der Agrarunternehmer hatten die bürokratischen und materiellen Hürden genommen und Zuschüsse aus dem Fonds zu ihren Investitionen erhalten. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmern verursachte eine negative Stimmung unter den Dorfbewohnern, die durch Misstrauen geprägt war. Intrigen und Gerüchte waren häufig und dienten individuellen Interessen. Diese Beobachtung lässt sich auch mit den beiden konkurrierenden Kooperativen in Verbindung bringen. Bei der Entscheidung zwischen der eher sozial oder der eher marktwirtschaftlich ausgerichteten Kooperative waren persönliche Sympathien genauso wichtig wie die Überzeugung vom richtigen Konzept.

Schließlich ist die *negative Bevölkerungsentwicklung* des Dorfes zu nennen, die parallel zu der allgemeinen Situation des Landes durch Überalterung und Abwanderung gekennzeichnet ist. Die aus dem Dorf stammenden jungen Menschen lebten bereits größtenteils mit den Eltern in der nahen Großstadt und verbrachten hier nur ihre Freizeit bei den Großeltern. In der Landwirtschaft sah niemand von ihnen seine Zukunft. Die meisten träumten von einem Leben in Sofia oder im westlichen Ausland.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass strukturelle Hemmnisse für ländliche Entwicklung, wie das Beispiel dieses Dorfes zeigt, tief verwurzelt und umfangreich sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen auf dem Land den Kopf in den Sand stecken. Im untersuchten Dorf kamen die Menschen trotz der schwierigen Umstände zu mehr oder weniger großem wirtschaftlichen Erfolg, den sie hauptsächlich ihrer Energie, ihrem Einfallsreichtum und ihrer Zähigkeit verdankten. Dennoch: Trotz vergleichsweise günstiger Rahmenbedingungen und einer positiven wirtschaftlichen Dynamik rechnen die Bewohner nur mit einer langsamen Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen. Und so höre ich auch heute bei gelegentlichen Telefonaten auf die Frage „Kak si? – Wie geht’s?“ als typische Antwort: „Gore dolu!“

Die Bulgarische Orthodoxe Kirche – Garant für die nationale Identität

Die Bedeutung des Christentums in der Geschichte Bulgariens

Wenn wir über die Bulgarische Orthodoxe Kirche sprechen, können wir ihre Rolle in der mehr als tausendjährigen Geschichte und Kultur des bulgarischen Volks nicht außer Acht lassen. Heute, wie in den Jahrhunderten zuvor, schöpft unser Land aus seiner reichen geistigen Kultur, die auf außerordentlich wertvollen und unvergänglichen Traditionen beruht. Diese Traditionen gehen zurück auf das Wirken des ersten christlichen Herrschers der Bulgaren, Fürst Boris I. (gest. 907), der in der Taufe den Namen Michail annahm, sowie auf die Mission der heiligen Brüder Kyrill und Method, die im 9. Jahrhundert das Christentum in die slawische Welt brachten, und sind vorwiegend mit der geistigen und aufklärerischen Tätigkeit ihrer Schüler in Bulgarien sowie deren Vermittlung und Weiterentwicklung des christlichen Kulturerbes verbunden.

Der im Jahre 681 durch die Vereinigung von Slawen und Protobulgaren (einem turksprachigen Nomadenvolk) auf dem Balkan begründete mittelalterliche bulgarische Staat ist einer der wenigen auf dem europäischen Kontinent existierenden Staaten, der bis auf die heutige Zeit den Namen behalten hat, unter dem er entstanden ist. Von einem heidnischen Chanat wandelte er sich allmählich in ein christliches Zarenreich. Bulgarien führte bereits im Jahre 864 das Christentum als Staatsreligion ein, das die Geschichte des Landes bis auf den heutigen Tag mitgeprägt hat.

Die Annahme des Christentums als Staatsreligion in Bulgarien stand in Zusammenhang mit den Bestrebungen des Fürsten Boris I., Bulgarien in den Kreis der umliegenden maßgebenden europäischen Mächte zu integrieren, eine Schriftsprache als erste Stütze für Staat, Kirche und Schule zu schaffen und einen starken Staat mit einer selbstständigen Kir-

Der Autor ist Lehrstuhlinhaber für Praktische Theologie an der Ausbildungseinrichtung für Orthodoxe Theologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

che als zweiter Stütze aufzubauen, wobei das Christentum zugleich als entscheidender Faktor im Prozess des Zusammenschlusses der beiden ethnischen Elemente – des protobulgarischen und des slawischen – fungierte. Diese Bemühungen kann man mit den Worten von Emil Georgiev als „(Teil) ein(es) Kampf(es) um die Behauptung der Rechte der Slawen und überhaupt der neuen Völker (bezeichnen), die auf die historische Bühne in Europa nach dem Untergang der Antike traten, um sich am kulturellen Erbe der Menschheit beteiligen zu können“.

Im Mittelalter spielte die orthodoxe Kirche eine wesentliche Rolle im Leben der Menschen.

Dank großzügiger finanzieller und politischer Unterstützung durch Fürst Boris I. konnten Gorazd, Naum, Angelarij und Kliment – Schüler von Kyrill und Method – erfolgreich Zentren zur Ausbildung bulgarischer Geistlicher und Literaten im Lande errichten und die neubegründete bulgarische Kirche festigen. Unter ihnen zeichnete sich besonders der heilige Kliment von Ochrid (840-916) aus.

Zar Simeon der Große (reg. 893-927), Sohn Boris I., setzte mit Erfolg das Christianisierungswerk seines Vaters fort. Während Boris I. hauptsächlich für die Entwicklung und Ordnung der bulgarischen Kirche und die Fortbildung des geistigen und kulturellen Niveaus seines Volkes sorgte, konnte Simeon der Große auch den politischen Aufschwung und damit verbunden materiellen Wohlstand seines umfangreichen Landes sichern. Das Reich erstreckte sich von der Donau bis zur Ägäis und vom Schwarzen Meer bis zur Adria, seine Residenz Pliska bzw. seit 898 Preslav entwickelte sich zu einem Mittelpunkt des bulgarischen Geistes- und Kulturlebens. Bulgarien erreichte in dieser Zeit den Höhepunkt seiner Macht, und der bulgarische Erzbischof wurde 919 zum Patriarchen erhoben.

Auch für einen Forscher, der sich nicht direkt mit dem Thema beschäftigt, ist es nicht schwer, die starke Präsenz der christlichen Moral und Ethik unter dem bulgarischen Volk während der langen Epoche des Mittelalters zu erkennen. Von der Geburt bis zum Tod begleitete die Kirche das Leben sowohl der einfachen Menschen als auch des Adels. Im Laufe der Zeit wurden zahlreiche Regeln mit moralisch-ethischen Normen und Werten entwickelt, die die Weltanschauung nicht nur der Byzantiner, sondern auch ihrer kulturell-religiösen Schüler, wie es auch die mittelalterlichen Bulgaren waren, bestimmten.

Die osmanische Herrschaft, die fünf Jahrhunderte andauerte, war ei-

ne Zeit schwerer Bedrängnis in der langen Geschichte des bulgarischen Volks. Dank der Bulgarischen Orthodoxen Kirche, die Muster für Geistigkeit und Heiligkeit geschaffen und zwischen dem 9. und 14. Jahrhundert sittlich-religiöse Reflexionen und Verhaltensweisen herausgebildet hatte, auf deren Grundlage sich eine existenziell bedeutsame Tradition entwickeln konnte, waren die Bulgaren in der Lage, diese Zeit zu überstehen und während der Phase der nationalen Wiedergeburt im 19. Jahrhundert ihr religiöses und nationales Selbstbewusstsein zu erneuern. Alle kleineren und größeren Gemeinschaften, die den Versuchungen der osmanischen Obrigkeit nicht widerstehen konnten und den Islam annahmen, was zur Veränderung ihrer Verhaltens- und Bewusstseinsnormen führte, entfremdeten sich nach und nach vom Kern der bulgarischen Nation.

Glaube und Moral in der heutigen bulgarischen Gesellschaft

Der Blick in die Vergangenheit lässt uns die orthodoxe Kirche als eine geistige Hüterin und Bewahrerin des christlichen Geistes und der Sitten der Bulgaren in ihren geheimen und vom Glauben geweihten Tiefen wahrnehmen. Wir können die orthodoxe Kirche als Hüterin der geistigen Gebote der auf dem Evangelium begründeten Sittlichkeit ansehen, als zuverlässige und beständige Erzieherin zur christlichen Frömmigkeit in Vergangenheit und Gegenwart.

Heute, zwanzig Jahre nach der Wende, leben wir in einer Übergangszeit, die viele falsche Idole gestürzt hat, ohne jedoch ein neues Wertesystem aufzubauen. Das so entstandene geistige Vakuum haben Personen und Kreise ausgenutzt, die der bulgarischen Denkweise fremd sind. Nicht professionell agierende Politiker versuchten und versuchen, ihr inkonsequentes und inkompetentes Handeln im Bereich der Religionspolitik zu rechtfertigen, ohne auch nur die grundlegenden Texte der europäischen Gesetzgebung zu kennen. Unsere Wissenschaft, Kultur und Kunst vegetieren dahin, durch die Launen zufälliger Sponsoren gelenkt und nicht selten entindividualisiert. So klingen heute Begriffe wie „urväterlicher Glaube“ und „Bulgarentum“ anachronistisch, inhaltsentleert in einer Zeit der Geistlosigkeit.

Logischerweise stellen wir dann Fragen wie diese:

- Welche Perioden unserer geistigen Entwicklung der Vergangenheit stehen den gegenwärtigen Richtungen gegenüber?

- Welches sind die moralischen Grundsätze, die uns viele Generationen von Kulturträgern und Aufklärern hinterlassen haben?
- Was ist das Vermächtnis der bulgarischen Geistlichen, ist es mit den Bestrebungen der heutigen Generationen unvereinbar?

Alle Fragen können sicher nicht erschöpfend beantwortet werden, in jedem Fall aber ist feststellen, dass die christlich-sittliche Kultur der Bulgaren eine unveränderliche Größe geblieben ist. Mit ihrer Beständigkeit und Unvergänglichkeit beeinflusste und erneuerte sie durch die Jahrhunderte das Leben der Bulgaren als gläubige Christen und als eine religiöse Gemeinschaft im Schoße der Bulgarischen Orthodoxen Kirche.

Bei dem heutigen Entwicklungsstand der Menschheit kann die Sittlichkeit nicht absolut sein. Zu ihr ist ein Antipode nötig, damit man eine Wahlmöglichkeit schafft. Für den im 4. Jahrhundert lebenden Kirchenvater Lactantius – auch der „christliche Cicero“ genannt – dient das Böse zur Erklärung des Wesens des Guten. Natürlich kann auch der nichtreligiöse Mensch moralisch sein und handeln, aber nur, wenn er dem *natürlichen sittlichen Gesetz* folgt, das implizit in seiner Natur als „Funke Gottes“ vorhanden ist. Die *religiöse Sittlichkeit*, speziell die *christliche*, hat den Vorzug, dass sie eine Ordnung schafft und Verhaltensregeln bestimmt, die sie höheren Idealen und Bestrebungen unterordnet. Sittlichkeit kann aber nur im Rahmen der Gemeinschaft in Erscheinung treten. Ohne nachfolgende Sozialisierung bleibt die erreichte Vollkommenheit eine bloß egoistische Errungenschaft.

Die Begegnung zwischen den Kräften der Welt und den geistigen Bestrebungen des Menschen bezeichnet die historische Achse, auf der das Leben in der einen oder anderen Richtung verläuft. Deshalb müssen wir uns fragen, ob die oftmals wiederholte Feststellung zutrifft, derzufolge die heutige bulgarische Gesellschaft nach ihrem Abgehen von der christlichen Tugendhaftigkeit ihre sittliche Orientierung verloren hat und immer mehr im Dschungel des Bösen irrt.

Die heutige bulgarische Gesellschaft hat sich weitgehend von ihren christlichen Wurzeln abgewendet.

Dieser Prozess der Entfernung von den christlichen Wurzeln ist allgemein typisch für die Neuzeit, besonders für die Phase nach den radikalen Revolutionen am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die in deren Folge durchgesetzte Säkularisierung des Lebens, mit der teilweise sogar eine völlige Abkehr von den über Jahrhunderte aufgebauten und in der Lebenspraxis bewährten moralischen Werten einher ging, gehört zu den wesentlichen Ursachen für das sittliche Vakuum und die

Kulturlosigkeit unserer Zeit. Radikale Revolutionen lehnen bekanntlich das Alte als Moral- und Verhaltensmuster ab, weil sie es für rückwärts-gewandt halten. Obwohl es banal klingen mag, müssen wir vermerken, dass auch die vielgelobte liberale Demokratie ohne die Kraft der Tradition nicht imstande ist, mehr als bürgerliche Gesetze zu schaffen. Ihre Schwäche ist zudem, dass sie in einer bestimmten Konjunktur erlassen worden sind, die aus vielen Gründen angreifbar ist. Allein während des vergangenen Jahrhunderts hat die Menschheit sowohl unter den moralisch-ethischen Systemen des bürgerlichen Konservatismus, des totalitären Faschismus und Nationalsozialismus, der Volksdemokratie sozialistischer Prägung als auch der parlamentarischen Demokratie und des postkommunistischen Liberalismus gelebt. Jedes dieser sozial-politischen Systeme hatte seine eigene Moral, die nach Meinung ihrer Gegner keine verbindliche Kraft besaß.

Es gab keine Epoche, in der die Menschheit glücklich und ruhig, reich und problemlos gelebt hat. Das gilt auch für die Bulgaren. Immer wieder gibt es aber auch Übergangszeiten, auf die entweder ein Aufschwung oder ein Niedergang folgt.

Unsere heutige Konsumgesellschaft entfernt sich immer mehr von den Werten der christlichen Moral und wird unbewusst zum Gefangenen von Technologien, Automatisierung und Roboterisierung. Sie spürt eine immer größere Abhängigkeit von den Rohstoffen, Energiequellen und transkontinentalen Konzernen, deren Zukunftsvision vor allem von der totalen Globalisierung bestimmt wird. In der postkommunistischen Zeit lässt sich ein allmähliches Wiederherstellen des Heidentums in der scheinbar harmlosen Form der Absage an eine Indoktrinierung der Jugendlichen beobachten (so gibt es in Bulgarien zwanzig Jahre nach der Wende noch immer keinen Religionsunterricht als Pflichtfach in den allgemeinbildenden Schulen). Es herrscht eine vielfältige Wahlfreiheit und Nacheifern in Bezug auf gegenwärtige Idole im Bereich der Filmindustrie, Pop-, Rock- und Rapmusik, bei kommerziellem Sport, Glücksspiel, Okkultismus, Erotik und eine erschreckende Toleranz gegenüber dem Satanismus. Die offizielle These der meisten Avantgardisten und Verteidiger dieser Moral lautet, die Bulgarische Orthodoxe Kirche und die von ihr vertretenen christlich-ethischen Werte und Traditionen seien überholte Ansichten aus der Vergangenheit.

Aktuelle Entwicklungen – Die Rolle der Kirche in Bulgarien heute

Trotz dieser Tendenzen versuchen die Bulgaren, wieder tief in die Vermächtnisse der orthodoxen Kirche einzudringen und den unvergänglichen geistigen Reichtum in den Traditionen unserer Kirche neu zu entdecken. Nach den Ergebnissen der „Europäischen Wertestudie“ von 2008 erfreut sich die Bulgarische Orthodoxe Kirche eines hohen Vertrauensgrades. Auf einer Skala von 1 bis 4 nimmt sie mit 2.33 nach der EU mit 2.60 und dem Bildungssystem mit 2.35 die dritte Position ein. Die Enttäuschung über die politischen Prozesse im Land hat die Erwartungen der Bulgaren an unsere Kirche verstärkt und verstärkt sie noch weiter. Dieselbe Untersuchung zeigt, dass 55,2 Prozent der Bulgaren sich als gläubig und nur 4 Prozent als Atheisten bezeichnen.

Nach den Ergebnissen der „Europäischen Wertestudie“ von 2008 erfreut sich die Bulgarische Orthodoxe Kirche eines hohen Vertrauensgrades.

In den letzten zwei Jahren, d. h. seit dem EU-Beitritt Bulgariens, lässt sich eine Steigerung des Engagements der Bulgarischen Orthodoxen Kirche in wichtigen sozialen Bereichen und im Hinblick auf ethische Themen im gesellschaftlichen Leben des Landes beobachten. Dies zeigt sich u. a. in der Ausarbeitung offizieller kirchlicher Stellungnahmen und Positionsbestimmungen. So läuft momentan eine gesellschaftliche Kampagne zur *Einführung des Religionsunterrichts an den staatlichen Schulen*, wobei die Position des Heiligen Synods, d. h. der obersten religiösen Instanz der Kirche, von den Vertretern anderer Religionsgemeinschaften unterstützt wird, und zwar vom Islam (durch den Obersten Muslimrat), von der katholischen und den protestantischen Kirchen und von anderen offiziell registrierten und traditionellen Glaubensbekenntnissen im Land.

An zweiter Stelle müssen Position und Engagement der orthodoxen Kirche für die *Bewahrung der Familie* und zum *Schutz der Rechte der Kinder* erwähnt werden, die ebenfalls von der katholischen Kirche, den protestantischen Gemeinschaften und vom Islam unterstützt werden. Es geht hierbei um die vom Heiligen Synod und dem Kirchen- und Volkskonzil im Oktober 2008 bestätigte Position der Bulgarischen Orthodoxen Kirche, worin die Bewahrung des christlichen Charakters der Ehe und die Stabilität der Familie als gesellschaftliche Institution betont wird

gegenüber den Versuchen einer Liberalisierung der Gesetzgebung mit dem Ziel, andere Formen der Lebensgemeinschaft auf eine Stufe mit der Ehe zu stellen. Die Position der Kirche zielt auf den Schutz der Familien und der Eltern, sie appelliert an die Verantwortung der Eltern und an deren Sorge für die Kindererziehung in der Familie als einer unersetzlichen sozialen und geistigen Institution. In diesem Zusammenhang müssen auch zahlreiche Aktionen, Stellungnahmen, Aufrufe und Gebete zum Schutz der bulgarischen Kinder, zur Berücksichtigung ihrer Rechte,

In den letzten Jahren gibt es vielfältige Formen von politischem und sozialem Engagement, wobei die orthodoxe Kirche viele Positionen mit anderen Glaubensgemeinschaften teilt.

zur Sorge um die Familie und zur Stärkung der Schule in ihrer Funktion für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen erwähnt werden.

Weiterhin müssen verschiedene Formen des Seelsorgsdienstes der Kirche genannt werden, den sie unter *Kranken, Soldaten und Gefangenen* ausübt. In den letzten Jahren diskutiert man über die Anstellung von Priestern und Kaplänen nicht nur in Justizvollzugsanstalten, sondern auch in Krankenhäusern und anderen Pflegeeinrichtungen, in denen z. T. schon Kapellen errichtet wurden, und bei der Armee. Die Diskussionen mit den zuständigen staatlichen Institutionen sind noch nicht abgeschlossen; gegenwärtig ist allein der Dienst von Kaplänen in den Gefängnissen geregelt.

In manchen orthodoxen Diözesen in Bulgarien – z. B. in Russe und Plovdiv – versucht man, ein *regionales System für den priesterlichen Dienst* im Rahmen der einzelnen Verwaltungsgebiete aufzubauen und solche Modelle zu testen, die später auf nationaler Ebene für den gesamten Raum der orthodoxen Kirche gültig sein sollen. Ähnliche Prozesse lassen sich auch in anderen Bereichen des kirchlichen Dienstes beobachten, etwa bei der besonderen *Fürsorge für drogenabhängige Jugendliche*, wofür es in den Diözesen Varna und Russe bereits erfolgreiche Vorbilder gibt.

Als eine wichtige Initiative der Bulgarischen Orthodoxen Kirche im Bereich ihres sozial-diakonischen Dienstes in den letzten beiden Jahren ist der Plan für den Bau eines *Heims für Obdachlose* anzusehen, der in Veliko Tärnovo als eine gemeinsame Initiative der Diözese, der Gemeindebehörden und der Sozialdienste der Stadt begonnen wurde. Ähnliche Initiativen im Bereich der Sozialfürsorge und der diakonischen Tätigkeit zur Unterstützung von Obdachlosen, Kranken, Straßenkindern, alten Menschen und anderen bedürftigen Staatsbürgern oder

Ausländern werden an vielen Orten auf lokaler Ebene entwickelt – in Gemeindezentren, in Klöstern und einzelnen Diözesen.

Die Beschlüsse des letzten Kirchen- und Volkskonzils der orthodoxen Kirche vom Oktober 2008 sehen die Erweiterung dieser sozialen, wohltätigen und diakonischen Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen der Kirche vor. Den Diözesen und Klöstern wird die Möglichkeit gegeben, eigene soziale Einrichtungen wie Waisenhäuser, Heime für Kinder und alte Menschen zu gründen.

Mit all diesen Aktivitäten greifen die Bulgaren das geistige Vermächtnis der Bulgarischen Orthodoxen Kirche auf und folgen den historischen Vorbildern für christliche Kultur und Frömmigkeit, Gerechtigkeit und Tugendhaftigkeit, die die Kirche in sich birgt und großzügig weitergibt. Die Kirche vermittelt den Menschen die erlösende Lehre des Evangeliums, das Leben durch Christus und den Heiligen Geist, damit sie daraus schöpfen und auf dem Weg zur Erlösung fortschreiten.

Wie immer auch die Bulgaren sich entwickeln mögen, die Bulgarische Orthodoxe Kirche ist und bleibt wie keine andere Institution ein getreuer geistiger Erzieher der Menschen zu Frömmigkeit und Tugendhaftigkeit.

Zum Rechtsstatus der Bulgarischen Orthodoxen Kirche

Die Prinzipienlosigkeit ist vielleicht der stärkste charakteristische Zug der staatlichen Gesetzgebung und der staatlichen Kirchenpolitik gleich nach der Feststellung der Staatsverfassung [1879] und bis auf den heutigen Tag.¹

Stefan Zankov

Bereits am Anfang ist eine wichtige Erklärung notwendig: Nur wenige Bulgaren stellen sich überhaupt Fragen nach der Traditionalität der Orthodoxie sowie nach der konkreten historischen Rolle der Bulgarischen Orthodoxen Kirche (im Folgenden: BOK) für die bulgarische Staatlichkeit. Das hat zur Folge, dass die bulgarische Kirchengeschichte durch gesetzliche Definitionen nationalisiert und die nationale Verfassung profaniert wird.

Ziel der folgenden Überlegungen ist die Darstellung der aktuellen Probleme des bulgarischen Religionsrechts im Hinblick auf den rechtlichen Status der Religionsgemeinschaften. Die damit verbundenen Fragen sind teilweise fast 130 Jahre alt und können, wie es scheint, auch in näherer Zukunft noch nicht zufriedenstellend gelöst werden. Nichtsdestoweniger sind befriedigende Antworten dringend erforderlich.

Gegenwärtige Situation von Gesellschaft und Kirche

Der gesellschaftlich-politische Umbruch in den osteuropäischen Ländern vor zwanzig Jahren erfasste auch Bulgarien und erreichte am 10. November 1989 Sofia. Damals spielten sich zahlreiche historische Momente auf Kirchenboden ab, z. B. auf der Treppe der Alexander-Nevski-

¹ Vgl. Stefan Zankov: Die Verfassung der Bulgarischen Orthodoxen Kirche. Zürich 1918, S. 201. Diese Tendenz ist bis heute erkennbar und verstärkt sich sogar – 130 Jahre nach dem Inkrafttreten der erwähnten Verfassung von 1879 und trotz der aktuellen Geltung der mittlerweile vierten bulgarischen Verfassung von 1991.

Mag. iur. Hristo P. Berov, LL.M. (Potsdam) ist Jurist und z. Zt. Doktorand am Evangelischen Institut für Kirchenrecht an der Universität Potsdam mit einer Arbeit über die Religions- und Kirchenfreiheit im bulgarischen Recht.

Kathedrale und auf dem Platz vor dem Synodalhaus. Man konnte davon ausgehen, dass die BOK mehr als genug an Eindrücken davon für sich mitnehmen durfte; die lauten Schreie nach Unterstützung der Menschen in der Rolle als „nationaler Nährmutter“ waren nach fast 50 Jahren Austrocknung durch den Atheismus wirklich nicht zu überhören. Sehr schnell wurde jedoch schon damals klar, wie schwer die Last der Vergangenheit war. Auch die BOK konnte bei den anschließenden Entwicklungen nicht nur keine tragende Rolle spielen, sondern wurde – um es drastisch auszudrücken – eher zu einem gebrandmarkten „Opfer der Demokratie“. Zwar gab es einzelne Versuche mit unterschiedlicher Intensität, beim höheren Klerus Empfindungen für die neue gesellschaftspolitische Lage zu wecken, jedoch kam es erst acht Jahre später zu einer kirchlichen Verurteilung des kommunistischen Regimes. Dies erfolgte leider während des so genannten Schismas innerhalb der BOK² und war letzten Endes keine dogmatische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern eher ein Legitimitätsproblem in der Kirchenleitung.

So blieb in der bulgarischen Öffentlichkeit ein bitterer Nachgeschmack zurück, ein Nachgeschmack von verschwiegener Verbundenheit des höheren Klerus mit den Diensten der kommunistischen Staatssicherheit – jenen Organen, die bei der „Ausrottung der Religion“ an erster Stelle gestanden hatten. Ungelöste Vergangenheitsbewältigung seitens der oberen Kirchenverwaltung verhindert bis heute eine Stärkung des religiösen Gewissens der bulgarischen Gesellschaft und schwächt das Ansehen der BOK und auch der anderen Religionsgemeinschaften im Lande.

² Der Autor spielt auf die Spaltung der orthodoxen Kirche Bulgariens in zwei Synoden (d. h. Exekutivorgane) im Jahre 1992 an, die dadurch entstand, dass ein Teil der Mitglieder des Heiligen Synods dem noch in kommunistischer Zeit gewählten Patriarchen Maxim (geb. 1914, gewählt 1971) wegen der Manipulation der Wahl durch das alte Regime die Gefolgschaft verweigerte. Allerdings wurde rasch klar, dass sich auch unter den „Spaltern“ zahlreiche Kollaboranten befanden. In den neunziger Jahren gab es mehrere Versuche seitens der Kirche und auch seitens des Staates, die Spaltung zu überwinden, wobei die Frage, welcher der beiden Kirchen das Kircheneigentum zustehe, von großer Bedeutung war und schließlich sogar zu einer Beschwerde des „Alternativsynods“ vor dem Europäischen Menschengerichtshofs in Straßburg führte. Inzwischen konnte der interne Streit weitgehend beigelegt werden; der Prozess der Versöhnung innerhalb der Kirche ist jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Vgl. dazu auch Daniela Kalkandjieva: Die Bulgarische Orthodoxe Kirche: Last der Vergangenheit und Herausforderungen der Zukunft. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 8 (2007), H. 3, S. 225-228 (Anm. d. Redaktion).

Staat und Kirche oder Kirche im Staat

Der Rechtsstatus von Religionsgemeinschaften hängt stark davon ab, ob im Staat eine Religionsgemeinschaft existiert, die gegenüber anderen eine bevorzugte Stellung hat und einige Vorrechte genießt; dabei spielt es eine wichtige Rolle, auf welchen Rechtsgrundlagen diese Sonderrolle beruht bzw. ob die hervorgehobene Stellung einfach per Dekret festgelegt worden ist.

Der Status der orthodoxen Kirche wandelte sich vom „herrschenden Glauben“ zur „traditionellen Religion“.

In der bulgarischen Rechtsgeschichte kam es zu einer durch politischen Druck und ideologische Entwicklung staatlicherseits erzwungenen Trennung der BOK vom Staat durch die Verfassung der Volksrepublik Bulgarien von 1947. Um

der besonderen historischen Rolle der orthodoxen Kirche für Bulgarien³ Rechnung zu tragen, wurde die Orthodoxie in dieser Verfassung als „traditionelle Religion“ bezeichnet (zuvor hatte sie den Rang des „herrschenden Glaubens“). Diese konfessionelle Traditionalität im staatlichen Recht übertrug sich in die aktuellen Grundlagen der bulgarischen Religionsgesetzgebung, ohne dass darüber sachlich argumentiert wurde, ob und wie „traditionell“ die Orthodoxie für den Staat sein soll – „offizielle Religion“ oder nur „aus der Geschichte heraus bedeutende Religion“. Nach Äußerungen hoher orthodoxer Kleriker und gemäß des Beschlusses Nr. 13 Abs. 4 des IV. Kirchenvollskonzils der BOK von 1997 „soll das orthodoxe Bekenntnis den Verfassungsstatus eines offiziellen Bekenntnisses des bulgarischen Staats erhalten“.⁴ Solche Bestrebungen seitens der BOK blieben selbstverständlich unbeachtet, denn die Republik Bulgarien ist trotz des Fehlens einer einschlägigen Vorschrift ein weltanschaulich neutraler Staat. Im Übrigen ist es vollkommen unklar, was genau unter einem „offizielles Bekenntnis“ zu verstehen ist und wie sich diese Charakterisierung im Vergleich zum früheren „herrschenden Glauben“ und zur heutigen „traditionellen“ Religion verhält. Man darf nicht vergessen, dass eine „offizielle“ Religion im Sinne von staatlich anerkannt (und bevorzugt) die Trennung der BOK vom Staat und somit auch die Verfassung grundsätzlich in Frage stellen kann!

Der bulgarische Staat als weltanschaulich neutrale Republik darf kraft

³ Vgl. dazu ausführlich den Beitrag von Božidar Andonov in vorliegendem Heft.

⁴ Verkündet in der „Kirchenzeitung“ XCVIII (1997), 15 c. 7.

Verfassung die BOK lediglich als eine Religionsgemeinschaft ansehen. Dies ist jedoch in der Rechtspraxis unmöglich. Angefangen von staatlichen Subventionen über die Rolle der BOK bei Staatsfeierlichkeiten bis hin zur Stärkung des nationalen Bewusstseins durch die BOK im Ausland⁵ deuten viele Hinweise darauf, dass die institutionelle Trennung der BOK vom Staat eher eine Verfassungsfassade ist als eine vernünftige Abgrenzung der jeweiligen Wirkungsbereiche für Bürger und Gläubige. In der Praxis wirkt sich das freundschaftliche Verhältnis des Staates gegenüber der BOK sehr oft zuungunsten anderer Konfessionen aus (überwiegend der protestantischen Denominationen); gleichzeitig jedoch erteilt der Staat der BOK freundlich, aber bestimmt eine Absage, wenn diese versucht, eine größere Rolle im öffentlichen Leben zu spielen – z. B. ist noch immer nicht entschieden, ob konfessioneller Religionsunterricht in den staatlichen Schulen als ordentliches Fach eingerichtet werden soll. Auch hat der bulgarische Staat die offiziell anerkannte Stellung der Religion bereits wiederholt missachtet, etwa dadurch, dass 2008 und auch 2009 die Abiturprüfungen an einem Sonntag durchgeführt wurden (ohne dass es allerdings zu einem Protest seitens des Klerus, der Lehrer oder der Schüler gekommen wäre).

Als Zwischenergebnis kann man festhalten, dass trotz der institutionellen Trennung der BOK vom Staat viele verdeckte, manchmal schwer erklärbare Tendenzen zur Verflechtung von Kirche und Staat zu beobachten sind. Zu fragen ist, worauf sich die BOK in Zukunft einstellen muss.

Ex lege: Die „gesetzliche“ Kirche

Im Zentrum der Fragen über den Rechtsstatus steht die Vorschrift von Art. 10 des bulgarischen Religionsgesetzes (offiziell „Gesetz über die Glaubensbekenntnisse“, hier verkürzt GüGB).⁶ Ihm zufolge wird die

⁵ Zu Staatsakten wird der orthodoxe Patriarch als einziger Vertreter bulgarischer Religionsgemeinschaften geladen und steht in der Rangordnung an fünfter Stelle. Art. 13. Abs. (1) des Gesetzes für die im Ausland lebenden Bulgaren (im Jahr 2000 verabschiedet) legt fest: „Der bulgarische Staat unterstützt die Bewahrung und die Äußerung des östlich-orthodoxen Glaubensbekenntnisses als die traditionelle Religionszugehörigkeit der Bulgaren und als Faktor zur Wahrung der bulgarischen nationalen Identität, wofür sie in Abstimmung mit der Bulgarischen Orthodoxen Kirche deren Tätigkeit unter den außerhalb der Republik Bulgarien lebenden Bulgaren unterstützt ...“

⁶ Eine vollständige deutsche Übersetzung dieses Gesetzes durch den Autor ist abgedruckt

Orthodoxie in der Republik Bulgarien repräsentiert durch die „Autokephale Bulgarische Orthodoxe Kirche, die unter dem Namen Patriarchat Nachfolger des Bulgarischen Exarchats und ein Glied der Einen, Heiligen, Allgemeinen und Apostolischen Kirche ist“. An ihrer Spitze steht der Patriarch von Bulgarien, der zugleich Metropolit von Sofia ist. Gemäß Abs. 2 des Art. 10 GüGB ist die Bulgarische Orthodoxe Kirche kraft Gesetz eine juristische Person. Ihre Struktur und ihre Verwaltung sind in ihrer Kirchenverfassung festgelegt. Gemäß Abs. 3 können aus

Als juristische Person genießt die BOK besondere Vorteile.

Abs. 1 und 2 keine Grundlagen für die Gewährung von Privilegien oder irgendwelchen Vorrechten abgeleitet werden.

Die Erklärung einer Personengemeinschaft zur juristischen Person ist für das bulgarische Recht nichts Neues.⁷ Problematisch ist es jedoch, dass es derzeit zwar in Bulgarien über 100 weitere Religionsgemeinschaften gibt und diese gemäß Art. 4 GüGB Gleichberechtigung genießen, andererseits es sich bei anderen kraft Gesetz anerkannten juristischen Personen zum größten Teil um *staatliche Institutionen* handelt. Die gesetzliche Verleihung des Status „juristische Person“ für die BOK (und die damit einhergehende Sonderstellung) sind im In- und Ausland auf Befremden gestoßen.⁸ Letzten Endes wurde damit zwar dem formalen Ende der innerkirchlichen Spaltung Rechnung getragen, die anderen Religionsgemeinschaften in Bulgarien haben diese Ausnahmeregelung für die BOK aber als eine Diskriminierung der eigenen Position empfunden. So bleiben in dieser Hinsicht genügend juristische Probleme offen.

Exkurs: Die römisch-katholische Kirche in Bulgarien – Glaubensbekenntnis ex officio

Bis 1990 „existierten“ für den Staat in Bulgarien gemäß der Vorschriften des Bekenntnisgesetzes von 1949 lediglich vier von der Regierung anerkannte Bekenntnisse: die BOK, die muslimische Gemeinschaft, die Ar-

in: Österreichisches Archiv für Recht und Religion, 2006, H. 3, S. 375-387; S. 388-395 enthalten eine Kommentierung.

⁷ Gegenwärtig gibt es 60 weitere juristische Personen; eine Übersicht findet sich unter <http://hpberov.blogspot.com/2009/06/ex-lege.html> (letzter Zugriff: 23.10.2009).

⁸ Vgl. zum Hintergrund Anm. 2.

menische Apostolische Kirche und die israelitische Gemeinschaft. Nach 1989 erhielt die katholische Kirche die fünfte Stelle unter den registrierten Bekenntnissen und wurde am 4. März 2003 nach dem neuen Religionsgesetz registriert – ex officio, also von Amts wegen. Damit steht ihr das Recht auf staatliche Unterstützung gemäß Art. 28 GüGB zu. Merkwürdig ist aber, dass sie trotz ihrer Stellung als drittgrößte Religionsgemeinschaft Bulgariens (0,6 Prozent der Bevölkerung nach der Volkszählung von 2001) keinerlei finanzielle Unterstützung vom Staat erhält – im Unterschied zu kleineren Glaubensgemeinschaften.⁹ Trotz eines 1992 erlassenen speziellen Gesetzes zur Regelung der Restitution beschlagnahmten Kirchenbesitzes sind viele Immobilien, darunter Krankenhäuser, Schulen und Universitätsbauten (z. B. in Plovdiv) in staatlicher Hand geblieben. Abgesehen davon, dass grundsätzlich auch die anderen Religionsgemeinschaften in Bulgarien ähnliche Restitutionsprobleme haben, handelt es sich dabei eher nicht um Fragen des Rechtsstatus der katholischen Kirche in Bulgarien, sondern mehr um eine Rechtsstaatsproblematik in Verbindung mit adäquater Gesetzesanwendung.

Trotz eines speziellen Gesetzes zur Regelung der Restitution beschlagnahmten Kirchenbesitzes wartet die katholische Kirche bis heute auf die Rückgabe vieler Immobilien.

Während des Besuchs von Papst Johannes Paul II. in Bulgarien (Mai 2002, vor dem Inkrafttreten des jetzigen Religionsgesetzes) wurde sehr gut sichtbar, dass viele Bulgaren, darunter Vertreter anderer Religionsgemeinschaften und sogar bekennende Atheisten, mit den Vertretern der katholischen Kirche einen freundlichen und respektvollen Umgang pflegen, was als ein sicheres Zeichen für ausgewogene und vernünftige Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem bulgarischen Staat gedeutet werden kann. Meines Erachtens bemüht sich die katholische Kirche in Bulgarien im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch darum, bei der Lösung sozialer Probleme mitzuhelfen. Allerdings hat sie wie alle bulgarischen Religionsgemeinschaften damit zu kämpfen, dass in der jüngeren Generation die Religiosität zurückgeht.

⁹ Vgl. die Übersicht im Anhang (S. 294).

Aussichten

Ohne Zweifel besteht eine Diskrepanz zwischen der hervorgehobenen Stellung der BOK, wie sie gesetzlich geregelt ist, der in der Verfassung Bulgariens verankerten weltanschaulichen Neutralität der Republik und der Rolle der BOK im Alltag. Solange die BOK sich nicht zu einer grundlegenden Erneuerung ihrer Position gegenüber der Politik und ihres wirtschaftlichen Gebarens durchringt, was auch einen Personalwechsel in der Kirchenleitung¹⁰ nicht ausschließt, ist eine dauerhafte Lösung der offenen Fragen kaum vorstellbar.

Anhang

Subventionen für die gemäß dem Gesetz über die Glaubensbekenntnisse für das Jahr 2009 registrierten Glaubensbekenntnisse

(Beträge in BGN [Neue Bulgarische Leva], 1 € entspricht 1,95583 BGN [fixierter Kurs].)

Nr.	Bezeichnung	Summe (in 1.000)
1.	Für die Instandsetzung von Gottesdienststätten, den Unterhalt von Bulgarischen Orthodoxen Gemeinden im Ausland und von Geistlichen, die ihr Amt im Ausland ausüben	800
2.	Für die Bulgarische Orthodoxe Kirche (Inland)	1.900
3.	Für die muslimische Gemeinschaft	250
4.	Für die israelische Gemeinschaft	35
5.	Für die Armenische Apostolische Kirche	50
6.	Für andere registrierte Glaubensbekenntnisse	35
7.	Für die Herausgabe von religiöser Literatur, wissenschaftlichen und soziologischen Untersuchungen	30
8.	Für die Instandsetzung von Kirchenbauten mit nationaler Bedeutung	300
9.	Reserve für eintretende Notsituationen	100
	Insgesamt:	3.500

¹⁰ Mit einem durchschnittlichen Alter der Mitglieder des Heiligen Synods der BOK, das Anfang letzten Jahres bei 75 lag, ist die BOK vermutlich die Kirche mit der ältesten Leitung weltweit. Außerdem hat die BOK mit der geringen Zahl von ca. 80 Mönchen, aus deren Reihen künftige Bischöfe zu rekrutieren wären, wenig Optionen zur Erneuerung der alten Strukturen. Ein weiterer Grund zur Sorge ist schließlich die ständig sinkende Zahl von Bewerbern in den beiden bulgarischen Priesterseminaren.

„Eine Kerze für Bulgarien“ – der selige Papst Johannes XXIII. und Bulgarien

Wenn wir uns mit dem Leben der Kirche in Bulgarien befassen, können wir in keinem Fall das Wirken von Erzbischof Angelo Giuseppe Roncalli – Papst Johannes XXIII. – ausklammern, der von April 1925 bis Dezember 1934 als Apostolischer Visitator und Gesandter des Heiligen Stuhls in Bulgarien wirkte. Die Erinnerungen an ihn sind nicht nur unter den Katholiken Bulgariens lebendig, sondern auch unter den anderen Bürgern dieses Landes. Die Bulgaren nennen ihn mit Stolz den „bulgarischen Papst“.

Die Spuren der Anwesenheit von Erzbischof Roncalli sind in der bulgarischen Kirche auch heute noch auf Schritt und Tritt zu erkennen. So wurde vor kurzem in Sofia dem seligen Papst Johannes XXIII. eine Kirche geweiht, die auf dem Grundstück steht, das er während seiner Tätigkeit in Bulgarien für den Bau eines Priesterseminars erworben hatte.



Neuerbaute katholische Kirche in Sofia. Das Medaillon über dem Portal zeigt Papst Johannes XXIII.

Pater Srećko Rimac OCD ist der Generalsekretär der Bulgarischen Bischofskonferenz.

Im Gebäude der ehemaligen Nuntiatur, in dem viele Jahre Eucharistie-Schwester wohnten, entsteht gegenwärtig ein geistliches Zentrum unter dem Namen „Papst Roncalli“. Lange Zeit bestand in Sofia unweit des Sitzes des orthodoxen Patriarchen und der Universität auch eine katholische Buchhandlung mit dem Namen „Angelo Roncalli“. So könnte man noch lange fortfahren, und in den Erinnerungen vieler Menschen ist Erzbischof Roncalli aus Gemeinde- und Firmbesuchen bis heute lebendig geblieben.

Ankunft und Wirken in Bulgarien

Während der Balkankriege (1912-1913) und des Ersten Weltkriegs (1914-1918) kamen viele Flüchtlinge nach Bulgarien, darunter Katholiken des östlichen Ritus aus Gebieten der heutigen Türkei und Griechenlands.¹ Im Gegensatz zu den anderen Flüchtlingen, die orthodox waren und sich leichter in die orthodoxe Kirche in Bulgarien integrieren konnten, stießen diese Katholiken auf große organisatorische Probleme. Neben der Frage des materiellen Überlebens in der neuen Heimat stellte sich für sie auch die Frage einer geistigen Heimat, fehlte ihnen doch die Kirche ihres Ritus. In dieser schwierigen Situation gab es zwei Möglichkeiten – entweder die eigene Identität vollkommen aufzugeben oder ein neues kirchliches Leben aufzubauen.

Nach dem Ersten Weltkrieg musste in Bulgarien die Seelsorge für die Katholiken des östlichen Ritus organisiert werden.

Der Heilige Stuhl reagierte auf die Notlage und entschloss sich, zur Linderung der geistigen Nöte einen Visitator nach Bulgarien zu senden. Anvertraut wurde diese Aufgabe Erzbischof Angelo

Roncalli (geb. 1881), der seit 1921 das päpstliche Missionswerk in Italien leitete. Sein Auftrag lautete:

- die Katholiken des östlichen Ritus aufzusuchen und nach Möglichkeit in Gruppen zu sammeln,
- für die Gewinnung von Priestern und Errichtung von Kirchen- und Schulgebäuden zu sorgen,
- die Vorauswahl für einen Bischof für die Katholiken des östlichen

¹ Andere Bezeichnung: Katholiken des byzantinischen Ritus. Vgl. auch Thomas Bremer: Die östlichen Kirchen – ein Überblick. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 10 (2009), H. 3, S. 167-178, bes. S. 176 f.

Ritus zu treffen und diesem bei der Organisation der Diözese zu helfen,

- die Gründung eines Priesterseminars vorzubereiten
- sowie sich um die in Bulgarien tätigen Mönche und Schwestern zu kümmern.

Erzbischof Roncalli, der am 19. März 1925 die Bischofsweihe empfangen hatte – er wurde Titularerzbischof von Areopolis² –, traf am 25.

April 1925 in Sofia ein, von wo aus er in den folgenden Jahren die über ganz Bulgarien verstreuten Katholiken des östlichen Ritus aufsuchte. Schon die äußeren Umstände waren dabei oft recht abenteuerlich: Er benutzte die Eisenbahn, gelegentlich Autos, die eher Lastwagen waren, Kutschen und

Angelo Roncalli ging es stets um das, was Orthodoxe und Katholiken verbindet, und nicht um das, was sie trennt.

suchte die Gläubigen, wenn es notwendig war, sogar mit dem Pferd auf, wie er im Mai 1925 in einem Brief an seine Verwandten bemerkte: „An diesem Abend komme ich von einer langen Rundreise durch Bulgarien zurück ... Gesundheitlich geht es mir gut, obwohl ich sieben Stunden ununterbrochen auf einem Pferd durch die Berge geritten bin.“

Die orthodoxen Christen begegneten ihm anfangs mit großer Zurückhaltung. Zeitweilig wurde er sogar vom bulgarischen Geheimdienst überwacht. Das Misstrauen legte sich jedoch, nachdem man sich von seinen guten Absichten überzeugt hatte, und ging sogar in Sympathie über, denn von Beginn seines Aufenthaltes in Bulgarien an suchte er Kontakte zu den – wie er sie nannte – „geliebten orthodoxen Brüdern“. Es ging ihm dabei stets um das, was Orthodoxe und Katholiken verbindet, und nicht um das, was sie trennt.

Von großer Bedeutung für die Entfaltung geistlichen Lebens war die Gewinnung eines Bischofs für die Katholiken des östlichen Ritus. Erzbischof Roncalli sandte nach sorgfältiger Prüfung die Namen von drei Priestern als Kandidaten nach Rom. Der Heilige Stuhl wählte den jungen Priester Stefan Kurteff (geb. 1891) aus, der im Dezember 1926 zum Bischof geweiht wurde und als Apostolischer Exarch (Bischof) den Namen

² Unter Titularbistum ist eine untergegangene Diözese zu verstehen. Der Titularbischof empfängt die Weihe und trägt den Titel, leitet aber keine Diözese, sondern wirkt innerhalb einer existierenden Diözese als Weihbischof oder ist im kirchlichen diplomatischen Dienst tätig. – Areopolis ist eine untergegangene Erzdiözese in Palästina (Anm. d. Redaktion).

Kyryl annahm. Kein Erfolg war hingegen den Planungen für ein Priesterseminar beschieden. Erzbischof Roncalli konnte zwar ein Grundstück erwerben; nach der Grundsteinlegung geriet die Verwirklichung jedoch ins Stocken, da sich Erzbischof Roncalli mit seiner Idee eines Seminars für Priester beider Riten gegen viele Widerstände, besonders seitens einiger Orden, nicht durchsetzen konnte.³

Trotz mancher Erfolge war die Tätigkeit des Visitators keineswegs einfach. Wie man in seinem Tagebuch nachlesen kann, bezeichnete er sein Wirken in Bulgarien als „sein Kreuz“, aber zur gleichen Zeit war er auch bereit, dieses Kreuz bis zum Äußersten zu tragen. Besonders erwähnt seien zwei Ereignisse, die ihm viele Probleme bereiteten.

Unerwartete Folgen brachte der *Abschluss der Lateranverträge* mit sich, in denen 1929 das Verhältnis zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl geregelt wurde. Diese Verträge, die u. a. die Souveränität des Staates der Vatikanstadt festlegten, wurden in Bulgarien missverstanden und so ausgelegt, als ob der Heilige Stuhl seinen Einfluss nach Südosteuropa ausdehnen und Bulgarien zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen – diese bestanden bisher noch nicht – zwingen wollte. Erzbischof Roncalli musste sein ganzes diplomatisches Geschick einsetzen, um darzulegen, dass die Verträge weder gegen den bulgarischen Staat noch gegen die orthodoxe Kirche gerichtet waren.

Schwierigkeiten bereitete auch die *Eheschließung* von Zar Boris III. mit der italienischen Prinzessin Giovanna im Jahre 1930. Zar Boris III. hatte versprochen, in einer katholischen Kirche zu heiraten und die Kinder katholisch taufen und erziehen lassen wird. So wurde am 25. Oktober 1930 in Assisi die Hochzeit gefeiert, doch dann folgte kurz darauf in der orthodoxen Aleksander-Nevski-Kathedrale in Sofia eine zweite Trauung. Erzbischof Roncalli musste nun einen offiziellen Protest beim Zaren einlegen und hatte zudem unter Vorwürfen katholischer Seite zu leiden, er trage die Schuld an der zweiten Eheschließung, weil er sich nicht ernsthaft bemüht hätte, sie zu verhindern. Das Problem lag aber auf Seiten von Zar Boris III., denn gemäß der damaligen bulgarischen Verfassung konnte der Souverän nur ein orthodoxer Christ sein und in einer orthodoxen Zeremonie heiraten. Königin Giovanna war die Leidtragende dieser Entwicklungen, fand aber in Erzbischof Roncalli einen verständnisvollen Freund. Sie sagte ihm übrigens auch seine Wahl zum

³ Heute befindet sich auf dem Grundstück die ihm geweihte Kirche (vgl. Abbildung auf S. 295).

Papst voraus und hat ihn einige Tage nach der Wahl im Oktober 1958 mit ihren Kindern besucht.

1934 erfolgte die Ernennung von Erzbischof Roncalli zum Apostolischer Delegaten für die Türkei und Griechenland. Damals versprach er, in seinem Fenster werde immer eine Kerze für Bulgarien brennen, und wenn irgendjemand aus Bulgarien – Katholik, Orthodoxer oder Moslem – vorbeikomme, werde er ihn empfangen. Für seine große Liebe zu Bulgarien spricht auch die Tatsache, dass er Papst Pius XI. bewegen konnte, ihm das Titularerzbistum Nessebar (lateinisch „Mesembria“) an der bulgarischen Schwarzmeerküste zu verleihen. Bevor er Bulgarien im Januar 1935 verließ, sagte er in seiner letzten Predigt an Weihnachten 1934: „Jedes Mal, wenn ich unterschreiben soll, werde ich mit Guiseppe, Erzbischof von Mesembria, unterschreiben und mich an dieses schöne Land erinnern.“

Bulgarien im Herzen von Angelo Roncalli

Besonderen Dank schuldet Bulgarien Erzbischof Roncalli für die Rolle, die er nach dem Zweiten Weltkrieg während der Friedenskonferenz in Paris 1947 spielte. Er war seit 1944 als Apostolischer Nuntius in Frankreich tätig und hatte sich dort bereits einen guten Ruf als Vermittler erworben. Als während der Konferenz die Delegationen der Siegerstaaten die Vertreter der besiegten Länder mit Ausnahme von Bulgarien begrüßten, war es Nuntius Roncalli als Doyen des diplomatischen Korps, der beim Erscheinen der bulgarischen Delegation „Viva Bulgaria“ ausrief und nicht zuerst die Sieger begrüßte, wie es zu erwarten gewesen wäre. Diese Geste leitete einen Stimmungsumschwung zugunsten Bulgariens ein. Natürlich rief dies auch Verwunderung hervor, zeigte er doch als Vertreter des Vatikans sein Wohlwollen gegenüber dem kommunistischen Regime in Bulgarien. Er tat dies aber, wie er betonte, nicht aus Sympathie für die Kommunisten, sondern weil er Bulgarien vor den Annexionsgelüsten der Siegerstaaten Griechenland und Jugoslawien schützen wollte.

Anwesenheit von Angelo Roncalli in Bulgarien

Bei der Seligsprechung von Papst Johannes XXIII. am 3. September 2000 in Rom war auch eine offizielle Delegation aus Bulgarien anwesend. Die katholische Delegation wurde vom Apostolischen Exarchen Christo

Proykov geleitet. Ebenso vertreten war der bulgarische Staat durch den stellvertretenden Parlamentspräsidenten. Für die Bulgarische Orthodoxe Kirche nahm Metropolit Simeon von West- und Mitteleuropa teil.

Wie bereits eingangs erwähnt, finden sich viele Erinnerungen an Erzbischof Roncalli in Bulgarien. Ein wichtiges Projekt ist die Errichtung des geistigen Zentrums „Papst Roncalli“ in dem Gebäude in Sofia, in dem er sieben Jahre gewohnt hat. Gemäß der Vorstellungen des seligen Papstes soll es ein Ort der Begegnung zwischen katholischen und ortho-

„Auch wenn wir auf verschiedenen Wegen gehen, werden wir uns später in der Einheit der Kirchen ... wiedertreffen.“

doxen Gläubigen sein und damit den Geist der Ökumene fördern. Auch das neue Gebäude der Nuntiatur trägt den Namen „Villa Roncalli“, in Burgas führt ein Kinderheim den Namen „Roncalli“.

In orthodoxen Kreisen erinnert man sich noch heute, wie Erzbischof Roncalli reagierte, als ihn ein orthodoxer Priesteramtskandidat um Unterstützung für den Plan bat, zusammen mit anderen orthodoxen Priesteramtskandidaten in Rom an der Fakultät für katholische Priester studieren zu können. In seinem Antwortbrief riet ihm Erzbischof Roncalli, in Sofia zu bleiben und an der orthodoxen Fakultät zu studieren, denn „Katholiken und Orthodoxe sind keine Feinde, sondern Brüder. Wir haben den gleichen Glauben und nehmen an den gleichen Sakramenten teil. [...] Auch wenn wir auf verschiedenen Wegen gehen, werden wir uns später in der Einheit der Kirchen dadurch wiedertreffen, dass wir gemeinsam die wahre und einzige Kirche unseres Herrn Jesus Christus gestalten“.

Wie Kenner des Lebens und Denkens des seligen Papstes Johannes XXIII. sagen, hat seine Zeit in Bulgarien und der Türkei und die Erfahrungen, die er hier in unmittelbarem Kontakt mit den orthodoxen Christen und dem Islam gemacht hat, einen großen Einfluss auf die Entwicklung seines Denkens ausgeübt. Als er Papst wurde und das Konzil einberief, baute er darauf auf und machte sie für die ganze Kirche nutzbar.

Aus dem Kroatischen übersetzt von Vitomir Mosковиć.

Literaturhinweis

Zahlreiche Dokumente finden sich im Archiv „Roncalli“ der Stiftung Johannes XXIII. in Bergamo und im Archiv von Monsignore Loris Capovilla (Privatsekretär des Papstes).

Der Karmel „Heiliger Geist“ in Sofia

Das Karmeliterkloster „Heiliger Geist“ in Sofia besteht seit bereits 74 Jahren, die zu den bewegtesten Jahrzehnten der bulgarischen Geschichte zählen. In Stille, Gebet und Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes widmen die Karmelitinnen ihr Leben der Rettung aller Menschen. Unsichtbar für die Welt, unterstützten die Schwestern mit ihren Gebeten die Menschen in der Welt, brachten ihnen Trost und Hoffnung in den schwierigsten Perioden unserer neueren Geschichte: dem Zweiten Weltkrieg, dem kommunistischen Regime und der darauf folgenden turbulenten Zeit der Wiederherstellung der Demokratie.

Die Gründung

Das Kloster wurde von vier französischen Ordensfrauen vom Karmel „Heiliger Geist“ in Istanbul gegründet. Die Tatsache, dass die Schwestern am 23. Mai 1935 in Sofia ankamen, war wohl kein Zufall. Bereits seit 1923 sprachen sich die katholischen Priester in Bulgarien für die Notwendigkeit eines Karmels im byzantinischen Ritus aus, dem eine besondere Rolle für die Konsolidierung der orientalisches-katholischen Gemeinde in Bulgarien zukommen sollte. Die wichtigste Botschaft der ersten Karmelitinnen in Sofia lautete: „Opfern wir uns für die Einheit der Kirchen auf!“ Monsignore Kyril (Kurteff), der Bischof der orientalischen Katholiken von Bulgarien, war von der geistigen Botschaft der Heiligen Therese von Lisieux stark geprägt und unterstützte das Vorhaben.

Erzbischof Angelo Roncalli, der lange Jahre in Bulgarien gewirkt hatte, unterstützte von Istanbul aus das Projekt und erhielt im Februar 1935 die offizielle Entscheidung des Heiligen Stuhls zur Gründung des Klosters. Das Kloster in Sofia war damit der weltweit erste Karmel im byzan-

Schwester Maria Tereza Gramova OCD ist die Priorin des Karmels „Heiliger Geist“ in Sofia.

tinischen (orientalischen) Ritus. Am 24. Mai 1935, dem Fest der Slawenapostel Kyrill und Method, wurde im neuen Kloster in Sofia die erste heilige Messe zelebriert. Kanonisch wurde die Klostersgemeinschaft durch einen besonderen Rechtsakt vom 24. Juni 1935 gegründet, denn an diesem Tage betraten die Schwestern die Klausur. Genau 400 Jahre, nachdem die Heilige Teresa von Avila das karmelitanische Gewand angenommen hatte (1535), machten ihre geistigen Töchter in Bulgarien einen neuen Anfang – der erste Karmel im byzantinischen Ritus in der

In Sofia entstand der erste Karmel im byzantinischen Ritus in der Welt.

Welt. Einen Monat nach der Gründung beschrieb Kardinal Luigi Sincero in einem Brief an die Superiorin des Karmels in Lisieux die große Bedeutung des neuen

Klosters und die Hoffnung, die die Kirche mit dem neugegründeten Karmel verband: „Der Karmel im orientalischen Ritus in Bulgarien ist ein Werk der Vorhersehung.“ Er bemerkte aber auch: „Die Heilige Kongregation unterschätzt nicht die Schwierigkeiten, die die Schwestern in der Anfangsphase ihrer Tätigkeit in Bulgarien wahrscheinlich haben werden.“ Sicherlich konnte er nicht ahnen, was alles in den folgenden Jahrzehnten auf die Schwestern zukommen sollte.

Um bei der Anpassung der Karmeliterregel an den byzantinischen Ritus zu helfen, visitierte Monsignore Mazzoli, der neue Apostolische Delegat in Bulgarien und Nachfolger von Erzbischof Roncalli, das Kloster. Papst Pius XI. persönlich selbst legte die Direktiven fest, die bei der Umsetzung der Ordensregel bewahrt werden mussten. Als Zeichen seiner Unterstützung schickte der Papst eine Reliquie der Heiligen Therese von Lisieux nach Sofia. Nur ein Jahr nach der Gründung betraten dann die ersten drei bulgarischen Novizinnen den Karmel in Sofia – Schwester Tereza vom Kinde Jesu (Mara Dukova), Schwester Maria der Inkarnation (Pavlina Pavlova) und Schwester Blažena vom Kreuz (Zdravka Bojcheva). Die kleine karmelitanische Gemeinschaft entwickelte und konsolidierte sich trotz vieler Schwierigkeiten, zu denen auch mangelndes Verständnis seitens der orthodoxen Kirche in Bulgarien zählte. Als größtes Problem erwies sich das Fehlen eines passenden Gebäudes für das Kloster. Daher fanden die Schwestern Unterkunft in der ehemaligen Residenz von Erzbischof Roncalli neben der St. Franziskus-Kirche; die Kirche sollte dann über Jahrzehnte das einzige Zuhause der Karmelitininnen in Sofia werden.

Die Zeit der Herausforderungen und der Prüfungen

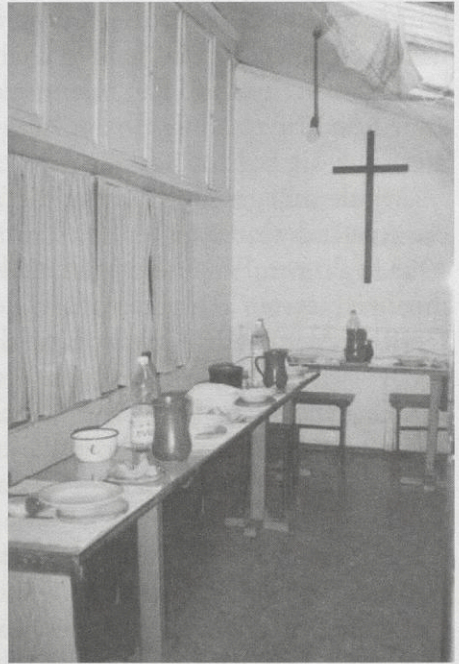
Der Zweite Weltkrieg brachte schweres Leid über den Karmel. Am 10. Januar 1944 wurde Sofia bombardiert. Ein großer Teil der Bevölkerung wurde evakuiert, auch die Karmelitinnen mussten die Stadt verlassen und auf dem Land Zuflucht suchen. Das leerstehende Klostergebäude blieb unversehrt, und dank der materiellen und moralischen Unterstützung von Prinzessin Eudoxia (1898-1985, Schwester von Zar Boris III.) war auch die Existenz der Schwestern vorläufig gesichert.

Mit dem Beginn des kommunistischen Regimes in Bulgarien wurden die Ausländerinnen unter den Karmelitinnen aus dem Lande verbannt. 1952 begannen Prozesse gegen die katholische Kirche in Bulgarien und ihre wichtigsten Repräsentanten. Insgesamt wurden 47 Urteile gegen Geistliche gefällt. Ein Bischof und drei Ordensmänner wurden zum Tode, 37 weitere Personen zu 10-20 Jahre Haft verurteilt. Die Superiorin der Karmelitinnen, Schwester Blažena vom Kreuz, und Schwester Tereza vom Kinde Jesus wurden in das berüchtigte Lager Belene¹ geschickt. Heute kann man sich gar nicht mehr vorstellen, dass zwei Ordensschwestern als eine „Gefahr“ für den Staat angesehen wurden. Wir sollten uns aber fragen, was es bedeutet, Ordensfrau in einem kommunistischen Arbeitslager zu sein. Die Schwestern waren körperlich da, in ihren Gedanken aber im Karmel. Geistig nahmen sie jeden Tag an der Heiligen Messe teil, indem sie still den ganzen Text der Liturgie wiederholten. Sie verwandelten ihre elende Existenz im Lager in eine Zeit des Gebetes und der Gnade. Als sie sich an jene Zeit erinnerten, sagten sie: „Alles, was uns widerfahren ist, war eine große Gnade Gottes, eine Gnade für die Reinigung der Seele; alles wurde von seiner väterlichen Hand gelenkt.“

Die anderen Schwestern mussten das Kloster verlassen und wurden über ganz Bulgarien zerstreut. Eine Rückkehr in die Familien war für viele der Schwestern unmöglich. Sie verdienten ihren Unterhalt, indem sie Sprachunterricht gaben, kleine Kinder betreuten und Kranke pflegten. Erst 1958 gelang es ihnen, sich in Sofia zu versammeln. Sie zogen auf

¹ Auf Belene, einer zu Bulgarien gehörenden Insel in der Donau, wurde 1944 ein Arbeitslager eingerichtet, in dem das kommunistische Regime politische Gegner und andere unliebsame Personen inhaftierte, darunter auch gläubige Christen. Offiziell wurde das Lager 1962 geschlossen, jedoch wurden bis 1989 weiterhin dort Gefangene festgehalten. Vermutlich kamen darin mehrere Tausend Menschen um oder wurden ermordet. – In unmittelbarer Nähe befindet sich heute die Baustelle des umstrittenen Atomkraftwerks Belene. (Anm. d. Redaktion)

die Empore der St. Franziskus-Kirche, wo sie sich einige Zellen erbauten. Trotz dieser unzulänglichen Verhältnisse hielten die Schwestern dort mehr als 40 Jahre lang aus, fest in ihrem Glauben und in ihrer Berufung.



Klosterzelle unter dem Kirchendach und Speiseraum

Die Zeit des Umbruchs

Der Sturz des kommunistischen Regimes und der Anfang der demokratischen Prozesse in Bulgarien eröffneten neue, hoffnungsvolle Horizonte für die karmelitanische Gemeinschaft, brachten allerdings auch neue Herausforderungen mit sich. Große Menschenmengen auf der Suche nach ihrer christlichen Identität drängten in die Kirchen: Menschen, die ihre christlichen Wurzeln jahrzehntelang verdrängt hatten, die von brennendem Enthusiasmus erfüllt nach Glaube und Gott verlangten, aber ohne jede Kenntnis des Glaubens aufgewachsen waren. Diese rasche und unerwartete Entwicklung forderte die kleine, von Verfolgungen und Unterdrückung stark angeschlagene katholische Gemeinde in Bulgarien

heraus. Die Karmelitinnen setzten sich für alle – Priester und Laien – ein, um durch ihre Gebete, Ratschläge, Kenntnisse, aber vor allem durch ihr persönliches Beispiel Hilfe und Unterstützung zu leisten. Die langen vom Atheismus geprägten Jahre des kommunistischen Regimes und die schwierige Übergangszeit wirkten sich allerdings auch auf die Entwicklung des Karmels in Bulgarien aus: Es fehlte und fehlt an Berufungen. Das Kloster in Sofia wurde wieder international – Schwestern aus anderen slawischen Ländern (aus der Slowakei, aus Kroatien und der Ukraine) kamen nach Sofia und ließen den Karmel aufleben.

Große Hoffnungen weckte der Besuch von Papst Johannes Paul II. in Bulgarien (2002). Im gleichen Jahr wurde der erste Bauabschnitt des so lange er-

Der Karmel zieht Menschen katholischen wie orthodoxen Glaubens an.

sehnten Klosters abgeschlossen. Auch ließen sich zwei Karmeliten aus Kroatien in Sofia nieder, was zur Gründung eines Männerklosters in der Stadt (direkt neben der St. Franziskus-Kirche!) führte; außerdem entfaltete sich eine Säkulargemeinschaft.² So ist der thesesianische Karmel in Bulgarien dreifach durch Ordensmänner, Ordensfrauen und eine Säkulargemeinschaft vertreten.

Bulgarien befindet sich immer noch in einer schwierigen Lage. In diesen unsicheren Zeiten bildet der Karmel eine Oase der Heiligkeit, die nicht nur Katholiken beider Riten, sondern auch orthodoxe Christen anzieht. Die Schwestern haben die Prüfungen und Herausforderungen der Geschichte überstanden und Zeugnis dafür abgelegt, dass „der Karmel, gemäß seiner Bestimmung, über jeder menschlichen Kultur steht. Die Karmelitinnen sind berufen, über die Zeit hinaus zu leben; sie leben nicht nur für Gott, sondern auch mit Gott, d. h. in der Ewigkeit“. Diese Worte stammen von Mutter Blažena, der ersten Bulgarin, die Superiorin des Klosters war und über ein halbes Jahrhundert lang die Schwestern leitete und ermutigte.

Aus dem Bulgarischen übersetzt von Desislava Nikolova.

² Säkulargemeinschaft oder auch „Dritter Orden“ werden christliche Gemeinschaften genannt, die gemeinsam mit Männerorden (Erster Orden) und Frauenorden (Zweiter Orden) eine Ordensfamilie bilden. Es handelt sich um Vereinigungen von Laien, die versuchen, außerhalb des Klosters nach den jeweiligen Ordensidealen zu leben. (Anm. d. Redaktion)

Bulgarische Literatur und ihre Rezeption im deutschen Sprachraum

I.

Auf der Grundlage eines um ihre Geburtsstadt Saloniki gesprochenen altbulgarischen Dialekts schufen die Slawenlehrer Konstantin (827-869) und sein Bruder Method (Methodios, 815-885) für die christliche Missionsarbeit unter den Slawen in Mähren, mit der sie im Jahre 862 vom byzantinischen Kaiser betraut wurden, eine Schriftsprache. Dazu stellten sie ein eigenes, das so genannte glagolitische Alphabet zusammen, auf dessen Grundlage in formaler Anlehnung an das griechische Alphabet zu Beginn des 10. Jahrhunderts in Bulgarien das kyrillische Alphabet entstand, genannt nach Kyrillos, dem Namen, den Konstantin annahm, als er kurz vor seinem Tode Mönch wurde. Auf die beiden Slawenlehrer und ihre Schüler gehen die altbulgarischen (altkirchenslawischen) Übersetzungen der Bibel und zahlreicher kirchlicher und ziviler Gesetze aus dem Griechischen zurück. Nach dem Tode des Methodios aus Mähren vertrieben, gelangten die Schüler der Slawenlehrer nach Bulgarien, wo sie von dem Fürsten Boris I. (gest. 907), der 865 von Byzanz das Christentum angenommen hatte, mit offenen Armen empfangen wurden. Einige von ihnen, darunter vor allem Kliment (um 840-916), wurden in den westlichen Landesteil, nach Ochrid, gesandt, wo sie eine fruchtbare schriftstellerische und Lehrtätigkeit ausübten.

In Pliska, der Residenz des Fürsten Boris I., ebenso wie in Preslav, wohin sein Sohn und Thronerbe Simeon der Große (864-927) die bulgarische Hauptstadt verlegte, waren andere Schüler und Nachfolger der

Der Autor (geb. 1929) war Assistent für slawische Philologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Von 1962 bis 1965 saß er wegen „Beihilfe zur Republikflucht und staatsgefährdender Propaganda“ im Gefängnis, war danach viele Jahre mit Berufsverbot belegt und daher freiberuflich als Übersetzer tätig. Nach 1989 kehrte er an die Universität als Honorarprofessor für bulgarische und weißrussische Literatur zurück und wurde 1995 emeritiert. Er erhielt für seine Arbeiten in Deutschland und Bulgarien viele Auszeichnungen.

beiden Slawenlehrer tätig, darunter vor allem Joan Exarch (um 860-um 930); sein Hauptwerk, das „Hexaëmeron“, ist eine auf byzantinischen Vorbildern beruhende Kosmogonie. Die Regierungszeit der großen Herrscher Boris und Simeon gilt als das „Goldene Zeitalter“ der bulgarischen Kultur. Unter Simeons Nachfolger Petar (gest. 969) kamen in dem durch Kriege zerrütteten Land starke religiöse Strömungen auf. So gründete der Heilige Ivan (gest. 946) das Rilakloster, das bis in die Neuzeit ein geistliches Zentrum Bulgariens blieb.

Eine zweite Blüteperiode erlebte die alte bulgarische Literatur vor allem während des 14. Jahrhunderts. Um 1350 gründete der Mönch Teodossij nahe der neuen Hauptstadt Tǎrnovo ein Kloster, das zur Pflanzstätte des Hesychasmus in

Bulgarien wurde, einer asketischen Licht- und Gebetsmystik im orthodoxen Christentum, die sich während der unruhigen Zeit vor der Eroberung durch die Türken ausbreitete. Zu den Schülern Teodossijs gehörte der bulgarische Patriarch Evtimij, der in Tǎrnovo eine literarische Schule ins Leben rief, aus der solche umfassenden Geister hervorgingen wie Grigorij Tsamblak (1364-1420), Kiprian (1330-1406) und Konstantin von Kostenetz (um 1380-um 1440), die nach der Eroberung Bulgariens durch die Türken den Geist und die formalen Prinzipien der bulgarischen Literatur nach Russland, Rumänien und Serbien verpflanzten und damit eine neue Periode in der literarischen Entwicklung dieser Länder einleiteten.

Die Regierungszeit von Boris I. und Simeon dem Großen (9./10. Jahrhundert) gilt als „Goldenes Zeitalter“ der bulgarischen Kultur.

II.

Die während der ersten Jahrzehnte der türkischen Fremdherrschaft in Bulgarien verfassten literarischen Werke standen noch ganz in der von Evtimij geprägten religiösen und formalen Tradition, wenn ihnen auch der für diese kennzeichnende offizielle Rückhalt fehlte. Erst nach dem Fall Konstantinopels (1453), als die Hoffnung auf Zurückdrängung der muslimischen Eroberer dahinschwand, machte sich ein neuer Geist in der bulgarischen Literatur bemerkbar. Thematisch zeigte er sich in der Darstellung individuellen Widerstandes gegen islamische Assimilierungsversuche, so etwa in den in Sofia im 16. Jahrhundert entstandenen Lebensbeschreibungen dreier den Märtyrertod auf sich nehmender jun-

ger Christen, während er sich sprachlich in der sehr langsamen Durchsetzung der neubulgarischen Volkssprache in den Damaskinen kundtat, Sammelbänden unterschiedlichsten Inhalts, die auf den „Thesaurus“ („Schatz“) des griechischen Geistlichen Damaskenos Studites (gest. 1577) zurückgingen. Auch die Folklore nahm nun eine Entwicklung, die auf die Bewahrung des am Christentum festhaltenden bulgarischen Volkstums gerichtet war. Somit kommt der bulgarischen Literatur von der zweiten Hälfte des 15. bis gegen Mitte des 18. Jahrhunderts eine gewisse Selbstständigkeit zu, die durch eine nicht unbeträchtliche katholische Literatur in Nordwestbulgarien, vor allem im 17. Jahrhundert, noch unterstrichen wird; ihr Hauptvertreter Petar Bogdan Bakschev (1601-1674) schrieb seine Werke hauptsächlich italienisch oder lateinisch.

III.

Die während der türkischen Fremdherrschaft ganz auf das nationale und persönliche Überleben gerichteten Anstrengungen riefen im bulgarischen Bewusstsein einen besonderen Sinn für das Reale hervor. So kam es, dass sich im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts zwei literarische Genres herausbildeten, in denen das authentische Dasein des Volkes bzw. eines seiner Angehörigen im Mittelpunkt stand: die Historiographie und die Autobiographie. Beide Genres bestimmten die weitere literarische Entwicklung so nachhaltig, dass sie bis heute zu den Hauptsäulen der bulgarischen Literatur zählen. Die „Slawobulgarische Geschichte“ (1762) des Athosmönches Paisij von Chilandar (1722-1773) stellt den Auftakt zur nationalen Wiedergeburt dar. Etwa vier Jahrzehnte später (1803) entstand das autobiographische Pendant zu Paisijs Geschichtswerk, das „Leben und Leiden des sündigen Sofroni“, des Bischofs von Vratza (1739-1813). Beide Werke sind in deutscher Übersetzung in der Inselbücherei erschienen.

Als dritte Hauptsäule der neueren bulgarischen Literatur ist die eigentliche Aufklärungsliteratur zu nennen, die in Bulgarien dem Aufbau eines Schulwesens und der Volkserziehung diente: Das „ABC-Buch mit verschiedenen Lernstoffen“, eine realenzyklopädische Fibel (1824) von Petar Beron (1791-1871), die nicht nur die bulgarische Volksbildung auf eine moderne Grundlage stellte, sondern auch erstmals in Bulgarien weltlichen, zumeist übersetzten Lesestoff bot. Zur bulgarischen

Aufklärungsliteratur gehören ferner eine in barocke Sprachform gekleidete „Klage der armen Mutter Bulgarien“ (1845) von Neofit Bosveli (1785-1845) sowie eine Darstellung der gesamten ersten Periode der bulgarischen Aufklärung von Vasil Aprilov (1789-1847): „Morgenstern der neubulgarischen Bildung“ (1841).

Eine schöngeistige Literatur entwickelte sich etwa ab 1860 im Zeichen des Befreiungskampfes gegen die Türken. Zu ihren bis heute wegweisenden Autoren gehören Georgi Rakovski (1821-1867), der vor allem als Publizist und Historiker hervortrat, er schrieb außerdem das Versepos „Der Waldwanderer“ (1857) über einen Freischarführer gegen die türkische Herrschaft; außerdem Dobri Tschintulov (1823-1886), dessen patriotische Lieder während der friedlichen Revolution 1989/90 erneut gesungen wurden, und Petko Slavejkov (1827-1895), einer der umfassendsten Geister der bulgarischen Wiedergeburt, dessen dichterisches und publizistisches Werk von bestimmendem Einfluss auch auf die Herausbildung der neubulgarischen Schriftsprache wurde. Während von ihm so gut wie nichts ins Deutsche übersetzt wurde, gibt es vom bulgarischen Nationaldichter Hristo Botev (1847-1876), der als Anführer einer Freischar im Kampf gegen die Türken fiel, eine Ausgabe seiner Gedichte und ausgewählter Publizistik in deutscher Sprache (Berlin 1964 und Leipzig 1976). Als Prosaautor und vor allem als Publizist trat Ljuben Karavelov (1834-1879) hervor; sein erzählerisches Hauptwerk „Bulgaren der alten Zeit“, eine Darstellung des patriarchalischen Lebens in einer bulgarischen Kleinstadt, ist auch in Deutsch erschienen.

Zwei Genres – Historiographie und Autobiographie – wurden zu Hauptsäulen bulgarischer Literatur im 18. und 19. Jahrhundert.

IV.

Nach der Befreiung von der Türkenherrschaft (1878) überwog zunächst eine von patriotischem Pathos getragene Literatur. Sachari Stojanov (1850-1889) beschrieb den Befreiungskampf seiner Landsleute in dem großen erzählerischen Werk „Aufzeichnungen über die bulgarischen Aufstände“, das in Deutsch 1976 unter dem Titel „Der Aufbruch der fliegenden Schar“ erschien. Ivan Vasov (1850-1921) schilderte in dem Gedichtzyklus „Epopöe der Vergessenen“ (eine deutsche Übertragung kam 1976 in Sofia heraus) die Helden der bulgarischen Wiedergeburt und in dem in alle Weltsprachen übersetzten Roman „Unter dem Joch“

den Aprilaufstand 1876 (es gibt davon mehrere deutsche Ausgaben). Vassovs Roman „Ein neues Land“, der die ersten Jahre des nach 1878 neu auf den Plan tretenden Landes mit großer Meisterschaft gestaltet, ist in deutscher Übersetzung leider noch nicht zugänglich. Mit seinem lyrischen Werk wurde Vasov zum eigentlichen Schöpfer der bulgarischen Verskunst. Unter dem Titel „Die brennenden Garben“ ist 1978 in der Inselbücherei eine Auswahl seiner Erzählungen erschienen. Großes Verdienst kommt Vasov auch als Schilderer der heimatlichen Natur zu. Ein Band mit der Beschreibung seiner „Wanderungen durch Bulgarien“ ist 1982 unter dem Titel „Im Schoße der Rhodopen“ in ausgezeichnete deutscher Übersetzung erschienen.

Die sich um die von dem Kritiker Dr. K. Krystev (1866-1919) gegründete Zeitschrift „Gedanke“ („Missal“, 1890-1907) scharenden Autoren Pentscho Slavejkov (1866-1912), Pejo Javorov (1878-1914) und Petko Todorov (1879-1916) leiteten mit ihren Werken, in denen sie moderne Ideen des europäischen Geisteslebens aufgriffen, einen neuen Abschnitt in der bulgarischen Literatur ein, in dem Symbolismus und Neoromantik in den Vordergrund rückten. Von Slavejkov kam in deutscher Übersetzung 1919 eine Sammlung bulgarischer Volkslieder heraus, begleitet von einem großen Essay über dieses Thema. Eines der originellsten Gedichtwerke der europäischen Literatur ist sein Band „Auf der Insel der Seligen“ (1910), dessen etwa 90 Gedichte 17 fiktiven Dichtern und 2 fiktiven Dichterinnen in den Mund gelegt sind, hinter denen sich der Dichter und seine Lebensgefährtin Mara Beltscheva (1868-1937) verbergen. Der Band zeigt die Variationsbreite von Slavejkovs poetischem Ausdrucksvermögen. Von Javorov, einem der formal gewandtesten bulgarischen Dichter, erschien 1999 in Leverkusen sein dichterisches Hauptwerk „Den Schatten der Wolken nach“ in deutscher Übersetzung, angefertigt von namhaften deutschen Lyrikern. Außerdem enthält der 1974 in Berlin erschienene Sammelband „Bulgarische Dramen“ Javorovs Schauspiel „Am Fuße des Witoscha“ (1911), das erste psychologisch-soziale Zeitstück der bulgarischen Bühnenliteratur. Es wurde 1973 mit großem Erfolg am seinerzeit führenden ostdeutschen Theater in Senftenberg aufgeführt. Die beiden nach Vasov bedeutendsten Prosautoren, Elin Pelin (1877-1949) und Jordan Jovkov (1880-1937), sind jeweils mit einigen Erzählbänden bzw. Romanen in deutscher Übersetzung zugänglich. Eine große, zweibändige Werkausgabe von Elin Pelin liegt in deutscher Sprache druckfertig vor, hat bisher aber keinen Verlag gefunden.

V.

Das durch die zwei Balkankriege, den Ersten Weltkrieg und seine sozialrevolutionären Folgen bis in die Grundfesten erschütterte Leben brachte auch in Bulgarien ein neues Realitätsbewusstsein hervor, das nach neuen literarischen Gestaltungsmitteln verlangte. Als Vertreter des von Deutschland ausgehenden literarischen Expressionismus trat Geo Milev hervor. Ein Band mit seinen Gedichten kam in deutscher Übersetzung 1975 unter der Überschrift „Tag des Zorns“ heraus. Neue Gestaltungsmittel in der Prosa waren oftmals die Groteske wie etwa bei Svetoslav Minkov (1902-1966). Von ihm liegt ein Band Erzählungen in deutscher Übersetzung vor, „Die Dame mit den Röntgenaugen“ (1959). Eine bisweilen hinter der Maske von Verträumtheit versteckte, zunehmend jedoch illusionslose Realistik herrscht in den Erzählungen und Novellen von Angel Karalijtschev (1902-1972), Georgi Raitschev (1882-1947), vor allem aber dann bei Georgi Karaslavov (1904-1980). Historische Romane schrieben Stojan Sagortschinov (1889-1969) und Konstantin Petkanov (1891-1952). Von allen diesen Autoren gibt es zahlreiche deutsche Übersetzungen. In der Lyrik verlieh Hristo Smirnenski (1898-1923) der Nachkriegssituation mit oftmals revolutionären Gedichten Ausdruck, die sich indes vorwiegend symbolistischer Stilmittel bedienten. Ein Band seiner Gedichte und Prosa kam in deutscher Übersetzung 1976 unter dem Titel „Feuriger Weg“ heraus. Als einer der größten bulgarischen Dichter des 20. Jahrhunderts machte Atanas Daltschev (1904-1978) in seinen Gedichten die scharfen Konturen der Alltagswelt und ihren verborgenen Sinngehalt sichtbar. Seine „Gedichte“ erschienen in deutscher Übersetzung 1975 in der Inselbücherei; Daltschevs Prosa-„Fragmente“, 1980 in Reclams Universalbibliothek erschienen, offenbarten den Autor als Moralisten, zugleich aber auch als Künstler, der sich der Wahrheit verpflichtet fühlt. Als bedeutende Lyriker der Zwischenkriegszeit sind außerdem Elisaveta Bagrjana (1893-1991), Nikola Vapzarov (1909-1942) und Alexander Vutimski (1919-1943) zu nennen. Von Vapzarov gibt es einen Band ins Deutsche übersetzter „Gedichte“ (1952) sowie ein Bändchen (Nr. 185) in der Berliner Reihe „Poesiealbum“ (1983). Der Kritiker Vladimir Vasilev (1883-1963) sammelte um seine Zeitschrift „Füllhorn“ („Zlatorog“, 1920-1944) die meisten bedeutenden literarischen Potenzen der Zwischenkriegszeit.

VI.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schränkte das kommunistische totalitäre System die künstlerische Freiheit zwar empfindlich ein, dennoch konnten sich zahlreiche Autoren trotz des amtlich verordneten „sozialistischen Realismus“ mit hervorragenden Werken in Prosa, Lyrik und Drama durchsetzen und behaupten. Zu nennen sind in erster Linie die auch bereits vor dem Kriege hervortretenden Romanciers Dimiter Talev (1898-1966), Dimiter Dimov (1909-1966) und Emilijan Stanev (1907-1979). Talev mit einer Romantetralogie über die bulgarische Wiedergeburt in Makedonien, von der die ersten drei Bände, „Der eiserne Leuchter“, „Der Eliastag“, und „Die Glocken von Prespa“ in deutscher Übersetzung herauskamen, während der vierte Band, „Ich höre eure Stimmen“ (1966), in der DDR nicht erscheinen durfte. Von Dimovs großem Gesellschaftsroman „Tabak“ (1951), den der Autor im Sinne des „sozialistischen Realismus“ umschreiben musste, durfte in der DDR nur die zweite, umgearbeitete Fassung übersetzt werden. Von Stanev erschienen in deutscher Übersetzung zahlreiche Erzählbände, vornehmlich mit Tier- und Jagdgeschichten, in denen sich der Autor als ausgezeichnete Beobachter erweist, für den die Natur ihren eigenen Gesetzen jenseits menschlicher Moralvorstellungen gehorcht. Psychologische Meisterchaft verrät seine in der Inselbücherei erschienene Novelle „Der Pfirsichdieb“. Sein historischer Roman „Der Antichrist“ (1970, deutsch 1974) ist eine in mittelalterlichem Gewand daher kommende Kritik an den politischen Zuständen seiner Zeit und seiner Umwelt. Als einer der hervorragendsten bulgarischen Prosautoren ist Ivajlo Petrov (1923-2005) zu nennen. Mit seinem die tragische Dimension des Menschen sowohl in sozialer als auch in individueller Hinsicht ausleuchtenden Roman „Wolfsjagd“ (1986, deutsch 1989)

Trotz des verordneten „sozialistischen Realismus“ schufen bulgarische Autoren Werke von hohem Rang.

hat er eines der wichtigsten bulgarischen Prosawerke der Nachkriegszeit geschaffen. Auch Nikolai Chajtov (1919-2002), Blaga Dimitrova (1922-2003), Jordan

Vyltschev (1924-1998), Vera Mutaftschieva (1929-2009) und Jordan Raditschkov (1929-2004) haben bemerkenswerte Romane und Novellen vorgelegt, von denen sehr viele auch ins Deutsche übersetzt wurden. Konstantin Konstantinov (1890-1970) schuf mit seinem Erinnerungsbuch „Der Weg durch die Jahre“ (1959) ein beeindruckendes Gegenbild zu seiner sozialistischen Umwelt, das in der DDR nicht übersetzt wer-

den durfte. Das Interesse in der Bundesrepublik Deutschland an Bulgarien war seinerzeit relativ gering.

Die jüngste Prosa ist vor allem durch die Namen Vladimir Sarev (geb. 1947), Ivajlo Ditshev (geb. 1955), Dejan Enev (geb. 1960), Alek Popov (geb. 1966) und Georgi Gospodinov (geb. 1968) gekennzeichnet. Von ihnen allen sind in den letzten Jahren Romane bzw. Novellen ins Deutsche übersetzt worden. Der aus vielen Dutzenden Fragmenten zusammengesetzte autobiographische Roman „Die Welt um mich herum“ (2007) von Marijana Fyrkova (geb. 1962) ist eine formal und inhaltlich überzeugende Darstellung der *conditio humana* nach dem Zusammenbruch des totalitären Systems in Bulgarien und während des unendlich zögerlichen Übergangs zu einer normalen Gesellschaft. 2003 erschien in Wien die große Familiensaga „Engelszungen“ des seit einigen Jahren deutsch schreibenden Dimitri Dinev (geb. 1968).

Die Lyrik wurde von Alexander Gerov (1919-1997), Valeri Petrov (geb. 1920), Radoi Ralin (1923-2004), Konstantin Pavlov (1933-2008), Ljubomir Levtshev (geb. 1935), Nikolai Kyntshev (1936-2006), Boris Christov (geb. 1945) und Mirela Ivanova (geb. 1962) um wesentliche Werke mit höchst unterschiedlicher Handschrift bereichert. Eigene Gedichtbände in deutscher Übersetzung konnten bisher nur von Gerov, dem bedeutendsten dieser Dichter, von Levtshev, Kyntshev und Ivanova herauskommen. Gerov schrieb außerdem zwei „Phantastische Novellen“, die 1968 allerdings nur in Sofia in Deutsch erscheinen durften. Sie behandeln die durch den stalinistischen Terror bewirkte psychische Erkrankung des Dichters. In der Dramatik haben Valeri Petrov, Nikolai Chaitov und Jordan Raditschkov Beachtliches geleistet. Eine große zweisprachige Lyrikanthologie der jüngsten Dichtergeneration kam 2003 unter dem Titel „Eurydike singt“ in Köln heraus. Der Literaturkritiker Boris Deltshev (1910-1987) hat mit seinem umfangreichen, seinerzeit „für die Schublade“ geschriebenen „Tagebuch“ ein ungeschminktes Bild der bulgarischen Kulturszene während der Nachkriegszeit entworfen.

Länderinfo Bulgarien

Fläche:	110.993,6 km ²
Einwohner:	ca. 7,2 Millionen (Stand: Juli 2009)
Hauptstadt:	Sofia
Ethnische Gruppen:	
83,9 %	Bulgaren
9,4 %	Türken
4,7 %	Roma
2,0 %	Andere (Mazedonier, Armenier, Tataren usw.)

Für die Roma werden z. T. auch wesentlich höhere Zahlen angegeben.



Geschichtlicher Überblick:

Das Gebiet des heutigen Bulgariens ist seit der Jungsteinzeit besiedelt; in der Antike lebten hier die Thraker. Nacheinander gehörte die Region zum Reich Alexanders des Großen und dessen Nachfolgern, später zum Römischen Reich (Provinzen Moesia und Thracia), seit der Reichsteilung (395) zum Oströmischen Reich. Im 6. Jahrhundert wanderten von Nordosten slawische Stämme ein, die sich mit den Ureinwohnern vermischten und im 7. Jahrhundert den ersten bulgarischen Staat schufen. Die Christianisierung erfolgte im 9. Jahrhundert von Byzanz aus, mit dem es jedoch wiederholt zu kriegerischen Auseinandersetzungen kam. Ab 1326 drangen die osmanischen Türken vor, und Bulgarien blieb seit Ende des 14. Jahrhunderts fast fünf Jahrhunderte unter osmanischer Herrschaft.

Nach mehreren Aufständen wurde Bulgarien 1878 als Fürstentum (später Königreich) wieder unabhängig, jedoch veränderte sich seine territoriale Gestalt in den folgenden Jahrzehnten mehrfach, besonders durch die Balkankriege (1912-1913) und den Ersten Weltkrieg, in dem es ebenso wie während des Zweiten Weltkriegs mit Deutschland verbündet war. 1944/1945 kam das Land unter den Einfluss der Sowjetunion und wurde zu einer der festesten Stützen innerhalb des Ostblocks. Ende 1989 begannen allmählich demokratische Veränderungen, die in freie Wahlen und die Verabschiedung einer neuen Verfassung 1991 einmündeten.

Politisches System:

Einkammerparlament,	240 Abgeordnete (letzte Wahl: 5. Juli 2009)
Staatsoberhaupt:	Georgi Pärvanov (seit 29. Oktober 2006, bis 2011)
Ministerpräsident:	Bojko Borisov (seit 27. Juli 2009)
Verwaltungsstruktur:	Bulgarien ist in 9 Regionen mit 28 Bezirken (oblasti) eingeteilt.

Ökonomische und soziale Rahmendaten:

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs von 12,2 Milliarden € (2002) auf 28,9 Milliarden € (2007), ist allerdings 2009 gegenüber 2008 eingebrochen. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,4 % (erstes Quartal 2009). Die Inflationsrate liegt bei 7,8 % (2008).

Auch im Krisenjahr 2008 lagen die Wachstumsraten bei über 6 Prozent. Deutschland ist seit kurzem knapp vor Russland der wichtigste Handelspartner für Bulgarien. Nicht erfasst von diesen Zahlen wird jedoch die sich noch immer verschlechternde Situation in ländlichen Gebieten und die besorgniserregende Landflucht und Altersentwicklung (jeder dritte Bürger ist über 50 Jahre alt). Noch immer liegt das Durchschnittseinkommen bei einem Drittel des EU-Durchschnittseinkommens; damit ist Bulgarien das ärmste Mitglied der EU. Durch die Kürzung staatlicher Transferzahlungen und Sozialleistungen, die Stagnation der Einkommen und die allgegenwärtige Korruption verschlechtert sich die soziale Gesamtlage.

Kirchliche Strukturen:

Ca. 6,8 Millionen Bulgaren gehören der orthodoxen Kirche an, ca. 790.000 sind Muslime, ca. 74.000 katholisch; daneben gibt es kleine evangelische und jüdische Minderheiten (Stand: Dezember 2003).

Für die *Katholiken* des lateinischen Ritus bestehen die Diözesen Sofia-Plovdiv und Ruse-Nicopole, für den byzantinischen Ritus eine Diözese in Sofia. Insgesamt gibt es momentan 56 Pfarreien mit 52 Priestern und 130 Ordensleuten. – Die katholischen Kirchen beider Riten stellen regional und quantitativ eine Minderheit dar. Nennenswerte Gemeinden existieren nur im Süden um Plovdiv und in geringerem Ausmaß an der Donau um Ruse. Das Verhältnis zur Bulgarischen Orthodoxen Kirche ist nicht immer reibungslos.

Renovabis-Projekte und Schwerpunkte der Förderung:

Renovabis unterstützt die katholische Kirche in Bulgarien beim Aufbau der Gemeinden und der pastoralen Strukturen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung sozialer Projekte, wobei neben der Caritas vor allem Orden aktiv sind. Außerdem beteiligt sich Renovabis am Aufbau der Zivilgesellschaft durch Zusammenarbeit mit Organisationen der Erwachsenenbildung.

Interessante Internetadressen:

<http://www.government.bg> (offizielle website der Regierung Bulgariens)

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Bulgarien/Wirtschaft.html>

<http://www.catholic-hierarchy.org/country/scbg1.html> (Statistik der Katholiken in Bulgarien)

Projektförderung durch Renovabis in Bulgarien

In Bulgarien befinden sich die Katholiken in einer Minderheit. In der kommunistischen Zeit wurden die katholischen Kirchen unterdrückt und eine Entwicklung war unmöglich. Nach der Wende entstanden drei Diözesen mit derzeit 56 Pfarreien. Langsam erwacht wieder ein pastorales und soziales Leben. Vor allem die verschiedenen Orden sind in Bulgarien aktiv. Diese Entwicklung wird von Renovabis unterstützt.

Durch den EU-Beitritt ist in Bulgarien die Schere zwischen arm und reich weiter gewachsen. Es gibt die niedrigsten Löhne in der EU, viele Menschen wandern aus, die Integration von Minderheiten ist äußerst mangelhaft. Durch die weit verbreitete Korruption ist das Vertrauen in Maßnahmen der Regierung gering. Damit steht die Kirche vor der Herausforderung, die pastorale Arbeit wieder aufzubauen und gleichzeitig Antworten auf die drängenden sozialen Fragen zu geben. In einer Diasporasituation kann dies vor allem durch Modelle und Kooperationen mit anderen Partnern gelingen.

Rückblick

Seit 1993 förderte Renovabis 122 Projekte mit einem Fördervolumen von 3,5 Millionen €. Momentan befinden sich noch 31 Projekte mit einer Fördersumme von 1 Million € in der Umsetzung.

In der Vergangenheit lag dabei der Förderschwerpunkt im *Aufbau der pastoralen Infrastruktur*, d. h. dem Bau von Kirchen und Gemeindehäusern, der Existenzhilfen für Priester, der Ausbildung von Personal für die Pastoral und der Unterstützung der Orden und ihrer Tätigkeiten (75 Projekte, davon 12 aktuell). Ein weiterer Schwerpunkt ist die *Unterstützung sozialer Projekte*. Hierbei handelt es sich vor allem um Projekte für Heimkinder oder Minderheitengruppen wie Roma. Bisher gab bzw. gibt es 40 soziale Projekte. Dabei arbeiten kirchliche Gruppen oft mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zusammen. Außer-

Dr. Monika Kleck ist Referentin in der Abteilung Projektarbeit und Länder bei Renovabis.

dem konnten insgesamt 13 *Stipendien* bewilligt werden. Schließlich förderte Renovabis auch den *Aufbau der Zivilgesellschaft*. Im Bereich der Erwachsenenbildung und der politischen Bildung konnten hier Akzente gesetzt werden.

Konkrete Beispiele der Projektförderung

Pastorale Infrastruktur

Da durch die kommunistische Zeit fast die gesamte pastorale Infrastruktur im Land zerstört oder enteignet war und die katholische Kirche mit keinerlei Hilfe vom Staat rechnen kann, waren und sind die Aufbauhilfen im pastoralen Bereich essenziell. So konnten sich Gemeinden stabilisieren, etablieren und das kirchliche Leben einen Neuanfang nehmen. Ein Beispiel dafür ist der Aufbau einer *Kirche* und eines *Gemeindezentrums* in *Pleven*. Dort wurde die Gemeinde aus ca. 5.000 Gläubigen dabei unterstützt, eine Kirche zu bauen, in deren Kellerräumen das Gemeindeleben stattfindet. Die Franziskaner, die in der Gemeinde arbeiten, haben nun Räumlichkeiten, um die Pastoral zu vertiefen, die Kinder- und Jugendarbeit zu organisieren, Erwachsenenkatechese anzubieten und sozial tätig zu werden.

Als weiteres Modellprojekt ist der Aufbau des *Roncalli-Zentrums in Sofia*¹ zu nennen. Im ehemaligen Wohnhaus von Angelo Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., wird ein spirituelles und geistliches Zentrum durch die Karmeliten eingerichtet. Das Zentrum soll die theologisch-spirituelle Kultur von Laien durch Angebote wie Exerzitien, Einkeritage, Gespräche und thematische Veranstaltungen stärken.

Soziale Projekte

Wie in fast allen ehemals kommunistischen Ländern ist die Situation der in Heimen lebenden Kinder und Jugendlichen absolut prekär. Im Gegensatz zu Rumänien wird dieses Thema in Bulgarien kaum öffentlich wahrgenommen. So werden die Kinder und Jugendlichen oft weiterhin in großen Gebäuden mit schlecht geschulten Erzieherinnen und Erziehern untergebracht. An ihrem 18. Geburtstag müssen viele die Heime verlassen und stehen auf der Straße. Gerade für Mädchen bedeutet dies, dass sie sehr leicht zu Opfern von Zwangsprostitution und Frauenhandel werden. Die Projekte „*Protected Home Together*“ in Sofia und „*Berufs-*

¹ Vgl. dazu auch oben S. 300.

ausbildung für Jugendliche aus Kinderheimen“ in Bratsigovo setzen hier an. In beiden Projekten wird Jugendlichen nach der Entlassung aus dem Heim die Möglichkeit einer Unterkunft und der Berufsausbildung geboten.

Bildung

Obwohl Katholiken im orthodoxen Bulgarien in der Minderheit sind, hat die Caritas eine starke Organisation aufgebaut. Diese übernimmt vielfältige Aufgaben im Bereich der Sozialstationen, Hauskrankenpflege, zum Kinder- und Jugendschutz oder auch in der Flüchtlingsbetreuung. Um den Mitarbeitern (darunter sehr viele orthodoxe Christen) im Netzwerk die Ziele und die Grundlagen der Caritasarbeit stärker vor Augen zu führen und um Freiwillige für die Mitarbeit zu gewinnen, hat die Caritas mit einem langfristig angelegten *internen Fortbildungsprogramm* begonnen.

Seit mehreren Jahren unterstützt Renovabis die Arbeit der NGO „FAR“ in Burgas.² FAR arbeitet in der internationalen Begegnungsarbeit, bietet praktische Medienarbeit für Jugendliche an, organisiert Jugend- und Erwachsenenbildungsprogramme zu Themen der Zivilgesellschaft und ist in der Ausbildung von Multiplikatoren mit neuen didaktischen und pädagogischen Ansätzen aktiv.

Ausblick

Nach einer intensiven Unterstützung des Aufbaus der pastoralen Infrastruktur wird in der Zukunft voraussichtlich die pastorale Arbeit mit den Menschen mehr Raum einnehmen. Vorstellbar sind Initiativen z. B. im Bereich der Jugend- und Familienpastoral, der katholischen Erwachsenenbildung und Ausbildung der in der Pastoral tätigen Fachkräfte. Eine offene Frage ist die langfristige Finanzierung der kirchlichen Aktivitäten.

Unterstützt werden soll weiterhin die *Arbeit der Orden* in Bulgarien, die sowohl pastoral als auch sozial tätig sind. Erste Initiativen gibt es im Bereich des interreligiösen Dialoges. Ob sich diese weiterentwickeln, hängt von vielen Faktoren ab. Daher werden diese Initiativen weiter beobachtet und, wenn notwendig, unterstützt werden. Im *sozialen Bereich*

² Vgl. dazu auch oben S. 270-273.

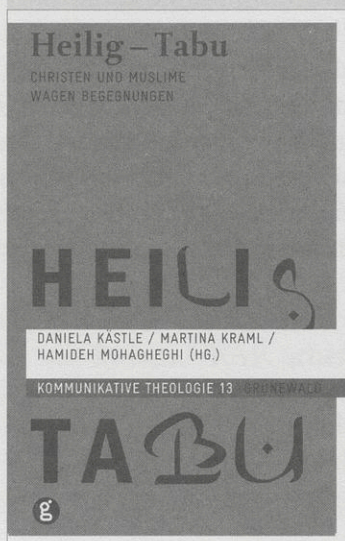
wird das Thema der Randgruppen und der Heimkinder weiterhin aktuell sein. Eventuell können die zaghaften Anfänge eines Netzwerkes unterstützt werden. Kooperationen mit Organisationen aus dem Bereich der NGOs können die Initiativen der Kirchen dabei stärken. So können gemeinsame Modellprojekte aufgebaut werden. Auch kann man gemeinsam die Stimme im Dienst für die Menschen gegenüber dem Staat erheben. Weiterhin denken einige Partner darüber nach, wie sie im *Bildungsbereich* aktiv werden können, z. B. durch die Wiedererrichtung katholischer Schulen oder auch durch Maßnahmen der Erwachsenenbildung.

Renovabis wird alle diese Überlegungen beratend begleiten. Auch in Zukunft wird die Kirche jedoch in ihrer Minderheitensituation in Bulgarien viel Unterstützung benötigen, um auf die doppelte Herausforderung, die der Aufbau eigener Strukturen in der Pastoral und die gesellschaftlichen Anfragen im sozialen Bereich mit sich bringen, angemessen reagieren zu können.

Schwerpunktthema des nächsten Heftes:

Kirche und Politik in Russland

Christen und Muslime



Daniela Kästle/Martina Kraml/
Hamideh Mohagheghi (Hg.)

Heilig – Tabu

Christen und Muslime wagen Begegnungen
Reihe Kommunikative Theologie Band 13

Format 14 x 22 cm

368 Seiten

Paperback

€ 24,90 [D] / sfr 42,90

ISBN 978-3-7867-2784-2

In welcher Form lässt sich Glaube in einem multireligiösen Kontext öffentlich leben? Wie ist es möglich, dass Muslime und Christen ihre Religion nicht nur nebeneinander oder gegeneinander, sondern – mit Respekt für die Unterschiede – auch miteinander leben können? Die Frage nach einer interreligiösen Begegnungskultur ist keine Frage für Experten: Sie hat ihren Ort im Alltag der Menschen.

Der Band beleuchtet Chancen und Grenzen vom »Wagnis Begegnung« zwischen Muslimen und Christen. Am Beispiel konkreter Erfahrungen soll diesen Fragen nach dem Verbindenden und Trennenden, dem Heiligen und den Tabus nachgegangen und Aufmerksamkeit für einen Dialog des Handelns entwickelt werden.



GRÜNEWALD

www.gruenewaldverlag.de
vertrieb@gruenewaldverlag.de
Fax 07 11 / 44 06-177